

Grüne NRW

Entwurf des Wahlprogramms für die Landtagswahl 2017

Vorlage für die LDK Oberhausen – 2. bis 4. Dezember 2016

The screenshot shows a web browser window with the address bar displaying "oberhausen2016-gruene-ldk.de/antraege-bewerbungen/#WP". The page content is titled "TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017". It lists seven proposals (WP-01 to WP-07) with their respective titles, dates (10.10.2016), and the proposer (Landesvorstand). Each proposal includes a PDF icon and links for downloading the PDF or submitting a change request.

Proposal ID	Title	Date	Proposer
WP-01 NRW	Nachhaltig. Natürlich. Ökologisch.	10.10.2016	Landesvorstand
WP-02 NRW	Zukunft durch Innovation	10.10.2016	Landesvorstand
WP-03 NRW	Land der Chancen von Anfang an	10.10.2016	Landesvorstand
WP-04 NRW	Land der sozialen Gerechtigkeit und des Zusammenhalts	10.10.2016	Landesvorstand
WP-05 NRW	Offen, vielfältig, menschlich	10.10.2016	Landesvorstand
WP-06 NRW	Stadt. Land. Heimat.	10.10.2016	Landesvorstand
WP-07 GRÜNE	Haushaltspolitik	10.10.2016	Landesvorstand

Diese Seite nutzt das freie Wordpress Theme Unvuh3000. Erstellt mit von kreßler - Benjamin Joppen.

WP-01

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW – NACHHALTIG. NATÜRLICH. ÖKOLOGISCH.

1 Naturschutz/Naturerbe schützen

2 Der Schutz der biologischen Vielfalt steht als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe im
3 Zentrum unserer Naturschutzpolitik und erfordert ein umfassendes, ganzheitliches Den-
4 ken. Rasante Veränderungen, u.a. bedingt durch Klimawandel, industrialisierte Landwirt-
5 schaft und den immer noch fortschreitenden Flächenverbrauch stehen diesem Ziel jedoch
6 zunehmend entgegen. Lebensstil und Wirtschaftsweise insbesondere in den Industrielän-
7 dern bewirken im unmittelbaren Umfeld, aber auch in anderen Regionen der Welt einen
8 dramatischen Verlust an Lebensräumen und Arten.

9 Zur Bewahrung der biologischen Vielfalt ist es notwendig, naturnahe Landschaften ebenso
10 wie gewachsene Kulturlandschaften in einem integrierten, ganzheitlichen Ansatz zu er-
11 halten. Bienen und andere Insekten sind unverzichtbar für die Ernährungsgrundlage einer
12 wachsenden Weltbevölkerung. Monokulturen, Parasiten und Pflanzenschutzmittel haben
13 jedoch weltweit zu einem rasanten Bienensterben geführt. Wir müssen vielfältige, art-
14 erhaltende Bewirtschaftungsweisen fördern und setzen uns für eine Ökologisierung der
15 Landwirtschaft sowie eine naturnahe, zukunftsorientierte und nachhaltige Waldwirtschaft
16 ein. Wir setzen uns für eine ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft sowie der Wald-
17 nutzung ein. Ebenso müssen Wasserwirtschaft, Jagd und Fischerei an ökologischen Ge-
18 sichtspunkten ausgerichtet werden. Denn wir wollen den Naturschatz vor unserer Haustür
19 flächendeckend mit allen regionaltypischen Besonderheiten erhalten und nachfolgenden
20 Generationen ein intaktes Naturerbe übergeben.

21 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

22 Mit der Biodiversitätsstrategie NRW haben wir die Weichen für einen ambitionierten
23 Schutz der Arten- und Lebensraumvielfalt gestellt und durch die Weiterentwicklung des

24 Landschaftsgesetzes zu einem umfassenden Landesnaturschutzgesetz das Fundament
25 zur Wahrnehmung des Verfassungsauftrages für die Naturschutzförderung geschaffen.
26 Eine besondere Chance für die Biodiversität bieten die zukünftig rund 100 Wildnis-
27 Entwicklungsgebiete, in denen alle Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik ablaufen
28 können. Für einen umfassenden Biotopverbund sind gut 15 Prozent der Landesfläche als
29 „Bereiche für den Schutz der Natur“ gesichert. In diesen Vorranggebieten für den Natur-
30 schutz sind Nutzungen ausgeschlossen, sofern diese mit dem Naturschutz nicht vereinbar
31 sind. Im Ranking der Bundesländer beim Schutz unserer Wälder liegen wir nach Ausweis
32 der Umweltorganisation Greenpeace auf Platz drei der 16 Bundesländer. Diese Politik zum
33 Schutz von Umwelt und Natur wollen wir weiterführen.

34 **Stiftung Naturerbe**

35 Die für die Bewahrung des Naturerbes wichtigen Grundstücke aus dem Landesvermögen
36 Nordrhein-Westfalens sollen in einer Stiftung zusammengefasst werden. Diese Flächen im
37 Eigentum aller Bürger*innen des Landes gilt es bestmöglich zu strukturieren und für den
38 Naturschutz zu sichern.

39 **Zweiter Nationalpark in NRW**

40 Der erste und bisher einzige NRW-Nationalpark in der Eifel ist ein großer Erfolg, seit 2007
41 hat sich die Zahl der Besucher fast verdoppelt. Der Bruttoumsatz ist durch den National-
42 parktourismus seit 2007 von acht auf inzwischen 30 Millionen Euro angestiegen und dem-
43 entsprechend hat auch die Zahl an Arbeitsplätzen zugenommen. Ein Nationalpark stärkt
44 die Region und schafft neue Perspektiven. Deshalb wollen wir die Einrichtung eines Natio-
45 nalparks Senne unter Federführung des Landes umsetzen und die natürliche Entwicklung
46 des Nationalparks Eifel konsequent vorantreiben.

47 **Vorsorgender Natur- und Artenschutz**

48 Über den Naturschutz in Naturschutzgebieten hinaus brauchen wir einen integrierten An-
49 satz auf möglichst vielen Flächen. Neben den entsprechenden Maßnahmen in der Land-
50 wirtschaft wollen wir ein Konzept für ein Netz von Flächen in öffentlicher Hand innerhalb
51 der intensiv genutzten Agrarlandschaft, entlang von Straßen, Wegen und Bahnlinien als
52 Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen erarbeiten. Flächen, die sich im Innen- und Außen-
53 bereich bereits in öffentlicher Hand befinden, müssen ökologisch sinnvoll gepflegt wer-
54 den. Wo solche Flächen fehlen, sollen sie erworben werden. Auch auf Hochwasserschutz-
55 deichen sollen wertvolle bunte Wiesen entstehen oder erhalten werden. Zur Optimierung
56 des Erhaltungszustandes und der Pflege von Schutzgebieten sowie zur Umsetzung der
57 Biodiversitätsstrategie wollen wir das landesweite Netzwerk der Biologischen Stationen
58 in NRW und die ehrenamtlich arbeitenden Umwelt- und Naturschutzverbände in ihrer Ar-
59 beit weiterhin unterstützen.

60 Was uns bei der Gentechnik gelungen ist, sollte auch beim Einsatz von Stoffen gelingen,
61 die für die Biodiversität schädlich sind. Neben dem vorsorgenden Gesundheitsschutz be-
62 züglich der Wirkungen von Glyphosat wollen wir auch einen vorsorgenden Naturschutz,
63 der die Anwendung von Herbiziden und Pestiziden zurückdrängt. Eine solche Strategie
64 kommt nicht nur der Artenvielfalt, sondern auch der Lebensmittelwirtschaft entgegen.

65 Millionen Vögel sterben in Deutschland jährlich durch Kollision mit Glasfassaden an Ge-
66 bäuden. Wir wollen zusammen mit den Kommunen wirksame Instrumente entwickeln, um
67 dieses Sterben bei Neubauten, aber auch an Bestandsgebäuden zu vermeiden.

68 **Waldstrategie 2050**

69 So wie mit der Biodiversitätsstrategie wollen wir auch mit der Waldstrategie 2050 ei-
70 nen gesellschaftlichen Grundkonsens zum Umgang mit unserem Wald beschreiben und
71 konkrete Ziele und Maßnahmen entwickeln. Nach wie vor verfolgen wir das Leitbild, die
72 produktionsorientierte Waldwirtschaft in allen Besitzarten mit den Beteiligten zu einer
73 nachhaltigen und naturnahen Waldwirtschaft weiterzuentwickeln. Gleichzeitig wollen wir
74 gerade den Kleinbesitzer*innen oder auch den Menschen in urbanen Räumen die Mög-
75 lichkeit eröffnen, über Waldgenossenschaften und/oder andere Bürgerwaldmodelle ande-
76 re Eigentumsformen zu leben und Wald als Eigentümer*innen konkret zu erfahren. Dies
77 stärkt die Auseinandersetzung mit den verschiedenen wichtigen Waldfunktionen wie Le-
78 bensraum für Tiere und Pflanzen, Erholungsraum, Klimaregulator, Luftfilter, Wasserspei-
79 cher und nicht zuletzt auch Rohstoffproduzent, schafft neue Identifikationen und neues
80 Waldwissen und sorgt nicht zuletzt für ein stärkeres bürgerschaftliches Engagement und
81 eine bessere Akzeptanz von Waldumbauprozessen.

82 Mischwälder mit einem hohen Anteil an Laubbestand sind weitaus stabiler als monokultu-
83 relle Nadelholzbestände. Zudem müssen die Wälder von morgen klimaangepasste Sorten
84 vorweisen, die den Wetterherausforderungen im wahrsten Sinne auch gewachsen sind.
85 Der Landesbetrieb Wald und Holz übernimmt dabei die Rolle eines Musterbetriebes für
86 ökologische Waldbewirtschaftung. Er berät hierzu die privaten Waldbesitzer und betreut
87 Pilotprojekte zur Weiterentwicklung ökologischer Programme.

88 Neben der Verwirklichung auf landeseigenen Waldflächen wird es eine große Herausfor-
89 derung sein, auch die vielen Privatwaldbesitzer*innen von den Vorteilen einer zukunfts-
90 fähigen, klimaangepassten und nachhaltigen Dauerwaldbewirtschaftung zu überzeugen.
91 Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Laubholznutzung im Rahmen einer aktiven Clus-
92 terpolitik offensiv ausbauen.

93 **Landeswaldgesetz**

94 Aufbauend auf der Waldstrategie 2050 wollen wir das Landesforstgesetz zu einem Landes-
95 waldgesetz weiterentwickeln, das den sich verändernden gesellschaftlichen Bedürfnissen
96 gerecht wird und durch eine nachhaltige, ökologische Waldbewirtschaftung den Arten-
97 schutz angemessen berücksichtigt. Die nordrhein-westfälischen Waldbesitzer*innen sind

98 mit ihrem nachhaltig und regional erzeugten, qualitativ hochwertigen Rohstoff Holz zu-
99 verlässige Partner*innen der Holzwirtschaft. Wichtige Partner*innen bei der Umsetzung
100 der Biodiversitätsstrategie im Wald sind sowohl Waldbesitzer*innen, die auf nachhaltige
101 und klimaangepasste Bewirtschaftung umstellen wollen, sowie hier aktive Naturschutz-
102 verbände und Biologische Stationen.

103 **Gehölzpflege an Landes- und Bundesstraßen**

104 Die in den letzten Jahren immer wieder auftretenden Kahlschläge im Rahmen der Ge-
105 hölzpflege an Landes- und Bundesstraßen führen bei den Bürger*innen zu Unverständnis
106 und Verärgerung. Um zukünftig sicherzustellen, dass die im Sinne der Verkehrssicherheit
107 notwendige Pflege des Straßenbegleitgrüns in Übereinstimmung mit den Standards des
108 Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes erfolgt, fordern wir die Entwicklung verbindli-
109 cher Pflegestandards und die Übertragung der Ressourcen und der Verantwortlichkeit für
110 die Pflegemaßnahmen in die Zuständigkeit des Landesbetriebs Wald und Holz.

111 **Landwirtschaft für den Artenschutz gewinnen**

112 Eine immer stärker industrialisierte Landwirtschaft, die die eigenen Produktionsgrundla-
113 gen – Wasser, Boden und Luft – nicht schont, ist mitverantwortlich für einen hohen Arten-
114 schwind in der Kulturlandschaft. Neben gesetzlichen Regelungen wollen wir die Bäuerin-
115 nen und Bauern dafür gewinnen, wieder stärker im Einklang mit der Natur zu wirtschaften
116 und mehr für die Artenvielfalt zu tun. Diese Zusammenhänge sollen zukünftig bei der
117 landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung stärker berücksichtigt werden.

118 Im Rahmen einer Strategie „Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung“ soll das koopera-
119 tive Programm „Gute Naturschutzfachliche Praxis“ aufgelegt werden. Insektenfreundliche
120 Saatmischungen, sinnvolle Fruchtfolgen, die Pflege von Streuobstbeständen und Anlage
121 von Blühstreifen sind nur vier Beispiele, die zeigen, wo die Praxis des aktiven Naturschut-
122 zes Teil der landwirtschaftlichen Arbeit wird.

123 **Managementpläne für Wolf und Biber**

124 Derzeit kehren Biber und Wolf auf natürliche Weise nach Nordrhein-Westfalen zurück. Mit
125 umfangreichen, praxisnahen Managementplänen, die unter anderem auch finanzielle Ent-
126 schädigungen für geschädigte Nutztierhalter*innen vorsehen, sowie einem landesweiten
127 Berater*innen-Netzwerk sorgen wir für Aufklärung und Akzeptanz in der Bevölkerung und
128 stehen an der Seite der Nutztierhalter*innen und Grundbesitzer*innen.

129 **Naturschutz – Das wollen wir GRÜNE:**

- 130 • eine Stiftung Naturerbe einrichten
- 131 • einen zweiten Nationalpark schaffen

- 132 • eine Waldstrategie 2050 auflegen
- 133 • ein Ökologisches Landeswaldgesetz für NRW.

134 Ökologische Jagd

135 Der Zweck der Jagd hat sich im gesellschaftlichen Bewusstsein der vergangenen Jahrzehn-
136 te verändert. Es geht zunehmend um den Schutz von Wald und Wildtieren und weniger
137 um den einzelnen Abschuss und das Erlangen von Trophäen. Jägerinnen und Jäger leisten
138 einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit.

139 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

140 Wir haben das Jagdgesetz an rechtliche, ökologische und gesellschaftliche Erfordernisse
141 und Entwicklungen angepasst. Statt Trophäenjagden und Abschussplänen sind insbeson-
142 dere die tierschutzfachlichen und ökologischen Aspekte in den Vordergrund gerückt wor-
143 den. So wurde der Katalog der jagdbaren Arten verkleinert, der Katzenabschuss verboten
144 und die Fang- und Baujagd deutlich eingeschränkt.

145 Bei der Ausbildung der Jagdhunde muss ebenfalls stärker auf den Tierschutz geachtet wer-
146 den, so ist unter anderem der Einsatz flugunfähig gemachter Enten untersagt. Außerdem
147 wurden die Jagdzeiten angepasst und ein Monitoring in Form eines Vegetationsgutachtens
148 eingeführt. Dies soll helfen, Schäden in unseren Wäldern aufgrund überhöhter Wildbestän-
149 de zu erkennen und für ein ausgewogenes Wald-Wild-Verhältnis sorgen. Wir werden uns
150 auch zukünftig dafür einsetzen, dass die Jagd bei neuen Erkenntnissen des Tierschutzes
151 und der Ökologie weiter verbessert wird.

152 Es gilt nun, die neuen gesetzlichen Regelungen in Bezug auf ihre Wirkung zu evaluieren
153 und die gestellten Monitoranforderungen konkret auszufüllen. Gerade im Hinblick auf den
154 nach wie vor latenten Konflikt zwischen Wald und Wild sollen besondere Schwerpunkt-
155 setzungen erfolgen.

156 Wasser

157 Die Ressource Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und der Zugang zu sauberem Wasser
158 in ausreichender Menge ist ein grundlegendes Menschenrecht für heutige und kommen-
159 de Generationen, das politisch immer wieder neu erstritten und gesichert werden muss.
160 Nordrhein-Westfalens Landesfläche ist zu etwa zwei Prozent von Wasser bedeckt. Die
161 Fließgewässer addieren sich auf eine Länge von insgesamt 50.000 Kilometer. Hier be-
162 finden sich nur 6 % der Fließgewässer und 56 % des Grundwassers in einem guten Zu-
163 stand. In den landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten ist die Nitratkonzentration
164 seit Anfang der 90er Jahre gleichbleibend hoch oder steigt sogar an. Die sehr hohe Bevöl-
165 kerungsdichte, bundesweit einmalig viele industrielle und gewerbliche Einleitungen und
166 die intensive Landwirtschaft, durch die erhebliche Mengen an Dünge- und Pflanzenschutz-
167 mitteln ins Grundwasser sowie in Bäche und Flüsse gelangen, hinterlassen ihre Spuren.

168 Über 1.300 Industrieanlagen leiten Abwässer direkt ein. 2013 wurden 2,5 Milliarden Kubik-
169 meter Wasser als Kühlwasser genutzt. Die Folgen des Stein- und Braunkohlebergbaus auch
170 für unsere Gewässer sind unübersehbar. Schadstoffeinträge, Mikroplastik, Medikamenten-
171 rückstände, resistente Keime bedrohen zunehmend unser Wasser. Der Klimawandel mit
172 seinen vermehrt auftretenden extremen Wetterereignissen – Dürreperioden, Starkregen,
173 trocken gefallene Flüsse, Überflutungen – wird zur wachsenden Herausforderungen an
174 das Wasserland Nordrhein-Westfalen.

175 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

176 Mit der Novelle des Landeswassergesetzes zielen wir auf die nachhaltige Verbesserung
177 der ökologischen Qualität der Gewässer in NRW. Wir haben die kommunale Wasserver-
178 sorgung durch ein Wasserversorgungskonzept und klare Regeln der Pflichten zu Wasser-
179 versorgung gestärkt, die Grundlage für eine landesweite Wasserschutzgebietsverordnung
180 gelegt, ein Abgrabungsverbot in bestimmten Wasserschutzzonen geregelt, die Regelungen
181 zum Schutz der Gewässerrandstreifen verbessert, für mehr Transparenz bei den Wasser-
182 verbänden gesorgt und sichergestellt, dass diese sich nicht ihren Verpflichtungen etwa
183 aus dem Altbergbau entziehen können. „Fracking“ haben wir über den Landesentwick-
184 lungsplan rechtlich ausgeschlossen. Gegenüber allen Versuchen zur Privatisierung der
185 Wasserversorgung in Europa haben wir klar gemacht: Die Wasserversorgung in Nordrhein-
186 Westfalen ist und bleibt als Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand:
187 Wasser ist kein Handelsgut!

188 **Naturnahe Gewässerentwicklung voranbringen**

189 Über das Erreichte hinaus bleibt es unsere Aufgabe, die naturnahe Gewässerentwicklung
190 voranzubringen. Wir wollen dem Schutz unserer Gewässer zukünftig einen noch höhe-
191 ren Stellenwert geben. Die Einleitung von gefährlichen Stoffen wollen wir so schnell wie
192 möglich unterbinden, den vorsorgenden Hochwasserschutz weiterentwickeln und die In-
193 frastruktur der Ver- und Entsorgungssysteme in der Wasser- und Abwasserwirtschaft auf
194 hohem Niveau sicherstellen. Datenverbünde zwischen dem Land und den Kommunen sol-
195 len der Verknüpfung von Umweltdaten und der Minimierung von Aufwendungen dienen.
196 Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in NRW muss beschleunigt und der vorsor-
197 gende ökologische Hochwasserschutz sowie die Starkregenprävention in der Regional-
198 und Bauleitplanung verankert werden.

199 **Lebendige Gewässer**

200 Lebendige, dynamisch fließende Gewässer mit naturnahen Auen oder zumindest ausrei-
201 chenden Entwicklungsräumen erhöhen die Biodiversität und sind bedeutende Vernet-
202 zungsstrukturen im Biotopverbund. Sie ermöglichen Wanderfischen wie Aal, Lachs und
203 Maifisch; vom Meer ins Land zukommen und gewährleisten einen natürlichen Hochwasser-
204 schutz. Das Zielartengewässerkonzept des Landes NRW ist hierbei ein geeigneter Ansatz.
205 Ökologisch wertvolle Gewässer bilden Erholungszonen für den Menschen in der Stadt und

206 auf dem Lande und tragen zur Identifikation der Menschen mit ihren Gewässern bei. Wir
207 nehmen die europaweit geltende Vorgabe ernst, dass unsere Gewässer und unser Grund-
208 wasser spätestens 2027 wieder einen naturnahen Zustand erreichen sollen. Das 2010 be-
209 gonnene Programm „Lebendige Gewässer“ wollen wir fortsetzen. Dies ist eine Pflichtauf-
210 gabe der Kommunen und der Wasserverbände, die nicht an der jeweiligen Kassenlage
211 orientiert werden darf.

212 Nordrhein-Westfalen hat sich aktiv an dem Maßnahmenprogramm 2015 bis 2018 für die
213 Flußgebietseinheit Weser beteiligt. 2018 soll die Wirksamkeit der Maßnahmen in einem
214 Werra-Weser-Check überprüft werden. Wir werden die Begleitung und Überprüfung zur
215 Verbesserung der Wasserqualität an Weser und Werra weiterführen. Überall im Land wollen
216 wir Modell-Regionen für Wasser-Kreisläufe ermöglichen. So können gelungene Beispiele
217 für die Wiederherstellung des guten ökologischen Gewässerzustandes Vorbild für andere
218 Landesteile sein und neue Ideen und Techniken beim Gewässerschutz etabliert werden. Im
219 Sinne der Europäischen Wasserrahmen-Richtlinie wollen wir unsere Fließgewässer wie-
220 der für ihre Bewohner durchgängig machen und ihnen so einen Teil ihrer ursprünglichen
221 Dynamik zurückgeben.

222 **Grüner Rhein**

223 Mit einem umfassenden, großen und grünen Infrastruktur-Projekt „Grüner Rhein“ ver-
224 knüpfen wir Klima-, Umwelt- und Naturschutz mit einer nachhaltigen Wasser- und
225 Schifffahrtspolitik. Analog zu unseren Niederländischen Nachbarn („Ruimte voor de ri-
226 vier“/Grensmaats“) wollen wir ein Programm „Grüner Rhein“ auf den Weg bringen, das
227 Leben und Wasser nachhaltig miteinander in Beziehung setzt und dabei gleichermaßen Si-
228 cherheitsfragen sowie die Verstärkung der ökologischen, landschaftlichen und wirtschaft-
229 lichen Funktionen des Rheins verknüpft. Insgesamt soll „unserem“ Rhein wieder mehr
230 Raum gegeben werden, damit Auenlandschaften entstehen können, ggfs. Altarme belebt
231 werden und die ökologischen Funktionen und die Funktionen des integrierten Hochwas-
232 serschutzes gestärkt werden.

233 Die Speicher- und Filterfunktion von Kies, Sand und Kalksteinen für unser Grundwasser wie
234 auch der Erhalt der Kulturlandschaften und die Vermeidung von Flächenfraß müssen beim
235 Abbau dieser Rohstoffe zugunsten einer nachhaltigen Rohstoffpolitik viel stärker gewich-
236 tet werden. Dabei können umweltverträgliches Rohstoff-Recycling und Rohstoffabgaben
237 wichtige Instrumente sein.

238 **Mikroeinträge reduzieren**

239 Eine zunehmende Belastung unserer Gewässer stellen die verschiedenen Mikroeinträge
240 dar. Dazu zählen winzige Kunststoffpartikel etwa aus Kleidungsabrieb und Kosmetik- und
241 Hygieneartikelzusätzen, aber auch Medikamentenrückstände insbesondere aus den Ab-
242 wässern von Mastbetrieben und Krankenhäusern. Über den Bundesrat streben wir ein
243 Verbot von Mikroplastik an. Gemeinsam mit Produzent*innen wollen wir den Eintrag von
244 Mikroplastik schon an der Quelle verhindern. Unser Ziel ist es, Mikroplastik aus zahlrei-
245 chen Hygiene- und Kosmetikprodukten zu verbannen, die entsprechenden Inhaltsstoffe zu

246 kennzeichnen und vorbildliche Produkte hervorzuheben. Wir streben eine Verbesserung
247 der Klärtechnologien an und wollen eine vierte Reinigungsstufe in den Kläranlagen oder
248 bei den Verursachern einführen, wo es zum Schutz unserer Oberflächengewässer notwen-
249 dig ist. Gemeinsam mit Apotheken, Krankenhäusern und Praxen schaffen wir eine Modell-
250 region zur Erprobung eines einheitlichen, einfachen und verbindlichen Rückgabesystem
251 für alte Medikamente.

252 Ferner streben wir ein Beratungssystem für Ärzte und Apotheker zur Umweltverträglichkeit
253 von Medikamenten an. Wir wollen die Möglichkeit einer Umweltabgabe auf besonders
254 problematische freiverkäufliche Arzneimittel prüfen und in den Bundesrat einbringen.

255 **Luft**

256 Die Belastung der Luft mit Schadstoffen stellt besonders in den Ballungsräumen unseres
257 Landes nach wie vor ein erhebliches Umwelt- und Gesundheitsproblem dar. Der Grenzwert
258 für Stickstoffdioxid ist in vielen Städten überschritten, ein Vertragsverletzungsverfahren
259 der EU-Kommission ist eingeleitet und Klagen der Deutschen Umwelthilfe sind anhängig.
260

261 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

262 Ohne gute Luft kein gesundes Leben. In den letzten Jahren konnten wir die Qualität der Luft
263 verbessern. Durch die Umsetzung der in den Luftreinhalteplänen festgelegten Maßnah-
264 men konnten wir die Feinstaubwerte zumindest so weit senken, dass die EU-weit gelten-
265 den gesundheitsbezogenen Grenzwerte nicht mehr überschritten werden. Mit Projekten
266 zur Prüfung der Wirksamkeit von Nachrüstsystemen haben wir die Emissionsproblematik
267 der Binnenschifffahrt aufgegriffen und Aktivitäten zu deren Minderung auf nationaler und
268 EU-Ebene angestoßen.

269 **Umfassende Aufklärung des Abgasskandals**

270 Wir werden uns auch in Zukunft für gute Luft einsetzen. Um der Gesundheit der Men-
271 schen willen setzen wir uns für die umfassende Aufklärung des Abgasskandals und seiner
272 Auswirkungen auf die verkehrsbezogene Luftreinhaltung durch die Bundesregierung ein.
273 Wir werden eine umfassende NOx-Minderungsstrategie für NRW erarbeiten und umsetzen
274 sowie regionale Maßnahmen der Luftreinhalteplanung weiterentwickeln. Dort, wo lokale
275 Fahrverbote für Dieselfahrzeuge unumgänglich sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass
276 die Ersatzansprüche gegen die Automobilhersteller*innen durchgesetzt werden und dass
277 die Maßnahmen für die Halter*innen fair und ohne soziale Härten ablaufen.

278 **Perspektive emissionsfrei mobil 2030**

279 Wir streben die verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Umwelt- und Verkehrsplanung
280 an und fördern die emissionsfreie Mobilität besonders in unseren Innenstädten. In wei-
281 teren Abstimmungsverfahren zwischen den Ländern und dem Bund setzen wir uns da-
282 für ein, wirksame Maßnahmen und deren Finanzierung zur Luftreinhaltung im Sinne des
283 vorbeugenden Gesundheitsschutzes zu erarbeiten und eine steuerliche Förderung zum
284 Nachrüsten von Fahrzeugen bspw. auch von Handwerker*innen, sowie die Umrüstung im
285 öffentlichen Verkehr fördern.

286 **Umwelt- und Gesundheitscheck bei Bauprodukten**

287 Die zunehmende Vielfalt von Chemikalien in Bauprodukten kann insbesondere bei Ge-
288 bäuden mit einer hohen Luftdichtheit zu einer Belastung der Innenraumlufte führen.
289 Deshalb müssen die Emissionen aus Bauprodukten verringert werden. Wir fordern, den
290 Gesundheits- und Umweltschutz bei der Überprüfung und Zulassung von Bauprodukten
291 weiterzuentwickeln und auszubauen. Zudem soll die Möglichkeit des Baustoffrecyclings
292 schon bei der Zulassung mit- berücksichtigt werden.

293 **Schwermetallminderungsstrategie**

294 Die Umweltqualitätsnormen für Schadstoffe wie Schwermetalle, Arsen, zinnorganische
295 Verbindungen, schwerflüchtige Halogenverbindungen u.a., die die europäische Wasser-
296 rahmenrichtlinie vorgeben, sind deutschlandweit, aber auch in NRW flächendeckend über-
297 schritten. Industrieanlagen verursachen mit etwa drei Tonnen Ausstoß an Quecksilber pro
298 Jahr fast ein Drittel der Quecksilberemissionen in Deutschland. Hauptverursacher sind
299 die Kohlekraftwerke mit über zwei Tonnen pro Jahr. Durch den Einsatz moderner Tech-
300 niken können die Quecksilberemissionen in NRW deutlich gesenkt und damit die Belas-
301 tung für Mensch und Umwelt reduziert werden. Solange noch Kohlekraftwerke in Betrieb
302 sind, werden wir uns dafür einsetzen, die technischen Möglichkeiten in einer umfassenden
303 Schwermetall-Minderungsstrategie maximal auszuschöpfen.

304 **Meine Stadt atmet durch**

305 Im Rahmen eines neuen landesweiten Wettbewerbs „Meine Stadt atmet durch“ werden
306 gute instrumentelle und planerische Beispiele für ein gesundes Stadtklima gewürdigt und
307 können als Vorbild für eine landesweite Reduktion der Schadstoffbelastung in Ballungs-
308 räumen und Städten dienen.

309 **Boden/Fläche**

310 Fläche und Freiraum sind ein wertvolles und zugleich begrenztes Gut. Nach den letzten
311 Erhebungen werden in NRW noch immer über 9 Hektar pro Tag beansprucht, die nicht
312 mehr der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der Erholung zur Verfügung stehen. Nega-
313 tive Auswirkungen sind der Verlust von fruchtbaren Böden, Artenvielfalt, Verschärfung von
314 Hochwasserereignissen, die Zerschneidung von Landschaften und somit auch ein Verlust
315 von Lebensqualität.

316 Die Flächenkonkurrenz wird verstärkt durch den Bedarf an Gewerbeflächen sowie Wohn-
317 raum in und am Rande der Großstädte. Städtebaulich führt das dazu, dass Städte und Ge-
318 meinden in die Landschaft hineinragen und es führt zu Wohnungsleerständen in schrump-
319 fenden Regionen. Um diesen Flächenbedarf zu decken, ist es erforderlich, geeignete Flä-
320 chen in den Gemeinden und Städten des Landes zu ermitteln und ggf. aufzubereiten. Die
321 Altlastenerkundung und -sanierung wollen wir weiter vorantreiben, denn in NRW schlum-
322 mern noch zahlreiche Altlasten in den Böden. Sie sind eine latente Gefahr für unsere Um-
323 welt, insbesondere unser Wasser, und sie verhindern nicht selten die Reaktivierung und
324 Nutzung von Flächen im Innenbereich. Daher wollen wir im Schulterschluss mit der Wirt-
325 schaft noch stärker auch die Aufbereitung solcher Flächen angehen und damit aktiven
326 Umwelt- und Ressourcenschutz betreiben. Um unsere Anstrengungen verstärken zu kön-
327 nen, wollen wir die Mittel unter Beteiligung der Wirtschaft zur Altlastensanierung deutlich
328 aufstocken.

329 **Wasser, Boden, Luft – Das wollen wir GRÜNE:**

- 330 • die naturnahe Gewässerentwicklung voranbringen
- 331 • ein Infrastrukturprojekt „Grüner Rhein“ auf den Weg bringen
- 332 • Mikroeinträge reduzieren
- 333 • eine NOx-Minderungsstrategie und eine Schwermetallminderungsstrategie erarbei-
334 ten
- 335 • die Altlastensanierung und –voranbringen.

336 **Das Land entwickeln**

337 NRW ist dicht besiedelt, hoch industrialisiert und eine Verkehrsdrehscheibe in Deutschland
338 und Europa. An den begrenzten Raum und seine Ressourcen werden vielfältige Nutzungs-
339 ansprüche für die Bereitstellung von Flächen für Wohnsiedlungs- und Freizeitnutzungen,
340 Gewerbe, Industrie und Handel, die Verkehrs- und technische Infrastruktur, die Sicherung
341 der land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen sowie die Sicherung der Flächen für Natur-
342 und Wasserschutz oder den Schutz vor Hochwasser. Mit einer nachhaltigen Landesent-
343 wicklungsplanung zielen wir darauf, die diversen Nutzungsansprüche bestmöglich auf-
344 einander abzustimmen.

345 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

346 Die letzte Wahlperiode war für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes ein großer
347 Erfolg. Durch die Neufassung des Landesplanungsgesetzes haben wir für verbesserte Bür-
348 gerbeteiligung, eine Entschlackung der Vorschriften und für starke und effektive Planungs-
349 prozesse gesorgt. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan (LEP) haben wir eine Vielzahl
350 neuer Akzente gesetzt. Das 5-ha-Ziel – also die Begrenzung des derzeit etwa bei 9 ha pro
351 Tag liegenden Flächenverbrauchs auf täglich maximal 5 ha – wurde für NRW eingeführt
352 und damit erstmals in einem Landesentwicklungsplan eine Strategie gegen den weiteren
353 Flächenverbrauch festgelegt. Die Ausweisung zusätzlicher Gebiete für Windenergie, ein
354 Fracking-Verbot, mehr Klimaschutz und eine Kategorisierung vom Häfen und Flughäfen
355 sowie die landesplanerische Absicherung eines zweiten Naturparks Senne sind weitere
356 Erfolge des neuen LEPs. Er ist ein Meilenstein für eine nachhaltige Entwicklung unseres
357 Landes.

358 Der LEP muss nun konsequent umgesetzt werden. Er hat deutlich gemacht, dass die Ent-
359 wicklung unseres Bundeslandes stärker integrativ betrachtet werden muss. Aus den Er-
360 gebnissen werden wir weitere Ansätze für nachhaltige Entwicklung ableiten. Auch die
361 Regionalpläne werden wir begleiten und eine Durchsetzung der LEP-Vorschriften erwir-
362 ken. Durch ein landesweites Monitoring soll sichergestellt werden, dass zukünftig Flächen
363 nur dann als Bauland ausgewiesen werden, wenn es dafür vor Ort konkreten Bedarf gibt.
364 Langfristiges Ziel ist es, den Nettoverbrauch auf Null zu senken.

365 Die Wiedernutzung von Brachflächen, die oft in Verbindung mit der Sanierung von Alt-
366 lasten steht, ist in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Baustein für eine flächensparende
367 und klimaangepasste Siedlungs- und Gewerbeentwicklung. Bevor weitere Freiflächen ge-
368 nutzt werden, gilt es intensiv zu prüfen, inwieweit vorhandene Infrastrukturen umgenutzt
369 werden können.

370 **Lärm**

371 Lärm macht krank! Lärm ist ein weit verbreiteter Stressfaktor und Ursache für Schlafstö-
372 rungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In den Ballungsräumen Nordrhein-Westfalens
373 stellen hohe Lärmbelastungen ein erhebliches Umwelt- und Gesundheitsproblem dar. Et-
374 wa 1,4 Millionen Menschen sind in Nordrhein-Westfalen gesundheitsschädlichen Lärm-
375 pegeln ausgesetzt. Hauptlärmquelle in den Städten ist nach wie vor der Verkehr auf der
376 Straße und der Schiene, aber auch der Luftverkehr.

377 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

378 Mit einer umfassenden Lärminderungsstrategie und dem Aktionsbündnis „NRW wird lei-
379 ser“ haben wir die Reduzierung des Umgebungslärms vorangetrieben. Dennoch reichen die
380 bestehenden rechtlichen Regelungen nicht aus, Bereiche mit sehr hohen Lärmbelastungen
381 zu entlasten und dem Entstehen neuer Lärmprobleme vorzubeugen.

382 **Lärmreduzierung auf Straße, Schiene und in der Luft**

383 Um dem Anspruch eines ganzheitlichen, gesundheitsbezogenen Lärmschutzes gerecht zu
384 werden, bedarf es einer Gesamtlärbetrachtung. Wir setzen uns dafür ein, die dazu erforderlichen
385 Methoden zu entwickeln und die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

386 Wir werden dafür streiten, die Regelungen zum Verkehrslärmschutz bundesweit zu verbessern,
387 und darauf drängen, dass der Bund sich an der Finanzierung der Lärmsanierung an kommunalen
388 Straßen finanziell beteiligt. Wir wollen den Lärmschutz bei bestehenden Straßen und Schienenwegen stärken,
389 indem die Auslösewerte für Sanierungsmaßnahmen gesenkt werden und ein Rechtsanspruch auf Lärmschutzmaßnahmen
390 geschaffen wird. Ebenso wollen wir sowohl über Initiativen auf Bundesebene als auch im Rahmen
391 der Landeszuständigkeiten beim Luftverkehr verschiedene wirksame Maßnahmen für einen besseren Schutz vor
392 Fluglärm ergreifen. (Näheres dazu im Kapitel: NRW – Zukunft durch Innovation, Flugverkehr)
394

395 Der Ausgleich zwischen den Interessen an Freizeitgestaltung und dem Bedürfnis nach Ruhe wird aufgrund einer immer stärkeren Flexibilisierung von Arbeitszeiten und geänderten
396 Freizeitverhalten insbesondere in den Ballungsräumen immer schwieriger. Hierzu streben wir einen Dialogprozess an.
398

399 **Abfall**

400 Zentrales Element einer grünen Abfallpolitik ist eine auf Ressourcenschutz, Schadstoff- und Abfallvermeidung ausgerichtete Produktion. Wir wollen zum einen langlebige und reparierbare
401 Produkte aus umweltverträglichen Materialien, zum anderen Produkte, die biologisch abbaubar oder gut recycelbar sind. Dies bedeutet produkt- und produktionsintegrierten
402 Umweltschutz sowie die Förderung umweltfreundlicher und innovativer Technologien, z.B. nachwachsende Rohstoffe. In diesem Sinne setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein,
403 dass die Produktverantwortung der Hersteller über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts verpflichtend ausgebaut wird.
407

408 Wir wollen eine stetige Verringerung des Abfallaufkommens erreichen. Abfallvermeidungsprogramme wollen wir weiter ausbauen und stärken. Initiativen zur Wiederverwertung,
409 Repair Cafés u.a. wollen wir aktiv unterstützen und fördern. Um die Förderung von sortenreiner Erfassung recyclingfähiger Wertstoffe zu erreichen, ist eine konsequente
410 Getrennthaltung von Abfällen an der Entstehungsquelle sicherzustellen. Dies gilt gleichermaßen für die Abfälle aus privaten Haushalten als auch aus den Gewerbebetrieben. Die
411 Sammlung und Verwertung von Siedlungsabfällen ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und gehört in die kommunale Verantwortung.
415

416 Die Kommunen waren es in der Vergangenheit, die die getrennte Erfassung von Papier, Glas, Bio- und Grünmaterial, E-Geräten, schadstoffhaltigen Abfällen u.v.m. überhaupt erst
417 eingeführt haben. Ohne ein langfristiges und zuverlässiges System zur Erfassung und Verwertung von Abfällen erreicht man dauerhaft keine hohen Recyclingquoten. Hier können
419

420 die Kommunen die politische Steuerungsfähigkeit und Kontrolle gewährleisten. Die Kom-
421 munen müssen entscheiden können, ob sie in Eigenregie oder mit Dritten die Wertstoff-
422 sammlung betreiben wollen. Sie können viel näher entscheiden, in welchen Siedlungsge-
423 bieten mit welchen Sammelsystemen eine Getrenntsammlung von Wertstoffen für die Um-
424 setzung von hohen Recyclingquoten möglich ist (Wertstofftonne, Gelber Sack oder Bring-
425 höfe).

426 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass es bei einem an die Stelle der Verpackungsverord-
427 nung tretenden Wertstoffgesetz zukünftig keine Systembetreiber mehr gibt, sondern ei-
428 ne zentrale Stelle, die keine Lizenzgebühren erhebt, sondern an Produkten, Wertstoffen
429 (Schadstoffgehalt, Reparaturfähigkeit und Langlebigkeit), den Recyclingquoten und Kos-
430 ten der Erfassung orientierte Abgaben erhebt. Sie wacht über die Recyclingquoten für die
431 einzelnen Wertstoffe und bezieht alle Materialien gleicher Art ein. Was für ein neues Wert-
432 stoffgesetz gilt, muss auch bei einer Novellierung der Gewerbeabfallverordnung beachtet
433 werden. Auf Landesebene wollen wir das Landesabfallgesetz mit dem Blick auf die Res-
434 sourcenschonung novellieren.

435 **Lärm und Abfall – das wollen wir GRÜNE:**

- 436 • Lärmschutz bei Straßen und Schienenwegen stärken
- 437 • Lärmemissionen reduzieren
- 438 • Wertstoffgesetz statt Verpackungsordnung
- 439 • das Landesabfallgesetz zur Stärkung der Ressourcennutzung novellieren.

440 **Umweltschutz braucht Umweltschützer*innen**

441 Wir haben die Umweltgesetze in den letzten Jahren deutlich verbessert. Damit sie auch
442 befolgt werden, brauchen wir eine effiziente und durchsetzungsstarke Umweltverwaltung.
443 Während unter der CDU/FDP-Regierung zwischen 2005 und 2010 die staatlichen Um-
444 weltämter zerschlagen, massiv Überwachungspersonal abgebaut wurde, haben wir seit
445 2010 über 350 Stellen allein im technischen Umweltschutz zusätzlich geschaffen. Diese
446 Entwicklung wollen wir in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen und ausreichendes
447 Personal für eine angemessene Überwachung bereitstellen. Dabei ist zu überprüfen, ob
448 sich die von CDU und FDP vorgenommene weitgehende Kommunalisierung bewährt hat.
449 Das Umweltministerium als oberste Aufsichtsbehörde wird darauf achten, dass alle Kreise
450 und kreisfreien Städte die Gesetze in gleicher Weise vollziehen und überwachen. Umwelt-
451 schutz darf nicht davon abhängig sein, welche Partei die Rats- oder Kreistagsmehrheit
452 stellt!

453 Vermeintliche Einsparungen in den Behörden produzieren in der Zukunft unübersehbare
454 Kosten. Skandale wie PFT, Abwasserpilz im Münsterland oder auch PCB in Dortmund haben
455 gezeigt, was passieren kann. Genauso wie in Bus und Bahn die Fahrkarten kontrolliert
456 werden, müssen unsere Unternehmen überwacht werden, damit wenige „schwarze Schafe“
457 nicht den vielen umweltorientiert arbeitenden Betriebe die Existenzgrundlage rauben. Der

458 „VW-Skandal“, der längst ein Automobil-Skandal geworden ist, hat gezeigt, wie mangelnde
459 staatliche Aufsicht zum Schaden der Kund*innen und der Umwelt ausgenutzt werden!

460 Auch in der Landwirtschaft werden wir nach dem Prinzip „fördern und fordern“ darauf
461 achten, dass die gesetzlichen Standards eingehalten werden – durch fachgerechte Be-
462 ratung und adäquate Überwachung. Wir setzen weiterhin auf die Stiftung Umwelt und
463 Entwicklung NRW als bewährte und anerkannte Förderinstitution für Projekte zu Umwelt-
464 bildung, Ressourcenschonung, Klima- und Umweltschutz, zur entwicklungspolitischen Bil-
465 dung, globalen Lernen, interkulturellen Austausch und fairen Handel kleiner und großer
466 Initiativen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen.

467 **Tierschutz**

468 Obwohl der Tierschutz nun seit fast 15 Jahren Verfassungsrang besitzt – im Sommer 2002
469 wurde er vor allem auf Drängen der Tierschutzverbände und uns GRÜNEN als Staatszielbe-
470 stimmung ins Grundgesetz aufgenommen – besitzen Tiere in der Praxis vielfach noch im-
471 mer keinen ausreichenden Schutz: unzureichende Haltungsbedingungen und eine einsei-
472 tig auf wirtschaftliche Maximierung ausgerichtete Mast und Zucht in der Landwirtschaft,
473 unnötige und mit Schmerzen und Leiden verbundene Tierversuche oder unzureichend aus-
474 gestattete und unterfinanzierte Tierheime sind Mängel, die wir auf der Grundlage unserer
475 erfolgreichen Arbeit systematisch beseitigen wollen. Eine wichtige Rolle spielen dabei
476 Aufklärung und Information. Daher fordern wir Tierschutz- und Tierrechtserziehung als
477 festen Bestandteil der Lehrpläne und Lehrer*innenausbildung.

478 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

479 Wir haben in den zurückliegenden Jahren mit zahlreichen Initiativen und konkreten Maß-
480 nahmen für Fortschritte gesorgt: Das Landesjagdgesetz wurde durch eine grundlegende
481 Novelle stärker an der Waldökologie und am Tierschutz ausgerichtet. NRW hat als ers-
482 tes Bundesland ein umfassendes Mitwirkungs- und Verbandsklagerecht für anerkannte
483 Tierschutzverbände eingeführt und endlich eine Stimme und ein Klagerecht gegen Ver-
484 stöße gegen Tierschutzbestimmungen eingeräumt. Zahlreiche Bundesländer sind inzwi-
485 schen unserem Beispiel gefolgt. Für die Modernisierung von Tierheimen in NRW wurden
486 Investitionshilfen gewährt, Tierschutzvereine und engagierte Bürger*innen bekamen fi-
487 nanzielle Hilfe, um wild lebende Katzen zu kastrieren und so ihre unregelmäßige Vermehrung
488 zu begrenzen. Mit einer Ausnahme, über die noch die Gerichte zu befinden haben, konnten
489 alle Pelztierhaltungen in NRW beendet werden. Unsere Initiativen für bessere Haltungs-
490 bedingungen, insbesondere mehr Platz für Schweine und Puten, haben deutliche Impulse
491 gesetzt. Das Gleiche gilt für die Forderung nach einem Ende der zig-millionenfachen Tö-
492 tung männlicher Eintagsküken, die aus rein wirtschaftlichen Gründen wie Abfall behandelt
493 und unmittelbar nach dem Schlüpfen getötet werden. In beiden Fällen weigert sich die
494 Bundesregierung, diese Initiativen in das Tierschutzgesetz zu übernehmen, was wir nicht
495 hinnehmen werden.

496 Tierschutz weiter voranbringen – Tierhaltung nachhaltig gestalten 497

498 Wir werden diese Ziele in der kommenden Legislaturperiode beharrlich weiter verfolgen
499 und für mehr Tierschutz kämpfen. Zukünftig muss gelten: Nicht die Tiere dürfen den Hal-
500 tungsbedingungen angepasst werden, sondern die Haltungsbedingungen müssen den Be-
501 dürfnissen der Tiere entsprechen.

502 Im Rahmen des Konzepts einer Nachhaltigen Nutztierhaltung wollen wir die Tierhal-
503 tung tiergerechter und extensiver gestalten und verlässliche Rahmenbedingung für ei-
504 ne bäuerliche Landwirtschaft schaffen. Wir wollen die Stellung der landwirtschaftlichen
505 Erzeuger*innen in der Wertschöpfungskette unter Berücksichtigung von Umwelt- und
506 Tierschutzaspekten stärken. Wir gehen diesen Weg mit Landwirtschafts-, Umwelt- und
507 Naturschutz- und Tierschutzverbänden. Unser Ziel ist die gemeinsame Entwicklung eines
508 Nachhaltigkeitskodexes für die Landwirtschaft. Auf diese Weise wollen wir das Vertrauen
509 der Verbraucher*innen und die gesellschaftliche Akzeptanz für die Nutztierhaltung stär-
510 ken. Fehlentwicklungen in der Zucht müssen korrigiert werden. Ferner muss das Zuchtziel
511 wieder die Gesundheit des Individuums sein und nicht die Optimierung seiner Leistung.

512 Wir setzen uns für eine Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen im Tierschutzgesetz
513 und der Verordnung zur Tierschutznutztierhaltung ein. Dies gilt für alle Tiere, angefan-
514 gen beim Schwein bis hin zur Pute und dem Mastkaninchen Mehr Platz für jedes Tier,
515 Auslauf oder andere Klimareize, Beschäftigungsmaterial und eine artgerechte Fütterung,
516 die den Bedürfnissen und gesundheitlichen Anforderungen der Tiere entspricht und nicht
517 nur einseitig an einer Maximierung der Leistung ausgerichtet ist, sind zentrale Elemente
518 unserer Tierschutzpolitik. Dies hilft nicht nur den Tieren, sondern senkt gleichzeitig den
519 Antibiotika- und Medikamenteneinsatz in der Tiermast und vermindert damit das Risiko
520 von auch für uns Menschen gefährlichen Resistenzen. Die Amputation von Körperteilen
521 wie des Ringelschwanzes beim Schwein oder das Kupieren der Schnäbel beim Geflügel,
522 die aufgrund unzureichender Haltungsbedingungen heute die Regel darstellen, wollen
523 wir beenden. Hofschlachtungen und regionale Schlachthöfe sollen gefördert werden, um
524 Transporte zu vermeiden oder zu verkürzen.

525 Generell müssen Tiertransportzeiten weiter verkürzt und Tiertransporte schärfer kontrol-
526 liert werden. Die Kontrollen und ihre Ergebnisse müssen hier landesübergreifend vernetzt
527 werden.

528 Tierheime sollen zukünftig landesweit einheitlich finanziert werden. Hierzu ist eine lan-
529 desweite Harmonisierung der kommunalen Verpflichtung zur systematischen Finanzierung
530 der Tierheime notwendig. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Heimtierschutzgesetz
531 ein, nicht nur, um den tierschutzgerechten Umgang mit den Millionen Heimtieren zu re-
532 geln, sondern auch, um den Vollzugsbehörden Rechtssicherheit zu geben.

533 Weiterhin sollen die Kastrationsprogramme finanziell unterstützt werden. Der internatio-
534 nale, undurchsichtige Welpenhandel verlangt Kontrollen. Für den besseren Tierschutzvoll-
535 zug fordern wir daher eine Stärkung der mit den Aufgaben betrauten Veterinärämter. Diese
536 Maßnahmen entlasten auch die Tierheime.

537 **Einfuhr und Haltung von Wildtieren begrenzen**

538 Die Einfuhr und Haltung von Tieren wildlebender Arten, insbesondere gefährlichen Tieren,
539 wollen wir streng reglementieren. Dazu gehört auch ein bundesrechtliches Verbot entspre-
540 chender Tierbörsen wie etwa der Terraristika in Hamm sowie die Untersagung der Haltung
541 besonders gefährlicher Tiere wie Giftschlangen, Skorpione etc., deren Bisse lebensgefähr-
542 lich sind und die sich für eine Haltung in privater Hand auch aus Tierschutzgründen nicht
543 eignen. Wir wollen die Haltung besonders gefährlicher Tiere wie Giftschlangen, Skorpione
544 etc. in Privathaushalten verbieten. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Positivliste ein,
545 damit nur noch solche Tiere in Privathand gehalten werden, die auch dafür geeignet sind.
546 Nachdem der Bundesrat das Ende der Haltung von Wildtieren im Zirkus beschlossen hat,
547 die Bundesregierung sich diesem Vorstoß jedoch verweigert werden wir auf Bundesebene
548 weiterhin auf eine Umsetzung des Bundesratsbeschlusses drängen.

549 **Tierversuche überflüssig machen**

550 Der Ersatz von Tierversuchen durch tierversuchsfreie Alternativen und die damit verbun-
551 dene Vermeidung von Tierversuchen insbesondere an Wirbeltieren sind uns ein wichti-
552 ges Anliegen. Da bisher wissenschaftlich anerkannte Ersatzmethoden zu Tierversuchen
553 weitgehend fehlen, konnte in dieser Legislaturperiode durch unsere Initiative das „Cen-
554 trum für Ersatzmethoden zum Tierversuch“ (CERST) am Leibniz-Institut für umweltmedi-
555 zinische Forschung gegründet werden. Wir wollen diese erfolgreiche Arbeit in ein eigen-
556 ständiges Institut überführen. So können Drittmittelprojekte und Forschung gemeinsam
557 mit dem Tierschutz, aber auch der Industrie effektiver und unbürokratischer umgesetzt
558 werden. Damit können tausende Tierversuche überflüssig gemacht werden. Wir wollen
559 die Forschungsgelder für die Erforschung von Ersatzmethoden zu Tierversuchen erhöhen.
560 Bestehende Ansätze im Wissenschaftsetat sollen zu Gunsten der Erforschung neuerer Me-
561 thoden umgeschichtet werden. Wir streben die Stärkung des Tierschutzbeirats der Lan-
562 desregierung an. und werden einen Tierschutz-Forschungspreis einrichten, um Personen
563 und Institutionen, die die tierversuchsfreie Forschung in unserem Land nach vorn bringen
564 und zukünftig dazu beitragen, Tierleid zu vermeiden, anzuerkennen und zu stärken und
565 das Anliegen tierversuchsfreier Forschung im öffentlichen Bewusstsein noch stärker zu
566 verankern. Ähnlich wie in anderen Ländern soll auch in NRW eine Tierschutzbeauftrag-
567 te/ein Tierschutzbeauftragter berufen werden, um eine zentrale Anlaufstelle für Fragen
568 zum Tierschutz zu haben.

569 **Tierschutz – das wollen wir GRÜNE:**

- 570 • die Haltungsbedingungen an die Tiere anpassen – statt umkehrt
- 571 • einen Nachhaltigkeitskodex für die Landwirtschaft entwickeln
- 572 • Tierversuche überflüssig machen
- 573 • einen Tierschutz-Forschungspreis einrichten
- 574 • eine*n Tierschutzbeauftragte*n berufen.

Klimaschutz

Der globale Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Sie zu meistern, ist der zentrale Anspruch an diejenigen, die heute für morgen Verantwortung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tragen. Am 12. Dezember 2015 hat sich die Weltgemeinschaft in Paris endlich zu ihrer Verantwortung bekannt und ein neues Klimaabkommen beschlossen. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich völkerrechtlich verbindlich, den globalen Temperaturanstieg (gegenüber dem vorindustriellen Niveau) auf maximal zwei, wenn möglich sogar auf unter 1,5 Grad zu begrenzen. Zur Erreichung dieses Ziels kommt NRW eine besondere Rolle zu. Denn als Industrieland Nr. 1 in Deutschland sind wir zugleich Energieland Nr. 1 und als solches für rund 30 Prozent des bundesweiten Ausstoßes klimaschädlicher Emissionen verantwortlich. Deshalb kann Klimaschutz in Deutschland und für die Welt nur dann gelingen, wenn unser Bundesland vorn mit dabei ist.

Genau hier liegen Verantwortung und Chancen sehr eng beieinander. Als Industrieland Nr. 1 in Deutschland wollen wir zugleich Klimaschutzland Nr. 1 werden, damit unsere Verantwortung in Deutschland, Europa und der Welt übernehmen und gleichzeitig industriepolitische Lösungen für morgen antreiben. Denn Nordrhein-Westfalen ist Teil der globalisierten Welt und ein industrielles Kernland in Europa. Wir GRÜNE zeigen, dass eine Industrieregion vom Format unseres Bundeslandes die ökologische Modernisierung erfolgreich gestalten und dabei zum Wegbereiter für ein globales, postfossiles und erneuerbares Zeitalter werden kann. Klimaschutz made in NRW ist pure ökonomische Vernunft. Dafür haben wir GRÜNE in den vergangenen Jahren das nötige Fundament geschaffen, auf dem wir in Zukunft aufbauen können.

Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

Wir haben nach dem Klimaschutz-Start-Programm und dem ehrgeizigen KWK-Impulsprogramm als erstes Bundesland ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Reduktionszielen beschlossen. Für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir uns ehrgeizige, aber realistische Ziele gesetzt. In einem bundeweit einmaligen Beteiligungsprozess haben wir dazu einen Klimaschutzplan verabschiedet. Wir haben als erstes Bundesland die Anwendung der umstrittenen Frackingtechnologie im neuen Landesentwicklungsplan ausgeschlossen, eine Entscheidung mit bundesweiter Signalwirkung. Mit der jüngsten Leitentscheidung zu Garzweiler II haben wir in Deutschland erstmals einen Braunkohletagebau verkleinert und damit positive Effekte für Klima und Menschen erreicht: Rund 400 Millionen Tonnen Braunkohle bleiben in der Erde. 1400 Menschen bleibt die Umsiedlung erspart.

Auch international sind wir Vorreiter: NRW ist aktives Mitglied in der Climate Group und der Klimaschutzinitiative „Under2“. Viele dicht besiedelte Industrieregionen der Welt blicken gespannt auf die Entwicklung in NRW. Bei uns entsteht die Blaupause für einen erfolgreichen Klimaschutz und eine umfassende Energiewende. Leitidee ist für uns dabei stets der Konsens aller Akteur*innen, den Wandel in sozial-ökologischer Verantwortung zu gestalten.

616 **Klimaschutz von unten**

617 Klimaschutz made in NRW ist Klimaschutz von unten: Er findet in den Städten und Dörfern,
618 in den Wohnquartieren, auf den Dächern und in den Heizungskellern unserer Häuser, in den
619 Produktionshallen unserer Unternehmen, auf den Straßen, Wasserstraßen und Schienen-
620 wegen, in den Küchen und Kantinen, auf dem Bauernhof genauso wie an der Ladentheke
621 statt. Bei uns leben 18 Mio. potentielle Klimagenoss*innen. Wir setzen auf Transparenz
622 und Partizipation. Denn Mitwirkung und Teilhabe stärken unsere Demokratie und schaf-
623 fen Akzeptanz. Der Klimaschutzplan ist hierfür ein zentrales politisches Instrument. Seine
624 gesetzlich vorgesehene Fortschreibung nach fünf Jahren werden wir deshalb entschieden
625 angehen. In diesem Rahmen soll der Klimaschutzplan NRW an die Erfordernisse des Welt-
626 klimaabkommens angepasst und konkrete langfristige Ziele für die Reduzierung der Treib-
627 hausgasemissionen NRWs festgelegt werden. Neben einem breiten Beteiligungsverfahren
628 der Zivilgesellschaft sollen die Ziele auch auf die wesentlichen Sektoren (Energiewirt-
629 schaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Abfall-, Land- und Forstwirtschaft) heruntergebrochen
630 werden.

631 **Kommunale Klimaschutzförderung für alle**

632 Viele Kommunen und Regionen haben sich bereits auf den Weg gemacht und Ziele für den
633 Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzt oder sich zur Verringerung von Treibhausga-
634 sen verpflichtet. Besonders der Austausch von Ideen , um gemeinsame Ziele zu erreichen,
635 wollen wir unterstützen. Denn gerade kreative Lösungen im regionalen Zusammenhang
636 können eine Vorbildfunktion übernehmen. Solche Vernetzung von Kreisen, mehrerer Kom-
637 munen oder größerer Regionen wollen wir deshalb unterstützen.

638 **Die Landesverwaltung als Vorbild**

639 Wir wollen das gesetzlich verankerte Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung zu ei-
640 nem Vorbild machen und die dazu erforderlichen Investitionsmittel bereitstellen. Beson-
641 ders an den Hochschulen spielt die klimafreundliche und ressourcenschonende Ausrich-
642 tung eine wichtige Rolle. Wir wollen in und an Landesliegenschaften, inklusive den Hoch-
643 schulen in Nordrhein-Westfalen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben,
644 Neubauten klimafreundlich gestalten und die Aktivitäten des BLB an Klima- und Ressour-
645 censchutz orientieren.

646 **Klimaanpassung: Wir machen NRW und seine Kommunen ex-** 647 **tremwetterfest**

648 Selbst durch eine ehrgeizige Klimapolitik – wie das festgelegte Unter-Zwei-Grad-Ziel im
649 Klimaschutz – ist der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten, sondern bestenfalls einzu-
650 dämmen. Eine der größten Herausforderungen besteht deshalb darin, einen Kulturwandel
651 im Denken, Planen und Handeln herbeizuführen. Es muss insgesamt gelingen, insbeson-
652 dere unsere Infrastrukturen und Lebensgrundlagen widerstandsfähiger zu machen. Sich

653 auf die Folgen des Klimawandels einzustellen und Präventionsmaßnahmen zur Schaden-
654 vermeidung vorzunehmen muss daher schon heute als essentielle Zukunftsaufgabe von
655 Land und Kommunen verstanden werden.

656 Der Klimawandel ist auch in NRW längst angekommen! Der Klimawandel verändert un-
657 ser Land: Starkregenereignisse nehmen zu, Hitzephasen in den Sommermonaten beein-
658 trächtigen vor allem die Menschen in den urbanen Regionen. Die Zahl der heißen Tage
659 steigt, die Winter werden feuchter. Trockenstress belastet die Landwirtschaft. Bestimmte
660 Insekten und Krankheitserreger und das mit ihnen einhergehende Gefährdungspotenti-
661 al breiten sich aus. Klimaschutz heißt deshalb zunehmend auch Klima(folgen)anpassung.
662 Wir müssen NRW (extrem-) wetterfest machen – zum Schutz der Bevölkerung, zur Bewah-
663 rung von Natur und Umwelt und zum Nutzen von Wirtschaft und Industrie. Dabei geht es
664 um Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz, Katastrophenschutz, Stadtentwicklung, Wald
665 und Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, menschliche Gesundheit und
666 Tourismus. Und es geht auch um Versicherungen und Entschädigungen für Menschen, die
667 von Extremwetterereignissen betroffen wurden.

668 Mit dem Klimaschutzgesetz wurde die Anpassung an den Klimawandel als eines von drei
669 Klimaschutzzielen in NRW gesetzlich verankert und im Klimaschutzplan Strategien zur
670 Bewältigung dieser Herausforderung festgelegt.

671 Wir werden fortfahren, Kommunen bei der Erstellung kommunaler Risikomanagementkon-
672 zepte zu unterstützen, Siedlungs- und Infrastrukturen widerstandsfähiger zu machen und
673 die Stabilität und Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und der Ökosysteme zu erhalten.
674 Auch unsere Forst- und Landwirtschaft müssen sich auf veränderte Klimabedingungen ein-
675 stellen. Dabei werden wir sie ebenso begleiten. Auch Industrie und Wirtschaft werden wir
676 dabei unterstützen, sich auf die Herausforderungen des Klimawandels vorzubereiten.

677 Über die Förderung und Unterstützung von Maßnahmen zur Klimaanpassung hinaus be-
678 nötigen die betroffenen Kommunen – unabhängig von Einzelentscheidungen – Unterstüt-
679 zung zur Bewältigung der Schäden. Hierzu soll das Land zusammen mit den Kommunen
680 einen Unwetterfonds einführen. Mit einem solchen Instrument kann eine schnelle und
681 effiziente Hilfestellung für betroffene Kommunen ermöglicht werden, weil die erforderli-
682 chen Strukturen und Regelungen sowie die Mittel im Bedarfsfall bereits geschaffen und
683 etabliert sind.

684 **Strom – Wärme – Mobilität: Energiewende überall**

685 Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte Energieversorgung
686 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen und Energieeinsparung und Effizienz er-
687 reichen. Kohle, Erdgas, Benzin, Diesel und Öl müssen durch Sonne, Wind, Biomasse, Wasser
688 und Geothermie ersetzt werden. Dafür müssen wir die Erneuerbaren Energien weiter aus-
689 bauen und nach und nach die fossilen Energieträger, allen voran Kohle, im zukünftigen
690 Energiemix ablösen.

691 Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-, sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und
692 Wärmewende. NRW bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte optimale

693 Voraussetzungen zur Verbindung von Erneuerbaren Energiequellen und innovativen Spei-
694 chertechniken, zur Versorgung aller drei Sektoren, für die Erprobung und Einführung inno-
695 vativer Mobilitätskonzepte, die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion sowie für die
696 Auskopplung und auch Nutzung von Wärme aus Produktions- und für Produktionsprozesse
697 in der Industrie Wir treten dafür ein, dass Wärme, Mobilität und Strom Schritt für Schritt
698 auf Erneuerbare Energien umgestellt und für die Energieversorgung zusammengeführt
699 werden.

700 Die Stromversorgung der Zukunft

701 Sonnen- und Windenergie sind die zentralen Säulen der Energiewende in NRW. Auch wenn
702 der Weg zu einer Stromversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren noch weit erscheint, ist
703 dieses Ziel auch und gerade im Industrieland NRW technisch möglich und wird an einigen
704 Stellen in innovativen Projekten bereits umgesetzt.

705 Damit es jedoch gelingt, müssen wir unser Stromsystem mit den Erneuerbaren Energien
706 als Basis neu aufstellen. Mit Sonne und Wind als Grundpfeiler brauchen wir Ergänzung-
707 gen, die fluktuierende Stromproduktion und schwankenden Stromverbrauch miteinander
708 in Einklang bringen. Dafür ist der Dreiklang von flexiblen Lasten, innovativem Netzaus-
709 bau und Speicherung die entscheidende Grundlage. Wir wollen NRW deshalb zur Nr. 1
710 in Forschung, technischer Entwicklung, Demonstration und Markteinführung von neuen
711 zukunftsfähigen und nachhaltigen Technologien machen.

712 Die Bundesregierung bremst den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv, daher kön-
713 nen die gesetzten NRW-Ziele voraussichtlich erst später als beabsichtigt erreicht werden.
714 Gleichwohl halten wir Kurs: Bis zum Jahr 2025 sollen 30 Prozent des Stromverbrauchs in
715 NRW aus erneuerbaren Energien kommen.

716 Dazu soll die Windstromproduktion bis zum Jahr 2020 15 Prozent zum Stromverbrauch
717 beitragen. Die Windenergie hat in Nordrhein-Westfalen das größte Potenzial aller Erneue-
718 erbaren Energien. Wir wollen den Ausbau und das Repowering von Windenergieanlagen
719 weiterhin durch einen aktuellen Windenergieerlass, aktuelle Leitfäden für bestimmte Teil-
720 bereiche und ein gutes Beratungs- und Mediationsangebot unterstützen. Dort wo es sinn-
721 voll ist, wollen wir Windenergie im wirtschaftlich genutzten Wald unter Berücksichtigung
722 der ökologischen Funktionen des Waldes weiter vorantreiben.

723 Wir wollen den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen sowohl auf Eigenheimen als auch auf
724 Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter vorantreiben. Ohne weitere
725 Flächenversiegelung ist es so möglich, die Erneuerbaren Energien weiter auszubauen.
726 Freiflächensolaranlagen sehen wir daher auch grundsätzlich kritisch. Allerdings kann es
727 Sinn machen Flächen entlang von Infrastrukturtrassen oder Brachflächen für Freiflächen-
728 Photovoltaik zu nutzen. Hier haben wir im Landesentwicklungsplan NRW sinnvolle Krite-
729 rien vorgegeben, die wir anwenden wollen.

730 Neben Sonne und Wind als den Säulen der Energiewende in Deutschland sind dennoch
731 alle Erneuerbaren Energien wichtig, um das Ziel einer 100 prozentigen Energieversorgung
732 aus Erneuerbaren Energien zu erreichen.

733 Darum wollen wir den Biomasseanbau in Einklang mit einer nachhaltigen, biologischen
734 Landwirtschaft bringen und unterstützen die Nutzung von Grünschnitt und Lebensmittel-
735 abfällen in Biomasseanlagen. Neben der Nutzung der Abwärme müssen die Biomasseanla-
736 gen technisch so ausgestattet werden, dass sie flexibel Strom in das Netz einspeisen. Denn
737 als einzige Erneuerbare Energie kann Biomasse flexibel auf die fluktuierende Einspeisung
738 der Photovoltaik- und Windenergieanlagen reagieren.

739 Selbst wenn die Potenziale der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen überschaubar sind,
740 wird auch sie ihren Beitrag im Strommix der Zukunft erbringen. Wir wollen deshalb vor-
741 handene Standorte mit Wasserkraftanlagen erhalten und sie besonders unter ökologischen
742 Aspekten weiterentwickeln. Soweit sie mit der Wasserrahmenrichtlinie vereinbar sind, wol-
743 len wir auch den Bau neuer Wasserkraftanlagen unterstützen. Dabei haben wir immer auch
744 die Auswirkungen auf Ökologie und Fische mit im Blick. Die Potenzialstudie der Landes-
745 regierung gibt für die Weiterentwicklung der Wasserkraft erste Hinweise. Diese wollen wir
746 nutzen. Die begonnenen Projekte in den Regierungsbezirken werden wir weiterhin unter-
747 stützen.

748 Die Geothermie kann besonders in der Wärmegewinnung eine wichtige Rolle übernehmen
749 und in Verbindung mit Wärmenetzen auch über den direkten Standort hinaus Wärme zur
750 Verfügung stellen. Dabei gilt für uns, dass der Grundwasserschutz oberste Priorität haben
751 muss.

752 Der Ausbau Erneuerbarer Energien und der Erhalt unserer Natur gehören für uns untrenn-
753 bar zusammen. Denn der Erhalt der Biodiversität, Ökologie und die Energieversorgung
754 der Zukunft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr zeigen wir, dass
755 der Grundgedanke von Energiegewinnung im Einklang mit der Natur keine Utopie, son-
756 dern realistisch ist. Mit der Fortführung des EnergieDialog.NRW und der Möglichkeit zu
757 Beratung und Mediation unterstützen wir die Auflösung von Konflikten zwischen Anwoh-
758 ner*innen, Naturschutz und Erneuerbaren Energien. Die bestehenden Leitfäden des Arten-
759 schutzes wollen wir an die jeweils neuesten Erkenntnissen anpassen.

760 Regionale Wertschöpfung durch kommunale Energiewende

761 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien schützt nicht nur unser Klima, sondern unterstützt
762 auch die regionale Wertschöpfung und hat in den letzten Jahren bereits für erhebliche
763 Investitionen in den Kommunen gesorgt, dem Handwerk einen neuen Markt eröffnet und
764 kleinen und mittelständischen Unternehmen im Zulieferbereich neue Geschäftsfelder er-
765 schlossen. Anders als das bisherige Stromsystem führt der Ausbau der Erneuerbaren da-
766 zu, dass alle Kommunen von unserer Stromversorgung profitieren können. Durch Bürger-
767 genossenschaften und privates Engagement haben auch Bürger*innen die Möglichkeit,
768 Stromproduzenten zu werden und aktiv an der Neugestaltung des Stromsystems mitzu-
769 wirken. Die Stromversorgung der Zukunft wird nicht mehr nur in der Hand einiger weniger
770 Großunternehmen liegen, sondern aus Millionen von kleinen Stromproduzenten beste-
771 hen. Deshalb lehnen wir ein System ab, das besonders Großstrukturen unterstützt. Denn
772 ohne das vielfältige Engagement der Bürger*innen wäre die Energiewende heute keine
773 Realität.

774 100 Klimagenossenschaften für NRW

775 Zur Stärkung des Klimaschutzes und der Erneuerbaren in NRW setzen wir auf einen dezentralen Ansatz, der dem Gedanken der regionalen Wertschöpfung, Teilhabe und Akzeptanz
776 Rechnung trägt. Wir fördern dazu weiterhin geeignete regionale und lokale Strukturen und
777 Kompetenzzentren zur Unterstützung der Kommunen und regional orientierter, bspw. genossenschaftlich aufgestellter Gesellschaften, die bei der Planung, beim Betrieb und in der
778 finanzwirtschaftlichen Beratung Hilfestellung leisten können. Häufig sind entsprechende Akteure (u. a. EnergieAgentur.NRW, Banken, Sparkasse, Stadtwerke, Genossenschaften,
779 Handwerksorganisationen, IHK etc.) bereits tätig. Impulse und Unterstützung zu ihrer gezielten Vernetzung müssen deshalb häufig nur noch gegeben werden. Unser Ziel für die
780 nächste Legislatur: 100 Klimagenossenschaften für NRW.
781
782
783
784

785 Wir wollen dazu beitragen, öffentliche Potentialflächen zum Ausbau der Windenergie für
786 Projekte mit Bürgerbeteiligung vorzuhalten. NRW ist ein dicht besiedeltes Land. Deshalb
787 wollen wir gezielt solche Projekte unterstützen, die auf bereits versiegelten Flächen (Altlasten, Halden, Deponien) entstehen sollen. Gleiches gilt für Projekte an Infrastrukturflächen sowie Gewerbe- und Industriegebieten.
788
789

790 Verdopplung der Solardächer in NRW bis 2025

791 Aufbauend auf der im Klimaschutzplan angelegten Strategie „Ausbau der Photovoltaik auf Dachflächen“ werden wir uns dafür einsetzen, dass dafür auf allen politischen Ebenen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden. Unser Ziel lautet: Verdoppelung der Solardächer in Nordrhein-Westfalen bis 2025! Wir wollen, dass die Kommunen bei Aktivitäten zugunsten des Ausbaus Erneuerbarer Energien noch stärker unterstützt werden, so z.B. bei der Erstellung sogenannter Solardachkataster oder auch bei der Reservierung von kommunalen Flächen für die Nutzung der Windenergie durch Bürgerbeteiligung.
792
793
794
795
796
797

798 Wir wollen die Potentiale der Thermovoltaik („Strom aus Wärme“) für die Energiewende nutzen. Denn Thermovoltaik sollte dort, wo es möglich ist, als umwelt- und klimafreundliche Energieform genutzt werden, um Strom direkt vor Ort aus Wärme- und Abwärmequellen zu gewinnen.
799
800
801

802 Kampf um ein starkes EEG

803 Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) ist das erfolgreichste Markteinführungsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik. Doch die CDU-SPD-CSU-Koalition missbraucht die EEG-Novellen zum Ausbremsen der Energiewende. Insbesondere die Obergrenzen für die Erneuerbaren behindert die Energiewende.
804
805
806

807 Nun geht es darum, es zu einem Marktgestaltungsgesetz weiterzuentwickeln. Dabei kann es nicht um die Systemintegration der Erneuerbaren in das bestehende System gehen, sondern vielmehr um eine Systemtransformation. Dabei wollen wir die Demokratisierung der Energieversorgung weiter stärken und die durch die Energiewende geschaffene Vielfalt der Akteure erhalten. Wir GRÜNE treten auf Bundesebene mit allem Nachdruck dafür ein,
808
809
810
811

812 das EEG und das Energiemarktdesign so zu gestalten, dass verlässliche Investitionsanreize
813 für den Ausbau der erneuerbaren Energien in NRW geboten werden und der Systemwan-
814 del einschließlich dezentraler Speicher und Sektorenkopplung vorangebracht wird. Dazu
815 gehört u. a. die genaue Auswertung des neuen Ausschreibungsmodells sowie seine quanti-
816 tative und qualitative Weiterentwicklung, die verbrauchsnahe Installation des Netzzubaus,
817 die Gewährleistung des räumlich verteilten Ausbaus der Windenergie, Anreize zur Nutzung
818 der Flexibilität der Bioenergieanlagen sowie angesichts einer zunehmenden Nutzung des
819 Stroms aus Erneuerbaren Energien in den Sektoren Wärme und Mobilität die rechtzeiti-
820 ge Anpassung der Bedarfsszenarien. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,
821 dass eine Perspektive für Altanlagen geschaffen wird, die aus dem EEG fallen, damit nicht
822 gut funktionierende und bereits über das EEG finanzierte Anlagen abgebaut werden. Auch
823 werden wir uns dafür einsetzen, dass Grünstrom wieder direkt verkauft werden kann und
824 endlich wieder ein Grünstrommodell geschaffen wird.

825 Speicherland NRW

826 Die Energiewende ist ohne Speichertechnologien mit unterschiedlichen Speichermög-
827 lichkeiten und -zeiträumen nicht vorstellbar. Mit seiner vielfältigen und innovativen For-
828 schungslandschaft hat NRW die Möglichkeit, Speicherland Nr. 1 in Deutschland zu werden.
829 Durch die Erforschung und Entwicklung verschiedenster Speichertechnologien und Sys-
830 temlösungen in Aachen, Jülich, Münster, Oberhausen, Herten und vielen weiteren Stand-
831 orten sowie durch die Markterprobung und den Einsatz von Speichertechnologien durch
832 viele Unternehmen in NRW bietet sich hier eine Chance für das Energiesystem der Zu-
833 kunft, die wir nutzen wollen. Dazu zählt auch, dort, wo Technologien schon ausgereift und
834 nutzbar sind – z.B. im Bereich der unter- und oberirdischen Pumpspeicherkraftwerke – die
835 erforderlichen Planungsverfahren frühzeitig auf den Weg zu bringen und die Unternehmen
836 in diesem Prozess zu begleiten. Hier bieten sich auch große Chancen für Speichertechno-
837 logien aus NRW, marktführend bestimmend zu werden und damit wirtschaftliche Erfolge
838 zu generieren.

839 Power to Gas

840 Neben der Weiterführung und dem Ausbau der Forschung von bereits etablierten Tech-
841 nologien wollen wir innovative Technologien und Forschungsansätze unterstützen. Dazu
842 gehört auch die Entwicklung von Power-to-gas – Anlagen und ihre systematische Ver-
843 netzung. Wir fordern deshalb die Umlagebefreiung für Power-to-gas-Anlagen an ihren
844 Standorten sowie die Anerkennung des dort gewonnenen Wasserstoffs bzw. Methans als Er-
845 neuerbare Energiequelle, wenn der Strom zu seiner Produktion aus Erneuerbaren Quellen
846 stammte.

847 An zwei Pilotstandorten soll die Verbindung von Erneuerbaren-Energien- und Power-to-
848 gas-Anlagen weiterentwickelt werden. An einem Standort soll die Möglichkeit der indus-
849 triellen Nutzung, an einem zweiten die Verknüpfung von Power-to-gas mit einem Block-
850 heizkraftwerk sowie die Versorgung einer Gastankstelle für klimafreundliche Fahrzeuge

851 erprobt werden. Die Forschung zum Energieträger Wasserstoff, zur Methanisierung, indus-
852 triellen Nutzung und dezentralen Anwendung sowie der dafür benötigten Infrastruktur
853 soll weitergeführt werden.

854 **Intelligente Netze (Smart Grids), Virtuelles Kraftwerk und Last-** 855 **management**

856 Durch eine intelligente Steuerung der Netze kann das Stromnetz optimiert und der pro-
857 duzierte Strom optimal genutzt werden. Wir wollen Pilotprojekte und Forschung an Tech-
858 niken zur intelligenten Steuerung der Netze weiterhin unterstützen und dabei den Fokus
859 besonders auf den steigenden Anteil an Erneuerbaren Energien im Stromnetz legen.

860 Auch virtuelle Kraftwerke werden in der Zukunft immer wichtiger werden. Der Zusammen-
861 schluss verschiedener Energieerzeugungsanlagen, Lasten und Speichertechnologien soll
862 dazu führen, dass ein Konstrukt aus verschiedenen Anlagen entsteht, das ähnlich wie ein
863 Großkraftwerk sicher ausreichend Strom bereitstellt. Deshalb wollen wir Pilotvorhaben
864 für Virtuelle Kraftwerke, in denen dezentrale Windenergie- und Solaranlagen mit regiona-
865 len Biomasse-Blockheizkraftwerken, KWK-Anlagen, Lastmanagement und Speichern zur
866 Sicherung der Versorgung mit erneuerbaren Energien intelligent verknüpft werden, aus-
867 bauen und vertiefen.

868 Ein weiterer wichtiger Aspekt zur Stabilisierung unserer Stromversorgung ist das Lastma-
869 nagement. Hier besteht besonders in unserem industriell geprägten Bundesland noch ein
870 großes Potenzial. Wir wollen Unternehmen bei der Umstellung von Prozessen, die Lastma-
871 nagement ermöglichen, unterstützen und werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen,
872 dass die bestehenden Hürden abgebaut werden.

873 **Den Einsatz von Erneuerbaren Energien anders organisieren**

874 Die Verzahnung der drei Sektoren Strom, Wärme und Verkehr bietet für die Energiewende
875 viele Vorteile. So kann z.B. die Sektorenkopplung bei Netzengpässen helfen: Statt Anlagen
876 zwischenzeitlich abschalten zu müssen, kann deren Strom bspw. zur Gewinnung von Wär-
877 me oder zur Gewinnung von Wasserstoff für ein Wasserstoffauto verwendet werden oder
878 Elektroautos können zwischenzeitlich als Speicher genutzt werden. Bisher werden diese
879 Möglichkeiten noch zu wenig betrachtet. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass
880 die bestehenden Hürden abgebaut und Forschung und innovative Projekte im Bereich der
881 Sektorenkopplung unterstützt werden.

882 Oftmals wird zudem zu wenig betrachtet, welches große Potential in der Verbindung zwi-
883 schen Erneuerbaren Energien, Gewerbe und Industrie liegt. Deshalb setzen wir uns für die
884 Einrichtung einer Dialogplattform „Erneuerbare Energien und Industrie“ ein, wie sie der
885 Klimaschutzplan NRW vorsieht. Außerdem wollen wir 100 Gewerbegebiete in Nordrhein-
886 Westfalen vorrangig mit Erneuerbaren Energien entwickeln, um zu zeigen, dass sich eine
887 sichere Energieversorgung und Erneuerbare Energien nicht widersprechen.

888 Klimaschutz-Know-How für die Energiewende aus NRW

889 Wir wollen die Energiewende in all ihren Facetten weiterführen und dazu den Forschungs-
890 und Wissenschaftsstandort NRW für Erneuerbare Energien, Systemlösungen, Speichertechno-
891 logien und für die Energiewirtschaft stärken und ausbauen. Darüber hinaus brauchen
892 wir einen Think Tank „Systemtransformation“. Weitere Kompetenz muss im rechts- und
893 finanzwirtschaftlichen Bereich geschaffen werden. Dazu schlagen wir für den Rechtsbe-
894 reich die Einrichtung eines Institutes für das Recht der Energiewende (z.B. angegliedert an
895 vorhandene universitäre Bereiche) vor und für Finanzfragen der Energiewende die Erwei-
896 terung der EnergieAgentur.NRW um einen entsprechenden Kompetenzbereich. Die viel-
897 fältige Forschungsinstituts- und Hochschullandschaft in NRW zu den Themenfeldern Kli-
898 maschutz, Energie und Ressourcen wollen wir zu einer virtuellen Klima- und Ressourcen-
899 universität verknüpfen.

900 Wir setzen uns für eine Klimastiftung in NRW ein, um Klimaschutz und Energiewende als
901 zivilgesellschaftlichen Prozess fest im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

902 Wärmestrategie für NRW

903 Wir fordern eine Wärmestrategie zugunsten der klimafreundlichen Wärme- und Kältege-
904 winnung, die Nah- und Fernwärmenutzung, den Ausbau der Erneuerbaren Energien im
905 Wärmebereich und die Energetische Sanierung im Quartier vorsieht. Dabei wollen wir die
906 Industrie- und Gewerbegebiete wegen der dort verfügbaren Abwärmequellen und deren
907 Nutzung im Nah- und Fernwärmenetzverbund mit einbeziehen.

908 Durch eine integrierte kommunale Wärmeplanung, die sich an den Besonderheiten an der
909 jeweiligen Kommune bzw. dem jeweiligen Quartier orientiert, können örtliche Wärmekon-
910 zepte entwickelt und umgesetzt werden, an dem sich die zukünftige Wärmeversorgung
911 orientiert. Deshalb setzen wir uns für die Unterstützung und Förderung von Kommunen
912 ein, die derartige Wärmeplanungen auflegen wollen. In einem Netzwerk von Kommunen,
913 die sich mit innovativen Konzepten und Projekten auf dem Feld erneuerbarer Wärme en-
914 gagieren und die Wärmewende vor Ort voranbringen wollen, wollen wir unterstützen.

915 Die Versorgung unserer Wohn- und für das Industrieland NRW typischen Gewerbe- und
916 Industriegebäude mit Wärme und Kälte ist der größte Posten in unserer Energiebilanz:
917 40 Prozent werden für Raumheizung und Warmwasserversorgung benötigt. Daher ist die
918 energetische Sanierung unseres Gebäudebestandes der zentrale Schlüssel der Energie-
919 wende.

920 Deshalb fordern wir die Verabschiedung eines Effizienz- und Erneuerbaren Energie Wärme-
921 gesetzes für NRW, bei dem die Erfahrungen aus Baden-Württemberg berücksichtigt wer-
922 den. Darüber hinaus fordern wir auf Bundesebene, dass im Baurecht deutlich verschärfte
923 Vorgaben zu Licht- und Wärmeeffizienz insbesondere mit dem primären Fokus auf Vermin-
924 derung klimaschädlicher Treibhausgase verankert werden. Neben der Wärmeversorgung
925 können dabei auch durch Nutzung von im Quartier erzeugten Stroms Immobilieneigen-
926 tümer und Mieter gleichermaßen profitieren. Wir fordern den Abbau bestehender techni-
927 scher, rechtlicher und steuerlicher Hürden, um die weitere Verbreitung derartiger Mieter-
928 bzw. Quartiersmodelle zu forcieren.

929 Die oberflächennahe Geothermie wollen wir stärker nutzen und die Potentiale der erneuerbaren
930 Tiefengeothermie besser erforschen, erkunden und unter Wahrung des Grundwasserschutzes nutzen.
931 Das große Ziel, die Nah- und Fernwärmeversorgung an Rhein und Ruhr erneuerbar zu gestalten,
932 könnte damit verwirklicht werden.

933 **Kraft-Wärme-Kopplung**

934 Wir wollen die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit Nachdruck weiter ausbauen.
935 Bis 2020 muss die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) 33 Prozent unseres Stromes erzeugen.
936 Neben eigenen Maßnahmen werden wir uns auf Bundesebene weiterhin für den notwendigen
937 gesetzlichen Rahmen für die KWK-Förderung einsetzen. Wir werden darauf drängen, dass Nah- und
938 Fernwärme weiter ausgebaut und verdichtet werden und wollen den weiteren Ausbau und die
939 Verdichtung von Fern- und Nahwärmesystemen sowie die Objektversorgung durch KWK-Anlagen
940 vorantreiben. Projekte dazu sind bereits gestartet – wie der Ausbau der Fernwärmeschiene
941 Rhein-Ruhr, die Fernwärmeversorgungsprojekte in Köln und Düsseldorf oder die KWK-Modellkommunen.
942 Die Bauentscheidungen für die KWK-Gaskraftwerke in Köln und Düsseldorf sowie die geplanten
943 Anlagen in den Chemieparks Leverkusen und Krefeld sind wichtige Bausteine zur klimafreundlichen
944 Deckung des Wärmebedarfs. Sie können einen Ausgleich zur schwankenden Stromerzeugung
945 erneuerbarer Energien leisten. Deshalb ist es entscheidend, dass die Rahmenbedingungen
946 so ausgestaltet sind und werden, dass KWK-Gaskraftwerke sowie industrielle Anlagen wirtschaftlich
947 betrieben werden können. Hierfür werden wir uns auf allen Ebenen einsetzen. Das KWK-Gesetz
948 muss in der Weise fortgeschrieben werden, dass wirksame Anreize geschaffen werden, die
949 alten Bestandsanlagen in den Industrieparks Nordrhein-Westfalens rechtzeitig durch neue
950 hocheffiziente Gas-KWK-Anlagen zu ersetzen.

952 Auch zukünftig bietet die KWK mit ihren Nah- und Fernwärmenetzen viele Möglichkeiten.
953 So gibt es KWK-Anlagen, die erneuerbar betrieben werden können, z.B. mit Hackschnitzeln
954 oder Biogas. Auch können erneuerbare Wärmeanlagen ihre Wärme in Nah- und Fernwärmenetze
955 einspeisen. Wir wollen dafür sorgen, dass in diesen Netzen von fossilen auf erneuerbare
956 Energieträger umgestellt wird. Deshalb wollen wir Projekte unterstützen, die die Einspeisung
957 von erneuerbaren Wärmeanlagen in Nah- und Fernwärmenetze. Wir wollen dafür sorgen,
958 dass in diesen Netzen von fossilen auf erneuerbare Energieträger umgestellt wird.
959 wird.

960 **Der Schlafende Riese der Energiewende – ohne Energieeffizienz wird es nichts**

962 Wir wollen den schlafenden Riesen der Energiewende – Energieeffizienz und Energieeinsparung –
963 endlich wecken. Hierfür wollen wir innovative und intelligente Energieeffizienzmaßnahmen
964 unterstützen und Anreize für den Energieeffizienzmarkt sowie die Entwicklung von
965 Finanzierungsinstrumenten schaffen, die Investitionen erleichtern. Um die Effizienz im
966 Wärmebereich weiter zu stärken, fordern wir auf Bundesebene ein Programm für den
967 breit angelegten Austausch von elektrischen Nachtstromspeicherheizungen und veralteten
968 Heizungsanlagen.

969 Durch eine neue Art der Tarifgestaltung, bei der ein geringerer Stromverbrauch belohnt
970 wird, kann zudem ein Anreiz geschaffen werden, Strom auch in privaten Haushalten ein-
971 zusparen. EnergieAgentur.NRW und EffizienzAgentur.NRW haben sich über Jahre als starke
972 Akteure zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz in NRW bewährt. Wir sprechen
973 uns deshalb dafür aus, dass sie ihre unabhängige Beratung gestärkt fortsetzen können.

974 **Energetische Sanierung – Jobmotor für das Handwerk**

975 Um mehr Energieeffizienz und die gemeinsamen Klimaschutzziele zu erreichen, überneh-
976 men Handwerker*innen eine wichtige Rolle. Denn in der energetischen Sanierung von Ge-
977 bäuden liegen große Potenziale – für Energieeinsparungen und Aufträge für Handwerks-
978 betriebe. Wir treten daher weiterhin dafür ein, endlich die steuerliche Abschreibung für
979 solche Sanierungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen, die bislang von der Bundesre-
980 gierung blockiert wird. Die Abschreibungsmodelle könnten einen wesentlichen Schub bei
981 der Gebäudeinstandsetzung bringen und ein Konjunkturprogramm und Jobmotor für das
982 Handwerk sein.

983 **Energiegerechtigkeit für alle**

984 Der Zugang zur Deckung eines angemessenen Energiebedarfs ist ein für uns ein Grund-
985 recht. Deshalb fordern wir auf Bundesebene Maßnahmen, die es auch Menschen mit sehr
986 geringem Einkommen ermöglichen, Energie sinnvoll einzusparen, z.B. über Finanzierungs-
987 modelle für energieeffiziente Geräte, und die Verzahnung von energetischer Modernisie-
988 rung mit der sozialen Wohnraumförderung. Darüber hinaus wollen wir Gas- und Strom-
989 sperren für einkommensschwache Haushalte etwa durch Pre-Paid-Zähler oder die Mög-
990 lichkeit, ohne Aufpreis monatliche Abrechnungen zu erhalten. Wir fordern die regelmäßi-
991 ge Anpassung der ALG-II-Sätze an die steigenden Energiekosten und setzen uns für eine
992 aufsuchende Energieberatung ein.

993 **100 Modell-Projekte für Mieterstrom**

994 Wir wollen ein Förderprogramm „100 Modell-Projekte für Mieterstrom“. Bisher profitieren
995 Mieter*innen nicht von Solaranlagen auf dem Dach ihrer Häuser. Dabei könnte der Strom
996 aus den Anlagen über Mieterstrommodelle auch Mieter*innen die Teilhabe an den Vortei-
997 len der Energiewende ermöglichen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Mieterstrom-
998 modelle möglich werden und uns auf Bundesebene für die notwendigen gesetzlichen
999 Änderungen einsetzen, um Mieterstrommodelle einfacher zu gestalten. Um aufzuzeigen,
1000 welchen Vorteil Mieterstrommodelle mit sich bringen, wollen wir 100 Modell-Projekte un-
1001 terstützen.

1002 **Handwerkerhäuser als regionale Energieinformationszentren**

1003 In den eigenen vier Wänden lässt sich im Durchschnitt rd. ein Drittel Energie einsparen.
1004 Mit verschiedenen Projekten wurden private Haushalte in NRW bisher mittels Beratungs-
1005 angeboten sowie Motivationskampagnen für das Energiesparen gewonnen. Es besteht
1006 weiterhin großer Informationsbedarf über Wärmedämmung, Eigenversorgung, Energieein-
1007 sparung, Effizienz und Haustechnik. Zusammen mit Handwerkerinitiativen und den Hand-
1008 werkskammern wollen wir flächendeckend Handwerkerhäuser als Modell-, Ausstellungs-
1009 und Anschauungsorte zum Erwerb von Energiekompetenz sowie als Anlauf- und Treffpunkt
1010 für alle, vom Handwerk bis zum Endverbraucher, entwickeln, die zugleich als regionale En-
1011 ergieinformationszentren fungieren.

1012 **Stadtwerke: Rückgrat der Energiewende**

1013 Die Stadtwerke bilden als bürgernahe Unternehmen der regionalen und kommunalen Da-
1014 seinsvorsorge das Rückgrat der Energiewende. Sie stärken durch ihre Nähe zu den Men-
1015 schen die Teilhabe und damit die Akzeptanz des Klimaschutzes vor Ort.

1016 Einen wesentlichen Beitrag wird von den Stadtwerken zukünftig durch den notwendigen
1017 Netz- und Speicherausbau geleistet werden müssen. Dabei kommt insbesondere der Ver-
1018 teilnetzebene eine besondere und wachsende Bedeutung vor dem Hintergrund einer zu-
1019 nehmenden Dezentralisierung der Stromversorgung zu. Wir fordern deshalb: Für die Kom-
1020 munen müssen die rechtlichen Grundlagen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten zur
1021 Rekommunalisierung der Netze optimiert werden. Zur Erhöhung der Akzeptanz sollen dar-
1022 über hinaus statt neuer Freilandleitungen im Netzausbau Erdverkabelungen und andere
1023 innovative Lösungen zum Einsatz kommen. Auch wollen wir die Stadtwerke stärken und
1024 ihre Handlungsmöglichkeiten mit jenen anderer Energieversorgungsunternehmen gleich-
1025 stellen, um einen fairen Wettbewerb zu erreichen. Dazu gehören für uns insbesondere
1026 auch Dienstleistungen im Bereich Intelligente Zähler (Smart Metering), E-Mobilität und
1027 Energiemanagement.

1028 **Der Klimaschutz braucht den Kohleausstieg: Kohlekonsens und** 1029 **Kohleausstiegsgesetz**

1030 Mit der ersten Verkleinerung eines genehmigten Tagesbaus in Deutschland im Fall von
1031 Garzweiler II haben wir einen wichtigen Schritt zum Abschied von der Kohle gemacht.
1032 Nun folgen die nächsten konsequenten Schritte. Hierfür benötigen alle Beteiligten Pla-
1033 nungssicherheit: Unternehmen, Mitarbeiter*innen, Investor*innen, Energieversorger und
1034 die gesamte Zivilgesellschaft. Deshalb treten wir für einen Kohlekonsens ein, der am Ende
1035 in einem Kohleausstiegsgesetz alle Kohlekraftwerke in Deutschland umfasst. Darin müs-
1036 sen die Rahmenbedingungen unter Maßgabe der gesetzlich definierten Klimaschutzziele
1037 und einer sozialverträglichen Ausgestaltung verlässlich definiert werden. Wir suchen den
1038 Dialog mit allen Menschen und Organisationen, die von einem Kohleausstieg betroffen
1039 sind, insbesondere mit den Beschäftigten und Gewerkschaften in der Energiewirtschaft, in
1040 Kraftwerken und in der Zulieferindustrie.

1041 Entscheidend ist: Der Kohleausstieg beginnt jetzt. Der Zielkorridor für die gesetzlich fest-
1042 gelegten Restlaufzeiten der jeweiligen Kohlekraftwerke soll bundesweit für die nächsten
1043 zwei Jahrzehnte abschließend definiert werden.

1044 Wir müssen den beschleunigten Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohle
1045 forcieren und gemeinsam mit der Region alternative Zukunftsperspektiven auch für die
1046 Arbeitnehmer*innen schaffen. Dazu brauchen wir einen konkreten Zeitplan, die genaue
1047 Bezifferung der Ewigkeitskosten sowie die Gründung einer Stiftung zur Finanzierung der
1048 Folge- und der Ewigkeitskosten aus dem Braunkohlenabbau. Zudem werden wir prüfen, ob
1049 und unter welchen Umständen auch auf sogenannte Alte Rechte in der Braunkohle eine
1050 Förderabgabe erhoben werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rohstoffpreise auch
1051 die ökologische Wahrheit widerspiegeln.

1052 **Innovationsregion Rheinisches Revier**

1053 Die Zahl der im Rheinischen Revier im Städtedreieck zwischen Köln, Mönchengladbach
1054 und Aachen in der Braunkohle Beschäftigten ist in den letzten Jahren erheblich zurück-
1055 gegangen. Noch vor 25 Jahren waren hier mehr als 20.000 Menschen beschäftigt, heute
1056 sind es weniger als 9.000. Gleichzeitig hat sich die Region zu einer der stärksten Wissen-
1057 schaftsregionen in Deutschland entwickelt. Nicht nur die beiden Exzellenzuniversitäten
1058 NRWs, in Köln und Aachen, liegen im Rheinischen Revier. In Mönchengladbach, Aachen,
1059 Köln und Jülich gibt es außerdem sehr leistungsstarke Fachhochschulen und eine große
1060 Anzahl von Forschungsinstituten.

1061 Die Region hat große Entwicklungspotenziale in den Bereichen Digitalisierung, Solar-
1062 wirtschaft, Strom- und Speichertechnologien, E-Mobilität, Bioökonomie, klimaneutrales
1063 Wohnen, Chemie und Logistik. Eingebettet ist dies in unserem Konzept Industrie 4.0 und
1064 schlägt sich außerdem nieder im Clustergedanken bei der Zusammenarbeit von Hochschu-
1065 len und Unternehmen. Auch in der Fachkräftesicherung und dem Rück- und Umbau alter
1066 Industrieflächen zu neuen Innovationsräumen ist es möglich, große Potenziale zu heben.

1067 Damit der Strukturwandel gelingt, fordern wir GRÜNE für das Rheinische Revier die Wei-
1068 terentwicklung der Kraftwerksstandorte zu Gewerbe- und Industriegebieten mit guter In-
1069 frastrukturanbindung, die Förderung innovativer Forschung und Weiterführung der Aus-
1070 gründungen aus Hochschulen, die sich bei den guten Voraussetzungen des Rheinischen
1071 Reviers aufdrängen, der Forschung im Bereich ökologischer Produkte und Produktionsver-
1072 fahren sowie den verstärkten Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft im Sinne
1073 des Clustergedankens.

1074 Wir wollen eine Verständigung über den Kohleausstieg, der Planungssicherheit für die
1075 Region bringt und seine Stärken als Innovations- und Wissenschaftsregion nutzt, um mit
1076 Erneuerbaren Energien, Speichertechnologien, Elektromobilität und weiteren zukunfts-
1077 fähigen Projekten Wirtschaftskraft und Klimaschutz in der Region miteinander zu verbind-
1078 en.

1079 Wir fordern für die Region eine umweltverträgliche Landwirtschaft, die dazu beiträgt, Re-
1080 gionalvermarktung zu befördern und die Artenvielfalt wieder zu erhöhen, eine naturnahe

1081 Landschaftsgestaltung, die für Freizeit- und Tourismusaktivitäten attraktiv ist, sowie ein in-
1082 tegratives Gesamtverkehrskonzept mit Neubau und Reaktivierung von Schienenstrecken,
1083 einer verbesserten ÖPNV-Taktung, dem Bau von Rad(schnell)wegen und Mobilitätsstatio-
1084 nen für innovative Verkehrskonzepte mit individuellen Möglichkeiten für eine gute Infra-
1085 struktur.

1086 Für den unweigerlichen Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung im Rheini-
1087 schen Revier in den nächsten beiden Jahrzehnten wollen wir in den kommenden fünf Jah-
1088 ren die Weichen stellen.

1089 **Divestment**

1090 Wir wollen Investitionen des Landes aus fossilen Energien schrittweise abziehen und Fi-
1091 nanzmittel dort investieren, wo nachhaltige Innovationen stattfinden. Damit nimmt die
1092 öffentliche Hand ihre Vorbildrolle an. Zugleich geht es auch um die Sicherung der Lan-
1093 desfinanzen und Pensionen der Beamten des Landes. Denn die Carbon Bubble – die In-
1094 vestitionsblase, die aus der Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Investitionen in fossile
1095 Energieträger und Technologien entsteht – wird bald platzen, und dann sind die Finanze-
1096 rungen bedroht. Um finanzielle Stabilität zu wahren, muss Divestment deshalb konsequent
1097 durchgeführt werden.

1098 Mittelfristig sollen alle öffentlichen Investitionen 100% fossilfrei investiert werden. Zu-
1099 vor soll die Landesregierung einen Bericht dazu vorlegen, wo in NRW öffentliche Gelder
1100 noch in fossile Energieträger investiert werden (Landesbanken, Öffentliche Unternehmen,
1101 Pensionsfonds, Projekte).

1102 **Betroffene nicht alleine lassen**

1103 Neben der Klimaschädlichkeit bei ihrer Verstromungen zerstört der Abbau von Rohstoffen
1104 auch Landschaften, Umwelt und macht Anwohner*innen oftmals zu Bergbaugeschädigten.
1105 Wir wollen die Betroffenen nicht alleine lassen, fordern weiterhin, dass die Erweiterung
1106 der Beweislastumkehr auch für die Braunkohle endlich ins Bundesberggesetz aufgenom-
1107 men wird und werden uns hierfür erneut auf der Bundesebene einsetzen. Zudem setzen wir
1108 uns auch zukünftig dafür ein, dass zumindest in der Braunkohle die bergschadensrelevan-
1109 ten Informationen für die Betroffenen transparent dargestellt werden, damit sie sich bei
1110 einem Verdacht auf einen Bergschaden informieren können. Die Zusammenführung von
1111 Schlichtungs- und Anrufungsstelle wollen wir weiter vorantreiben und nach Möglichkeit
1112 mit dem Salzbergbau ergänzen, damit alle Bergbaubetroffenen eine Anlaufstelle haben.

1113 **Gefahren durch die Altlasten des Bergbaus eindämmen**

1114 Der jahrhundertelange Bergbau in NRW hat überall im Land seine Spuren hinterlassen.
1115 Schächte und Stollen existieren noch heute, sind aber nur zum Teil erfasst und bergen
1116 daher unkalkulierbare Gefahren. Wir wollen sicherstellen, dass auch die Altbergbautrei-
1117 benden in NRW durch die Bergbehörde überwacht werden, einheitliche Standards für die

1118 Sanierung von Schächten und Stollen herrschen und die Unternehmen ausreichend Rück-
1119 stellungen bereitstellen.

1120 In den vergangenen Jahrzehnten sind Abfälle bestehend aus Rückständen von
1121 Verbrennungs- und Filteranlagen in alten Stollen als so genannter Bergversatz unter Ta-
1122 ge gebracht worden. Darüber hinaus sind Bergwerksteile aus den 60er bis 80er Jahren
1123 erheblich mit PCB-haltigen Hydraulikölen belastet.

1124 Mit dem Einstellen der Grubenwasserhaltung besteht nun die Gefahr, dass die im Unter-
1125 grund befindlichen Stoffe wieder in unsere Umwelt gelangen. Dies gilt es zu verhindern.

1126 **Ein neues Bundesberggesetz**

1127 Wir stellen heute nicht nur die Weichen für die Zukunft bei Energiewende und Klimaschutz
1128 in unserem Land. Gleichzeitig haben wir ein Bundesberggesetz, das schon lange nicht
1129 mehr unseren Ansprüchen an Bürgerbeteiligung, Bürger*innenrechte und Umweltschutz
1130 gerecht wird. Wir fordern deshalb ein umfassend modernisiertes Bundesberggesetz, das
1131 den von Bergschäden betroffenen Menschen erheblich mehr Rechte einräumt als bisher
1132 und Umweltschutz berücksichtigt.

1133 **Dauerhaftes Frackingverbot nur mit GRÜN**

1134 Umwelt- und Wasserschutz haben für uns GRÜNE oberste Priorität. Die befürchteten Aus-
1135 wirkungen auf unser Wasser, unsere Umwelt und damit uns Menschen sind hoch und ak-
1136 tuell nicht einzuschätzen. Auch deshalb lehnen wir die Hochrisikotechnologie Fracking
1137 ab und haben Fracking im Landesentwicklungsplan in NRW rechtlich ausgeschlossen. Wir
1138 wollen uns weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Fracking endlich im Bundes-
1139 berggesetz endgültig verboten wird.

1140 Auch die sogenannte Tektomechanik sehen wir sehr kritisch. Denn nicht alle Probleme
1141 bei der Erdgasgewinnung werden dadurch gelöst, dass keine Frackflüssigkeit eingesetzt
1142 wird. Auch bei der so genannten konventionellen Gewinnung von Erdgas treten Umwelt-
1143 auswirkungen auf, die es zu verhindern gilt: Neben einer erhöhten Erdbebengefahr sind
1144 teils stark belastetes Lagerstättenwasser, erhöhte Lärmbelästigung und Flächenverbrauch
1145 sehr kritisch zu sehen, besonders in einem so dicht besiedelten Land wie NRW. Deshalb
1146 werden wir uns für den Ausbau von Erneuerbaren Energien und nicht für die Ausbeutung
1147 der letzten fossilen Reserven einsetzen.

1148 **Atomausstieg vollständig machen**

1149 30 Jahre nach Tschernobyl hat die Atomkatastrophe von Fukushima nochmals gezeigt:
1150 Atomkraft ist hochriskant und nicht beherrschbar. In Deutschland sind deshalb nach der
1151 Atomkatstrophe in Japan acht von 17 Atomkraftwerken stillgelegt worden. Das letzte AKW
1152 wird Ende 2022 vom Netz gehen. Bisher gibt es allerdings keine Ausstiegsvereinbarung

1153 für die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. Sie produziert für viele Atom-
1154 kraftwerke in Europa und weltweit den Brennstoff. Der Atomausstieg in Deutschland wird
1155 deshalb erst dann vollendet sein, wenn auch kein Uran für die Verwendung in Atomkraft-
1156 werken mehr angereichert wird, keine Brennelemente mehr produziert werden, das ge-
1157 scheiterte Hochtemperatur- Atomabenteuer bei der AVR in Jülich und die Reaktorforschung
1158 im Forschungszentrum Jülich abgewickelt, kurz: wenn auch die atomare Zulieferindustrie
1159 endgültig beendet sein wird. Wir wollen weiterhin, dass der atomare Müll, vor allem aus
1160 Jülich, nur noch einmal, nämlich in ein Endlager transportiert wird. Zudem setzen wir uns
1161 dafür ein, dass für die Entscheidungsfindung, wie mit den nukleare Altlasten in Nordrhein-
1162 Westfalen umgegangen werden soll, eine Begleitgruppe, ähnlich wie bei der Asse, einge-
1163 richtet wird.

1164 **Bröckelreaktoren vom Netz!**

1165 Wir teilen die berechtigte Sorge vieler Menschen in Belgien, in den Niederlanden und in
1166 Deutschland vor einer atomaren Katastrophe, die von den unsicheren belgischen Reakto-
1167 ren in Thiange und Doel auszugehen droht, und wir unterstützen die vielfältigen atomkri-
1168 tischen Aktivitäten. Die maroden Atomreaktoren müssen endgültig stillgelegt werden. Wir
1169 fordern von jeder Bundesregierung, sich gegenüber der belgischen Regierung mit Nach-
1170 druck für die endgültige Stilllegung der Reaktoren einzusetzen. Darüber hinaus sollen die
1171 bestehenden Städte- und Vereinspartnerschaften für den Atomausstieg in Europa genutzt
1172 werden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich beispielgebend auf den un-
1173 terschiedlichsten Ebenen, u.a. durch den Beitritt zur Klage der Städteregion Aachen, für
1174 die Abschaltung eingesetzt. Diese wollen wir weiter verfolgen und uns für das Abschalten
1175 der Bröckelreaktoren einsetzen.

1176 **NRW – Motor für ein erneuerbares europäisches Energiezeital-** 1177 **ter**

1178 Wir lehnen eine Renaissance der Atomkraft unter dem Deckmantel des Klimaschutzes strikt
1179 ab. Vielmehr wollen wir darauf hinwirken, das Auslaufen der Betriebszeiten von Atomkraft-
1180 werken überall in Europa für den Umbau des Energiesystems hin zu einem nachhaltigen
1181 System ohne Atomkraft auf der Basis erneuerbarer Energien zu nutzen. NRW ist dabei,
1182 Motor für die Zusammenarbeit der europäischen Regionen mit dem klaren Ziel, den euro-
1183 päischen Gedanken hin zu einer Europäischen Union die die Gestaltung des postatomaren
1184 und Erneuerbaren Zeitalters zu einem zentralen Bewährungsfeld erklärt, zu entwickeln
1185 und weiterzuführen. Statt Atomkraft in Europa brauchen wir eine immer stärker werdende
1186 europäische Energiewende. Wir können und wir wollen mit unseren Möglichkeiten dort
1187 Hilfestellung leisten, wo Atomkraft ersetzt wird.

1188 **Klimaschutz made in NRW – das wollen wir GRÜNE:**

- 1189 • den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter voranbringen

- 1190 • 50 klimagerechte Regionen und 100 Klimagenossenschaften für NRW schaffen
- 1191 • NRW zum Speicher- und Effizienzland Nr. 1 in Deutschland entwickeln
- 1192 • mit Kohleausstiegsgesetz und Kohlekonsens den Abschied von der Kohle organisieren
- 1193
- 1194 • NRW (extrem-)wetterfest machen
- 1195 • den Atomausstieg vollenden
- 1196 • NRW zum Motor der europäischen Energiewende machen

1197 Umwelt, Gesundheit, Gerechtigkeit

1198 Hohe Umweltstandards und gesunde Lebensverhältnisse sind Voraussetzungen für eine
1199 wirtschaftlich erfolgreiche und sozial verträgliche Entwicklung in NRW. Die Umweltmi-
1200 nisterkonferenz hat im letzten Jahr festgestellt, dass das „Schutzgut“ Mensch und der im
1201 Grundgesetz verankerte Grundsatz der Chancengleichheit im Sinne der Gewährung gleich-
1202 wertiger Lebensverhältnisse als Leitgedanken allen wesentlichen Entscheidungen in der
1203 Umweltpolitik eigen sein müssen.

1204 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

1205 Wir haben 2016 den Masterplan Umwelt und Gesundheit verabschiedet und das Thema
1206 Umweltgerechtigkeit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Nun werden wir uns für
1207 die konsequente Umsetzung der im Masterplan enthaltenen Ansätze einsetzen, so etwa
1208 die Verstärkung der Kooperation zwischen Human- und Veterinärmedizin, um die nega-
1209 tiven gesundheitlichen Auswirkungen der Massentierhaltung und hier insbesondere des
1210 Antibiotikaeinsatzes zu reduzieren, oder die Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass
1211 innerstädtische Grünflächen so gestaltet und weiterentwickelt werden, dass sie als Be-
1212 gegnungsraum verschiedener sozialer Gruppen und Generationen einen aktiven Beitrag
1213 zu mehr Umweltgerechtigkeit leisten können.

1214 Wir werden ein Frühwarnsystem entwickeln, mit dem Entwicklungen, die zu Umweltbeein-
1215 trächtigungen und damit negativen Folgen für die Gesundheit führen können, frühzeitig
1216 erkannt werden und so präventiv gehandelt werden kann. Die Umweltpolitik wird konse-
1217 quent dem Vorsorgeprinzip folgen.

1218 Masterplan Umwelt und Gesundheit

1219 Unter schlechten Umweltbedingungen leiden nachweislich eher Menschen in sozial prekären
1220 Verhältnissen. Sie sind anfälliger für negative Umweltverhältnisse, können sich schwer-
1221 er als andere vor ihnen schützen und partizipieren weniger als andere soziale Gruppen
1222 aktiv an zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen zur Verbesserung ihrer Lebensver-
1223 hältnisse. Um eine verlässliche Datengrundlage für das gemeinsame Handeln in diesen

1224 Bereichen zu schaffen, etablieren wir eine integrierte Umwelt-, Gesundheits- und Sozi-
1225 alberichterstattung und bauen Kooperations- und Verwaltungsstrukturen auf, die ein in-
1226 tegriertes Handeln in Politik und Verwaltung in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und
1227 Soziales ermöglichen. Wir wollen die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungen und
1228 sozialer Benachteiligung systematisch aufarbeiten.

1229 **Ökologie von unten – Umweltpolitik als Gerechtigkeitspolitik**

1230 Die Verknüpfung von Umwelt, Gesundheit und sozialer Gerechtigkeit wollen wir weiter
1231 voranbringen. Umweltgerechtigkeits-Politik wird zu einem Kernanliegen unserer Politik
1232 werden. Sie zeigt, dass ökologische Politik Sozialpolitik ist: „Ökologie von unten“. Ihr Leit-
1233 bild sind ökologischere, gesündere und sozial gerechtere Lebensverhältnisse für alle in
1234 einer lebenswerten Welt.

1235 Die Beschädigung von Umwelt und Natur, die auf die Gesundheit der Menschen und insbe-
1236 sondere der in sozial prekären Verhältnissen lebenden Menschen unmittelbar wie mittel-
1237 bar durchschlägt, zieht volkswirtschaftliche Konsequenzen in erheblichem Umfang nach
1238 sich. Das heißt umgekehrt: Die Vermeidung oder Behebung von Umweltschäden führt zur
1239 Vermeidung oder Begrenzung dieser Folgekosten.

1240 **Nachhaltiges NRW**

1241 Mit der 2016 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie haben wir eine gute Grundlage ge-
1242 schaffen, um das Leitprinzip der nachhaltigen Entwicklung in der Landespolitik und der
1243 Zivilgesellschaft fest zu verankern. Wir orientieren uns dabei an den globalen Zielen der
1244 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und stellen uns bewusst unserer internationa-
1245 len Verantwortung. Nun gilt es, die notwendigen Schritte zu gehen, um die mittel- und
1246 langfristigen Ziele z.B. beim Klimaschutz, der Energiewende, dem Schutz der Biodiver-
1247 sität und der Landwirtschaft zu erreichen. Wohlstand und Lebensqualität können nicht
1248 mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden. Deshalb wollen wir
1249 Wohlstand künftig anders messen und neben dem BIP auch ökologischen Fußabdruck,
1250 Verteilung und Zufriedenheit erfassen. In einem Index-System soll darüber regelmäßig
1251 berichtet werden.

1252 **Nachhaltigkeitsstrategie partizipativ umsetzen**

1253 Für eine erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie setzen wir auf eine syste-
1254 matische Beteiligung des Landtags und der gesellschaftlichen Akteur*innen. Der Landtag
1255 soll sich in Zukunft an der Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Verordnungen, die
1256 von der Landesregierung zum Ende der Wahlperiode eingeführt wurde, beteiligen. Über
1257 einen Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung, in dem wichtige gesellschaftliche Kräf-
1258 te eingebunden werden, sollen die bisherigen Partizipationsprozesse auf eine feste Basis
1259 gestellt werden.

1260

1261 **Nachhaltiges NRW – das wollen wir GRÜNE:**

- 1262 • Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen und Verordnungen stärken
- 1263 • die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie partizipativ umsetzen und durch einen Beirat stär-
- 1264 ken.
- 1265 • nachhaltigen Wohlstand und Lebensqualität messen und dokumentieren

Antragsteller*innen

Landesvorstand

WP-02

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW – ZUKUNFT DURCH INNOVATION

1 Mobilität/NRW kommt gut an!

2 Mobilität ist wesentlich für die soziale Teilhabe der Menschen und die wirtschaftliche Ent-
3 wicklung unseres Landes. Dabei verbraucht Verkehr immer Ressourcen. Deshalb wollen
4 wir nach Möglichkeit Verkehre durch eine nachhaltige Siedlungspolitik und intelligente
5 Vernetzungssysteme verringern. Um die klimapolitischen Ziele der Pariser Weltklimakon-
6 ferenz zu erfüllen und Lärm und Schadstoffbelastung in Innenstädten zu verringern, brau-
7 chen wir so schnell wie möglich ein Umsteuern. Den Verkehr von Menschen und Gütern
8 wollen wir so gestalten, dass eine umweltfreundliche Mobilität möglich ist. Lebenswer-
9 te Städte sind unser Ziel, dazu muss v.a. Fahrradfahrer*innen, Fußgänger*innen und dem
10 ÖPNV wieder gleichberechtigt Raum zugewiesen werden. Diese nachhaltigen Verkehrssträ-
11 ger sollen so bald wie möglich die Mehrheit der Verkehrswege in unseren Städten ausma-
12 chen. Wir verbessern mit grüner Verkehrspolitik die Mobilität von Menschen und Gütern
13 und ergreifen Maßnahmen für weniger Staus, Abgase, Lärm und Flächenverbrauch.

14 Der wachsenden Nachfrage nach optimaler Kombination der Verkehrsmittel wollen wir
15 über Vernetzung, digital und praktisch vor Ort, entgegenkommen. Wir stärken den Öffent-
16 lichen Nahverkehr, die Schiene, das Fahrrad, den Fußgängerverkehr, die Binnenschifffahrt
17 und sorgen so dafür, dass Menschen und Güter umweltfreundlicher unterwegs und mobiler
18 sind.

19 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

20 Wir haben in NRW die Weichen für die Mobilität von morgen gestellt: Der Klimaschutz-
21 plan gibt die Richtung vor und unser Masterplan Elektromobilität schafft den Rahmen für
22 die Unterstützung vieler innovativer Unternehmen, die im Bereich der E-Mobilität unter-
23 wegs sind. Mit dem Programm „Emissionsfreie Innenstädte“ schaffen wir Leuchttürme für
24 die Mobilität von morgen. Nordrhein-Westfalen ist Bahnland Nr. 1. Mit der Novelle des

25 ÖPNV-Gesetzes werden der Ausbau – insbesondere in den ländlichen Räumen – die Elek-
26 trifizierung und die Barrierefreiheit des ÖPNV noch stärker gefördert. Erfolgreich wurde
27 Nordrhein-Westfalens Anteil an den Bundesmitteln für den öffentlichen Nahverkehr er-
28 höht. Wir haben das Sozialticket fast überall in Nordrhein-Westfalen etabliert. Der RRX
29 wird vertraglich gesichert kommen. Viele Bahnhöfe wurden mit unserer Hilfe moderni-
30 siert. Zwischen Duisburg und Hamm entsteht Deutschlands erster Radschnellweg, der in
31 der Metropole Ruhr Standards für die Zukunft setzt. Wir haben den Weg freigemacht, um
32 Radschnellwege künftig planerisch und finanziell den Landesstraßen gleichzustellen. So
33 bleibt Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft beim Radverkehr Vorreiter. Mit einem eigenen
34 Programm fördern wir die Nahmobilität in Nordrhein-Westfalen und setzen den Aktions-
35 plan Nahmobilität um. Wir unterstützen die Kommunen in NRW, die sich mit dem Ziel
36 einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung auf den Weg zu einer Mobilitätswende vor Ort
37 begeben und ihren öffentlichen Raum neu aufteilen wollen. Wir haben die Auszehrung
38 des Landesvermögens durch den Verfall der Landesstraßen nach Jahrzehnten gestoppt
39 und investieren Jahr für Jahr Rekordsummen in den Erhalt der Landesstraßen Mit dem
40 Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept schaffen wir den Rahmen für eine umwelt-
41 verträgliche Verlagerung der Güterverkehr auf die Wasserstraße. Die „Vision Zero“ – Null
42 Verkehrstote – ist Leitbild unserer Verkehrssicherheitspolitik. Hierfür wollen wir beispiels-
43 weise mit einem landesweiten Programm vorangehen, dass Autofahrer*innen für die Si-
44 cherheit von schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen wie Radfahrer*innen sensibilisiert.
45 Wir sind also schon gut unterwegs, aber noch längst nicht am Ziel.

46 **Emissionsfrei mobil – Drei Säulen: kurze Wege – effizienter** 47 **Transport – Elektromobilität**

48 Der Abgasskandal hat gezeigt: Der Verbrennungsmotor ist ein Auslaufmodell. Wir brau-
49 chen einen Systemwechsel – einen weiteren industriellen Sprung, so wie wir ihn bei Wär-
50 me und Strom schon erfolgreich eingeleitet haben. Es geht um eine neue industriepoli-
51 tische Leitentscheidung von zentraler Bedeutung für den Industriestandort NRW! Denn
52 unser Bundesland zählt zu den bedeutendsten Automobilstandorten Deutschlands: Rund
53 ein Drittel der deutschen Zuliefererindustrie sind in NRW ansässig. Die über 230 Betriebe
54 des Fahrzeugbaus erzielten 2014 mit über 84.000 Beschäftigten einen Umsatz von 31,7
55 Mrd. Euro. Berücksichtigt man neben den direkten Zulieferern auch die indirekten Akteure
56 – z.B. Hersteller von Metallzeugnissen – dann haben wir sogar 800 Unternehmen mit
57 rund 200.000 Beschäftigten. Wir decken die gesamte Wertschöpfungskette vom Motor über
58 Getriebe, Abgassysteme- und nachbehandlung und natürlich auch Forschung und Entwick-
59 lung ab. Im Bereich der Forschung für E-Fahrzeuge und elektrische Antriebskomponenten
60 verfügt NRW über eine hervorragende Kompetenz – so etwa das Batterieforschungszen-
61 trum MEET (Münster) und die TH Aachen. Schon heute wird in NRW mit Batterietechnik
62 Wertschöpfung erzielt. Es gibt auch darüber hinaus gute Beispiele für Technologien inno-
63 vativer Firmen, die mit entsprechenden Arbeitsmarkteffekten für emissionsfreie Antriebe
64 forschen und diese produzieren.

Wir bringen die Energiewende auf die Straße – Perspektive emissionsfrei mobil 2030

Das Fahrzeug der Zukunft ist grün. Über ein EEG*mobil/Null-Emissionsgesetz nach kalifornischem Modell, eine Technologieoffensive E-Mobilität, die umfassende Elektrifizierung des ÖPNV und Pionierstädte für emissionsfreie Mobilität bringen wir die Energiewende auf die Straße und schaffen zugleich eine industriepolitische Perspektive für unsere Zulieferindustrie. Batterie oder Wasserstofffahrzeugen mit neuen Werkstoffen gehört die Zukunft. Die hierzu erforderliche Infrastruktur (Tank- und Ladestationen) sowie Grundlagen- und Anwendungsforschung wollen wir mit einer Technologieoffensive und der Unterstützung der Energieagentur und der Leitstelle Elektromobilität weiter fördern, damit auch weiterhin nordrhein-westfälische Unternehmen in diesem Wachstumsmarkt erfolgreich sein werden. In der nächsten europäischen Förderperiode wollen wir die den emissionsfreien Verkehr zu einem der nordrhein-westfälischen Förderschwerpunkte machen, damit wir für die Verkehrswende starke Impulse setzen können.

An den Hochschulen unseres Landes sollen Gelder und Ressourcen bereitgestellt werden, um Institute bzw. Lehrstühle im Bereich nachhaltiger Raum- und Verkehrsplanung bzw. Verkehrsökologie zu schaffen.

100 Mobilitätsstationen für NRW

Das Mobilitätsverhalten befindet sich im Wandel: Immer mehr Menschen sehen im privaten PKW nicht mehr die einzige Möglichkeit, sich fortzubewegen. Viele Pendler*innen setzen ihre Wege aus verschiedenen Verkehrsmitteln zusammen. Sie fahren zunächst mit dem Rad zum ÖPNV-Haltepunkt, dann in der S-Bahn in die Innenstadt und von dort mit dem Bus zur Arbeit. Das Smartphone wird dabei zum Leitmedium bei der Buchung und im Alltagsverkehr. Deshalb wollen wir 100 Mobilitätsstationen für NRW schaffen, die verschiedene Angebote wie Fahrradabstellanlagen, E-Bike-Lademöglichkeiten, CarSharing und den ÖPNV miteinander verknüpfen.

Wir wollen über technische Standards und Förderung auch die digitale Vernetzung der Verkehrsträger vorantreiben, damit Multimodalität einfacher wird. Das Mobilitätsmanagement in Unternehmen und Kommunen soll deutlich verbessert und die existierenden Netzwerke des Landes weiter ausgebaut werden.

NRW – Fahrradland Nr. 1

Mit seinem rund 14.000 Kilometer Radverkehrsnetz, das alle Städte und Gemeinden im Land verbindet, ist NRW das Fahrradland Nr. 1 in Deutschland. Das erfolgreiche Projekt „100 Radstationen in NRW“ wollen wir fortführen. Der Radschnellweg Ruhr und die fünf Radschnellweg-Modellprojekte sind für uns nur der Anfang. Wir wollen ein landesweites Netz von Radschnellwegen aufbauen, um Städte und Stadtteilzentren zu verbinden. Diese Radwege sollen dabei nicht direkt an der Straße, sondern für Sicherheit und Attraktivität mit Abstand geplant werden. An Bundesstraßen sollen verstärkt Radwege in einer hohen

103 Qualität gebaut werden. Die Ausgaben für den Bau von Radwegen an Landesstraßen und
104 zur Förderung der Nahmobilität in den Kommunen wollen wir deutlich erhöhen. Die Bun-
105 desmittel für den kommunalen Straßenbau wollen wir fortführen und über eindeutige Re-
106 gelungen auch darüber mehr Verbesserungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen
107 erreichen. Wir werden uns für eine Siedlungspolitik der kurzen Wege einsetzen. Zugleich
108 erhöhen wir so die Verkehrssicherheit.

109 **Kommunale Mobilitätspläne**

110 Damit aus den vielen einzelnen Ideen für die nachhaltige Transformation der Mobilität ein
111 umfassendes Ganzes wird, wollen wir in den nordrhein-westfälischen Städten und Krei-
112 sen nachhaltige Mobilitätspläne als Basis der Verkehrsplanung etablieren. Die EU emp-
113 fiehlt sie, damit zusammen mit den Bürgerinnen und Bürger*innen vor Ort emissionsfreie
114 Innenstädte entwickelt werden. Land, Kommunen und Behörden haben eine wichtige Vor-
115 bildfunktion für den Fortschritt in der E-Mobilität und der nicht motorisierten Mobilität.

116 Des Weiteren haben sich regelmäßige Befragungen als gutes Kommunikationsinstrument
117 erwiesen. Die nordrhein-westfälischen Kommunen wollen wir bei dieser zukunftsorien-
118 tierten Kommunikation mit den Bürger*innen unterstützen. Mit einer internationalen Mo-
119 bilitätsausstellung in Nordrhein-Westfalen wollen wir erfolgreiche Wege der Organisation
120 der neuen Mobilität präsentieren. NRW 2030 kommt gut an – sauber, leise, gesund, sicher
121 komfortabel und erfolgreich!

122 **Bahn- und ÖPNV-Angebot und -Finanzierung verbessern**

123 Wir werden uns für eine NRW angemessene Bahn-/ÖPNV-Finanzierung beim Bund einset-
124 zen, denn der Bund hat sich in den letzten Jahrzehnten aus der ÖPNV-Finanzierung zu-
125 rückgezogen so dass die Mittel für dringend notwendige Investitionen nicht ausreichen.
126 Sowohl die Ansprüche an Neu- und Ausbau, als auch die anstehenden Erhaltungsmaß-
127 nahmen im Straßen-/U-Bahn-Bereich bedürfen einer ausreichenden Finanzierungsgrund-
128 lage.

129 Entsprechend der ÖPNV-Zukunftskommission streben wir eine Steigerung der Fahrgast-
130 zahlen des gesamten ÖPNV um 50 Prozent an. Gleichzeitig wollen wir den Anteil des
131 ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen („Modal Split“) im gleichen Verhältnis steigern.
132 Dazu brauchen wir verbesserte Angebote, verständliche und das gesamte Land umfassen-
133 de Tarife, barrierefreie und ansprechende Stationen und Fahrzeuge und ein je nach Be-
134 siedlung unterschiedliches, aber verpflichtendes Mindestangebot. Orte und Quartiere mit
135 mindestens 4.000 Einwohner*innen sollen mindestens im Stundentakt erschlossen und
136 verbunden werden.

137 Der Schienenverkehr bildet das Rückgrat des ÖPNV in NRW. Der Rhein-Ruhr-Express (RXX)
138 wird über seine Stammstrecke Dortmund – Köln hinaus die anderen Zentren des Landes

139 erschließen und verbinden. Auch auf den übrigen Strecken, die nicht zuletzt aus Klima-
140 schutzgründen bei ausreichender Nachfrage zu elektrifizieren sind, sollen fahrgastgerechte
141 Züge barrierefrei und mit WLAN eingesetzt werden. Weitere Bahnstrecken sind zu reakti-
142 vieren. Wo dies nicht möglich ist, sind Mittelzentren untereinander und mit Bahnstationen
143 über Schnellbusse zu verbinden. Wir setzen uns nachdrücklich für die Sicherung und den
144 Ausbau des ÖPNV-Angebotes besonders im ländlichen Regionen ein, in denen die Men-
145 schen in besonderem Maße auf Mobilitätsangebote angewiesen sind

146 Künftig sollen mehr Gelder in die Verkehrsleistung fließen als in deren bürokratische Ver-
147 waltung. Den Zusammenschluss einzelner kommunaler Verkehrsunternehmen werden wir
148 unterstützen. Insbesondere den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr wollen wir
149 mit einer Landesverkehrsgesellschaft bürgerinnenfreundlicher machen. Die Klassenge-
150 sellschaft im regionalen ÖPNV wollen wir abschaffen, um mehr Platzkapazitäten insbe-
151 sondere in den Hauptverkehrszeiten kostengünstig zu schaffen.

152 Nicht nur zur umfassenden Elektrifizierung des ÖPNV sind verbesserte Finanzgrundlagen
153 erforderlich. Eine Nahverkehrsabgabe nach französischem Beispiel, mit der Unternehmen
154 zu den geldwerten Vorteilen, die sie durch ein gutes ÖPNV-Angebot haben, einen Bei-
155 trag leisten, kann hier von Vorteil sein. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass
156 entsprechende rechtliche Grundlagen geschaffen werden, die auch flexible Lösungen in
157 kommunaler und regionaler Verantwortung ermöglichen.

158 Wir wollen auch eine umfassende Elektrifizierung des ÖPNV erreichen. Heute fahren noch
159 zu oft Dieselbetriebene Züge. Sie sind laut und gesundheitsschädlich, insbesondere wenn
160 sie in den Innenstädten eingesetzt sind. Ein attraktiver ÖPNV sollte auch auf neue Bedürf-
161 nisse der Nutzer*innen angepasst werden. Wir wollen daher, dass WLAN und Steckdosen
162 bis 2025 im gesamten ÖPNV-Angebot von den Anbietern und Verkehrsgesellschaften zur
163 Verfügung gestellt werden. Zusätzlich muss die Netzabdeckung bis dahin auch in ländli-
164 chen Regionen und an Nebenstrecken ausgebaut werden. Dazu gehören Klein- und Taxi-
165 busse. .

166 Straße

167 Der neue Bundesverkehrswegeplan arbeitet beim Thema Straße mit den bekannten alten,
168 nicht nachhaltigen Rezepten. Von Seiten des Landes wollen wir die Bundesfernstraßen-
169 projekte wie schon 2011 in der Planung priorisieren und umsetzen. Oberste Priorität ha-
170 ben Erhaltungsmaßnahmen, Neu- und Ausbau von Straßen müssen dahinter klar zurück-
171 stehen. Umweltverträgliche und vor Ort konsensuale Projekte müssen prioritär geplant
172 werden. Umweltschädliche Vorhaben sollen aus dem Bundesverkehrswegeplan gestrichen
173 werden.

174 Beim Landesstraßennetz wollen wir die Ausgaben für die Erhaltung weiterhin erhöhen, bis
175 das notwendige Maß zum Substanzverzehr gestoppt ist. Auch hier geht Erhalt klar vor Neu-
176 und Ausbau. Der Landesstraßenbedarfsplan kann deutlich reduziert werden, die Ausgaben
177 für Straßenneubau können weiter zurückgefahren werden. Wir wollen verstärkt kleinere
178 Optimierungslösungen im Bestand, vor allem Umbaumaßnahmen als Alternativen zum
179 Straßenneubau fördern und die Haushaltsmittel dafür erhöhen. Das gesamte Straßennetz
180 wollen wir reorganisieren, um Bau und Instandhaltung effizienter zu machen.

181 Wir drängen bei allen Planungsverfahren auf einen frühzeitigen und breiten Dialog mit den
182 Bürger*innen und Verbänden. Wir wollen engagierte Betroffene nicht übergehen, sondern
183 früh einbinden und die Planungsverfahren im Verkehrsbereich entsprechend offen und
184 transparent gestalten. Wir wollen das Straßennetz lärmarm sowie städtebaulich und öko-
185 logisch verträglicher gestalten. Dazu gehören mehr aktive Maßnahmen wie Lärmschutz-
186 wände, leiser Straßenbelag, die Berücksichtigung lokaler städtebaulicher Gestaltung bei
187 der Projektplanung, die Reduzierung des fossilen Individualverkehrs und mehr Grün- und
188 Wildbrücken.

189 Straßenlärm, Schadstoffausstoß und Unfallgefahren müssen verringert werden. Daher set-
190 zen wir uns auf Ebene des Bundes dafür ein, dass auf Autobahnen eine allgemeine Höchst-
191 geschwindigkeit eingeführt wird und die Begrenzungen auf Landstraßen abgesenkt wer-
192 den. Wir wollen Initiativen unterstützen, um vor Ort häufiger Tempo 30 möglich zu ma-
193 chen.

194 Wir werden im Bund darauf dringen, die Subventionen für Autos zu überprüfen. So ist die
195 steuerliche Begünstigung von Firmenfahrzeugen eines der größten Subventionsprogram-
196 me einer einzelnen Industrie im Land und verbraucht finanzielle Mittel, die für den Ausbau
197 der Elektromobilität verwendet werden könnten.

198 **Flugverkehr**

199 Wir unterstützen die Forderungen nach mehr ökologischer Steuerung des Flugverkehrs.
200 Zur Reduzierung der Belastung durch Fluglärm werden wir uns dafür einsetzen, dass
201 der Bund Immissionsgrenzwerte für Fluglärm zum Schutz der Flughafenanwohner*innen
202 schafft. Wir wollen, dass dem aktiven Lärmschutz an Flughäfen Vorrang gegenüber dem
203 passiven Lärmschutz eingeräumt wird. Fluglärm soll in das Bundesimmissionsschutzgesetz
204 aufgenommen werden. Die Planung von Flugrouten muss lärmarm mit Umweltverträglich-
205 keitsprüfung erfolgen. Die Rolle der Fluglärmkommissionen werden wir stärken und wir
206 setzen uns dafür ein, dass die Bürgerinitiativen vom Verkehrsministerium frühzeitig in alle
207 Planungen einbezogen werden.

208 Wir wollen Nachtflugverbote in der Kernzeit von 22:00 bis 6:00 Uhr, in einem ersten Schritt
209 aber zumindest zwischen 0.00 und 5.00 Uhr. Darüber hinaus wollen wir die rechtlichen
210 Möglichkeiten voranbringen, um eine Lärmabgabe einzuführen. Diese soll in den Rand-
211 zeiten von 22:00 bis 0:00 Uhr und von 5:00 bis 6:00 Uhr so hoch sein, dass sich zu diesen
212 Zeiten regelmäßige Flüge nicht lohnen. Die Lärmabgabe soll sich nach den Lärmklassen
213 der Flugzeuge und den jeweils betroffenen Anwohner*innen richten und den umliegenden
214 Kommunen entsprechend zugutekommen. So sollen Fluggesellschaften die Lärmemissio-
215 nen endlich in ihre Entscheidungen zu Standort und Zeit der Flüge einpreisen. Die Lärmab-
216 gabe ist damit ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Flughafenentwicklung in NRW.
217 Statt Kapazitäten auszubauen, sollen Flüge auf die Schiene verlagert werden. Weiterhin
218 soll das Land keine Zuschüsse an Flughäfen zahlen.

219 Für die vom Flughafen Düsseldorf beantragte Kapazitätserweiterung gilt der Angerland-
220 vergleich für uns als Rahmen verbindlich. Deshalb darf es auch nicht zu einer schrittweisen
221 immer weiteren Ausweitung des Zweibahnbetriebes kommen. Insbesondere darf es kei-
222 ne Ausweitung der Flüge in den Nachtrandzeiten oder in der Nacht geben. Die heutigen

223 Nachtflüge durch Verspätungen sollen durch andere Umlaufplanungen und Slot-Vergaben
224 reduziert werden.

225 Die für Köln/Bonn bis 2030 laufende Betriebsgenehmigung mit der kompletten Nachtof-
226 fenheit darf nicht, wie vom Flughafen gewollt, so verlängert werden. Ohne zumindest die
227 Durchsetzung des vom Landtag und der Landesregierung beschlossenen Passagiernacht-
228 flugverbotes und eine verbindliche Lärminderungsplanung, nach der schrittweise der
229 Lärm auf die Vorsorgewerte der Weltgesundheitsorganisation gesenkt wird, werden wir
230 keiner Verlängerung der jetzigen Betriebsgenehmigung zustimmen.

231 Emissionsarmer Güterverkehr

232 Wir wollen die Emissionen im Güterverkehr deutlich reduzieren. Vielerorts fehlt die Basis
233 für eine Verlagerung der Güter auf die Schiene oder Wasserstraße. Nordrhein-Westfalen
234 braucht einen Güterverkehrsplan, der aufzeigt, mit welchem Schienennetz, welchen Gü-
235 tertverteilzentren und welcher Technik der Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2020 zu-
236 mindestens verdoppelt werden kann. Beim Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass bis
237 zum Jahr 2020 die Brücken über das westdeutsche Kanalnetz entsprechend erhöht wer-
238 den, damit dort ein wirtschaftlicher Containerverkehr stattfinden kann. Landesweit wollen
239 wir Häfen und Binnenschifffahrt für eine emissionsfreie Binnenschifffahrt gut aufstellen.
240 Für verschiedene emissionsfreie Güterverkehre auf den nordrhein-westfälischen Autobah-
241 nen wollen wir Machbarkeitsstudien erstellen lassen. Mit einem eigenen Landesprogramm
242 wollen wir eine emissionsfreie City-Logistik fördern, damit über Mikroverteilzentren die
243 bestellten Waren elektrisch oder mit dem Rad zu den Kund*innen gelangen.

244 Ökologisch-soziale Modernisierung unseres Industrielandes

245 Nordrhein-Westfalen ist das Industrieland Nr. 1 in Deutschland mit einer großen Tradition
246 und einer nicht minder großen Zukunft. Industrie und Wirtschaft sind eine zentrale Wohl-
247 standsbasis unseres Landes. Rund ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtig Beschäf-
248 tigten in NRW arbeitet in einem der mehr als 10.000 hiesigen Industrieunternehmen.

249 Nachhaltigkeit als Dreiklang von ökologischer Verantwortung, wirtschaftlichem Erfolg und
250 sozialer Gerechtigkeit ist das Leitbild unserer Industrie- und Wirtschaftspolitik. Wir wollen
251 die wirtschaftlichen Grundlagen guten Lebens für alle Menschen in NRW sichern bezie-
252 hungsweise dort schaffen, wo sie noch nicht ausreichend gegeben sind. Es ist nicht nur
253 nötig und möglich, NRW in ein nachhaltiges Industrieland umzugestalten, sondern die
254 ökologische Modernisierung steckt voller wirtschaftlicher Potenziale und Chancen.

255 Die Voraussetzungen für den Strukturwandel sind in NRW gegeben: Gut ausgebildete Ar-
256 beitnehmer*innen, weltweit erfolgreiche Industrieunternehmen und eine international an-
257 erkannte Forschungslandschaft mit herausragenden Hochschulen bieten beste Voraus-
258 setzungen, um den notwendigen Modernisierungsprozess erfolgreich zu gestalten. Wir
259 GRÜNE bauen auf die Partnerschaft mit Industrie und Wirtschaft. Denn um unsere Klima-
260 schutzziele zu erreichen, werden wir in fast allen Lebensbereichen sehr viel sehr schnell
261 verändern müssen, ob bei der Energie, beim Wohnen, in der Mobilität oder auch bei der

262 Ernährung. Es geht darum, in kurzer Zeit neue – erneuerbare – und kohlenstoffarme Lö-
263 sungen zu finden: Das können und das werden wir mit neuen Technologien, industriellen
264 Innovationen und der Transformation wirtschaftlicher Strukturen schaffen.

265 Die Idee einer sozialen und ökologischen Gesellschaft ist unser Leitbild. Unsere Wirt-
266 schaftspolitik setzt auf sozial-ökologisches Wachstum mit der Kraft der Innovation. Sie ist
267 deswegen Motor, nicht Widerstand auf dem Weg zu unserem Leitbild des Green New Deals.
268 Wir treten für die Wiedergewinnung eines umfassenden volkswirtschaftlichen Blicks und
269 für die Ausübung eines politischen Gestaltungswillens ein und wollen zusammen mit In-
270 dustrie, Handwerk, Wirtschaft, den Gewerkschaften und allen, die Verantwortung für das
271 Wohlergehen und den Erfolg unseres Landes tragen, zur ökologisch-sozialen Modernisie-
272 rung unserer Industriegesellschaft beitragen.

273 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

274 Ökologie und Klimaschutz sind Leitideen auch unserer Industriepolitik. Mit dem Klima-
275 schutzgesetz haben wir die Grundlage für die ökologische Modernisierung unserer Indus-
276 triegesellschaft gelegt und im Klimaschutzplan gemeinsam mit allen gesellschaftlichen
277 Akteur*innen guten Willens den Weg zu ihrer Umsetzung beschrieben. Wir haben eine Um-
278 weltwirtschaftsstrategie entwickelt, um Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz in konkre-
279 te, wirtschaftlich attraktive Unternehmensperspektiven zu übersetzen. Dass grüne Tech-
280 nologie schwarze Zahlen schreibt, zeigt beispielsweise die Umweltwirtschaft. NRW ist mit
281 320.000 Beschäftigten und 70 Milliarden Euro Jahresumsatz bundesweit der größte An-
282 bieter von Produkten und Dienstleistungen der hoch innovativen Umweltwirtschaft. Keine
283 Branche wächst schneller.

284 Für uns ist der Abfall von heute kein Müll, sondern Rohstoff von morgen. Der von uns auf
285 den Weg gebrachte ökologische Abfallwirtschaftsplan verfolgt daher konsequent das Ziel,
286 Abfälle zu vermeiden beziehungsweise wiederzuverwerten, regionale Entsorgungsausar-
287 kie zu schaffen und dem Prinzip der Nähe zu entsprechen.

288 Gutes tun und Geld verdienen: Das Genossenschaftswesen hat eine lange Tradition in un-
289 serem Land und die Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfe, um soziale und ökologi-
290 sche Ziele zu erreichen, ist in der Landesverfassung verankert. Genossenschaften stellen
291 eine besonders gute Grundlage für gemeinwohlorientiertes und erfolgreiches Wirtschaf-
292 ten dar. Wir haben mit einer umfangreichen Landtagsinitiative Maßnahmen auf den Weg
293 gebracht, um Unternehmen der solidarischen Wirtschaft zu stärken. So haben wir zusätzli-
294 che finanzielle Mittel bereitgestellt, um neue Konzepte zu entwickeln, die zum Beispiel den
295 Breitbandausbau durch Genossenschaften voranbringen sollen. Auch andere Wirtschafts-
296 unternehmen übernehmen soziale und ökologische Verantwortung. Wir unterstützen Un-
297 ternehmer*innen, die ihre Betriebe nachhaltig führen wollen, mit den Kompetenzzentren
298 für Corporate Social Responsibility, den CSR-Hubs.

299 Jedes Jahr werden in Nordrhein-Westfalen 50 Milliarden Euro in der öffentlichen Vergabe
300 umgesetzt. Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (TVgG-NRW) haben wir hierbei
301 soziale und ökologische Standards verankert, um sicherzugehen, dass Kriterien wie faire

302 Löhne, Vermeidung von ausbeuterischer Arbeit in Schwellenländern, Klimaschutz, Frau-
303 enförderung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Erfüllung
304 öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden.

305 Auf dem nun gelegten Fundament werden wir in den kommenden Jahren aufbauen, um
306 das Industrieland NRW nachhaltig erfolgreich weiterzuentwickeln.

307 **Wachstumsbranche Umweltwirtschaft – 100.000 neue Arbeits-** 308 **plätze bis 2025**

309 Die Umweltwirtschaft gehört zu den größten Wirtschaftsbranchen in unserem Land. Mit
310 unserer Umweltwirtschaftsstrategie werden wir den Vorsprung unseres Landes in der Um-
311 weltwirtschaft weiter ausbauen. Wir wollen die innovativen Ideen der auf diesem Feld
312 agierenden Unternehmer*innen, aber auch Wissenschaftler*innen unter anderem mit einer
313 Innovationsagentur unterstützen. Sie soll als zentrale Ansprechpartnerin die Akteur*innen
314 und ihr Know-how zusammenbringen, so den Wissenstransfer optimieren und Umwelt-
315 und Klimaschutzinnovationen und Ausgründungen fördern. Wir wollen NRW zu einem
316 national und international führenden Standort für umwelt- und klimaorientierte Ideen,
317 Produkte und Dienstleistungen machen und bis 2025 rund 100.000 neue zukunftsfähige
318 Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft schaffen.

319 Mit gut 18 Prozent aller Gründungen machen neue Unternehmen mit Geschäftsideen
320 in den Feldern Klima- und Umweltschutz, Energieeinsparung und Ressourcenschonung
321 schon jetzt den zweitgrößten Anteil im Bereich der Firmenneugründungen aus. Passend
322 dazu liefert der KUER-Gründungswettbewerb mit zusätzlichen Angeboten von der Poten-
323 zialanalyse bis zum Finanzierungscoaching wichtige Impulse für diesen Wachstumsmarkt.
324 Wir wollen die Synergien zwischen Umweltwirtschaft und Industrie 4.0 nutzen, um neue
325 Geschäftschancen zu erschließen. Das Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft werden wir
326 weiterführen, branchenspezifische Ansätze in der Ressourcenwirtschaft stärken und die
327 Chancen der Umweltwirtschaft durch Marktinitiativen und Außenwirtschaftsförderung zu-
328 sätzlich unterstützen.

329 Regionale und kommunale Standortinitiativen wie „Green Tech Ruhr“ oder Maßnahmen
330 der Bergischen Gesellschaft für Ressourceneffizienz im Bergischen Städtedreieck werden
331 wir ausbauen. Eine „Servicestelle Umweltwirtschaft“ wird Unternehmer*innen zur Seite
332 stehen, indem sie Anwendungs- und Haftungsrisiken reduziert, um lange Zeitläufe bis zur
333 Marktreife neuer Produkte zu vermeiden Aufgrund der Rückmeldungen und Bedarfe der
334 Firmen soll die Servicestelle wiederum Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Normen
335 und Rechtssystemen im Sinne der Unternehmen geben.

336 **Eine nachhaltige Chemieindustrie für den Ressourcenwandel**

337 NRW war das Land von Kohle, Stahl und Chemie mit all den Fehlentwicklungen, die auch
338 wir GRÜNE durch unsere Arbeit – die häufig auf starken Gegenwind stieß – korrigiert ha-
339 ben. 2018 wird die Steinkohle Geschichte sein, gleichzeitig kämpft die deutsche Metall-

340 und Stahlindustrie gegen Überkapazitäten und die Folgen eines ruinösen, globalen Wett-
341 bewerbs. Daher wird die Bedeutung der chemischen Industrie für den Industriestandort
342 NRW weiter zunehmen und damit ihre Schlüsselrolle in fast allen Wertschöpfungsketten.
343 Doch jede industrielle Produktion beeinflusst die Umwelt und führt zu ökologischen Be-
344 lastungen und es bleibt daher trotz aller positiver Entwicklungen die politische Aufgabe,
345 Auswirkungen auf die Umwelt und soziale Verwerfungen, die durch industrielle Produktion
346 entstehen, abzufedern und entsprechende Rahmensetzungen zu gestalten.

347 Die auf unsere Initiative eingesetzte Enquetekommission zur nachhaltigen Entwicklung
348 des Chemiestandortes NRW hat gezeigt, wie wir eine nachhaltige Klima- und Ressourcen-
349 wende mit der Chemie als Teil der Lösung schaffen können. Vieles ist heute zwar bereits
350 technisch möglich, aber noch nicht wirtschaftlich. Auch bei der ökologischen Modernisie-
351 rung der Chemieindustrie kämpfen wir daher weiter dafür, dass der Ausstoß von CO₂ mit
352 einem wirksamen „Preisschild“ versehen wird, um den klimafreundlicheren Verfahren zum
353 Erfolg zu verhelfen.

354 Für eine wirklich nachhaltige Klima- und Ressourcenwende fehlen aktuell noch immer
355 wichtige Bausteine – vor allem die sonnenlichtgetriebene Herstellung von Wasserstoff.
356 Weg von den fossilen hin zu neuen alternativen Rohstoffquellen wie CO₂ – diesen Prozess
357 wollen wir weiter forcieren um NRW als das Zentrum dieser Entwicklung hin zu einer
358 Chemie, die nach dem Prinzip „von der Natur lernen“ arbeitet, zu fördern.

359 **Low Carbon – Zukunft für die Energieintensiven**

360 Nicht nur die Chemieindustrie, auch andere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes
361 gehören selbstverständlich zum industriellen Kern Nordrhein-Westfalens – auch in Zu-
362 kunft. Wir sind bei der ökologisch-sozialen Modernisierung des Industrielands NRW auch
363 auf die energieintensiven Industrien in den Bereichen Stahl, Aluminium und Papierherstel-
364 lung angewiesen. Sie sind von besonderer Bedeutung für die Umweltwirtschaft. Wir wollen
365 ein Low Carbon-Zentrum schaffen, um den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen en-
366 ergieintensiver Industrie und Wissenschaft über Low Carbon-Technologien zu stärken und
367 die Klimaverträglichkeit sowie die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie
368 in NRW zu optimieren.

369 **Ressourcen ge- statt verbrauchen**

370 Wir wollen die Abfallvermeidung in allen Bereichen fördern und eine konsequente Kreis-
371 laufwirtschaft mit hohen ökologischen Standards stärken und weiterentwickeln. Das li-
372 neare Prinzip (Von der Wiege bis zum Grab – cradle to grave) soll durch ein zirkuläres
373 Prinzip (Von der Wiege bis zur Wiege – cradle to cradle) ersetzt werden. Wir setzen auf die
374 systematische Vernetzung von Ressourcen-, Abfall-, Wasser- und regenerativer Energie-
375 wirtschaft und werden die begonnenen Initiativen weiterführen – darunter die Ressour-
376 censtrategie für mineralische Rohstoffe, die Qualitätsoffensive zur besseren Verwertung
377 und Aufbereitung von mineralischen Abfällen sowie die Phosphatrecyclingstrategie zur
378 Nutzung der in NRW erschließbaren Sekundärphosphatquellen.

379 Zahlreiche Schwermetalle (Cadmium, Nickel, Blei u.a.) werden nach wie vor bei der Her-
380 stellung von Produkten benötigt und sind deshalb in vielfältiger Weise in industriellen
381 Schlämmen enthalten. Gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir daher eine
382 Initiative zur Rohstoff-Rückgewinnung aus industriellen Abfallschlämmen starten.

383 Mittel aus EU-Strukturfonds für ökologisch-soziale Modernisie- 384 rung nutzen

385 Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäi-
386 schen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Eu-
387 ropäischen Sozialfonds (ESF) spielen zusammen mit den Ko-Finanzierungsmitteln des Lan-
388 des eine wichtige Rolle bei der ökologisch-sozialen Modernisierung der Wirtschaftsstruk-
389 turen in NRW – in den städtischen Zentren und in den ländlichen Räumen. Die Landes-
390 regierung hat erreicht, dass NRW in der laufenden Förderperiode 2014-2020 weiterhin in
391 hohem Umfang von den EU-Fonds profitiert. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür stark
392 gemacht, dass insbesondere die Mittel für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz,
393 sozial-ökologische Stadtentwicklung und Agrarumweltmaßnahmen gestärkt wurden
394 und diese Mittel zudem regional ausgewogen und den jeweiligen Bedürfnissen vor
395 Ort entsprechend zugeteilt werden, so dass gerade auch finanzschwache Kommunen und
396 strukturschwache Regionen profitieren. Bei der weiteren Umsetzung der laufenden Pro-
397 gramme bis 2020 wollen wir die Kommunen und die anderen potenziellen Antragsstel-
398 ler*innen noch stärker dabei unterstützen, die Finanzhilfen abzurufen. In den Bereichen,
399 in denen die Fonds bislang nicht intensiv genutzt werden, werden wir prüfen, wie Anreize
400 verstärkt und Barrieren abgebaut werden können. Wir werden zudem darauf achten,
401 dass zusätzliche europäische Finanzierungs-Initiativen wie der sogenannte Juncker-Plan
402 nachhaltig ausgestaltet und auch in NRW genutzt werden können.

403 Wir werden zudem auf Bundes- und EU-Ebene frühzeitig unsere Ideen in die Diskussion
404 zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2021-2027 und die nächste Förderpe-
405 riode einbringen. Wir treten dafür ein, dass NRW weiter im bisherigen Umfang EFRE- und
406 ESF-Mittel erhält und in der Gemeinsamen Agrarpolitik die ELER-Förderung im Vergleich
407 zu den Direktbeihilfen gestärkt wird. Die EFRE-Mittel müssen dabei in noch stärkerem
408 Maße für die Transformation hin zu kohlenstoffarmen Wirtschaftsstrukturen eingesetzt
409 werden. Mindestens 30 Prozent der EFRE-Mittel sind für eine neue integrierte Klima- und
410 Ressourcenschutz-Achse eines zukünftigen operationellen Programms EFRE vorzusehen.
411 Außerdem wollen wir bei allen neuen operationellen Programmen die Förderzugänge zur
412 Stärkung der gemeinwohlorientierten und solidarischen Wirtschaft weiter verbessern.

413 Mehr Genossenschaften für NRW

414 Genossenschaften oder andere Rechtsformen der gemeinwohlorientierten und solidari-
415 schen Wirtschaft sind ein stabiles Standbein der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und
416 damit unverzichtbar. Der Sektor wächst seit Jahren kontinuierlich. Gerade bei der dezentralen
417 Energieversorgung, bei der nachhaltigen Quartiersentwicklung und der Aufrecht-
418 erhaltung einer funktionierenden Nahversorgung in ländlichen Gebieten sind diese Un-

419 ternehmen ein wichtiger Baustein. Doch die Potenziale für die Neugründung von Genos-
420 senschaften sind noch längst nicht ausgeschöpft – Breitbandausbau und Kinderbetreu-
421 ungsangebote können beispielsweise neue Betätigungsfelder sein. Wir wollen das Genos-
422 senschaftsrecht vereinfachen und den bürokratischen Aufwand für die Gründung von Ge-
423 nossenschaften absenken. Daher wollen wir wirtschaftlichen Vereinen den Status einer
424 sogenannten „kleinen Genossenschaft“ ermöglichen, damit Kleinstunternehmen und Ver-
425 einigungen von Bürger*innen, die beispielsweise mit einem Dorfladen gemeinwohlorien-
426 tierte Ziele vertreten, sich leichter und kostengünstiger engagieren können. Auch für die
427 Unternehmensnachfolge können soziale Wirtschaftsmodelle interessant sein. Es braucht
428 daher eine Initiative zur Förderung von Belegschaftsinitiativen und Genossenschaften für
429 die Übernahme von Betrieben. Um die solidarischen Wirtschaftsunternehmen in NRW zu
430 vernetzen und sichtbar zu machen, wollen wir sie auf einem Internetportal kartieren, auf
431 dem auch alle vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote zu finden sind. Die
432 Finanzierungsmöglichkeiten müssen fortlaufend mit den Bedürfnissen der Unternehmen
433 abgeglichen werden.

434 Sozial, ökologisch und ökonomisch handeln

435 Verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen bedeutet, dass neben ökonomischen
436 auch ökologische und soziale Aspekte in der unternehmerischen Tätigkeit eine gewicht-
437 tige Rolle spielen. Unzählige Unternehmen sind sich ihrer gesellschaftliche Verantwor-
438 tung bewusst, werden ihr durch ihr wirtschaftliches Handeln gerecht und besitzen daher
439 eine Vorbildfunktion. Wir wollen sie bei der Umsetzung ihrer Konzepte für Corporate So-
440 cial Responsibility (CSR) stärken und andere Unternehmen ermutigen, Verantwortung für
441 ihr gesellschaftliches Umfeld und die Umwelt zu übernehmen. Mit der Einrichtung von
442 fünf CSR-Kompetenzzentren sind wir bereits einen ersten wichtigen Schritt gegangen. Wir
443 werden die Vernetzung landesweit stärken und dafür sorgen, dass alle Akteur*innen, die
444 unternehmerisches Denken und sozialen Mehrwert kombinieren, unabhängig von ihrer
445 Unternehmensstruktur fachliche Beratung erhalten.

446 Verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten bedeutet aber auch, dass Menschen-
447 rechte im Ausland nicht verletzt werden dürfen. Die Bundesregierung setzt mit ihrem na-
448 tionalen Aktionsplan die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte jedoch nur
449 unzureichend in Deutschland um. Wir werden im Gegensatz zur Bundesregierung auf Lan-
450 desebene unserer Verantwortung nachkommen und die UN-Leitprinzipien ernst nehmen,
451 indem wir uns weiter für die verbesserte Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umwelt-
452 standards und die Achtung der Menschenrechte in den internationalen Lieferketten ein-
453 setzen.

454 Einen großen Teil ihrer Aufträge erhalten die Unternehmen von der öffentlichen Hand. Wir
455 wollen, dass auch zukünftig nicht der Preis alleine den Ausschlag gibt und damit einherge-
456 hend Dumpinglöhne, die Verletzung der Menschenrechte und klimaschädliches Verhalten
457 durch öffentliche Vergabe gefördert werden. Daher werden wir auf die Einhaltung des
458 Tariftreue- und Vergabegesetzes drängen. Diejenigen Unternehmen, die bereits heute so-
459 zial fair und nachhaltig im Sinne der Allgemeinheit wirtschaften, müssen bei öffentlichen
460 Ausschreibungen einen echten Vorteil gegenüber Billiganbieter*innen haben. Wir werden

461 uns dafür einsetzen, dass die bereits bestehende Prüfbehörde zukünftig, wenn der verga-
462 bespezifische Mindestlohn des Landes auf gleicher Höhe mit dem Mindestlohn des Bundes
463 liegt, die Zuständigkeit für die Kontrolle der anderen Vergabekriterien wie Einhaltung der
464 ILO-Kernarbeitsnormen, Frauenförderung und nachhaltige Produktion erhält.

465 **Ruhrgebiet – mit grüner Produktion in die Zukunft**

466 Viele sehen im Ruhrgebiet vor allem ein Opfer des industriellen Strukturwandels der ver-
467 gangenen Jahrzehnte und erklären wahlweise ihr Bedauern, ihre Solidarität oder ihre Un-
468 zufriedенheit mit denen, die sie für die vermeintliche Misere verantwortlich machen. Oh-
469 ne die Herausforderung durch den Strukturwandel kleinzureden und zu leugnen, dass die
470 Menschen im Ruhrgebiet mit enormen Veränderungen und dem Verlust jahrhundertealter
471 wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen konfrontiert waren und zum Teil noch
472 sind, sind wir GRÜNE davon überzeugt, dass das Ruhrgebiet und seine Menschen die bes-
473 te Zeit immer noch vor sich haben. Die Erfahrung, das Wissen und der Mut, die in der
474 Vergangenheit zum wirtschaftlichen Erfolg geführt haben, können auch heute das „Kapi-
475 tal“ sein, um sich als Industrieregion auf gewandeltem Fundament neu zu erfinden: als
476 nachhaltiger Industriestandort auf der Basis erneuerbarer, dezentral und demokratisch
477 organisierter Energie. Die intelligente Ressourcennutzung kann zum Kern erfolgreicher
478 Industrien gerade im Ruhrgebiet werden. Die Attraktivität seiner Ballungsräume beruht
479 zukünftig auf ambitioniertem Klima- und Umweltschutz. Das Internet der Dinge, digitale
480 Kommunikation, Industrie 4.0 und eine neue Teil- und Tauschkultur begründen ein indus-
481 triepolitisches Muster, das nachhaltig und vorbildlich zugleich ist. Industrielle Leitmärkte
482 der Zukunft sind unter anderem E-Mobilität sowie die abfallarme und ressourcensparende
483 3-D-Drucktechnologie.

484 Und es ist schon viel passiert: Die Städte an der Ruhr sind beispielsweise führend in
485 der Umweltwirtschaft, was nicht zuletzt eine große Anzahl an Patentanmeldungen un-
486 terstreicht. In diesem Sektor sind Zehntausende neue Arbeitsplätze entstanden. Das Ruhr-
487 gebiet ist Standort renommierter und vielfältiger Hochschulen, wir wollen die zukunfts-
488 weisenden Ideen, die dort entstehen, umsetzen.

489 Wir GRÜNE wissen, dass wir dringend weitere ökologische Wachstumsimpulse benötigen,
490 gerade im Ruhrgebiet. Trotz in Teilen positiver wirtschaftlicher Entwicklung ist die Ar-
491beitslosigkeit nach wie vor hoch. Aufgrund der massiven Überschuldung fast aller Kom-
492munen sind die finanziellen Spielräume nicht einmal ausreichend für Ersatzinvestitionen.
493 Beschäftigung ist ein wichtiges Mittel, um Armut zu bekämpfen. Wirtschaftsförderung ist
494 daher auch Sozialpolitik. Die Vergleiche mit anderen Regionen unseres Landes zeigen, dass
495 ein breit aufgestellter Mittelstand ein wichtiger Faktor für eine nachhaltige wirtschaftli-
496 che Entwicklung ist. Wir brauchen daher eine Kursänderung im Bereich der Wirtschafts-
497 förderung, die sich anders als bisher verstärkt an Mittelstand und Handwerk orientieren
498 muss. Auch konsequente interkommunale Zusammenarbeit ist dringend notwendig. Das
499 Kirchturmdenken muss überwunden, die Kooperation zwischen den Kommunen verbes-
500 sert werden, um Verwaltungsabläufe, aber auch Standortpolitik zu optimieren.

501 Wir wollen die ökologisch-industrielle Zukunft des Ruhrgebiets mit einer umfassenden
502 „Strukturoffensive Grünes Ruhrgebiet“ begleiten und vorantreiben – gemeinsam mit Un-

503 ternehmen, Wissenschaft, Forschung und vor allem den Menschen in den Städten und
504 Quartieren vor Ort. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten und das Ruhrgebiet stärken –
505 als eine europäische Industrieregion im Grünen, die sich an den Chancen der Umweltwirt-
506 schaft sowie einer nachhaltigen und menschenfreundlichen Stadtentwicklung und Ver-
507 kehrspolitik orientiert und ihren Fixpunkt in der Vision einer „sekundären“ Biosphärenre-
508 gion findet, die zusammenführt, was zusammengehört und zusammengeht: intakte Natur
509 und kraftvolle Industrie und Wirtschaft. Die Grüne Hauptstadt Essen 2017 ist auf dem Weg
510 dahin ein Leuchtturm, der Licht dorthin bringt, wo zu viele zu lange meinten, es wäre
511 dunkel und bliebe das auch.

512 **Neuer Umgang mit den Dingen: Sharing, Prosuming, Re-Use**

513 Nicht nur auf der Seite der Produktion, sondern auch auf der Seite der Konsument*innen
514 zeichnet sich ein deutlicher Wandel ab – hin zu gemeinschaftlichen Nutzungsformen
515 (Sharing-Ökonomie), zur Kopplung von Produktion und Konsum (Prosuming), zur Wieder-
516 verwertung und einer Repair-Kultur, wie sie in den zahlreichen Repair-Cafés konkret wird.
517 Um diese Formen der nachhaltigen Nutzung von Produkten zu fördern, wollen wir Netz-
518 werke für Qualität, Marketing und Konsum wiederverwendbarer Güter schaffen und unter-
519 stützen.

520 **Ökologisch-soziale Modernisierung – das wollen wir GRÜNE**

- 521 • bis 2025 rund 100.000 neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft,
522 dafür unterstützen wir Unternehmer*innen unter anderem mit einer Innovations-
523 agentur
- 524 • Ressourcen ge- statt verbrauchen und dafür eine konsequente Kreislaufwirtschaft
525 weiterentwickeln
- 526 • Mittel aus den EU-Strukturfonds nachhaltig ausgestalten
- 527 • Mehr Genossenschaften: Dafür senken wir den bürokratischen Aufwand und geben
528 Unterstützung
- 529 • Unternehmer*innen dabei begleiten, ökologisch und sozial verantwortlich zu han-
530 deln und sie gegenüber Dumping-Konkurrenz besserzustellen
- 531 • Eine umfassende Strukturoffensive für ein „Grünes“ Ruhrgebiet

532 **GRÜNE Wirtschaftsförderung**

533 Auch wenn Nordrhein-Westfalen oft als Land der Großindustrie gesehen wird, zählen über
534 99 Prozent der hiesigen Betriebe zu den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Sie
535 stellen 80 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze bereit. Als wichtige
536 Partner*innen bei der Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte von morgen bilden diese Be-
537 triebe aus Handel, Handwerk, Dienstleistungsgewerbe sowie der freien Berufe das Rückgrat
538 einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in NRW.

539 Neben der Arbeitsplatzschaffung und -sicherung trägt unter anderem das Handwerk zur
540 ökologischen Erneuerung, zum Erreichen einer klimaneutralen Gesellschaft und zur regio-
541 nalen Wertschöpfung bei. Um den Wandel der wirtschaftlichen Struktur erfolgreich be-
542 streiten und neue Lösungsansätze entwickeln zu können, brauchen wir neben den bereits
543 heute bestehenden Unternehmen auch Impulse durch Existenzgründungen.

544 Wir wollen das Profil NRWs als starker und zukunftsorientierter Wirtschaftsstandort weiter
545 festigen, indem wir unsere Wirtschaftsförderung an Gemeinwohlzielen und Klimaschutz-
546 leitlinien ausrichten. Kleine und mittlere Unternehmen als Antrieb des grünen Wirtschafts-
547 motors nehmen wir dabei besonders in den Fokus. Auch für Start-ups schaffen wir ein
548 günstiges Investitionsklima.

549 Denn die Suche nach nachhaltigen Geschäftsmodellen mit neuen Ansätzen wie Peer-to-
550 Peer-Produktion, Open Innovation, Social Entrepreneurship oder Sharing Economy braucht
551 auch eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung vor Ort: von der klassischen kommu-
552 nalen Förderung hin zu einer integrierten Standortentwicklung. Neben bewährten Metho-
553 den und Verfahren müssen neue Aufgaben und Zielgruppen wie Netzwerkmanagement,
554 Clusterentwicklung, wissensbasierte Dienstleistungen oder Umweltschutz und Klimawan-
555 del hinzugefügt werden. Die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft muss sich am abseh-
556 baren Bedarf und am Ressourceneinsatz orientieren. Das erfordert insgesamt eine bes-
557 sere interkommunale Integration und Kooperation unterstützt von regionalen Standort-
558 Netzwerken.

559 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

560 Die Förderung von Mittelstand und Handwerk ist ein wichtiger Schwerpunkt GRÜNER Wirt-
561 schaftspolitik. Diese Unternehmen sind wichtige Stabilitätsfaktoren – gerade in Krisen-
562 zeiten, wie die Auswirkungen der Finanzkrise gezeigt haben. Deshalb haben wir das bun-
563 desweit einmalige Mittelstandsförderungsgesetz auf den Weg gebracht. Entsprechende
564 Gesetzesvorhaben und Initiativen der Regierung werden jetzt stets auf ihre Mittelstands-
565 verträglichkeit geprüft. Wir geben dem Mittelstand so die Möglichkeit, seine Vorstellungen,
566 Belange und Anregungen bei der Erarbeitung von Regierungsvorhaben einzubringen. Wie
567 das von uns initiierte E-Government-Gesetz führt das Mittelstandsförderungsgesetz zu ei-
568 nem effektiven Abbau des Verwaltungsaufwandes für kleine und mittlere Betriebe. NRW
569 nimmt dadurch insgesamt eine Vorreiterrolle ein.

570 Wirtschaft lebt von Innovationen, Kreativität und Risikobereitschaft. Daher unterstützen
571 wir Gründer*innen – zum Beispiel im Handwerk. Wir haben wichtige Signale gesetzt, um
572 auf die Gleichwertigkeit von berufsqualifizierenden und akademischen Abschlüssen hinzu-
573 weisen. Schon jetzt werden große Teile der Meisterausbildung im Bachelorstudium aner-
574 kannt. In enger Zusammenarbeit mit den Verbänden des Handwerks und der freien Berufe
575 haben wir zudem in einem 9-Punkte-Plan Initiativen gebündelt und weiterentwickelt, um
576 das Handwerk zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Als Teil der „Hand-
577 werksinitiative NRW“ führen wir nicht nur die Meistergründungsprämie fort, sondern ha-
578 ben unter anderem auch den „WachstumsScheck NRW“ für mitarbeitende Meister*innen
579 weiterentwickelt und den „InnovationsGutschein Handwerk“ eingeführt. Um die Leistun-
580 gen der Meister*innen zu würdigen, richtet das Land inzwischen jährlich den „Meistertag
581 NRW“ aus.

582 Wirtschaftliche Stabilität und Wachstum hängen vor allem von Innovationen ab. Die 82
583 „Startercenter NRW“ sind das zentrale Beratungsinstrument, um Interessierten beim Schritt
584 in die Selbstständigkeit zu helfen. Unsere Unterstützung wirkt: Die Zahl der Förderfälle
585 steigt kontinuierlich, mit zuletzt rund 67.000 Existenzgründungen ist NRW bundesweiter
586 Spitzenreiter.

587 Wir GRÜNE sehen Vielfalt als Chance – auch für die wirtschaftliche Entwicklung in NRW.
588 Unternehmer*innen mit Migrationsgeschichte haben sich gerade in den vergangenen zehn
589 Jahren zum Jobmotor entwickelt und sind ein bedeutender Wachstumsfaktor. Ihre Exis-
590 tenzgründungen sind mit spezifischen Chancen und Hemmnissen verbunden. Wir haben
591 die wirtschaftliche Bedeutung dieser Unternehmen erkannt und ihre Unterstützung auf
592 die Agenda gesetzt.

593 Auch der Einzelhandel nimmt eine wichtige Stellung in der NRW-Wirtschaft ein und gute
594 Wirtschaftspolitik bedeutet, Interessenausgleiche zu schaffen. Um die Innenstädte zu stär-
595 ken, haben wir klare Regeln für die Errichtung von großflächigen Einzelhandelsprojekten
596 auf der „grünen Wiese“ eingeführt, die vermeiden helfen, dass die Funktionsfähigkeit des
597 städtischen Einzelhandels gefährdet wird. Mit der Modernisierung der Ladenöffnungszeiten
598 haben wir den Sonn- und Feiertagsschutz im Sinne der Arbeitnehmer*innen und ihrer
599 Familien deutlich gestärkt. Gleichzeitig bleiben die bisherigen Regelungen zu den Öff-
600 nungszeiten in der Woche bestehen, so dass die Interessen des Einzelhandels und der
601 Konsument*innen angemessen berücksichtigt worden sind.

602 **Starke Dienstleister*innen für wirtschaftlichen Erfolg**

603 Dienstleister*innen haben im Jahr 2015 ganze 72,1 Prozent des Bruttoinlandprodukts
604 Nordrhein-Westfalens erwirtschaftet. Drei Viertel der Arbeitsplätze in NRW sind im Dienst-
605 leistungssektor angesiedelt – gut bezahlte Stellen für Hochqualifizierte, aber auch Tätig-
606 keiten für Menschen mit geringeren Ausbildungsabschlüssen. Beispielsweise haushaltsna-
607 he Dienstleistungen sind ein starker Wachstumsmarkt, dessen Potenzial noch längst nicht
608 komplett gehoben ist. Auch der Export von Serviceangeboten bietet weitere wirtschaft-
609 liche Perspektiven, weshalb wir die Arbeit von hiesigen Dienstleister*innen jenseits der
610 NRW-Grenzen weiter unterstützen wollen.

611 Die Digitalisierung wirkt sich auch auf die Anbieter*innen von Dienstleistungen aus. Un-
612 ter anderem da hier neue Angebote entstehen, aber beispielsweise auch aufgrund von
613 wachsenden Bedarfen in der Pflege von Senior*innen, werden weitere Menschen in die-
614 ser Branche Arbeit finden. Aufgrund der früheren Fokussierung auf industrielle Produktion
615 in einigen Regionen NRWs sind die Entwicklungsperspektiven dort besonders groß. Wir
616 wollen, dass ganz NRW hier den Anschluss hält. Denn die globalen Wirtschaftstrends zei-
617 gen: Der Dienstleistungssektor ist ein wichtiger Baustein für wirtschaftlichen Erfolg in der
618 Zukunft.

619 Die Förderung eines starken Ausbildungs- und Forschungsstandorts, der neue Geschäfts-
620 modelle und Firmen in diesem Sektor hervorbringt, ist dabei ein zentraler Aspekt. Großes
621 Potenzial liegt in nachhaltigen, sozialen und innovativen Dienstleistungen. Diese Entwick-
622 lung unterstützen wir mit unserem Green New Deal.

623 **Mehr Wertschätzung für die Meister*innen von morgen**

624 Wir wollen weiter vorausschauende Wirtschaftspolitik betreiben und für die Gründung und
625 Übernahme von Betrieben werben und diese erleichtern. Gemäß den Vorgaben des Euro-
626 päischen Qualifizierungsrahmens (EQR) wollen wir das Ausbildungsniveau von Meister-
627 brief und Fachhochschulabschluss weiter angleichen und die Durchlässigkeit der Systeme
628 verbessern. Dies trägt dazu bei, das Handwerk für junge Fachkräfte attraktiver zu machen.
629 Als neues Förderinstrument schlagen wir vor, neben dem Landeszuschuss zur Meister-
630 gründung ein kreditfinanziertes Programm einzuführen. So sollen Gründer*innen in der
631 Startphase unterstützt, aber beispielsweise auch notwendige betriebliche Modernisierun-
632 gen parallel zur beruflichen Weiterbildung finanziert werden. Und auch die Phase am Ende
633 einer Meisterlaufbahn wollen wir verstärkt ins Blickfeld rücken. Denn die Übernahme von
634 Betrieben gestaltet sich immer schwieriger. Wir wollen, dass Mitarbeiter*innen über Bera-
635 tungsmöglichkeiten und Gründungsförderung verstärkt dabei unterstützt werden, Hand-
636 werksbetriebe zu übernehmen, Arbeitsplätze und Know-how zu erhalten.

637 **NRW – wo innovative Ideen Zukunft haben**

638 Grundsätzlich wollen wir weiter daran arbeiten, dass in allen Wirtschaftsbranchen ein
639 gründungsfreundliches und innovationsförderndes Klima für alle Unternehmensformen
640 herrscht. Doch gerade wachstumsorientierte Start-ups mit neuen Geschäftsmodellen und
641 Ideen können große Sprünge auf dem Weg der Modernisierung unseres Industrielandes
642 auslösen. Bestandteil unserer GRÜNEN Wirtschaftspolitik ist daher, durch einen ganzheit-
643 lichen Ansatz in Richtung einer zukünftigen nachhaltigen Produktions- und Arbeitswelt
644 für das notwendige innovative Umfeld zu sorgen. Dazu gehört auch eine bessere Vernet-
645 zung der alteingesessenen Unternehmen und der Start-up-Szene, um zum Beispiel die
646 Ausgestaltung der Fabrik der Zukunft, in der die ökointelligenten Produkte von morgen
647 ressourcenschonend und konkurrenzfähig produziert werden, schneller auf den Weg zu
648 bringen.

649 Insbesondere wenn Gründer*innen eine technologische Innovationsidee umsetzen und zur
650 Marktreife bringen wollen, soll ihnen NRW als erstes als Standort einfallen. Wir wollen da-
651 her unter anderem Gründungen weiterhin in Zusammenarbeit mit den Unternehmen un-
652 bürokratisch gestalten und beispielsweise die Effizienz-Gewinne durch die Digitalisierung
653 weiter ausbauen. Zur notwendigen Unterstützung gehört auch, dass Gründer*innen, die
654 mit einer Idee scheitern, nicht für ihre Risikobereitschaft und ihren Mut bestraft werden,
655 indem ihr Scheitern ihnen bei weiteren Projekten zum Hindernis wird.

656 **Schnell zu den Kund*innen – auf den Straßen und im Netz**

657 Für wirtschaftlichen Erfolg brauchen die Unternehmen auch eine gute Infrastruktur. Sie
658 haben einen Bedarf nach guter verkehrlicher Anbindung. Daher fördern wir Konzepte, die
659 Schiene, Straße und Wasserwegen miteinander verbinden. Brücken, Straßen und Schienen
660 sind auch in NRW teils in einem sehr schlechten Zustand. Für die Unternehmen bedeutet

661 dies schlimmstenfalls Umsatzverluste, durch Umgehungsverkehre bei Sperrungen entste-
 662 hen zudem erhebliche und unnötige Belastungen für die Anwohner*innen und die Um-
 663 welt. Wir haben dafür gesorgt, dass die Mittel für die Sanierung von Landesstraßen deut-
 664 lich erhöht werden. Diese Politik des Erhalts setzen wir ebenso fort, wie den Ausbau von
 665 Radwegen und alternativen Verkehrskonzepten zur Entlastung der Straßen. Damit NRW-
 666 Unternehmen auch den digitalen Wandel mitgehen und mitgestalten können, investieren
 667 wir rund eine halbe Milliarde Euro in den Breitbandausbau.

668 **Transparenz, Effizienz und Vielfalt in den Kammern**

669 Die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft leisten wichtige Arbeit im Bereich der Aus-
 670 und Weiterbildung und bei der Beratung ihrer Mitgliedsunternehmen. Gleichzeitig gibt es
 671 immer wieder Kritik an der intransparenten Verwendung der Mitgliedsbeiträge. Wir halten
 672 es angesichts der Pflichtmitgliedschaft für geboten, dass die Kammern über die Verwen-
 673 dung der ihnen zur Verfügung gestellten Gelder absolute Offenheit herstellen.

674 Um Synergien zu nutzen und im Sinne der Effizienz wollen wir darauf hinwirken, dass sich
 675 Kammern innerhalb NRWs zusammenschließen. Ziel ist es, die Strukturen der Selbstver-
 676 waltung so anzupassen, dass sie zu einer modernen und ökologischen Industriegesell-
 677 schaft passen.

678 Außerdem ist es unverzichtbar, dass in den Kammern die gesellschaftliche Realität stärke-
 679 rer als heute abgebildet wird. Der Anteil an Frauen und Unternehmer*innen mit Migrati-
 680 onshintergrund muss in den Gremien und bei den Hauptamtlichen deutlich steigen. Dazu
 681 wollen wir prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten auf Landesebene bestehen, um diese
 682 Prozesse zu befördern und zu unterstützen.

683 **Wirtschaftlicher Erfolg ist vielfältig**

684 Rund 44 Prozent aller Existenzgründungen gehen in Nordrhein-Westfalen auf Mi-
 685 grant*innen zurück. In NRW gehört jedes elfte Unternehmen Inhaber*innen mit Migra-
 686 tionshintergrund, darunter auch viele mittelständische Firmen und Großbetriebe. Auch
 687 andere Unternehmen profitieren von der interkulturellen Kompetenz der Zugewander-
 688 ten, da diese beispielsweise neue Märkte im Ausland erschließen. Migrantische Unter-
 689 nehmen weisen überdurchschnittlich höhere Auslandsumsätze auf, bewirken die Interna-
 690 tionalisierung des Mittelstands, schaffen neue Wachstumspotenziale und erweitern das
 691 Waren- und Dienstleistungsangebot. Durch zusätzliche Impulse auf dem Ausbildungs-,
 692 Weiterbildungs- und Arbeitsmarkt tragen sie zur Fachkräftesicherung und zur Integri-
 693 ation bei. Wir würdigen die starke wirtschaftliche Bedeutung dieser Selbstständigen und
 694 wollen die noch nicht ausgeschöpften Potenziale heben. Auf die spezifischen Fragen
 695 dieser Gründer*innen wollen wir passgenaue Antworten finden. Dafür sind Informatio-
 696 nen über Beratungs- und Förderprogramme sowie Unterstützung bei der Finanzierung in
 697 der Gründungs-, aber auch in der Wachstumsphase unverzichtbar. Wir werden daher be-
 698 reits bestehende Förder- und Finanzierungsprogramme anforderungsgerecht weiterent-
 699 wickeln.

700 **Gesundheitswirtschaft – neue Ideen und starke Unternehmen für** 701 **die bestmögliche Versorgung**

702 Die größte Einzelbranche in NRW ist die Gesundheitswirtschaft. Sie stellt mit weit über ei-
703 ner Million Beschäftigten jeden sechsten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Die
704 demografische Entwicklung, aber auch der medizinische und technische Fortschritt führen
705 zu großen Innovations- und Wachstumspotenzialen.

706 Kern dieser Branche ist die unmittelbare medizinische und pflegerische, pharmakologi-
707 sche und therapeutische Versorgung vor Ort. Kernbereiche, Forschung und Entwicklung,
708 Vor- und Zulieferbranchen sowie nachgelagerte Branchen sind in kleinen und mittleren
709 Unternehmen genauso wie in Großunternehmen in NRW vorhanden. Die Herausforderun-
710 gen eines Versorgungssystems, dessen Patient*innen immer älter und dessen finanzielle
711 und personelle Ressourcen immer knapper werden, sind groß. Doch mit innovativen Lö-
712 sungsstrategien können wir ihnen effizienter begegnen und bessere Ergebnisse erzielen.
713 Der Mensch als Patient*in, als Pflegebedürftige*r, als Beschäftigte*r steht dabei im Zentrum
714 aller Ansätze.

715 Wir sind in NRW mit der Cluster-Ausweisung, mit dem Leitmarkt Gesundheit bei der EFRE-
716 Finanzierung, dem Pharmadialog des Gesundheitsministeriums und der Vernetzung vie-
717 ler Akteur*innen einen wichtigen Schritt vorangekommen. Ob Arzneimitteltherapiesicher-
718 heit, Fall- oder Patientenakte, ob Televisiten im Pflegeheim außerhalb der Praxiszeiten,
719 ob Schlaganfall-Lots*innen oder Exoskelett zum Mobilitätsgewinn, anonyme Spurensiche-
720 rung oder Kunstherz – die Spanne dessen, wo wir in NRW die Spitze der Spitze sind, ist
721 groß.

722 Damit diese wichtige Säule unserer Wirtschaft auch in Zukunft die Sicherung unserer Ver-
723 sorgung stützt und damit ihre Potenziale steigert, wollen wir weiterhin die Gesundheits-
724 wirtschaft in NRW fördern, fördern und stärken. Mit Unterstützung von Technik, Telematik
725 und Telemedizin wollen wir unsere Unternehmen stärken und die Menschen in NRW zu-
726 kunftsfest und bestmöglich versorgen

727 **Tourismuswirtschaft – Nachhaltig – vielfältig – inklusiv**

728 NRW ist eine der zentralen Tourismusregionen in Deutschland. Die Branche wächst hier
729 weit dynamischer als in anderen Flächenländern. Rund 630.000 Arbeitsplätze in NRW ste-
730 hen direkt oder indirekt mit dem Tourismus in Verbindung. NRWs Stärke ist seine Vielfältig-
731 keit: pulsierende Großstädte mit Geschäftsreise-, Messe-, Gesundheits- und Wochenend-
732 tourismus und attraktivem Freizeit- sowie Kulturangeboten einerseits und wunderschöne
733 Naturlandschaften und Naherholungsangebote andererseits. Mit der Weiterentwicklung
734 und Unterstützung der Marke „Dein NRW Natur“ wollen wir dem Wunsch vieler Menschen
735 – insbesondere auch von Familien mit Kindern – nach naturverträglichem Urlaub und
736 Erholung in den grünen Lungen abseits der Ballungsräume Rechnung tragen.

737 Dazu gehört die Vernetzung mit bereits entwickelten Angeboten. Die Nationalparkregion
738 Eifel, die in Nordrhein-Westfalen liegenden Naturparke und die vielen weiteren Partner
739 in den ländlichen Regionen bieten hierzu vielfältige Angebote. Hier liegen noch große

740 Potenziale, die wir im Sinne der gesamten ländlichen Strukturförderung unterstützen und
 741 weiterentwickeln wollen. Ein weiterer Fokus für den Naturtourismus liegt auf der För-
 742 derung klein- und mittelständischer Betriebe in ländlichen Regionen sowie auf dem Er-
 743 schließen neuer Zielgruppen wie zum Beispiel Menschen mit Behinderung. Der Natur-
 744 tourismus stärkt das unmittelbare Erleben von Natur als besonderer Wert der ländlichen
 745 Regionen. Gemeinsam mit allen, die im Tourismusgeschäft unterwegs sind, wollen wir
 746 Maßnahmen zum Schutz und zum Erleben der Natur, zur Einhaltung der Klimaschutzziele
 747 entwickeln und fördern. Dazu gehört unter anderem auch, die Einrichtung eines Natio-
 748 nalparks Senne und des ersten Nationalen Naturmonuments in NRW unter Federführung
 749 des Landes und die Weiterentwicklung des Nationalparks Eifel sowie der vielen weite-
 750 ren Naturerlebnis- und Umweltbildungseinrichtungen. Wir wollen zudem die Nahmobili-
 751 tät und ihre Bedeutung für nachhaltigen Tourismus im ländlichen Raum verstärkt in den
 752 Fokus nehmen. Dazu braucht es weiterhin Anstrengungen, um unter anderem den Rad-
 753 verkehr in diesen Regionen zu fördern und die Infrastruktur (Beschilderung, Raststätten,
 754 Bett-und-Bike-Angebote, Elektro-Ladestationen oder GPS-Routing) entsprechend auszu-
 755 bauen.

756 **Starker Standort für Kreative**

757 Der Wirtschaftsplatz NRW ist auch starker Standort für alle Kreativen in der Film-, Medien-
 758 und Werbebranche. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, Produktionsfirmen,
 759 Werbeagenturen, diverse Hochschulen für Kunst und Medien: Rund 300.000 Menschen
 760 arbeiten in NRW in den unterschiedlichsten Bereichen der Medien- und Kommunikations-
 761 branche. Sie hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung für unser Bundesland. Wir wollen
 762 diesen wichtigen Wirtschaftszweig weiter fördern und ausbauen.

763 Mit den „InnovationsGutscheinen“ geben wir kleinen und mittleren Betrieben Eintritts-
 764 karten zu den Forschungslaboren der besten europäischen Hochschulen und Institute. Wir
 765 wollen analog „KreativGutscheine“ einführen, um gerade Kleinstunternehmen und Freibe-
 766 rufler*innen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft den Marktzugang mit neuen Produkten
 767 und Dienstleistungen zu erleichtern. Neben Investitionen in die Erstvermarktung von neu-
 768 en, kreativen Produkten und Dienstleistungen sollten auch Werbekosten zum Beispiel für
 769 Messeauftritte gefördert werden. Hierfür sollen entsprechende Förderprogramm geprüft
 770 werden.

771 **Starker Standort für die Games-Branche und die IT-Wirtschaft**

772 NRW ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort für die Games-Branche. Rund ein Fünftel aller
 773 in Deutschland ansässigen Unternehmen im Bereich Computer- und Videospiele haben
 774 hier ihren Sitz, mittlerweile sind dies weit über 200 Firmen. Auch die Weltmarktführer
 775 der Branche sind in NRW vertreten. Der Umsatz mit Spielen für Computer, Konsolen und
 776 Smartphones ist im ersten Halbjahr 2016 um etwa zehn Prozent auf 971 Millionen Eu-
 777 ro gestiegen. Games sind auch ein Entwicklungsfaktor für die gesamte IT-Wirtschaft. Mit
 778 der gamescom in Köln ist das Gameland NRW Gastgeber der weltweit größten Messe für
 779 Computer- und Videospiele.

780 Wir wollen daher diesen wichtigen Wirtschaftszweig weiter stärken und mit Blick auf Grün-
781 dungen, Kapital und Innovationen die besten Bedingungen schaffen. Gerade kleine und
782 innovative Start-ups brauchen optimale finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen.
783 Wir haben bereits Förderprogramme über die NRW.Bank und die Film- und Medienstiftung
784 NRW eingerichtet. Diese Programme wollen wir stärken und bedarfsabhängig anpassen.
785 In den vergangenen Jahren sind bereits einige Studiengänge für Game-Development in
786 NRW entstanden. Hier wollen wir noch ungenutzte Potenziale heben und die Ausbildung
787 qualifizierter Nachwuchskräfte forcieren.

788 **Wirtschaftsförderung – das wollen wir GRÜNE**

- 789 • Mehr Menschen mit Ideen zu Gründer*innen machen und sie auf ihrem Weg fördern
- 790 • Der Spitzen-Standort für Start-ups mit technologischen Innovationsideen sein, dafür
791 bleiben wir unter anderem Vorreiter beim Bürokratieabbau für Gründer*innen
- 792 • Migrant*innen bei der Existenzgründung spezifisch unterstützen
- 793 • Weiter in den Erhalt und die Sanierung von Infrastruktur investieren, damit hiesige
794 Unternehmen schnell ans Ziel kommen – auch im Netz
- 795 • Den Dienstleistungssektor unter anderem mit dem Green New Deal stärken, um dem
796 Strukturwandel zu begegnen
- 797 • Die energetische Sanierung und damit die Energieeinsparung und das Handwerk
798 fördern
- 799 • Die Potenziale der Gesundheitswirtschaft ausschöpfen
- 800 • Die wichtige Games-Branche ebenso wie die Kreativ- und Medienwirtschaft stärken,
801 unter anderem durch passgenaue, neue Förderprogramme
- 802 • NRW als Destination für nachhaltigen und sanften Tourismus fördern

803 **Alle Menschen sollen vom digitalen Wandel profitieren**

804 Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Wir sehen den digitalen Wandel als Chan-
805 ce, aber auch als politischen Handlungsauftrag. Die Digitalisierung voranzutreiben, die
806 Menschen, aber auch die Unternehmen bei dieser Entwicklung zu begleiten, betrachten
807 wir als politische Querschnittsaufgabe. Dass alle auf schnelle und sichere Internetverbin-
808 dungen zugreifen und damit an den Chancen der Digitalisierung teilhaben können, ist für
809 uns GRÜNE eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Wir haben daher massiv in den Breitband-
810 Ausbau investiert und sind das Flächenland mit der besten digitalen Infrastruktur.

811 Auch für die Betriebe bedeutet die Digitalisierung teils tiefgreifende Umbrüche.
812 Nordrhein-Westfalens zukünftige wirtschaftliche Entwicklung wird maßgeblich davon ab-
813 hängen, wie die hiesigen Unternehmen diese Herausforderungen meistern. Wir GRÜNE
814 wollen sie in diesem Prozess bestmöglich unterstützen und optimale Bedingungen für die
815 digitale Wirtschaft schaffen. Diese Unterstützung beginnen wir beim Breitbandausbau und

816 setzen sie mit der Strategie „Digitale Wirtschaft NRW“ fort. Gerade kleine und mittelständische
817 Unternehmen wollen wir dabei begleiten, die Potenziale der Digitalisierung zu heben
818 – insbesondere wenn diese zu mehr Klima- und Ressourcenschutz oder Datensicherheit
819 führt. Für die ökologisch-industrielle Modernisierung ist die Digitalisierung der Motor.

820 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

821 Wir gewährleisten die Infrastruktur, die NRW für den digitalen Wandel braucht. Bereits jetzt
822 verfügen 91,8 Prozent der Haushalte über Anschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten
823 von mindestens 16 Mbit/s. 77,4 Prozent surfen schon derzeit mit mindestens 50 Mbit/s.
824 NRW belegt damit den Spitzenplatz unter den Flächenländern. Und wir investieren weiter
825 und bauen die Vorreiterrolle aus: In NRW stellen wir bis 2018 eine halbe Milliarde Euro für
826 den Breitbandausbau bereit, damit alle Haushalte und Unternehmen Zugang zum schnellen
827 Netz haben. Neben dem Breitbandausbau in den ländlichen Räumen erhalten bis 2018
828 alle Gewerbegebiete Anschluss an das schnelle und zukunftsfähige Glasfasernetz.

829 Wir sind zudem Teil der Freifunk-Bewegung, die für offene, unzensurierte und anonyme Zu-
830 gänge zum Internet kämpft. Wir haben sichergestellt, dass die Freifunk-Initiativen finan-
831 ziell gefördert werden und ihre Router in und auf landeseigenen Gebäuden aufstellen
832 können.

833 Um die Unternehmen in NRW bei der Digitalisierung zu begleiten, haben wir massiv in-
834 vestiert und unter anderem die Strategie „Digitale Wirtschaft NRW“ (DWNRW) entwickelt.
835 Als ihren zentralen Bestandteil haben wir sechs regionale Zentren für die digitale Wirt-
836 schaft initiiert. Die DWNRW-Hubs helfen dabei, alteingesessene Unternehmen mit jungen
837 Start-ups zu vernetzen und digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Dass auch der Ein-
838 zelhandel und die Kund*innen in den Innenstädten vom Onlinehandel profitieren, zeigen
839 bereits erfolgreiche Modellprojekte zur Verknüpfung von stationärem und digitalem Han-
840 del. Wir haben dafür gesorgt, dass in allen Regierungsbezirken solche zukunftssträchtigen
841 Konzepte erprobt werden.

842 **Schnelles Internet für alle**

843 Wir lösen mit einem Technikmix unser Versprechen ein, Übertragungsgeschwindigkeiten
844 von mindestens 50 Mbit/s für alle Haushalte bis zum Jahr 2018 zu gewährleisten. Für die
845 weitere Perspektive brauchen wir jedoch einen Umstieg auf den ausschließlichen Glasfa-
846 serausbau, weil nur diese Technik wirklich zukunftsfähig ist.

847 Der Zugang zum schnellen Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb werden
848 wir eine detaillierte Planung für den Glasfaserausbau auf den Weg bringen. Wir wollen
849 einen flächendeckenden Glasfaserausbau bis zum Jahr 2025 realisieren. NRW hat große
850 Anstrengungen unternommen. Wir sind bereit, diesen Weg fortzusetzen, und den Ausbau
851 weiterhin mit erheblichen Mitteln zu unterstützen. Wir wollen auch neue Förderinstrumen-
852 te entwickeln – unter anderem eine qualitative Weiterentwicklung der Gemeindefinanzie-
853 rung mit dem Ziel, die Landeszahlungen an Kommunen mit Ausbaubedarf zu erhöhen –
854 und so die Breitbandförderung ausbauen. Zudem wollen wir Kommunen bei der Gründung
855 von Netzgesellschaften und Breitbandgenossenschaften beraten und unterstützen.

856 Diese ambitionierten Ausbauziele lassen sich aber nur erreichen, wenn endlich alle am
857 Ausbau beteiligten Akteur*innen an einem Strang ziehen. Hierbei ist zuvorderst der Bund
858 in der Pflicht. Nachdem er nach jahrelanger Untätigkeit zeitweise mit Mitteln aus der Di-
859 gitalen Dividende II den Breitbandausbau unterstützte, erwarten wir nun, dass diese För-
860 derung verstetigt wird. In einem liberalisierten Markt müssen auch die Telekommunikati-
861 onsanbieter ihrer Ausbauverantwortung stärker gerecht werden.

862 Wir werden auch Druck auf den Bund machen für einen zukunftsfähigen Regulierungs-
863 rahmen, der Wettbewerb sicherstellt und für Kund*innen die Kosten niedrig hält. Den
864 Ausbau in besonders unterversorgten Regionen wollen wir durch eine Universaldienst-
865 verpflichtung forcieren. Mit der Änderung des Landesmediengesetzes haben wir bereits
866 einen Schritt zur Absicherung der Netzneutralität, der gleichberechtigten Übertragung von
867 Datenpaketen, gemacht. Die Landesanstalt für Medien hat nun im Rahmen der Vielfaltsi-
868 cherung den Auftrag zur Aufsicht über Netzneutralität. Wir wollen die Anbieter, aber auch
869 gesetzlich zur Netzneutralität verpflichten.

870 Wir wollen in NRW auch die Zukunft des mobilen Internets mitgestalten. Deshalb setzen
871 wir uns dafür ein, Testfelder für den neuen Mobilfunkstandard 5G in NRW zu implemen-
872 tieren. Gemeinsam mit Partner*innen aus der nordrhein-westfälischen Telekommunika-
873 tionswirtschaft und Partner*innen aus der Forschungslandschaft wollen wir bereits vor
874 seiner Marktreife, die nach Plänen der EU bis 2020 erreicht werden soll, erste Testgebie-
875 te einrichten. Von der 5G- Implementierung sollen auch die ländlichen Räume profitieren.
876 Voraussetzung hierfür ist die kurzfristige Erschließung auch der ländlichen Gemeinden mit
877 schneller Glasfaserinfrastruktur.

878 **Freies WLAN als Standortfaktor fördern**

879 Auch außerhalb der eigenen Wohnung darf der Zugang zum Internet nicht vom Geldbeutel
880 abhängen. Für die Einwohner*innen, die lokale Wirtschaft, aber auch den Tourismus sind
881 öffentliche WLAN-Netze inzwischen ein wichtiger Standortfaktor. Dem vielerorts noch be-
882 stehenden Nachholbedarf wollen wir begegnen und dafür sorgen, dass immer mehr Men-
883 schen auch unterwegs freien, kostenlosen und sicheren Zugang zum Internet haben. Die
884 Nutzbarkeit soll in den Innenstädten genauso gewährleistet werden wie in öffentlichen
885 Einrichtungen, Bussen und Bahnen, die durch WLAN noch attraktiver werden. Wir wer-
886 den in Pilotprojekten verschiedene Beteiligungsmodelle von Kommunen, Internetanbie-
887 tern und lokalen Akteur*innen erproben. Wir wollen zudem prüfen, ob die WLAN-Netze an
888 den öffentlichen Hochschulen im Land für alle Menschen geöffnet werden können.

889 **Wir unterstützen die Freifunker*innen weiter**

890 Zur Digitalisierung tragen auch Tausende Freifunker*innen bei, die dezentrale und selbst-
891 verwaltete freie WLANs aufbauen. Wir GRÜNE stehen weiterhin an der Seite dieser en-
892 gagierten Menschen. Sie sorgen unter anderem dafür, dass Geflüchtete sich online infor-
893 mieren und Kontakt mit ihren Familien halten können. Um dem Ziel einer flächendecken-
894 den Versorgung mit kostenlosem WLAN näherzukommen, setzen wir uns weiterhin für den
895 Ausbau von Freifunknetzen und die Öffnung von kommunalen und öffentlichen Gebäuden

896 wie Hochschulen für Freifunkrouter ein. Wir haben in den vergangenen Jahren intensiv
897 für die Haftungsfreistellung von WLAN-Betreiber*innen gekämpft. Die Bundesregierung
898 war aber auch nach einem langen Gesetzgebungsprozess bisher nicht in der Lage, eine
899 rechtssichere Lösung für die sogenannte Störerhaftung zu entwickeln. Wir werden des-
900 halb unseren Einfluss im Bund geltend machen, um Rechtssicherheit zu schaffen und so
901 den WLAN-Ausbau in Deutschland voranzubringen. Um Freifunk-Vereine in ihrer Arbeit zu
902 unterstützen, setzen wir uns für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk ein.

903 **Der digitale Strukturwandel als Chance**

904 Wir wollen die Digitalisierung für wirtschaftliche Dynamik und Innovation nutzen. Unter-
905 nehmen, die sich bereits digitalisieren, wollen wir auf diesem Weg begleiten. Wir wis-
906 sen jedoch, dass weit mehr Unternehmen sich dieser Aufgabe erst noch stellen müssen.
907 Für diese Unternehmen wollen wir Förderangebote machen, damit sie alle Potenziale, die
908 sich ihnen bieten, voll ausschöpfen können. Die technische Verfügbarkeit von schnellem
909 Internet ist hierfür zwar notwendig, aber allein nicht ausreichend. Wir wollen, dass alle
910 Betriebe die ganze Vielfalt des digitalen Wandels nutzen können. Wenn die Einrichtung
911 einer schnellen Internetverbindung allein dafür genutzt wird, E-Mails schneller abzurufen,
912 wird wertvolles Zukunftspotenzial verschenkt. Wir wollen Unternehmen stattdessen dabei
913 unterstützen, ihre Geschäftsmodelle, Produkte und Verfahren auf die Digitalisierung aus-
914 zurichten und für ihre Zukunftsfähigkeit zu nutzen. Wir wollen die Voraussetzungen dafür
915 schaffen, dass keine Region und keine Branche abgehängt werden, weder in der Industrie
916 noch im Handwerk.

917 So vielfältig die Herausforderungen in den einzelnen Bereichen des wirtschaftlichen Le-
918 bens sind, so vielfältige Unterstützungsmaßnahmen wollen wir gewährleisten. Im Mittel-
919 punkt steht dabei für uns der Gedanke, bewährte und leistungsstarke Strukturen und junge,
920 innovative Unternehmen zu vernetzen. Branchenübergreifende Kooperationen werden
921 in einer digitalen Wirtschaftswelt mehr denn je notwendig sein, wenn nicht mehr allein
922 das Gewerk oder das Produkt über den Erfolg entscheiden, sondern das Geschäftsmodell.
923 Hierbei kommt digitalen Start-ups eine besondere Bedeutung zu.

924 Digitale Techniken ermöglichen den Wandel zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien,
925 Einspar- und Effizienzpotenziale liegen in allen Bereichen. Bessere Steuerung, sei es beim
926 Wasser- oder Energieverbrauch oder auch in der Landwirtschaft führen zu mehr Nachhal-
927 tigkeit. Insbesondere das Handwerk, das die Energiewende und die ökologische Transfor-
928 mation direkt zu den Kund*innen bringt, wollen wir für die Potenziale der Digitalisierung
929 sensibilisieren. Um entsprechende gewerkeübergreifende Kooperationen zu fördern, wol-
930 len wir eine Initiative „Smart Home and Living im Handwerk“ auflegen. So werden wir
931 Projekte fördern, die beispielhaft für die neue Rolle des Handwerks bei der Transmission
932 digitaler Technik in die jeweiligen Gewerke stehen.

933 **Wir stärken Unternehmen in der Industrie 4.0**

934 Der industrielle Sektor mit seiner für unser Land überragenden Bedeutung ist derzeit ei-
935 nem grundlegenden Wandel unterworfen. Neben neuen Geschäftsmodellen ändert sich

936 auch die industrielle Basis: Maschinen, Bauteile und Komponenten in der Produktion wer-
937 den digital vernetzt. Diese produktiveren und flexibleren cyber-physischen Systeme lassen
938 industrielle Wertschöpfung auch bei kleinsten Stückzahlen und sogar bis zur Losgröße eins
939 zu. Das heißt, auch Einzelstücke können nach einer Bestellung umgehend hergestellt wer-
940 den. Die größten Fortschritte in der Industrie 4.0 sind bei der Digitalisierung vorhandener
941 wirtschaftlicher Strukturen erkennbar. Wir wollen auch hier den Wissenstransfer stärken
942 und für die neuen Chancen sensibilisieren. Mit dem Spitzencluster „Intelligente Technische
943 Systeme Ostwestfalen-Lippe (it's OWL)“ ist dies in einer Region bereits in vorbildlicher Wei-
944 se gelungen. Hier ist ein Technologienetzwerk von internationalem Rang entstanden, das
945 für die Digitalisierung der Industrie herausragende Bedeutung hat. Wir wollen „it's OWL“
946 weiterführen und seine Stärken – die branchenübergreifende und auch brancheninterne
947 Kooperation – auch für andere Regionen nutzbar machen.

948 Wir wollen den Ausbau von IT-basierter Heimarbeitsplätze unterstützen, denn sie sorgen
949 für mehr Zeitsouveränität, fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Teil-
950 habe. Zugleich sind sie Baustein der digitalen Transformation von Betrieben. Wir werden
951 deshalb im Rahmen der Wirtschaftsförderung vorbildliche und übertragbare Modellpro-
952 jekte unterstützen, bei denen digitale Heimarbeitsplätze unter anderem hinsichtlich des
953 Datenschutzes vorbildlich umgesetzt werden.

954 **Showrooms „Digitales NRW“ – Platz zum Austausch für digitale** 955 **Pionier*innen**

956 Wir sind Partner*innen innovativer Start-ups und wollen für sie beste Bedingungen in
957 NRW schaffen. Die Ausgangslage ist gut, denn NRW verfügt über eine gut aufgestell-
958 te und vielfältige Hochschullandschaft und ein gründerfreundliches Umfeld. Wir wollen
959 Gründer*innen verstärkt Möglichkeiten geben, sich mit Geldgeber*innen und industriellen
960 Partner*innen zu vernetzen und sich mit ihren Geschäftsideen und -modellen zu präsentie-
961 ren. Ergänzend zu den bereits vorhandenen Maßnahmen schlagen wir vor, in Kooperation
962 mit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zwei Showrooms „Digitales NRW“ einzurich-
963 ten. Diese Showrooms sollen als Präsentationsraum für Gründer*innen aus der digitalen
964 Wirtschaft oder für Initiativen der digitalen Zivilgesellschaft dienen, aber auch Räume für
965 Co-Working oder Hackerspaces bereitstellen.

966 **Smarter Handel – Wir vernetzen den Einzelhandel online und in** 967 **den Innenstädten**

968 Dass das Internet und digitale Vertriebswege für Geschäfte vor Ort nicht nur Gefahr, son-
969 dern auch Chance sind, zeigen Modellprojekte zu Verknüpfung von Online- und Einzel-
970 handel. Die erarbeiteten Konzepte sollen auf andere Städte und Gemeinden, die Idee der
971 Vernetzung auf andere Themenbereiche übertragen werden. Wir wollen in der nächsten
972 Legislaturperiode durch regelmäßige Konferenzen und Workshops gemeinsam mit den Ak-
973 teur*innen des Einzelhandels ein Gesamtkonzept „Smarter Handel“ entwickeln.

974 **Wir machen NRW zum Land der sicheren IT**

975 IT-Sicherheit ist der Schlüssel zur Entwicklung einer digitalen Gesellschaft. Ein hohes Da-
 976 tensicherheitsniveau schützt die Kund*innen wie die Betriebe gleichermaßen. Gerade die
 977 Hidden Champions, kleine, hochspezialisierte Weltmarktführer, sind das Rückgrat unse-
 978 rer Wirtschaft und in der Wissensgesellschaft auf den Schutz ihrer Geschäftsgeheimnisse
 979 angewiesen. Deshalb wollen wir den Ausbau sicherer IT-Infrastrukturen stärken und den
 980 öffentlichen Sektor als Motor dieser Entwicklung profilieren. Hierbei spielt der Einsatz von
 981 freier und offener Software eine wichtige Rolle. Wir wollen die Beratungsangebote zum
 982 Thema Datenschutz und Datensicherheit für die nordrhein-westfälischen Betriebe ausbau-
 983 en und in einer zentralen Kontaktstelle bündeln und die Strukturen der Wirtschaftsförde-
 984 rung in diesem Bereich optimieren. Mit einem Siegel „Sichere IT made in NRW“ wollen wir
 985 Vorreiter*innen in diesem Bereich sichtbar machen.

986 **Digitalisierung des Gesundheitswesens**

987 Die Digitalisierung wirkt sich auch auf das Gesundheitswesen aus. Sie bietet große Chan-
 988 cen, beispielsweise für die Versorgung der Menschen in ländlichen Räumen. Nordrhein-
 989 Westfalen ist führend in der Telematik im Gesundheitswesen. Mit dem Zentrum für Tele-
 990 matik und Telemedizin und dem bundesweiten elektronischen Gesundheitsberuferegister
 991 in Bochum haben wir wichtige Institutionen vor Ort. In den vergangenen Jahren haben wir
 992 viele patientenorientierte telemedizinische Ansätze gefördert. Wir werden dafür sorgen,
 993 dass diese Entwicklung zügig voranschreitet, dabei aber der Mensch stets im Mittelpunkt
 994 steht. Die Strukturen müssen so ausgerichtet sein, dass die Beschäftigten im Gesundheits-
 995 wesen sie als Mehrwert und arbeitserleichternd erleben, die Patient*innen sich mitgenom-
 996 men und informiert fühlen und die Datensicherheit jederzeit gewährleistet ist.

997 **NRW wird zur Smarten Heimat**

998 Wir wollen die Vorteile der Digitalisierung für die Menschen in den ländlichen Räumen
 999 nutzbar machen. In einem Modellprojekt „Smarte Heimat NRW“ wollen wir in fünf Dörfern
 1000 intensiv digitale Lösungen für die Menschen auf dem Land beispielsweise in den Bereichen
 1001 Versorgung, Logistik, Pflege, Gesundheit und Wohnen erproben. Mit digitalen Antworten
 1002 wollen wir der Landflucht entgegenwirken und dörfliche Strukturen erhalten. Das Projekt
 1003 soll wissenschaftlich begleitet und dabei die Forschung an „Smart Technologies“ ausge-
 1004 weitet werden.

1005 **Den digitalen Wandel reflektieren und begleiten**

1006 Schon immer waren die Unternehmen einem stetigen Wandel unterzogen. Doch die Digita-
 1007 lisierung führt dazu, dass die Geschwindigkeit der Veränderungen eine besondere Heraus-
 1008 forderung darstellt. Innovationszyklen werden schon jetzt immer kürzer und immer neuere
 1009 Kommunikations- und Informationstechnologien verändern Strukturen und Prozesse nicht
 1010 nur in der Wirtschaft, sondern auch in Verwaltungsstrukturen. Virtuelle und reale Welten

1011 zusammenzubringen, stellt somit auch Politik und Verwaltung vor große Herausforderun-
1012 gen.

1013 Der Wandel NRWs zum Land digitaler Kompetenzen und smarterer Lösungen muss von ei-
1014 nem Exzellenzcluster wissenschaftlich erforscht und begleitet werden. Wir wollen ein wis-
1015 senschaftliches Institut zur interdisziplinären Erforschung der möglichen tiefgreifenden
1016 Prozesse der Digitalisierung aufbauen und die hierzu forschenden Anwendungswissen-
1017 schaften in den Fachbereichen Medien-/Kommunikationswissenschaften, Informatik, So-
1018 ziologie, Politik, Jura, BWL/VWL und Psychologie zusammenführen. Das Institut soll Politik,
1019 Verwaltung und Wirtschaft beraten und dafür Change-Prozesse identifizieren, Effekte pro-
1020 gnostizieren, technische, ökonomische, politische, juristische, soziale und kulturelle Impli-
1021 kationen erarbeiten.

1022 Digitalisierung – das wollen wir GRÜNE

- 1023 • Bis zum Jahr 2025 flächendeckend Glasfasertechnik
- 1024 • Die Gemeindefinanzierung weiterentwickeln, um der Versorgung mit schnellem In-
1025 ternet als Daseinsvorsorge Rechnung zu tragen
- 1026 • Mehr freies WLAN, dafür unterstützen wir unter anderem Freifunker*innen und Pi-
1027 lotprojekte
- 1028 • NRW bleibt Partner für die Industrie 4.0 und innovative Start-ups, unter anderem mit
1029 zwei Digitalen Showrooms
- 1030 • Ein Konzept „Smarter Handel“ entwickeln, um Onlinegeschäft und Einzelhänd-
1031 ler*innen zu vernetzen
- 1032 • NRW zum Land der sicheren IT machen und so unter anderem die Hidden Champions
1033 im Land stützen
- 1034 • Die Vorteile der Digitalisierung für die ländlichen Räume mit dem Modellprojekt
1035 „Smarte Heimat“ erproben und sichtbar machen
- 1036 • Die Auswirkungen der Digitalisierung wissenschaftlich begleiten und Politik, Verwal-
1037 tung und Wirtschaft in dem Prozess beraten

1038 Landwirtschaft in NRW: regional – biologisch – artgerecht

1039 Unser GRÜNES Leitbild sind starke bäuerliche Familienbetriebe. Bäuerlich bedeutet für uns
1040 eine Wirtschaftsweise, bei denen die Bäuerinnen und Bauern verbunden mit der Natur und
1041 dem sozialen Umfeld, Produkte herstellen, hinter denen sie eigenverantwortlich stehen.

1042 Nordrhein-Westfalen ist nicht nur Industrieland, sondern auch Landwirtschafts-Land. Die
1043 Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung. Sie
1044 sichert die Ernährung, erzeugt Futtermittel, produziert nachwachsende Rohstoffe, erhält
1045 eine vielfältige Kulturlandschaft und bildet die Grundlage für die Attraktivität unserer
1046 ländlichen Räume. Die nachhaltige Entwicklung und Ausrichtung von Landwirtschaft und

1047 Ernährung rücken angesichts globaler Entwicklungen in den Mittelpunkt. Was prinzipiell
1048 richtig ist, findet in der Praxis oftmals unzureichend statt. Die auf Wachstum ausge-
1049 richtete Globalisierung der Märkte hat weltweit zu einer zunehmenden Anonymisierung
1050 der Lebensmittelproduktion und zu steigenden Abhängigkeiten der Bäuerinnen und Bau-
1051 ern von einigen wenigen Konzernen und Lebensmittelhändler*innen geführt. Hierzulande
1052 bedeutet diese Entwicklung: Die Landwirtschaft wird zunehmend intensiviert, viele Höfe
1053 wurden und werden aufgegeben. Ähnliches ist im mittelständischen Ernährungshandwerk
1054 bei Mühlen, Bäckereien und Metzgereien wie auch bei Molkereien zu beobachten.

1055 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1056 Auf dem Weg zu einer nachhaltigen, klima-, natur-, umwelt-, tier- und verbraucherge-
1057 rechten Land- und Ernährungswirtschaft sind wir in den vergangenen Jahren ein gutes
1058 Stück vorangekommen. Wir haben den Anbau von Ökolebensmitteln gefördert, dafür ge-
1059 sorgt, dass der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung reduziert, Strohhaltung und Wei-
1060 degang gefördert werden, Filter in großen Schweinemastanlagen Pflicht sind und das
1061 Verbandklagerecht für Tierschutzorganisationen eingeführt wurde. Wir haben ein 100-
1062 Kantinenprogramm für regionale und artgerechte Produkte aufgelegt. Das NRW-Projekt
1063 für Tierwohl im ökologischen Landbau setzt bundesweit Maßstäbe für eine Nutztierhal-
1064 tung nach Tierwohl-Kriterien. Als Mitglied im Netzwerk der gentechnikfreien Regionen in
1065 Europa haben wir starke Partner in ganz Europa für den Schutz einer regionalen gentech-
1066 nikkfreien Landwirtschaft.

1067 Wir werden den begonnenen Weg auch in Zukunft weitergehen. Wir machen uns stark für
1068 unsere bäuerlichen Familienbetriebe und das mittelständische Ernährungshandwerk, für
1069 mehr Wertschöpfung und gegen Preise unter Wert. Wir wollen Landwirt*innen und Ernäh-
1070 rungshandwerk gegenüber dem Handel stärken, das Genossenschaftswesen beleben, die
1071 Möglichkeiten der Ausdifferenzierung von Förderungen vorantreiben und Auflagen über-
1072 prüfen, um kleinere und mittlere Betriebe zu entlasten.

1073 **Umbau der Tierhaltung / NRW beweist Haltung – Offensive für 1074 eine nachhaltige Tierhaltung und Landwirtschaft**

1075 Wir stehen für die Neuausrichtung der Landwirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit: bäu-
1076 erliche, wirtschaftlich erfolgreiche, natur-, umwelt- und klimasensible Landwirtschaft im
1077 Haupt-, aber auch im Nebenerwerb, die das Wohl der Nutztiere ebenso im Blick behält wie
1078 die Interessen der Verbraucher*innen und ihren Wunsch nach gesunden, gentechnikfreien,
1079 biologischen und regional erzeugten Lebensmitteln. Wir treten ein für ein angemessenes
1080 Einkommen für die Landwirt*innen und im Lebensmittelhandwerk.

1081 Wir wollen Klasse statt Masse. Die Nutztierhaltung ist nach den Kriterien von Tier-
1082 schutz, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu organisieren. Ohne eine Deindustrialisierung
1083 der Landwirtschaft wird das nicht gehen. Deshalb werden wir unsere Politik für eine flä-
1084 chengebundene, nachhaltige und bäuerliche Nutztierhaltung fortsetzen. Wir wollen Bau-
1085 ernhöfe statt Tierfabriken. Der Umbau der Tierhaltung ist die zentrale gesellschaftliche

1086 Herausforderung, die Erzeuger*innen und Verbraucher*innen vor große Herausforderun-
 1087 gen stellt und vielfältigster Initiativen auf allen Ebenen bedarf. Tiergerechtere Haltungs-
 1088 systeme, nachhaltige Zucht, gentechnikfreie Fütterung mit heimischen Eiweißträgern, die
 1089 Beendigung des regelmäßigen Antibiotikaeinsatzes, die umweltgerechte Modernisierung
 1090 der Tierhaltung und die konsequente Neuausrichtung von Information, Beratung und För-
 1091 derung sind Ansatzpunkte für den Umbau, der zwischen Stall und Ladentheke notwendig
 1092 ist. Zweinutzungsstiere für Zucht und Mast anstelle von Kükenschreddern und Kühe auf
 1093 der Weide anstelle ganzjähriger Stallhaltung sind für uns elementare Grundanliegen des
 1094 Umbaus der Tierhaltung. Amputationsverbote, die Abschaffung der baurechtlichen Privi-
 1095 legierung von Großmastanlagen (nach Bundesimmissionsschutzgesetz) sowie die konse-
 1096 quente Sicherstellung der Futtergrundlage im Rahmen der flächengebundenen Tierhal-
 1097 tung sind darüber hinaus zentrale Forderungen, die wir rechtlich absichern wollen. Wir
 1098 wollen in NRW regionale kleine Schlachthöfe und mobile Schlachteinrichtungen fördern,
 1099 die für kurze oder keine Transportwege und eine regionale Vermarktung ihrer Produkte
 1100 stehen.

1101 Damit der Umbau der Tierhaltung gelingt und an Dynamik gewinnt, treten wir ein für die
 1102 Kennzeichnungspflicht von Fleisch nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung. Produkte, zu
 1103 deren Herstellung Eier verwendet werden, sollen mit einem Hinweis auf die Herkunft der
 1104 Eier versehen werden.

1105 **NRW-Weidemilchprogramm / Kühe auf die Weiden, ein Siegel** 1106 **für NRW**

1107 Einen ähnlichen Weg wollen wir in der Milchwirtschaft beschreiten. Zur Bewältigung der
 1108 aktuellen und Vorbeugung vor zukünftigen Milchkrisen sind auf europäischer Ebene zeit-
 1109 lich befristete, sanktionsbehaftete Mechanismen unabdingbar. Gleichzeitig müssen die
 1110 Rahmenbedingungen insbesondere für die Produzent*innen, die Bäuerinnen und Bauern
 1111 so gestaltet werden, dass sie auf gleicher Augenhöhe mit Ernährungsweltkonzernen und
 1112 großen Handelsketten sowie europäisch agierenden Molkereien mithalten können. Dar-
 1113 über hinaus wollen wir mit einer Qualitätsstrategie die Wertschöpfung in der Urproduk-
 1114 tion deutlich erhöhen. Mit einem Programm „Arterhaltung“ mit schmackhaften Produkten
 1115 („NRW schmeckt lecker“) wollen wir eine weniger leistungsintensive Milchviehwirtschaft
 1116 mit neuen qualitativ hochwertigen Milch- und Käseprodukten verknüpfen.

1117 Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland mit nahezu 18 Millionen Verbraucher*innen. Da-
 1118 mit liegt der Markt für unsere Landwirtschaft vor der Haustür. In NRW werden 390.000
 1119 Milchkühe gehalten, sie sind ein wichtiges Standbein der hiesigen Landwirtschaft. Ein at-
 1120 traktives NRW-Weidemilchprogramm soll beides miteinander verknüpfen und der Land-
 1121 wirtschaft helfen, ihre Produkte aus der Milchviehhaltung unter einem Siegel „NRW-
 1122 Weidemilch“ regional zu vermarkten. Weidemilch steht für: weniger intensive Flächen-
 1123 nutzung, geringere Milchleistung, artgerechte Tierhaltung und höhere Qualität der Milch.
 1124 Als Gegengewicht zu den großen marktbeherrschenden Konzernen wollen wir den Aufbau
 1125 regionaler kleinerer Molkereien fördern Die Milchviehhaltung ist ein Bereich der Landwirt-
 1126 schaft, der noch überwiegend bäuerlich geprägt ist. Aber auch hier gibt es Tendenzen zur
 1127 Konzentration und zum einzelbetrieblichen Wachstum, das unter anderem dazu führt, dass
 1128 Milchkühe immer häufiger ganzjährig im Stall gehalten werden. Das ist auch aus Sicht des

1129 Naturschutzes problematisch, weil Weiden eine besondere hohe ökologische Qualität auf-
1130 weisen.

1131 **Wertschätzung von (regionalen) Lebensmitteln / Schützen und** 1132 **Nützen im Gleichgewicht**

1133 Wir werden die Ökologisierung der Landwirtschaft weiter voranbringen. Schützen und
1134 Nützen müssen im Gleichgewicht sein oder wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.
1135 Deshalb werden wir die erfolgreichen Förderansätze zur Stärkung regionaler Wirtschafts-
1136 kreisläufe und fairer Wertschöpfungsketten fortsetzen und ausbauen. „NRW is(s)t gut“ und
1137 „Heimat schmeckt gut“ sind dabei Leitmotive. Unser Ziel ist es, regionale Ansätze und Ak-
1138 tivitäten über den Konsum und den Genuss zu entwickeln. Der von uns ins Leben gerufene
1139 Runde Tisch Wertschätzung Lebensmittel wird auch in Zukunft gegen Lebensmittelver-
1140 schwendung und für eine neue Kultur der Wertschätzung dessen, was auf unseren Tisch
1141 kommt, arbeiten. Wir setzen uns für ein Lebensmittelwegwerfverbot nach französischem
1142 Vorbild ein, nach dem Händler*innen nicht verkaufte Nahrungsmittel spenden, verarbeiten,
1143 als Tierfutter verwenden oder kompostieren müssen.

1144 **Kauf- und Pachtpreisbremse – Bauernland in Bauernhand**

1145 Angesichts steigender Kauf- und Pachtpreise wollen wir bäuerlichen Betrieben einen bes-
1146 seren Zugriff auf Grundstücke ermöglichen. Hierzu streben wir eine Miet- und Pachtpreis-
1147 bremse sowie mehr Transparenz der regionalen Märkte an. Damit wollen wir die Land-
1148 wirt*innen vor Ort stärken und sie bei Kauf und Pacht von landwirtschaftlicher Nutzfläche
1149 besser stellen: Bauernland gehört in Bauernhand.

1150 **Reduzierung von Schadstoffeinträgen aus der Landwirtschaft /** 1151 **Sauber ackern, Natur schützen**

1152 Wir treten ein für die Ökologisierung der Landbewirtschaftung, die wir gesellschaftlich
1153 weiter verankern wollen. Eine intakte Umwelt und Kulturlandschaft kommt sowohl den
1154 Menschen als auch dem Naturschutz zugute. Wir bringen Beides zusammen und wollen
1155 die Belastungen durch Pestizide aus der Landwirtschaft und die Ausbringung von Gül-
1156 le verringern, damit die Artenvielfalt zu Land und im Wasser sich erholt. Vorsorgender
1157 Gesundheitsschutz ist ein hohes Gut. Durch sauberes Wasser und intakte Böden sichern
1158 wir die Bereitstellung und Produktion von unbelasteten Lebensmitteln. Auf Bundesebene
1159 setzen wir uns für ein Pestizid-Reduktionsprogramm ein und sorgen dafür, dass es keine
1160 weitere Zulassung von Mitteln wie Glyphosat und Neonikotinoiden gibt, wenn sie die Ar-
1161 tenvielfalt und Gesundheit gefährden. Ähnlich wie bei den Antibiotika in der Tierhaltung
1162 streben wir auch bei den „Pflanzenschutzmitteln“ einen Systemwechsel an. Im Mittelpunkt
1163 soll zukünftig die Pflanzengesundheit stehen. Die entsprechende Rechtssetzung muss sich
1164 von einem Zulassungsrecht weg hin zu einem Anwendungsrecht mit klaren Reduktions-
1165 zielen und der Priorität für biologische und ökologisch verträgliche Substanzen wandeln.

1166 Die Düngeverordnung soll so formuliert werden, dass Nitrateinträge in die Gewässer über-
1167 prüfbar minimiert werden sowie die gewässerschonende Landwirtschaft flächende-
1168 ckend betrieben und über Hoftorbilanzen zur besseren Steuerung der Stickstoffkreisläufe
1169 dokumentiert wird. Güllelagerstätten sollen mit baulichen Auffanganlagen versehen wer-
1170 den, so dass bei Unfällen die Gülle nicht in die Gewässer oder den Boden gelangen kann.

1171 Europäische Agrarpolitik / Öffentliches Geld für öffentliche Gü- 1172 ter

1173 Der Grundsatz der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa muss lauten: „Öffentliches Geld
1174 für öffentliche Güter“. Der Umbau der Tierhaltung, die gerechtere Verteilung der euro-
1175 päischen Fördermittel und die weitere Umschichtung von EU-Finanzmitteln in die zweite
1176 Säule zum Ausbau von Agrarumweltprogrammen, von klimaschonender Landwirtschaft
1177 und des ökologischen Landbaus sind für uns Kernelemente der Neuausrichtung der
1178 Europäischen Agrarpolitik. Mit neuen Fördermodellen, die Umweltverträglichkeit und Ar-
1179 beitsaufwand berücksichtigen, wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft in NRW stärken.
1180 Angesichts der Marktkrisen und der miserablen Einkommenssituation der landwirtschaft-
1181 lichen Betriebe werden wir ein „Zukunftsprogramm bäuerliche Landwirtschaft – für ein
1182 Bündnis von Verbrauchern und Landwirtschaft“ erarbeiten.

1183 Beratungszentrum für nachhaltige Landwirtschaft

1184 Für die Erhaltung von regionalen Strukturen und der damit verbundenen Chance für Wert-
1185 schöpfung und Beschäftigung müssen verschiedenste Bereiche auf den Prüfstand. Dazu
1186 gehören der Abbau von Bürokratie, die Nutzung von Handlungsspielräumen zugunsten des
1187 Handwerks sowie die Förderung von Qualifikation und Ausbildung. Weitere Maßnahmen
1188 sind Marketingkonzepte und die Unterstützung von Investitionen im Rahmen des NRW-
1189 Programms Ländlicher Raum, um die lokale Verankerung zu verstetigen. „Made in NRW“
1190 soll aber auch in den Städten zur Marke heranreifen und für gute Lebensmittel aus artge-
1191 rechter Tierhaltung und umweltschonender Landwirtschaft stehen. Information, Beratung
1192 und Vernetzung können zu ökologischerer Produktion und dem Konsum ökologisch pro-
1193 duzierter Lebensmittel beitragen. Deshalb wollen wir diese in einem Beratungszentrum
1194 für nachhaltige Landwirtschaft zusammenführen.

1195 Europäische Wirtschafts- und Freihandelspolitik

1196 NRW liegt im Herzen Europas. Wirtschaftspolitik ist heute ohne die europäische Ebene
1197 nicht mehr denkbar. Nordrhein-Westfalen profitiert besonders von der europäischen Ver-
1198 einigung – gerade ökonomisch. Hiesige Unternehmen sind europa- und weltweit aktiv. Für
1199 Investoren aus dem EU- und weiteren Ausland ist Nordrhein-Westfalen wiederum aufgrund
1200 der zentralen Lage, aber auch seiner Größe ein interessanter und bedeutender Wirtschafts-
1201 markt und -standort. Erfolg bedeutet aber auch Verantwortung. Die intensive Einbindung

1202 in den internationalen Handel ist nicht nur ein zentraler Baustein unseres Erfolges, sie ver-
1203 pflichtet uns auch dazu, uns für faire, nachhaltige Produktionsbedingungen in NRW und in
1204 unseren Partnerländern einzusetzen.

1205 Gemeinsam sind die Mitgliedsstaaten der EU auch verpflichtet, ihre demokratischen Mit-
1206 wirkungsrechte, aber auch hiesige Standards und Werte des Wirtschaftens zu schützen.
1207 Handel und Warenverkehr können Bausteine für Wohlstand sein. Allerdings braucht Han-
1208 del soziale und ökologische Leitplanken. Diese fehlen bei den geplanten Freihandelsab-
1209 kommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und dem ausverhandelten
1210 Abkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) sowie dem derzeit ver-
1211 handelten Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement). Die umstritte-
1212 nen Freihandelsabkommen lassen unter anderem negative Folgen für die kommunale Da-
1213 seinsvorsorge und europäischen Standards beispielsweise in den Bereichen Produktsicher-
1214 heit, Gesundheits-, Sozial-, Umwelt-, Klima-, Lebensmittel- und Tierschutz, Verbraucher-
1215 und Datenschutzrechte sowie Schutzrechte für Arbeitnehmer*innen befürchten.

1216 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1217 Für uns GRÜNE ist die Vernetzung mit unseren europäischen Nachbar*innen selbstver-
1218 ständlich. Wir haben uns gemeinsam mit zahlreichen Akteur*innen unter anderem für ei-
1219 ne gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik eingesetzt. Im Oktober 2013 haben wir
1220 die Benelux-Strategie des Landes beschlossen. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg und
1221 NRW sollen dadurch zu einem gemeinsamen Wirtschafts-, Umwelt-, Wissens- und Kultur-
1222 raum Nordwesteuropa weiter zusammenwachsen. Weitere Vertiefungen der Zusammen-
1223 arbeit erfolgen über die Interreg-Programme der EU-Strukturpolitik. Daneben haben wir
1224 die Zusammenarbeit mit NRWs Partnerregionen Nord-Pas de Calais in Frankreich und der
1225 Woiwodschaft Schlesien in Polen weiter intensiviert. Im August 2014 wurde eine neue
1226 gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit der drei Regionen unterzeichnet. Darin
1227 unterstreichen wir die Kooperation und die Notwendigkeit von Projekten unter anderem
1228 im Bereich Wirtschaft.

1229 Auch zu den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada pflegt NRW freundschaftliche
1230 und wirtschaftliche Kontakte. Bei den umstrittenen und von uns abgelehnten Freihan-
1231 delsabkommen TTIP und CETA mit den USA beziehungsweise Kanada haben wir GRÜNEN
1232 aber schon früh auf die Gefahren für unsere europäischen Standards, unsere mittelständ-
1233 ige Wirtschaft und nicht zuletzt auch unsere rechtsstaatlichen Prinzipien hingewiesen.
1234 So haben wir dazu beigetragen, dass der Bereich der audiovisuellen Medien bei den TTIP-
1235 Verhandlungen ausgenommen wurde.

1236 **Gemeinsam und nachhaltig wirtschaften in Europa**

1237 Gerade die Erfahrungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und die ersten Folgen des Brexit-
1238 Votums für Unternehmen zeigen, dass wir mehr Europa brauchen und dass nationale Ei-
1239 gensucht und Alleingänge keinen Platz in einer modernen, globalisierten Welt haben. Die

1240 europäischen Verträge müssen zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Sparpolitik ist kei-
1241 ne Lösung, um die Krise zu überwinden. Wir benötigen eine europaweite engagierte In-
1242 itiative für ein nachhaltiges Wachstum und eine gemeinsame europäische Wirtschaftspo-
1243 litik. Sie ist ein Aspekt eines vertieften Europas. Unentbehrlich sind aber auch der Schutz
1244 des Lebens und der natürlichen Lebensgrundlagen sowie eine soziale Sicherung für den
1245 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen.
1246 Daher gehören zu einem vertieften Europa eine gemeinsame und ambitionierte Umwelt-,
1247 Klima- und Sozialpolitik untrennbar hinzu. Dies darf nicht aus wirtschaftlichen Interessen
1248 heraus verhindert werden. Wir wollen Teilhabe, soziale Rechte und Sozialstandards für al-
1249 le ausbauen. Dazu gehören auch Barrierefreiheit und eine inklusive Gesellschaft. Soziale
1250 und arbeitsrechtliche Standards in der öffentlichen Daseinsvorsorge, einschließlich der
1251 sozialen, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen und gesundheitlichen Dienstleistungen,
1252 sowie bei der Wohnraumversorgung sollen Priorität gegenüber dem europäischen Wett-
1253 bewerbsrecht haben. Für alle Arbeitnehmer*innen muss gelten: gleicher Lohn für gleiche
1254 und gleichwertige Arbeit am gleichen Ort.

1255 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist eine wichtige Säule europäischer Politik und wird von
1256 uns nicht infrage gestellt. Freizügigkeit ist für jede und jeden ein unverzichtbarer Bestand-
1257 teil persönlicher Freiheit und gleichzeitig von großem Wert für unsere Gesellschaft. Aus
1258 unserer Alltagsarbeit in den Städten und Gemeinden wissen wir aber auch: Die Gewähr-
1259 leistung dieses Grundrechts bedeutet vor dem Hintergrund der sozialen und ökonomi-
1260 schen Problemlagen vor Ort Herausforderungen für die Kommunen. Die Integration der
1261 EU-Bürger*innen und ihrer Familien erfordert finanzielle und auch personelle Ressourcen,
1262 über die insbesondere Kommunen mit großen Haushaltsdefiziten nicht verfügen. Deshalb
1263 fordern sie seit Langem finanzielle Unterstützung, auch und gerade von der Europäischen
1264 Union.

1265 **Nur fairer Handel ist freier Handel**

1266 Die Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP laufen nun seit fast
1267 zwei Jahren. Seit Sommer 2013 ist der Protest dagegen immer lauter geworden, hat mehr
1268 Länder innerhalb der EU erreicht und vor allem verschiedenste Bereiche der Gesellschaft
1269 erfasst. Von Gewerkschaften über Umweltverbände, von Kunstschaffenden über kommuna-
1270 le Vertreter*innen, von Mittelständler*innen und Landwirt*innen bis hin zu Datenschüt-
1271 zer*innen: Die Kritik an den Plänen ist thematisch breit und inhaltlich fundiert. Im Zen-
1272 trum des Protestes stehen fehlende Transparenz der TTIP-Verhandlungen und eine Ver-
1273 handlungsagenda, die einseitig auf Deregulierung und Investoren-Schiedsgerichte setzt,
1274 zulasten von Demokratie, Umwelt und Verbraucher*innen. Gegen diese Pläne sind bereits
1275 Hunderttausende auf die Straße gegangen. Wir halten die Proteste und die Kritik an den
1276 Verhandlungen für begründet und notwendig und unterstützen sie ausdrücklich.

1277 Grundsätzlich gilt für uns: Handelsabkommen, die negative Folgen für die kommunale
1278 Daseinsvorsorge beinhalten, die Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards direkt oder
1279 indirekt absenken oder die Einführung neuer Standards behindern, oder die zwischen In-
1280 dustrieländern gänzlich unnötigen und hoch riskanten Investor-Staatsklagen im Vertrag
1281 verankern, sind für uns GRÜNE in NRW nicht zustimmungsfähig.

1282 Inhaltlich dürfen die europäischen Standards im Umwelt- und Klimaschutz sowie im
1283 Gesundheits-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz nicht abgesenkt werden, um das
1284 höchstmögliche Schutzniveau der Bürger*innen in Nordrhein-Westfalen zu gewährleis-
1285 ten. Zudem könnten soziale und ökologische Standards, wie sie unser Tariftreue- und Ver-
1286 gabegesetz ermöglicht, ausgehebelt werden. Beides wollen wir verhindern.

1287 Wir wollen internationalen Handel. Wir wollen aber nicht, dass dies zulasten von Entwick-
1288 lungsländern geschieht. Genau dies droht aber mit TTIP zu passieren.

1289 **Keine Sonderrechte für Investor*innen**

1290 CETA, das Handels- und Investitionsabkommen mit Kanada, ist fertig verhandelt und liegt
1291 in seiner endgültigen Fassung vor. Würde CETA in der vorliegenden Form beschlossen,
1292 würde der Gestaltungsspielraum der Länder und Gemeinden erheblich einschränkt wer-
1293 den, unter anderem in Bezug auf die Erbringung der Daseinsvorsorge. Die Ausnahmen für
1294 öffentliche Dienstleistungen sind unzureichend definiert und garantieren keinen ausrei-
1295 chenden Schutz. Darüber hinaus sind die öffentlichen Dienstleistungen nicht von den in
1296 CETA verankerten Investitionsschutzbestimmungen ausgenommen. Auf diese Weise wer-
1297 den Klagen von kanadischen Investoren oder Firmen mit Dependancen in Kanada gegen
1298 Maßnahmen zur Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge vor einem umstrittenen
1299 Schiedsgericht ermöglicht.

1300 Europa, die USA und Kanada haben starke Rechtssysteme. Es gibt bereits intensive
1301 Handels- und Investitionsbeziehungen zwischen diesen Ländern, auch ohne Investorenpri-
1302 vilegien. Eine funktionierende Infrastruktur oder gut ausgebildete Fachkräfte sind weitaus
1303 wichtiger für Investor*innen als Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS). Dies zeigt: ISDS ist
1304 schlicht unnötig.

1305 Wir schließen uns dem Beschluss des Bundesrates an, wonach diese Klageprivilegien
1306 unnötig und mit hohen Risiken verbunden sind. Daran ändert auch nichts, dass die EU-
1307 Kommission mit dem CETA-Abkommen versucht hat, ein Investitionsschutzkapitel vorzu-
1308 legen, das einige Kritikpunkte aufgreift und zu entschärfen versucht. Viele elementare
1309 Probleme würden damit weiter bestehen. Neben TTIP und CETA verhandelt die EU wei-
1310 tere Abkommen, die ISDS enthalten sollen. CETA würde die Richtung für weitere Verein-
1311 barungen vorgeben. Auch deshalb ist es so wichtig, keinen Präzedenzfall auf EU-Ebene
1312 entstehen zu lassen. Wir GRÜNE in NRW lehnen Klageprivilegien für Konzerne durch TTIP
1313 und CETA deshalb ab. Die Praxis hat gezeigt, dass in vielen Fällen die Weiterentwicklung
1314 von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards durch Klagen verhindert wurde oder teuer
1315 bezahlt werden musste.

1316 **Kulturelle Vielfalt und Vorsorgeprinzip schützen**

1317 Durch die Unterzeichnung einer UN- Konvention haben sich Deutschland und die EU zum
1318 Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bekannt. Den Grundsät-
1319 zen dieser Konvention sind wir auch im Rahmen von Freihandelsabkommen verpflichtet.
1320 CETA enthält für die EU keine generelle Ausnahme für kulturelle Dienstleistungen, sondern

1321 allein eine Ausnahme für den audiovisuellen Bereich. Damit hat sich die EU ausdrücklich
 1322 darauf eingelassen, CETA in der EU auf mehr kulturelle Bereiche auszuweiten als in Ka-
 1323 nada. Das ist unbefriedigend und auch deshalb ein Problem, weil es erneut als Blaupause
 1324 für TTIP dienen und den europäischen Markt weiter für US-amerikanische Anbieter öffnen
 1325 könnte.

1326 Das Vorsorgeprinzip wird durch CETA geschwächt. Es ist ein Grundpfeiler des Umwelt- und
 1327 Verbraucherschutzes in Europa. Es ermöglicht frühzeitiges politisches Handeln auch dann,
 1328 wenn noch nicht vollständig gewiss ist, ob ein Produkt schädlich ist. Stattdessen tendiert
 1329 CETA – genau wie TTIP – zum wissenschaftsbasierten Ansatz, der dazu im Gegensatz steht.
 1330 Er lässt zu, dass Mensch und Umwelt Schaden nehmen, weil erst eingegriffen wird, wenn
 1331 der letzte Nachweis erbracht ist.

1332 Der Verzicht auf eine Verankerung des Vorsorgeprinzips bekommt noch einmal eine beson-
 1333 dere Brisanz durch die sogenannte regulatorische Kooperation – also den Versuch, Stan-
 1334 dards, Normen und Zulassungsprozedere durch CETA anzugleichen. Dabei ist CETA als ein
 1335 sogenanntes lebendiges Abkommen („living agreement“) verhandelt worden: Es soll sich
 1336 auch nach Abschluss weiterentwickeln, in dem Mechanismen für die zukünftige Anglei-
 1337 chung von Standards vereinbart wurden. Dabei geht es unter anderem um politisch sehr
 1338 sensible Fragen wie die Kriterien für Produktzulassungen in Europa bei Lebensmitteln,
 1339 zum Beispiel gentechnisch veränderten Organismen. Die europäischen und kanadischen
 1340 Schutzstandards stehen bei CETA im Visier.

1341 TiSA ist ein geplantes Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen. Es beabsichtigt,
 1342 alle Dienstleistungen dem globalen Markt zu öffnen. Hinter verschlossenen Türen ver-
 1343 handelt eine Gruppe von 22 Staaten und der EU als Staatenbund das Handelsabkommen,
 1344 darunter die USA, Kanada, Australien, Japan und auch die Schweiz. Wie schon bei TTIP
 1345 und CETA droht die (weitere) Liberalisierung und Privatisierung von Wasser, Abfallentsor-
 1346 gung, Stromversorgung, Bildung, im Gesundheitswesen, dem öffentlichen Nahverkehr, Ver-
 1347 sicherung, Telekommunikation, Post, digitalem Handel und im Finanzbereich. Eine weitere
 1348 Gefahr birgt TiSA für die Rekommunalisierung, also das Rückgängigmachen von privati-
 1349 sierten Dienstleistungen. Würde TiSA beschlossen, wäre es unmöglich, beispielsweise die
 1350 Privatisierung von Wasser wieder rückgängig zu machen. Das lehnen wir ab.

1351 **TTIP und CETA stoppen – transparenter Neustart der EU-** 1352 **Handelspolitik**

1353 Wir wollen internationalen Handel. Aber nicht um jeden Preis. Ziel unserer Handelspoli-
 1354 tik ist ein Austausch über gute Standards, gute Arbeitsbedingungen und eine gute Regu-
 1355 lierungspraxis, sowie eine Vereinheitlichung von technischen Normen. Dies würde auch
 1356 insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen nutzen.

1357 Um solch eine Handelspolitik zu gestalten braucht es starke und entschlossene staatliche
 1358 Rahmensetzungen und eine transparente, multilaterale Politik.

1359 Die Verhandlungen zum Handelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) gehen al-
 1360 lerdings in eine andere Richtung. Gemeinsam mit dem EU-Kanada-Abkommen (CETA) und
 1361 dem geplanten Dienstleistungsabkommen TiSA stehen sie für eine Handelspolitik, die auf

1362 Exklusivität statt auf Multilateralismus setzt, auf Intransparenz statt auf faire Bürgerbetei-
1363 ligung und auf Deregulierung statt auf gemeinsame gute Standardsetzung. Verlierer*innen
1364 der Handelsabkommen CETA und TTIP wären die sogenannten Entwicklungs- und Schwel-
1365 lenländer. Zu erwarten sind deutliche Rückgänge der Handelsvolumen mit den Ländern
1366 des globalen Südens. Folgen wären schrumpfende Volkswirtschaften und das Sinken des
1367 Pro-Kopf-Einkommens gerade in den ärmsten Ländern. Wir wollen jedoch die Chancen und
1368 Marktzugänge dieser Länder stärken.

1369 Was wir stattdessen benötigen ist ein Neustart in der europäischen Handelspolitik. So ei-
1370 ne Handelspolitik muss unsere Grundüberzeugungen nach Fairness, Nachhaltigkeit und
1371 Transparenz spiegeln, Sozial-, Umwelt-, Verbraucher-, Datenschutz- und Gesundheitsstan-
1372 dards stärken, und transparent und demokratisch verhandelt werden.

1373 Wir wollen deswegen TTIP und CETA stoppen und auf transparenter Grundlage neu ver-
1374 handeln. Diese Abkommen müssen dem Bundestag und Bundesrat zur Entscheidung vor-
1375 gelegt werden und dürfen von der EU-Kommission nicht zur vorläufigen Anwendung ge-
1376 bracht werden. Sollte der CETA-Vertragstext unverändert im Bundesrat zur Abstimmung
1377 kommen, wollen wir, dass NRW diesem Abkommen nicht zustimmt. Klarstellungen durch
1378 Protokollnotizen können die falschen Festlegungen im Vertragstext selbst nicht heilen.
1379 Wir unterstützen daher die Volksinitiative „NRW gegen CETA und TTIP“, unter deren Dach
1380 sich etliche Organisationen und Verbände aus NRW zusammengefunden haben, politisch
1381 und organisatorisch.

1382 Wir GRÜNEN in NRW wollen auch in den kommenden Monaten zur europäischen Handels-
1383 politik aktiv bleiben, denn sie betrifft direkt unsere Demokratie in Europa, in NRW und in
1384 den Kommunen.

1385 Europäische Wirtschafts- und Freihandelspolitik – das wollen wir 1386 GRÜNE

- 1387 • Mehr Europa und eine zukunftsfähige Weiterentwicklung der europäischen Verträge
- 1388 • Dass soziale und arbeitsrechtliche Standards Priorität gegenüber dem europäischen
1389 Wettbewerbsrecht haben
- 1390 • NRWs Rolle im Herzen Europas und die Vernetzung mit unseren Nachbarn ausbauen
- 1391 • Keine Freihandelsabkommen um jeden Preis. Daher fordern wir den Stopp von TTIP und
1392 CETA und transparente Neuverhandlungen
- 1393 • Wir wollen, dass NRW CETA im Bundesrat nicht zustimmt

Antragsteller*innen

Landesvorstand

WP-03

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW – LAND DER CHANCEN VON ANFANG AN

1 Kinder und Familie

2 Wir GRÜNE stellen Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik. Jedes Kind hat das Recht auf
3 die bestmögliche Förderung, auf bestmögliche Bedingungen zur Entwicklung einer eigen-
4 ständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz durch Staat und Gesellschaft.
5 Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern ist der Schlüssel für mehr Gerechtig-
6 keit und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

7 Die Bedürfnisse der Kinder, die Betreuungsbedarfe der Eltern und die gesellschaftliche
8 Notwendigkeit, allen Kinder durch frühkindliche Bildung gleiche Startchancen zu ver-
9 schaffen, sind für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW Schwerpunkt unserer politischen Ar-
10 beit.

11 Erster Lebens- und Lernort außerhalb der Familie sind unsere Kindertagesstätten. Sie müs-
12 sen den Kindern das bieten, was viele aus der Familie schon kennen: Geborgenheit, Sicher-
13 heit, verlässliche Bindungen und Förderung. Einige Kinder lernen dies in der Kita erstmals
14 kennen. Es ist die Grundlage dafür, dass Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern
15 gelingen kann.

16 Wir GRÜNE haben mit dem Regierungswechsel 2010 eine beispiellose Aufholjagd beim
17 U3-Ausbau gestartet, um ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu schaffen. Wir wol-
18 len die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen, dabei nehmen wir die Alleinerzie-
19 henden besonders in den Blick. Wir kämpfen weiter für die Anerkennung der vielfältigen
20 Familienformen.

21 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

22 Wir GRÜNE haben uns seit 2010 an die Arbeit gemacht, die Chancen für unsere Kinder auf
23 neue Grundlagen zu stellen. Und die Erfolge sind offensichtlich:

24 Seit unserer Regierungsübernahme im Jahre 2010 haben wir die Chancengleichheit, die
25 Bildungsgerechtigkeit und die Qualität der Kindertageseinrichtung als Schwerpunkte un-
26 serer Politik gesetzt.

27 Aus eigenen Landesmitteln investieren wir jährlich 280 Millionen Euro zusätzlich in die
28 Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen und stärken so die Qualität der Betreu-
29 ung.

30 Die finanzielle Situation der Kitas hat sich spürbar verbessert, weil wir die Dynamisierung
31 der Kindpauschale von 1,5 % auf 3 % verdoppelt haben.

32 Das Betreuungsgeld der Bundesregierung haben wir da eingesetzt, wo es Eltern und Kin-
33 dern auch tatsächlich zugutekommt: Die freiwerdenden Mittel (330 Millionen Euro) inves-
34 tiert NRW in Personal und Sachkosten der Kindertageseinrichtungen.

35 Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ finanzieren wir in besonders benach-
36 teiligten Stadtteilen die Pluskita mit 45 Millionen Euro, und so werden Kinder mit mehr
37 Förderungsbedarf auch stärker unterstützt.

38 Maßnahmen für die Bekämpfung der Kinderarmut haben wir umgesetzt, indem wir prä-
39 ventiven Kinderschutz voran gebracht, Familienzentren in benachteiligten Quartieren aus-
40 gebaut und Elternkurse kostenfrei angeboten haben.

41 Die Inklusion in der Kindertagespflege stärken wir durch mehr Mittel. So wird für die Be-
42 treuung von Kindern mit einer Behinderung das 3,5-fache an Kindpauschale zur Verfügung
43 gestellt.

44 Wir haben in NRW den U3-Rechtsanspruch durchgesetzt, dafür haben wir die Kindertages-
45 einrichtungen massiv ausgebaut und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar
46 erhöht. Im Kindergartenjahr 2016/2017 stehen 168.742 U3-Betreuungsplätze bereit, das
47 sind 80.078 Plätze mehr als 2010/2011. Wir haben die U3-Plätze also fast verdoppelt und
48 den U3-Ausbau seit Regierungsübernahme um 90 Prozent gesteigert! Das ist ein zentraler
49 Beitrag für unsere Vision: Kinder von Beginn an fördern, Familie und Beruf besser verein-
50 baren – das ist gerecht für die Kinder und gut für die Familien.

51 Wir haben die Eltern finanziell entlastet, indem wir das letzte Kitajahr vor der Einschulung
52 beitragsfrei gestellt haben.

53 Seit 2010 haben wir in nur sieben Jahren Regierungszeit 1 Milliarde Euro mehr in die
54 Kindertagesbetreuung investiert.

55 All das ist unser Beitrag zu mehr Qualität und Gerechtigkeit in der frühkindlichen Bil-
56 dung.

57 Auch in unsere Familienpolitik investieren wir. Durch uns GRÜNE erhalten Familienz-
58 tren mehr Geld, insbesondere in den sozialen Brennpunkten. Das Land fördert zudem 150
59 Familienbildungsstätten.

60 Um Politik zeitgemäß an den Bedürfnissen der Familie ausrichten zu können, haben wir
61 die Enquetekommission „Familienpolitik“ mit eingerichtet, die sich mit der Zukunft der
62 Familienpolitik beschäftigt. Zudem haben wir nach 20 Jahren den ersten Familienbericht
63 vorgelegt und somit die Lebenslagen, Probleme und Wünsche der Familien in NRW erfasst.
64 Für NRW steht fest: Eltern wollen für ihre Kinder da sein und auch ihrem Beruf nachgehen.
65 Die Projektplattform zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir aufgebaut
66 und gefördert.

67 **Kindertageseinrichtungen / Kinder in den Mittelpunkt**

68 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die begonnene Entwicklung weiter geht und werden
69 auch nach 2017 die Kita-Plätze bedarfsgerecht ausbauen. Für alle Kinder, für die die Eltern
70 dies wünschen, soll ein Ganztagsplatz zur Verfügung stehen. Auf Bundesebene setzen wir
71 uns dafür ein, das Recht auf einen Ganztagsplatz auch für die Überdreijährigen gesetzlich
72 zu verankern und zu finanzieren.

73 Zur Bildungsgerechtigkeit gehört nicht nur der weitere Ausbau von Kitaplätzen, sondern
74 wir brauchen eine qualitativ gute Kita, damit alle Kinder besonders gut gefördert werden.
75 Dies soll durch ein neues Kitagesetz sichergestellt werden.

76 GRÜNE Leitlinien sind gelingendes Aufwachsen, Förderung der Persönlichkeitsentwick-
77 lung und beste Bildung von Anfang an. Wir wollen ein am Kind orientiertes, nachhaltiges,
78 transparentes und gerechtes neues Finanzierungssystem schaffen, das den Kindertages-
79 einrichtungen Planungssicherheit gibt und sie verlässlich ausstattet.

80 Um die Qualität zu erhöhen, wollen wir einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Kind-
81 Schlüssel festlegen und finanzieren, der wissenschaftlichen Empfehlungen entspricht.
82 Damit wollen wir eine Mindestpersonalausstattung absichern, zudem brauchen wir ei-
83 ne Gruppengrößenbeschränkung. Durch Anwendung von Sozialindikatoren bei der Kita-
84 Finanzierung wollen wir die Bildungsgerechtigkeit stärken.

85 Ein neues Kita-Gesetz soll die Trägervielfalt einschließlich der Elterninitiativen erhalten.
86 Kitas der Zukunft sind inklusiv und multikulturell. Wir wollen die Kinderrechte stärken und
87 entsprechend werden wir auch die Beteiligungsrechte der Kinder stärken. Wir wollen alle
88 Tätigkeiten der Erzieher*innen und die Leitungszeit neben der konkreten Gruppenarbeit
89 finanziell absichern. Bürokratie und Verwaltungsaufwand wollen wir zudem minimieren.

90 Kindertageseinrichtungen sollen ein höheres Fortbildungsbudget erhalten, um in den Be-
91 reichen Integration und Inklusion auf dem aktuellen Sachstand arbeiten zu können.

92 Ein GRÜNES Ziel für die Kindertageseinrichtungen ist ein Personalmix aus Fachkräften
93 mit Hochschulabschluss, Erzieherinnen und Erziehern und ergänzend Kinderpflegerinnen
94 und Kinderpflegern. Zudem wollen wir den Einsatz von Hauswirtschaftskräften, die das
95 pädagogische Personal ergänzen, absichern.

96 Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für Rahmenbedingungen ein, die eine bessere Be-
97 zahlung der Erzieher*innen ermöglichen. Zudem wollen wir für den Ausbildungsberuf Er-
98 zieher*innen werben und dessen Attraktivität steigern. Dafür ist es auch wichtig, mehr
99 männliche Fachkräfte/Erzieher zu gewinnen. Auch die interkulturelle Öffnung der Kitas ist

100 ein Gewinn für alle. Durch den Gewinn von mehr Fachkräften mit Migrationshintergrund
101 und die Umsetzung von bi- bzw. multikulturellen Konzepten wollen wir die interkulturelle
102 Öffnung der Kindertageseinrichtungen weiter voran treiben.

103 Wir wollen Kinder unabhängig von ihrem Geschlecht darin unterstützen, ihre unterschied-
104 lichen Potentiale zu entfalten. Daher fördern wir Ansätze geschlechtersensibler Pädagogik
105 im gesamten Bildungssystem, beginnend in der Kita, um den Kindern so die Entfaltung ih-
106 rer Persönlichkeit frei von Rollenerwartungen zu ermöglichen.

107 Den Übergang von der Kita zur Schule wollen wir etwa durch gemeinsame Fort- und Wei-
108 terbildungen der Fachkräfte weiter verbessern. Im Interesse der Kinder unterstützen wir
109 die Anstrengungen von Kitas und Schulen, den Übergang partnerschaftlich zu gestalten.

110 Wir haben das letzte Kindergartenjahr landesweit beitragsfrei gemacht. Unser Ziel ist,
111 dass Bildung grundsätzlich beitragsfrei wird – auch in den Kitas. Der weitere Ausbau der
112 Kita-Plätze, mehr Qualität insbesondere durch eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation,
113 flexible Öffnungszeiten, die die Bedarfe der Eltern berücksichtigen, und eine deutliche
114 Entlastung des Personals stehen ganz oben auf unserer Agenda.

115 Ein wichtiges Anliegen sind uns Kinder mit besonderen Förderbedarfen. Ihnen gilt unsere
116 gesamte Aufmerksamkeit, wenn es darum geht, Verschiebeparkplätze zwischen den unter-
117 schiedlichen Förder- und Hilfesystemen zu vermeiden oder abzubauen. Wir wollen dafür
118 Sorge tragen, dass besondere Kinder auch in der Kita diejenige Förderung und Therapie
119 erhalten, die sie benötigen. Um Barrieren abzubauen und Teilhabe ermöglichen zu können,
120 müssen exklusive Sondereinrichtungen sukzessive abgeschafft und die vorrangig zustän-
121 digen Kostenträger zu den Kosten in der Kita herangezogen werden. Die Schnittstelle zur
122 interdisziplinären Frühförderung ist gesondert zu betrachten und soll über eine Landes-
123 rahmenempfehlung möglichst aufgelöst werden.

124 **Kindertagespflege / Faire Entlohnung und Mindeststandards in** 125 **der Kindertagespflege**

126 Viele Eltern entscheiden sich für eine Betreuung in der Kindertagespflege, weil sie die
127 Qualität der Betreuung und das familiäre Umfeld schätzen. Deshalb sind Tagesmütter und
128 -väter ein wichtiger Eckpfeiler in der U3-Betreuung: Wir wollen sie weiterhin fördern und
129 unterstützen. Hierzu gehört eine zertifizierte Qualifizierung der Tagespflegepersonen min-
130 destens auf dem Niveau des 160 Ausbildungsstunden umfassenden Lehrplans des Deut-
131 schen Jugendinstituts sowie verpflichtende Weiterbildungen. In Anbetracht der großen Be-
132 deutung, die bei Kindern unter drei Jahren der Sprachentwicklung beizumessen ist, müssen
133 Kindertagespflegepersonen über fundierte Kenntnisse in der Sprachentwicklung verfügen
134 und auf dem Gebiet der alltagsintegrierten Sprachbildung für unter Dreijährige geschult
135 sein. Diese Schulung wird ergänzt um eine qualifizierte Zusatzausbildung, die die Tages-
136 pflegepersonen nachweisen müssen, um auch Kinder mit Behinderung betreuen zu kön-
137 nen.

138 Die Kindertagespflege muss stärker in die landesweiten Maßnahmen zur Qualitätsent-
139 wicklung in der Elementarbildung eingebunden werden. Wir GRÜNE unterstützen die For-
140 derungen nach fairer Entlohnung und mehr gesellschaftlicher Anerkennung der Kinderta-

141 gepflege und aller Beschäftigten im Elementarbereich. Deshalb wollen wir mit den kom-
142 munalen Spitzenverbänden und dem Landesverband der Tageseltern einen Stundensatz
143 pro Kind vereinbaren, der sowohl für die Qualität als auch für die Entlohnung angemessen
144 ist.

145 **Kinderrechte / Die UN-Kinderrechtskonvention konsequent um-** 146 **setzen**

147 Wir GRÜNE stehen für Vielfalt: Wir setzen uns ein für gleiche Chancen und Entwicklungs-
148 möglichkeiten für alle Kinder unabhängig von Geschlecht, sozialer und ethnischer Her-
149 kunft, religiöser Zugehörigkeit, Aufenthaltsstatus oder Behinderung. Dazu gehört auch die
150 sprachliche Vielfalt für alle Kinder in Kitas zu stärken und bi- bzw. multilinguale Konzepte
151 ins Zentrum zu rücken. Nicht nur als integrationspolitisches Instrument, sondern gerade
152 auch als Mittel zur Förderung der kognitiven Entwicklung von Kindern.

153 Wir GRÜNE kämpfen für ein kindgerechtes Land: Kinder können und sollen sich beteiligen,
154 der Sozialraum wird kindgerecht geplant und gestaltet und entscheidende Berufsträger
155 sollen sich in ihrer Ausbildung mit Kinderrechten befassen. Wir bauen Barrieren für Kinder
156 ab!

157 NRW soll die drei zentralen Säulen der UN-Kinderrechtskonvention konsequent umsetzen.
158 Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken, indem wir ein Mo-
159 nitoring der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention etablieren, Beteiligungsrechte in
160 der Gemeindeordnung verankern, Ombudschaften flächendeckend ausbauen und Ar-
161 mut bekämpfen. Dafür wollen wir unsere Politik an den drei UN-Kinderrechtskonvention-
162 Säulen ausrichten: Förderung, Vorsorge und Schutz.

163 Kinder haben ein Recht auf Förderung: Um der steigenden Kinderarmut entgegen zu wir-
164 ken, müssen benachteiligte Kinder gestärkt und ihre Startchancen von Anfang an verbes-
165 sert werden. Um die Armutsspirale nachhaltig zu durchbrechen, bleibt die Bildungsge-
166 rechtigkeit ein wichtiges Ziel.

167 Kinder haben ein Recht auf Beteiligung: Kinder müssen von Anfang an beteiligt werden.
168 Wir wollen die Beteiligungsrechte der Kinder in Kitas, und in Jugendhilfeeinrichtungen
169 stärken.

170 Kinder haben ein Recht auf Schutz. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig ihres Ge-
171 schlechts, ihrer sexuellen Identität, sozialen, ethnischen Herkunft, religiösen Zugehörig-
172 keit, Aufenthaltsstatus und Behinderung vor Diskriminierung, körperlicher und psychischer
173 Gewaltanwendung sowie Verwahrlosung geschützt werden.

174 Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und die UN-Kinderrechtskonvention gelten
175 für alle Kinder und Jugendliche ohne Ausnahme. Wir wollen Teilhabe von Beginn an er-
176 möglichen und durch einen emanzipatorischen Ansatz fördern. Wir stellen sicher, dass die
177 frühkindliche Betreuung von Beginn an erfolgt, die Jugendarbeit und die Jugendsozial-
178 arbeit ausgebaut und gestärkt werden und der Kinderschutz diese Zielgruppe stärker in
179 den Blick nimmt. Bundesweiter Standardabsenkung in der Jugendhilfe treten wir genauso
180 entschieden entgegen, wie der Absenkung von Standards und Ausnahmeregelungen für

181 minderjährige Geflüchtete. Wir setzen uns für die inklusive Lösung, d.h. für die Zuständig-
182 keit der Kinder- und Jugendhilfe auch für alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen
183 ein. Den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung wollen wir weiterhin si-
184 cherstellen.

185 Wir setzen weiterhin auf Prävention und werden uns für ein umfassendes Kinderpräven-
186 tionsgesetz einsetzen. Aus dem Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ haben wir viel
187 Wissen gewonnen. Wir wollen Präventionsketten ausbauen und Präventionskonzepte um-
188 setzen sowie Ombudsstellen und Netzwerkarbeit ausbauen und stärken. Dadurch nehmen
189 wir gerade besonders verwundbare und verletzte Kinder in den Blick.

190 Wir müssen stetig prüfen, wie wir die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen. Dieses Moni-
191 toring von Kinderrechten wird von uns GRÜNEN in Angriff genommen und wir wollen die
192 Monitoringstelle für Kinderrechte damit beauftragen und sie deshalb stärken und dauer-
193 haft finanzieren. Wir wollen Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben.

194 **Kinderarmut / Wir wollen Kinderarmut bekämpfen**

195 Kinderarmut in NRW zu bekämpfen, ist eine Querschnittsaufgabe. Wir müssen benach-
196 teiligte Kinder stärken und ihre Startchancen von Anfang an verbessern. Bildungsgerech-
197 tigkeit ist ein wichtiger Baustein im nachhaltigen Kampf gegen die Kinderarmutsspirale.
198 Gerade die ersten Lebensjahre sind für den Bildungserfolg entscheidend. Das bedeutet:
199 Frühkindliche Bildung wirkt präventiv gegen Kinderarmut. Auch deshalb werden wir GRÜ-
200 NE die Kindertageseinrichtungen qualitativ und quantitativ ausbauen.

201 Der Runde Tisch Kinderarmut führte zu einer fachübergreifenden Politik, um die Kinderar-
202 mut in NRW zu reduzieren. Wir wollen die zunehmende Kinderarmut nicht hinnehmen. Wir
203 möchten Kinderarmut wirksam bekämpfen und uns dafür einsetzen, dass der Bund eine
204 Kindergrundsicherung einführt.

205 **Familie / Familien in ihrem Alltag unterstützen**

206 Wir erkennen Familien in ihrer Vielfalt an und stärken sie. Familie ist dort, wo Kinder sind
207 und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen Familien in ihrer
208 jeweiligen Lebenssituation unterstützen.

209 Familien wollen dort leben, wo sie eine hohe Lebensqualität vorfinden. Das hängt zuneh-
210 mend auch davon ab, wo Eltern am besten Beruf und Familie miteinander verbinden kön-
211 nen. Kommunen können durch gute Zeitpolitik Familien gewinnen, indem sie z.B. Kitaplät-
212 ze mit guten und familienfreundlichen Betreuungszeiten schaffen oder in kommunalen
213 Zeitbüros vor Ort dazu beitragen, die Organisation von Alltagszeiten familienfreundlicher
214 zu gestalten.

215 Die Organisation des Alltags stellt besonders für Menschen, die für andere sorgen, eine
216 alltägliche Herausforderung dar. Gerade größere Arbeitgeber*innen sollten Angebote zur
217 Kinderbetreuung bereitstellen und Eltern damit familiengerechte Arbeitszeiten ermögli-
218 chen. Dafür wollen wir es Unternehmen erleichtern, in Kooperation mit freien Trägern

219 Betriebskindergärten zu gründen. Wir setzen uns bei Unternehmen und öffentlichen Ein-
220 richtungen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ein.

221 Im Rahmen eines Landespräventionsgesetzes werden wir die Frühen Hilfen ausbauen und
222 stärken. Durch die Förderung von Frühen Hilfen wollen wir vor allem Familien in Krisen
223 und Problemlagen frühzeitig unterstützen.

224 Für die Kinder ist es wichtig, dass Eltern und Einrichtungen gut und auf Augenhöhe zusam-
225 menarbeiten. Dies wollen wir GRÜNE stärker verankern. Um Eltern bei ihren Erziehungs-
226 aufgaben zu unterstützen, werden wir auch weiterhin Familienhilfe und Kinderbetreuung
227 in Familienzentren vernetzen und die Familienzentren und Familienbildungsstätten aus-
228 bauen und stärken: Wir setzen uns für eine bessere Infrastruktur, bessere Beratung, einen
229 engen Quartiersbezug und passgenaue Hilfsangebote ein.

230 Wir wollen die Familienzentren zu Familienzentren plus weiterentwickeln. Familienzen-
231 tren plus sollen die Familien im Bereich Gesundheit/Ernährung beraten und unterstützen.
232 Dafür sollen Sozialpädagog*innen beschäftigt werden.

233 **Alleinerziehende / Alleinerziehende stark machen**

234 Alleinerziehende sind im Alltag oft besonders belastet. Sie verdienen unsere besondere
235 Unterstützung. Alleinerziehende brauchen mehr Wege in gut bezahlte Arbeit, einen leich-
236 teren Wiedereinstieg in den Beruf und müssen vor Armut besser geschützt werden. Sie
237 sind besonders auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht,
238 Familie und Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können.

239 Auch deshalb wollen wir die Kinderbetreuung in Randzeiten ausbauen und eine gute Be-
240 treuung in den Ferien sicherstellen. In den Familienberatungsstellen der Kommunen und
241 freien Träger sollen Alleinerziehende bestmöglich informiert und beraten werden. Wir set-
242 zen uns für eine gerechtere Familienförderung ein: Weg vom Ehegattensplitting und hin
243 zur Unterstützung für Familien, in denen Kinder leben. Deshalb setzen wir uns im Bund
244 für eine Kindergrundsicherung ein. Außerdem wollen wir, dass auch Alleinerziehende eine
245 Wohnung in ihrem vertrauten Viertel bezahlen können.

246 Im Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ werden Kinder durch Erzieher*innen außerhalb der
247 Kita-Öffnungszeiten zuhause betreut. Dieses Projekt wollen wir ausbauen und in weiteren
248 Kommunen fördern.

249 **Regenbogenfamilien**

250 Das Familienmodell „Vater-Mutter-Kind“ ist bei weitem nicht die einzige Möglichkeit,
251 glücklich als Familie zusammen zu leben. Leider sind die meisten Regelungen aber noch
252 immer auf diese Familienform ausgelegt. Die Fragestellungen, mit denen sich Regenbo-
253 genfamilien deshalb auseinandersetzen müssen, sind sehr komplex und bedürfen einer
254 speziellen Fachlichkeit. Daher benötigen wir eine „Landeskoordinationsstelle Regenbo-
255 genfamilien“, die nicht nur die Regenbogenfamilien berät, sondern für die Qualifizierung,

256 Fort- und Weiterbildung von Behörden und Familienberatungsstellen sorgt. Darüber hin-
257 aus soll diese Stelle aber auch für die Beratungsstellen der LSBTTI*-Community zuständig
258 sein, da diese in aller Regel erste Anlaufstelle für Regenbogenfamilie sind.

259 **Kinder und Familie – das wollen wir GRÜNE:**

- 260 • ein neues Kita-Gesetz mit kleineren Gruppen und mehr Qualität für Kinder, Eltern
261 und Personal
- 262 • Öffnungszeiten, die die Bedarfe der Eltern berücksichtigen
- 263 • Umfangreiche und ganzheitliche Beratung durch Familienzentren plus
- 264 • gleiche Rechte für alle Kinder und Familienformen
- 265 • Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Zeitpolitik
- 266 • Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen

267 **Jugend**

268 Wir möchten in NRW für Jugendliche mehr Freiräume schaffen. Kinder und Jugendliche
269 brauchen räumliche und zeitliche Freiräume, um sich selbst erfahren, entwickeln und Par-
270 tizipation erleben zu können. Auch junge Menschen brauchen Eigenzeit, über die sie selbst
271 verfügen können. Sie brauchen Erfahrungs- und Bewegungsräume, die sie auch selbst ge-
272 stalten können.

273 Jugendliche müssen am längsten mit den politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen
274 Entwicklungen und ökologischen Umbrüchen leben. Aus diesem Grund sind sie inter-
275 essiert, politisch-gesellschaftlich engagiert und der Motor unserer Gesellschaft für eine
276 nachhaltige Entwicklung. Wir GRÜNE werden das Recht der jungen Menschen auf Teilha-
277 be und Partizipation unabhängig ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, Herkunft und
278 Aufenthaltsstatus stärken und institutionell verankern.

279 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass besonders benachteiligte Jugendliche eine Chance auf
280 die Entwicklung zu einem eigenständigen, verantwortlichen Leben in unserer Gesellschaft
281 bekommen, denn das bedeutet Chancengerechtigkeit statt Ausgrenzung, Chancenlosigkeit
282 und Hoffnungslosigkeit.

283 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

284 Mit uns GRÜNEN war von Anfang an klar: Jugendpolitik ist ein eigenständiges Politikfeld.
285 Und so wird das in Nordrhein-Westfalen auch seit 2010 betrachtet.

286 Wir fördern die „Ombudschaft Jugendhilfe NRW“ und ermöglichen so jungen Menschen,
287 sich an eine unabhängige Beschwerdestelle wenden zu können.

288 Zudem haben wir die Servicestelle Jugendbeteiligung eingerichtet. Die Servicestelle hat
289 das Ziel, neue Modelle und Praxisansätze der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

290 in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik in NRW zu entwickeln und zu erproben. Die
291 Servicestelle unterstützt und berät den Jugendrat NRW, Kommunen und Verbände.

292 Wir haben das Versprechen gehalten und das Fördervolumen des Kinder- und Jugendför-
293 derplans 2010 von 80 Mio. € auf 100 Mio. € erhöht und dieses Fördervolumen bis 2017
294 verlässlich fortgeschrieben.

295 Im Jugendförderplan werden Projekte für Mädchen und Jungen gefördert. Gender Main-
296 streaming wird insbesondere durch die Fachstelle Gender NRW und die LAGen Mädchen-
297 arbeit und Jungenarbeit gewährleistet, die wir finanziell fördern.

298 Der Kinder- und Jugendförderplan hat insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendli-
299 che als Zielgruppe definiert. Die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen in NRW spiegelt sich
300 auch im Jugendförderplan wider. Durch Angebote werden speziell Jugendliche mit Migra-
301 tionshintergrund, mit einer Behinderung und mit LSBTTI-Identität unterstützt. Einrichtun-
302 gen und Verbände, die sich der Zielgruppe der Jugendlichen mit LSBTTI-Identität widmen,
303 haben wir in die Förderung aufgenommen. Wir fördern die Fachstellen „Together“ und „ger-
304 ne anders“, die die Vernetzung und den Austausch zwischen den LSBTTI-Jugendgruppen
305 organisieren.

306 Jugendliche, die Freiwilligendienste durchführen, leisten einen wichtigen Beitrag für die
307 Gesellschaft. Freiwilligendienste sind auch Bildungs- und Orientierungszeiten für junge
308 Menschen. Für alle Formen des freiwilligen sozialen und freiwilligen ökologischen Jahres
309 (FSJ/FÖJ) deckt der Kinder- und Jugendförderplan die wichtige Qualifizierungsarbeit.

310 **Partizipation / Jugendliche wirksam beteiligen**

311 NRW wird das stärkste Beteiligungs-Bundesland, indem es die Beteiligungsrechte von Ju-
312 gendlichen noch weiter stärkt und die Umsetzung sicherstellt. Jugendliche haben nach der
313 UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung.

314 Viele Jugendliche sind daran interessiert, sich vor Ort zu engagieren, denn vor allem sie
315 sind von den Rahmenbedingungen und Entwicklungen in ihrem Lebensumfeld betroffen.
316 Das betrifft Dinge und Fragen des Alltags: Wie ist das Verkehrssystem ausgestaltet? Gibt
317 es genug Plätze und Räume für sie? All das hat direkte Wirkungen auf ihr Wohlbefinden.
318 Wir wollen den Jugendlichen mehr Beteiligung in ihrem Sozialraum ermöglichen, indem
319 wir das Recht auf Beteiligung in der Gemeindeordnung festlegen.

320 Junge Menschen sind aber auch direkt von der Landespolitik betroffen. Benötigt werden
321 gesetzliche Grundlagen von Beteiligung und die nachhaltige Förderung von Beteiligungs-
322 strukturen.

323 Wir wollen durch einen Jugendcheck alle Gesetzesinitiativen daraufhin prüfen, ob sie die
324 Interessen der Jugendlichen betreffen und ausreichend berücksichtigen.

325 Um Beteiligung sicherzustellen und ein systematisches, unabhängiges Jugend-Monitoring
326 zu ermöglichen, werden wir das dafür erforderliche Personal und auch die entsprechende
327 Infrastruktur fördern. Damit junge Menschen sich aber auch beteiligen können, benötigen
328 sie Zeit und Freiräume.

329 Kinder und Jugendliche haben zudem auch ein Recht auf Freizeit und Erholung. Deshalb
330 wollen wir, dass das Land Ferienfreizeiten von nicht kommerziellen Anbietern finanziell
331 fördert, um die Kosten niedrig zu halten und möglichst vielen Kindern und Jugendlichen
332 einen Zugang zu bieten. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sollen besonders
333 gefördert werden.

334 Auch 16- und 17-jährige müssen bei Landtagswahlen das aktive Wahlrecht erhalten. Durch
335 das Herabsenken des Wahlalters würden die Interessen der Jugendlichen stärker von den
336 Parteien und Fraktionen auf Landesebene berücksichtigt werden. Dies ist vor dem Hinter-
337 grund des demografischen Wandels umso wichtiger, denn die Gruppe junger Menschen ist
338 im Vergleich zur Gesamtheit der Wahlberechtigten unterrepräsentiert.

339 Jugendbildungsstätten und Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur politi-
340 schen Bildung, zum Demokratieverständnis und zum gesellschaftlichen Engagement. Ju-
341 gendbildungsstätten müssen auch jenseits von Projektarbeit gefördert werden, Jugend-
342 verbände wollen wir stärker fördern und so die gestiegenen Kosten ausgleichen.

343 Kinder und Jugendliche müssen sich nicht nur beteiligen, sondern auch beschweren kön-
344 nen. Junge Menschen sind mit Macht-Asymmetrien in Institutionen und Einrichtungen
345 konfrontiert. Die Praxis der letzten Jahre macht deutlich, dass junge Menschen eine un-
346 abhängige Stelle brauchen, die sie unterstützt. Wir wollen die Ombudsstelle NRW in die
347 Regelfinanzierung aufnehmen.

348 **Kinder- und Jugendförderplan / Kinder und Jugendliche stärker** 349 **fördern**

350 Das Land ist durch das Kinder- und Jugendförderungsgesetz verpflichtet, für jede Legisla-
351 turperiode einen Kinder- und Jugendförderplan zu erstellen.

352 Wir Grüne wollen durch den Kinder- und Jugendförderplan Projekte verstärkt fördern und
353 ausbauen, die zum Ziel haben, Demokratie, Toleranz, interkulturelle und interreligiöse
354 Kompetenz zu stärken.

355 Durch die Förderung dieser Projekte ermöglichen wir Teilhabe und Partizipation junger
356 Menschen und wirken so einer möglichen Radikalisierung entgegen. Denn Jugendliche
357 sind mit vielen Unsicherheiten konfrontiert. Wir wollen sie ermächtigen und durch Em-
358 powerment ihr Selbstbewusstsein stärken. Hierfür werden wir auch im Jugendbereich ein
359 landesweites Präventionsprogramm umsetzen, welches systemübergreifend und vernet-
360 zend etwa in klassischer Jugendhilfe, in Schule, in Freizeiteinrichtungen, in der aufsuchen-
361 den Jugendhilfe und in der Streetworkarbeit wirkt.

362 Für eine stärkere Förderung von den für uns GRÜNEN wichtigen Projekten wie Inklusion,
363 Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund, LSBTTI-Jugendarbeit, geschlechter-
364 differenzierte Arbeit oder auch Gewaltprävention muss der Jugendförderplan um 20 Mio.
365 € aufgestockt werden.

366 Für die nächste Legislaturperiode muss es gelingen, Verlässlichkeit zu zeigen, aber auch
367 neue Angebote zu entwickeln und damit eigenständige und einmischende Jugendpolitik
368 auch nach 2017 zu gewährleisten.

369 Im Kinder- und Jugendförderplan werden Projekte für Mädchen und Jungen gefördert. Gen-
370 der Budgeting soll als Analyseinstrument eingeführt werden, damit transparent wird, wel-
371 che Mittel bei Mädchen und welche Mittel bei Jungen ankommen.

372 An der fachbezogenen Pauschale für Jugendverbände und landesweite Träger möchten wir
373 festhalten und sie aufstocken.

374 Jugend – das wollen wir GRÜNE:

- 375 • Wahlalter auf 16 absenken
- 376 • Ein Jugendcheck für alle Gesetze
- 377 • Kinder- und Jugendförderplan weiter aufstocken
- 378 • Recht auf Beteiligung der Jugend in Gemeindeordnung festlegen

379 Schule

380 Wir GRÜNE stehen für einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der Bildung als Wert an sich
381 betrachtet und der nicht auf verwertbares Wissen verengt. Bildung ist mehr als Schule und
382 Schule ist mehr als Deutsch und Mathe, mehr als die Vorbereitung auf einen Beruf oder
383 ein Studium.

384 Für uns stehen die Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, nicht die Institution. Soziales
385 und emotionales Lernen gehört zur Entwicklung der Persönlichkeit ebenso wie kritisches
386 und kreatives Denken und Handeln. Zu Bildung gehören das Entdecken und Forschen, das
387 Erleben von Natur und Bewegung, Informationstechnik, Kunst, Musik und Theater, der Re-
388 spekt vor Mitmenschen und vor Tieren. Kinder sollen nicht nur Lesen, Schreiben, Rechnen
389 lernen, sondern auch singen, musizieren, malen, sich bewegen, handwerkliche, technische
390 und soziale Kompetenzen entwickeln und vieles mehr – in Schulen wie in außerschu-
391 lischen Bildungseinrichtungen. Kinder und Jugendliche sollen lernen, das eigene Leben
392 in die Hand zu nehmen. Eine gute Schule zeichnet sich durch eine Kultur des Respekts
393 untereinander und durch Anerkennung und Wertschätzung der Verschiedenheit aus. Inter-
394 kulturelles Lernen gehört ebenso dazu, wie das Lernen und Leben von Demokratie. Auch
395 Lebensgestaltungs- und Nachhaltigkeitskompetenzen, z.B. Ernährung, Gesundheits- und
396 Verbraucher- und Medienbildung, sind Teil eines umfassenden Bildungsauftrags. Kinder
397 und Jugendliche sollen lernen können, was Sinn für das Leben macht.

398 Unsere GRÜNE Schulpolitik ist verlässlich, gerecht und zukunftssicher. Wir haben die
399 Strukturen der Zukunft geschaffen, die werden wir stärken. In den nächsten Jahren gilt
400 es, die Zukunft des Lernens zu gestalten. Wir setzen nicht nur auf Quantität, sondern vor
401 allem auf Qualität. Auch Eltern wollen nicht nur einen Ganztagsplatz für ihre Kinder, sie
402 wollen auch einen guten Ganztagsplatz. Bildung braucht Qualität und Innovation.

403 Das gilt auch und gerade angesichts der Herausforderungen von Inklusion, Integration
404 und Lernen in der digitalen Welt. Eltern wollen, dass ihre Kinder an diesen Entwicklungen
405 teilhaben. Genau dafür setzen wir uns ein.

406 Die derzeitigen globalen und gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen für uns GRÜNE
407 deutlich: Demokratie ist nichts Selbstverständliches, sondern wir müssen uns immer wie-
408 der neu für sie einsetzen. Entsprechend müssen auch unsere Kinder Demokratie lernen
409 und erleben. Ein guter Ort ist dafür die Schule. Wir wollen dem teils vorhandenem Unver-
410 ständnis politischer Zusammenhänge und dem wachsenden Vertrauensverlust gegenüber
411 Politik entgegenwirken. Deshalb wollen wir das Thema Demokratie in der Schulentwick-
412 lung und im Lernen weiter stärken und ausbauen.

413 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat von 2005 bis 2010 ein anderes vor allem am öko-
414 nomischen Nutzen orientiertes Bild von Bildung umgesetzt. Die Situation für unsere Schu-
415 len war, als wir GRÜNE in der Regierung das Ministerium für Schule und Weiterbildung
416 2010 übernahmen, ausgesprochen schwierig. Der Stellenplan war nicht ausfinanziert und
417 sah mittelfristig die Streichung von Lehrerstellen vor. Es herrschte großer Unmut über die
418 unvorbereitete Einführung der verkürzten Schulzeit. In der Schulentwicklung gab es einen
419 großen Reformstau: Viele Eltern fanden keinen Platz für ihre Kinder an Gesamtschulen, vie-
420 le Kommunen bangten im dreigliedrigen Schulsystem bei sinkenden Schüler*innenzahlen
421 um ihr weiterführendes Schulangebot, das längere gemeinsame Lernen wurde blockiert
422 und unterbunden. Bei den wenigen neu gegründeten Gesamtschulen wurde diesen der
423 Ganzttag verwehrt.

424 Pädagogisch rückschrittige Reformen der schwarz-gelben Landesregierung sorgten vieler-
425 orts für Kopfschütteln: Ob Wiedereinführung von Kopfnoten, das Ende der Drittelparität in
426 den Schulkonferenzen, die radikale Senkung des Einschulungsalters oder die verbindliche
427 Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schulen: Eltern und Kinder wurden ent-
428 mündigt, der anscheinend unvermeidliche Turbo des Lebens sollte noch früher gezündet
429 werden. Schule sollte sich anpassen an einen vermeintlichen neoliberalen Mainstream.
430 Zugleich schlossen CDU und FDP im größten Bundesland aus ideologischen Gründen das
431 Landesinstitut als landesweites Unterstützungssystem für die Schulen. Und mit ihrer Qua-
432 litätsanalyse sorgten CDU und FDP durch komplizierte und ineffiziente Verfahren ohne
433 nachhaltigen Unterstützungseffekt für Unmut an den Schulen.

434 Die GRÜNEN haben hierauf sofort reagiert und zentrale Weichenstellungen vorgenommen,
435 die in den nächsten Jahren weitergeführt, weiterentwickelt und weitergedacht werden
436 müssen.

437 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

438 Direkt nach der Wahl 2010 haben wir wichtige erste Kurskorrekturen vorgenommen: Wir
439 haben das Vorziehen des Einschulungsalters gestoppt, die Kopfnoten abgeschafft, das El-
440 ternwahlrecht für die weiterführende Schule gesichert und die Drittelparität in der Schul-
441 konferenz wiederhergestellt.

442 Als wir 2010 die Regierung antraten, gab es 1.550 Lehrerstellen, die nur auf dem Papier
443 existierten. Damit sie auch real besetzt werden können, haben wir diese Stellen ausfinan-
444 ziert. Zudem haben wir die 10.400 Stellen erhalten, die Schwarz-Gelb wegen des prognos-
445 tizierten Schülerrückgangs schon im Finanzplan gestrichen hatte. Wir haben sie etwa dafür
446 genutzt, Klassengrößen schrittweise zu reduzieren, den Ganzttag spürbar auszubauen und

447 die Inklusion zu gestalten. Seit 2012 haben wir darüber hinaus über 8.000 neue Stellen
448 u.a. für Inklusion und Integration geschaffen.

449 Wir haben Schulpolitik nicht von oben verordnet, sondern im Dialog gestaltet: Sei es in
450 der Bildungskonferenz, beim Runden Tisch G8/G9, mit der Weiterbildungskonferenz oder
451 im Gesprächskreis Inklusion. Dem Referenzrahmen Schulqualität ging ein breiter Online-
452 Beteiligungsprozess voraus.

453 Wir haben den historischen Schulkonsens geschlossen und dadurch eine dynamische
454 Schulentwicklung ermöglicht und ausgelöst: Seit 2010 gibt es über 230 neue Schulen
455 des längeren gemeinsamen Lernens.

456 Wir haben den Ganzttag weiter entwickelt, mehr Ganztagsplätze geschaffen und im Offe-
457 nen Ganzttag jeden einzelnen Platz mit mehr Geld unterstützt, indem die Fördersätze des
458 Landes für die OGS nun jährlich um 3 Prozent angehoben werden. Wir haben zudem die
459 Kommunen dafür gewonnen, dass auch sie ihren Anteil jährlich um 3 Prozent erhöhen. Die
460 Zahl der Plätze in der offenen Ganzttagsschule im Primarbereich ist im Schuljahr 2016/17
461 auf insgesamt 305.100 Plätze gestiegen – das sind rund 80.000 Plätze mehr als 2010.

462 Wir haben den immer wieder aufkommenden G8/G9-Unmut aufgegriffen und sind ihm
463 dialogorientiert begegnet: zunächst mit der Möglichkeit zur Wahl zwischen G 8 und G 9
464 und anschließend mit einem Bündel von Maßnahmen zur Entlastung der Schüler*innen im
465 Gymnasium, wie Entlastung bei den Hausaufgaben oder Reduzierung des Nachmittagsun-
466 terrichts.

467 Wir haben den Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler*innen von in
468 Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit vom Schulministe-
469 rium, erstellten Curricula unterrichtet werden. Er wird von einem Beirat, in den die mus-
470 limischen Verbände und das Schulministerium paritätisch Mitglieder entsenden, gemein-
471 sam verantwortet. Für die Lehrerausbildung haben wir einen eigenen Lehrstuhl in Münster
472 geschaffen. NRW ist damit bundesweiter Vorreiter.

473 Wenn die Mehrheit der Eltern es wünscht, können konfessionelle Grundschulen leichter
474 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Da es Eltern wichtig ist, dass ihre Kin-
475 der wohnortnah zur Schule gehen können, haben wir ein Grundschulkonzept zum Erhalt
476 kleiner Grundschulstandorte entwickelt und in die Tat umgesetzt. Mit der neuen Sekun-
477 darschule kann die weiterführende Beschulung vor Ort gesichert werden.

478 Wir haben die Rahmenbedingungen zugunsten kleiner Klassen verbessert, und die Schul-
479 leitungen haben mehr Leitungszeit bekommen.

480 Auf dem Weg zur Inklusion haben wir für die Eltern von Kindern mit Behinderung end-
481 lich das Recht auf einen Platz in einer Regelschule geschaffen. Diesen Prozess haben wir
482 mit über 4.000 zusätzlichen Stellen und mehr Geld für die Kommunen begleitet. Wir haben
483 die Studienplatzkapazität für Sonderpädagogik um 2.300 Plätze erhöht und eine berufsbe-
484 gleitende Qualifizierung zur Sonderpädagogik für Lehrkräfte mit 2.500 Plätzen geschaffen.
485 Insgesamt investieren wir für die Inklusion bis 2017 mehr als eine Milliarde Euro.

486 Wir haben die Eltern und Schüler*innen nicht im Regen stehen lassen und die zunächst
487 vom Bund im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket finanzierten Stellen

488 für Schulsozialarbeit erhalten, obwohl sich der Bund hier aus der Verantwortung gestohlen
489 hat.

490 Die Qualität der Schulen und des Unterrichts ist für die Kinder das Wichtigste. Neben dem
491 Referenzrahmen Schulqualität haben wir dafür auch in der Lehrerbildung Inklusion
492 und den Erwerb digitaler Kompetenzen verbindlich verankert. Zudem haben wir zur Un-
493 terstützung der Schulen ein neues Landesinstitut gegründet und aufgebaut, die „Qualitäts-
494 und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule“. Und wir haben eine Strategie zur
495 Bildung für nachhaltige Entwicklung verabschiedet und mit der Umsetzung begonnen.

496 Das Lernen in der digitalen Welt ist durch uns auf einen guten Weg gebracht. Wir haben mit
497 Modellschulen den Einsatz digitaler Schulbücher erprobt und mit „Logineo“ eine sichere
498 digitale Plattform für die Schulen entwickelt und einen Schulversuch Informatik an Grund-
499 schulen initiiert. Wir ermöglichen mehr und schnellere Internetanschlüsse für die Schulen
500 und finanzieren für die Zentren für Lehrerbildung eine moderne digitale Ausstattung.

501 Wir haben die Kommunen mit dem Programm „Moderne Schule“ bei Neubau und Moder-
502 nisierung von Schulen sowie Schaffung digitaler Infrastruktur unterstützt. Mit dem Pro-
503 gramm „Gute Schule 2020“ stehen weitere 2 Mrd. Euro für die Kommunen zur Verfügung.

504 Wir haben die Mittel für das Netzwerk „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“
505 deutlich erhöht und das Netzwerk ausgebaut.

506 Wir haben die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr verändert. Dadurch müssen
507 bei Diskussionen mit der Bundeswehr auch Vertreter*innen der Friedensorganisationen
508 gleichberechtigt in die Schulen eingeladen werden. Das Land unterstützt diese dabei fi-
509 nanziell. Werbung für die Bundeswehr in Schulen bleibt weiter unzulässig.

510 Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen auch nach 2017 konsequent, verlässlich und im
511 Dialog mit allen Beteiligten fortsetzen und begleiten.

512 **Innere Schulentwicklung / Beste Qualität für unsere Schulen**

513 Jedes Kind ist anders und die Lernwege und Zugänge sind vielfältig. Dieser Vielfalt muss
514 Schule und müssen Lehrkräfte gerecht werden, auch durch eine Unterrichtsgestaltung, die
515 individuelles Lernen ermöglicht. Wir wollen auf den guten Erfahrungen des Netzwerks „Zu-
516 kunftsschulen NRW“ mit jetzt schon knapp 300 Schulen zur individuellen Förderung und
517 Leistungsbegleitung aufbauen. Hiervon sollen alle Schulen profitieren können. Das sind
518 auch wirksame Instrumente, um Sitzenbleiben und Abschulen zu vermeiden. Die Zusam-
519 menarbeit der Lehrkräfte untereinander und mit Fachkräften anderer Profession erfordert
520 auch Zeit.

521 Wir wollen die Fortbildungsoffensive erweitern, systematisch die Teambildung an Schulen
522 unterstützen – auch mit Teamzeit – sowie das Coaching für die Schulleitung ausbauen.

523 Der Unterricht an den Schulen in NRW beginnt zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr. Wir GRÜNE
524 wollen hier eine neue Flexibilität ermöglichen um den Unterrichtsbeginn stärker an den
525 Rhythmus der Schüler*innen und den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den
526 Familien anpassen. Schulen und Kommunen sollen den Unterrichtsbeginn auch auf später
527 als 8.30 Uhr festlegen dürfen.

528 Verbraucherbildung / Gut leben in der Schule

529 Verbraucher-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung werden immer wichtiger. Hier gilt es
530 Alltags- bzw. Lebensgestaltungskompetenzen zu entwickeln. Dieser Bereich muss sinnvoll
531 und altersgerecht in den Schulen verankert werden. Deshalb entwickeln wir mit Modell-
532 schulen Bildungspläne, um Alltagskompetenzen an Grund- und weiterführenden Schulen
533 aller Schulformen im Unterricht zu vermitteln. Zur Verbraucherbildung gehören selbst-
534 verständlich auch ökonomische, ökologische und rechtskundliche Kenntnisse, wie zur Ge-
535 sundheitsbildung auch Bewegung gehört. Die Veränderungen an unseren Schulen und
536 in den Familien führen auch dazu, dass sich etwa das Ernährungsverhalten vieler Schü-
537 ler*innen verändert hat. Um sich gesund zu ernähren, sollen die Schüler*innen wieder
538 mehr über Lebensmittel und die Ernährung insgesamt erfahren.

539 Wir wollen, dass in den Ganztagschulen alle Kinder leckeres und gesundes Essen kennen
540 und schätzen lernen. Die Beteiligung von Schüler*innen und Eltern trägt dazu bei.

541 Bewegung, Spiel und Sport fördern nicht nur die motorischen sondern gleichermaßen die
542 kognitiven und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Eine gute und ge-
543 sunde Schule ist für uns eine bewegte Schule. Deshalb wollen wir die drei regulären Sport-
544 stunden in der Woche erhalten und auch ihre tatsächliche Erteilung unterstützen. Wenn
545 Schulen, insbesondere mit einem Ganztagsangebot, und Sportvereine gut und auf Augen-
546 höhe zusammenarbeiten, können beide Seiten davon profitieren. Deshalb wollen wir zu-
547 dem mit allen Beteiligten auf eine stärkere Zusammenarbeit der Schulen und der Vereine
548 hinarbeiten.

549 Drei Stunden Sportunterricht, zwei Stunden Bewegungsangebote im Ganztage, Mitwirkung
550 in einem Sportverein – dies lässt sich in der von Landesregierung und Landessportbund
551 erarbeiteten Formel 3 + 2 + x zusammenfassen.

552 Eine bewegte Schule integriert Bewegung, Spiel und Sport aber auch in den Schulalltag.
553 Wir setzen uns für eine bewegungsfördernde Schularchitektur ein, die Kinder und Jugendli-
554 che zum Bewegen einlädt. Dazu zählen auch bewegungsfördernde Schulhöfe, aktivierende
555 Unterrichtsinhalte in allen Fächern und die Möglichkeit, Sporthallen auch außerhalb des
556 regulären Sportunterrichts zu nutzen.

557 Wir werden die Kulturelle Bildung für Schulen, Träger und Kommunen weiterhin stärken.
558 Programme wie „Kreativpotenziale und Lebenskunst“, „Kulturagenten für kreative Schu-
559 len“ aus dem Schulbereich, Programme aus dem Kultur- und Jugendbereich sowie die ver-
560 schiedenen Unterstützungsleistungen des Landes sollen systematisch zusammengeführt
561 werden, um Schulen aktiv und nachhaltig bei der Entwicklung kultureller Schulprofile zu
562 unterstützen.

563 Integration / Integration durch Bildung ermöglichen

564 Mit guter Bildung gelingt Integration. Wir GRÜNE werden auch weiterhin die für Integra-
565 tion durch Bildung notwendigen Stellen und Ressourcen kurzfristig zur Verfügung stellen
566 und sinnvoll einsetzen.

567 Auch Kinder und Jugendliche, die zu uns nach Deutschland zugewandert sind, und ihre Fa-
568 milien haben ein Recht auf gute Bildung. Wir GRÜNE wollen alles dafür tun, damit sie sich
569 willkommen fühlen, unsere Sprache lernen und sich integrieren können. Die Bildungsinsti-
570 tutionen haben dafür eine große Verantwortung zu tragen. Das gilt für den Spracherwerb
571 von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen, das gilt aber auch für die gesellschaft-
572 liche Integration im Allgemeinen. Bildungspolitik ist ein zentraler Beitrag zu einer offenen
573 Gesellschaftspolitik.

574 Damit Integration im und über das Schulsystem gelingt, müssen wir interkulturelle Bil-
575 dung und Erziehung stärken. Deshalb bleiben die Angebote herkunftssprachlichen Un-
576 terrichts weiter unverzichtbar, die mehr als bisher in ein Gesamtkonzept der Mehrspra-
577 chigkeit integriert werden müssen. Wir brauchen eine Stärkung der Aus- und Fortbildung
578 für interkulturelle Bildung und Erziehung sowie durchgängige Sprachbildung in allen Fä-
579 chern im Zeichen der Mehrsprachigkeit. Unser Ziel ist eine sprachensible Unterrichts-
580 und Schulentwicklung, die die Schüler*innen mit ihren jeweiligen sprachlichen Ressour-
581 cen und ihrem täglichen Erleben in den Vordergrund stellt und alle Sprachen der Kinder
582 und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzt.

583 Mit dem deutschen Sprachdiplom können insbesondere neu zugewanderte Jugendliche
584 ihre Sprachkompetenz auf dem Sprachniveau A2/B1 nachweisen. Das ist ein wichtiger Bei-
585 trag zur Erstintegration. Derzeit testen jeweils fünf bis sechs Schulen pro Bezirksregierung
586 dieses Angebot. Wir GRÜNE wollen das Angebot ausweiten und streben ein flächendecken-
587 des Angebot für alle Schulen in NRW an.

588 Wir GRÜNE wollen, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund ein Lehramts-
589 studium beginnen und erfolgreich abschließen. Wir werden das Netzwerk der Lehrkräfte
590 mit Zuwanderungsgeschichte stärker unterstützen.

591 Wir GRÜNE wollen die Kompetenzteams für Lehrerfortbildung, die 53 Kommunalen Inte-
592 grationszentren vor Ort und die „Landesweite Koordinierungsstelle Kommunaler Integra-
593 tionszentren“ (LaKI) stärken und weiterentwickeln.

594 Die Eltern einzubeziehen ist für gelingende Integration enorm wichtig. Wir wollen sie für
595 Elternmitwirkung gewinnen und gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen für pass-
596 genaue Qualifizierungsangebote sorgen. Das auf unsere Initiative mit FESCH, Elternnetz-
597 werk und Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte aufgelegte Pilotprojekt soll ausgebaut
598 und in die Fläche übertragen werden

599 **Inklusion / Schrittweise zum inklusiven Schulsystem**

600 Wir GRÜNE teilen aus Überzeugung das Ziel der Vereinten Nationen, ein inklusives Schul-
601 system aufzubauen. Wir wollen eine Schule, in der alle Kinder willkommen und in der auch
602 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf qualifiziert unterstützt werden. Deshalb
603 wollen wir auch nach 2017 die Inklusion auf der Grundlage der UN-Behindertenkonvention
604 schrittweise, aber konsequent weiterführen und die Schulen und Schulträger dabei wirk-
605 sam unterstützen.

606 Der Prozess der Inklusion ist eine Generationenaufgabe, und er stellt hohe Anforderungen
607 an Lehr- und Fachkräfte und die Schulen. Wir erleben aber auch, dass die meisten Schulen,

608 die sich auf diesen Weg begeben, nicht mehr zurück wollen. Das bestärkt uns GRÜNE in
609 unserer Vision einer Schule, in der alle Kinder willkommen sind.

610 Wir GRÜNE wollen für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems mehr multiprofessionel-
611 les Personal und deren Einbettung in das Team der Schule ermöglichen.

612 Wir werden den Prozess der Inklusion weiter fortlaufend evaluieren und bei Bedarf nach-
613 steuern. Dinge, die sich gut entwickelt haben, z.B. Beratungs- und Unterstützungsansätze
614 wie bei den Beratungshäusern oder dem Coaching-Modell von mittendrin e.V., wollen wir
615 in die Fläche bringen, damit das ganze Land davon profitieren kann. Wir werden uns auf
616 Bundesebene dafür einsetzen, dass therapeutische Maßnahmen auch in der Schule statt-
617 finden dürfen, damit Eltern und Kindern unnötige Fahrten und ein zeitlicher Mehraufwand
618 erspart bleiben. .

619 Chronisch (somatisch und psychisch) erkrankte Schülerinnen und Schüler müssen wir stär-
620 ker individuell und systemisch unterstützen, damit ihre Teilhabe am Unterricht der allge-
621 meinen Schulen dauerhaft gelingen kann. Wir wollen die Schulen für Kranke mit ihren in-
622 klusiven Kompetenzen weiterentwickeln und die Vernetzung mit den Stammschulen stär-
623 ken. Sie sollen auch stärker beim Wiedereingliederungsprozess in die allgemeine Schule
624 eingebunden werden.

625 **Grundschule / Philosophie in der Grundschule einführen**

626 Die Religions- und Konfessionszugehörigkeiten auch der Grundschüler*innen in NRW sind
627 im Wandel. Sie werden immer heterogener und die Anzahl der konfessionell gebunden
628 Schüler*innen nimmt kontinuierlich ab. Deswegen wollen wir in Ergänzung zum bekennt-
629 nisorientierten Religionsunterricht das Fach Philosophieren mit Kindern in der Grundschu-
630 le einführen, damit sich Kinder mit Sinn-, existentiellen und Wertefragen außerhalb eines
631 bekenntnisorientierten Unterrichts auseinandersetzen können.

632 Wenn Eltern ihre Kinder später einschulen wollen, brauchen sie dafür ein ärztliches Gut-
633 achten. Als alleiniges Kriterium ist dies zu starr. Wir wollen, dass die Grundschulleitungen
634 in Beratung mit den Eltern und der Kita über die Aufnahme in die Schule kindgerecht
635 entscheiden können.

636 **Ganztag / Ausbau und Qualität des Ganztags sichern**

637 Der Offene Ganztag in der Grundschule und der gebundene in der Sekundarstufe I sind
638 deutlich und bedarfsgerecht ausgebaut worden. Diesen Ausbau wollen wir weiter fördern.
639 Außerdem wollen wir die Qualität der Ganztagsangebote verbindlicher festlegen und si-
640 chern.

641 Wir wollen das Erfolgsprojekt Offene Ganztagschule weiterentwickeln und Schulen, frei-
642 en Trägern und Kommunen die Möglichkeit geben, über den ganzen Tag strukturierte und
643 rhythmisierte Angebote sicherzustellen, insbesondere durch eine gesicherte Finanzierung

644 von Vollzeitstellen sozialpädagogischen Personals. So können Lehrkräfte und sozialpäd-
645 agogische Fachkräfte auf Augenhöhe zusammenarbeiten und die individuelle Förderung
646 für alle Kinder erweitern.

647 Je mehr Kinder teilnehmen, umso eher entstehen auch Ganztagszüge und Ganztagsklas-
648 sen, sodass ein strukturierter offener Ganzttag die Vorteile offener und gebundener Formen
649 des Ganztags in sich vereinigt.

650 In der Sekundarstufe I werden wir weiterhin den Ganzttag bedarfsgerecht ausbauen, die
651 Spielräume für die Kapitalisierung zur Mitwirkung außerschulischer Partner erhöhen. Dar-
652 über hinaus wollen wir den Schulen mehr Mittel für flexible Angebote außerhalb eines
653 gebundenen Ganztags zur Verfügung stellen.

654 Mittelfristig ist es unser Ziel, auch den Offenen Ganzttag für alle Eltern beitragsfrei zu
655 gestalten.

656 Wir GRÜNE wollen die neue Anerkennungskultur der außerschulischen Bildung in der
657 Schule stärken. Davon profitieren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, aber auch
658 Schule und ihre außerschulischen Partner*innen. Sie müssen auf Augenhöhe zusammen-
659 arbeiten, um Nachmittagsunterricht, schulische Ganztagsangebote, außerschulische An-
660 gebote und Freizeit der Schüler*innen in Einklang zu bringen. Schulen sollen das soziale,
661 kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger Menschen würdigen. Da-
662 zu wollen wir die Möglichkeiten zur Anerkennung und Freistellung für außerschulische
663 Aktivitäten in Schulen aktiv befördern. Damit werden Schüler*innen auch ermutigt und
664 bestärkt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

665 **Unterrichtsversorgung**

666 Unterrichtsausfall ist in Schule immer ein Thema und wird sich nie völlig vermeiden las-
667 sen. Wir wollen eine Erfassung des Unterrichtsausfalls, die ein vollständigeres Bild von
668 Unterrichtsausfall ermöglicht, ohne die Schulen übermäßig mit Verwaltungsarbeit zu be-
669 lasten.

670 Ausdrücklich sind Projektwochen, pädagogisch sinnvolle Klassenfahrten, Besuche von Mu-
671 seen oder Erinnerungsstätten Lernen in besonderer Form u.a. nicht als Unterrichtsausfall
672 zu werten. Wir werden die Schulen weiterhin dabei unterstützen, geeignete Konzeptionen
673 zu entwickeln, um Unterrichtsausfall so weit wie möglich zu vermeiden. Dies gilt auch
674 bezogen auf die Bedarfe der Sonderpädagogik. Die Verringerung von strukturellem Unter-
675 richtsausfall ist für uns GRÜNE eine Daueraufgabe.

676 Wir werden den erreichten massiven Ausbau der Stellen entsprechend den Bedarfen si-
677 chern und fortsetzen.

678 **Demokratie und Vielfalt / Demokratie und Vielfalt in Schule erler- 679 nen und erleben**

680 Schule als Lebens- und Lernort ist auch der Bereich, in dem Demokratie erlernt und gelebt
681 werden kann. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie

682 und andere menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue bekämpft
683 werden. Demokratisches Denken und Handeln muss von Kindesbeinen erlernt und immer
684 wieder anschaulich erfahren und neu gestaltet werden.

685 Deshalb werden wir auch weiterhin die demokratische Bildung in den Schulen stärken
686 und ausbauen und uns noch stärker dem demokratischen Erleben und Erfahren widmen.
687 Wir GRÜNE wollen über die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz hinaus die
688 Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern weiter verbessern.

689 Die Drittelparität soll sich auch in anderen Gremien abbilden können. Wir wollen die Par-
690 tizipation der Schüler*innen auf allen Ebenen – von der Grundschule an – stärken und
691 altersgerecht ausweiten.

692 Elternmitwirkung wollen wir auf der kommunalen und Landesebene stärken. Mit der ersten
693 Elternkonferenz auf Landesebene haben wir diesen Prozess eingeleitet.

694 Wir werden die Bildungskonferenz als bundesweit prägendes Instrument der Beteiligung
695 in der Bildungspolitik fortführen.

696 Mit Programmen wie Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Schule der Viel-
697 falt Schule ohne Homophobie“, „Bildungspartnerschaften Schule – Gedenkstätten, Archi-
698 ve, Museen“, „Demokratisch Handeln“ und „Grundlagentraining Kinderrechte“ werden auch
699 gesellschaftliche Themen in der Schule gelebt. Sie sollen gestärkt und weiterentwickelt
700 werden. Es bewährt sich, wenn politische und historische Bildung im Unterricht und in
701 außerunterrichtlichen Projekten gut aufeinander abgestimmt werden.

702 Bei der Ausbildung von Lehrkräften soll in Zukunft auf eine angemessene Sensibilisierung
703 für die unterschiedlichen Identitäten von Schüler*innen geachtet werden, um gezielter
704 gegen Diskriminierung vorzugehen.

705 Die derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen erfordern zusätzliche personelle und
706 finanzielle Ressourcen für die politische Bildung, natürlich auf Bundesebene, aber auch
707 in NRW. Politische Bildung soll zielgruppenspezifischer als bisher möglichst alle gesell-
708 schaftlichen Gruppen, von einheimisch bis zugewandert erreichen. Hierzu sollen vorhan-
709 dene Konzepte politischer Bildung von Schule bis Weiterbildung weiterentwickelt und mit
710 den Angeboten der Landeszentrale für politische Bildung verknüpft werden. Ziel soll es
711 sein, dass Bürger*innen sich in einer komplexer werdenden globalisierten Welt und Un-
712 mengen an Informationen zurechtfinden, sich ein begründetes Werturteil zu Sachverhalten
713 bilden können und demokratisch handlungsfähig sind. Deshalb werden wir die Arbeit der
714 Landeszentrale für politische Bildung ausbauen. Darüber hinaus wollen wir einen breiten
715 Beteiligungsprozess unterschiedlicher Akteure zur Weiterentwicklung des von uns auf den
716 Weg gebrachten „Landeskonzeptes Erinnerungskultur“ initiieren. Dazu gehören auch die
717 Gedenkstätten und weitere außerschulische Lernorte.

718 Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch ausbauen

719 Bildung als Schlüssel für nachhaltiges Handeln ist bereits weltweit anerkannt. Um daher
720 die Gestaltungskompetenz für nachhaltiges Handeln auszubauen, stärken wir Bildungsein-
721 richtungen, in denen Schüler*innen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen,
722 wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung glo-
723 baler Aspekte, demokratischer Prinzipien und kultureller Vielfalt zu befähigen sind.

724 So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, sozialer Zusammenhalt und glo-
725 bales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden. Dieser Bildungsan-
726 satz erfolgt angefangen von Kitas bis zu den Hochschulen und der Weiterbildung; BNE
727 muss daher innerhalb der Strukturen des Bildungswesens für Akteur*innen deutlicher er-
728 kennbar werden.

729 Wir werden BNE auch im außerschulischen Bereich stärken. Die von uns initiierte Rah-
730 menvorgabe Verbraucherbildung ist der erste Schritt dazu. Für die vielen engagierten Bil-
731 dungszentren im Land und die zahlreichen Bildungsinitiativen wollen wir neue Finanzie-
732 rungsperspektiven entwickeln, da so die flächendeckende Verankerung von Bildung für
733 nachhaltige Entwicklung im Land abgesichert werden kann. Auch die BNE-Zertifizierung
734 von Bildungseinrichtungen werden wir vorantreiben.

735 Damit mehr Kommunen BNE-Kommunen werden, wollen wir eine Beratungs- und Unter-
736 stützungsstruktur fördern.

737 Digitalisierung / Bildungsoffensive für das Lernen in der digitalen 738 Welt

739 Die Digitale Transformation durchdringt alle Lebensbereiche und verändert Wirtschaft und
740 Gesellschaft. Digitale Kompetenzen sind unverzichtbar, auch um Prozesse zu verstehen
741 und hinterfragen zu können. Daher arbeiten wir in Nordrhein-Westfalen an einer Bildungs-
742 offensive für das Lernen in der digitalen Welt. Auch dabei gilt: Im Mittelpunkt stehen die
743 Kinder und Jugendlichen. Es geht nicht darum, Schulen zu digitalisieren, sondern Schulen
744 zu Lernräumen zu machen, die auf ein Leben (und Arbeiten) in der durch Digitalisierung
745 geprägten Welt vorbereiten. Wir GRÜNE wollen weiterhin die Schulen auf diesem Weg
746 unterstützen und begleiten.

747 Dazu arbeiten wir an einem Gesamtmodell, in dem digitale Medien, digitale Infrastruktur,
748 Medienpädagogik, Qualifizierung als Einheit gedacht werden. Bund, Länder und Kommu-
749 nen müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen und miteinander kooperieren.

750 Wir GRÜNE wollen eine moderne und transparente Lernumgebung für Schüler, Eltern und
751 Lehrer, die mit Hilfe von digitalen Plattformen wie z.B. Logineo, Moodle usw. umgesetzt
752 werden soll. Durch die kostenlose Bereitstellung dieser Software und einer umfassenden
753 Fortbildung soll eine moderne und transparente Lernumgebung in allen Schulen in NRW
754 geschaffen werden.

755 Wir werden den verstärkten Einsatz freier Software an den Schulen im Sinne von Open
756 Educational Resources unterstützen.

757 Wir brauchen eine digitale Offensive in den Schulen. Digitale Endgeräte sollen im Schul-
758 Alltag selbstverständlich werden. Informatik als Wahlpflichtfach oder als IT-Grundbildung
759 ergibt Sinn, damit Lernen im digitalen Wandel als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden
760 kann. Dazu soll der Medienpass verbindlich werden und um informatorische Kompeten-
761 zen erweitert werden. Dieser Weg erfordert eine Fortbildungsoffensive für die Lehrkräfte.
762 Es ist entscheidend, ob wir Kindern und Jugendlichen ermöglichen, digitale Systeme mit-
763 tels Codes und Algorithmen, Schaltkreisarchitektur und Vernetzung planvoll zu erschaffen

764 und zu verändern und in der digital geprägten Welt kommunikativ, kooperativ, kreativ und
765 kritisch reflektierend teilzuhaben

766 Das Lernen in der digitalen Welt erfordert natürlich auch entsprechende Infrastruktur in
767 den Schulen. Wir werden die Kommunen als Schulträger dabei weiterhin aktiv unterstüt-
768 zen. Deshalb wollen wir etwa ermöglichen, dass digitale Medien im Rahmen der Lernmit-
769 telbereitstellung und Lernmittelbeschaffung anerkannt werden.

770 **Selbstständige Schule / Mehr Selbstständigkeit wagen**

771 Von der Entwicklung des Modellvorhabens Selbstständige Schule haben viele Schulen in
772 ihrer Schulentwicklung profitiert. Daran wollen wir nach 2017 anknüpfen und eine neue
773 Offensive für mehr Selbstständigkeit starten. Dabei soll vom Grundsatz her keine Frage von
774 vornherein ausgeklammert werden. Es geht um Budgetverwaltung, Personalverantwor-
775 tung, mehr Entscheidungsmöglichkeiten über multiprofessionelle Teams. Schulen sollen
776 als selbstständige Schulen darüber entscheiden, wen sie einstellen, wie sie den Unterricht
777 organisieren und gestalten, wie die Stundentafel und das Differenzierungsangebot ausse-
778 hen und ob und auf welche Weise sie Lerngruppen bilden. Gleichzeitig muss sichergestellt
779 sein, dass alle Landesteile gut versorgt werden.

780 Angesichts der vielen und von Schule zu Schule verschiedenen Herausforderungen wol-
781 len wir auch das Fortbildungsbudget der Schulen erhöhen, über das sie selbstständig vor
782 Ort entscheiden können. Hierzu werden wir die vorhandenen Fortbildungsmaßnahmen
783 ausbauen und inhaltlich weiterentwickeln.

784 **Strukturfragen / Längeres gemeinsames Lernen weiter ausbau-** 785 **en**

786 Die Frage der Schulstruktur ist durch den Schulkonsens bis 2023 beantwortet. Im Rah-
787 men dieses Konsenses setzen wir GRÜNE uns dafür ein, weiterhin die Gründung von neu-
788 en Schulen des gemeinsamen Lernens zu unterstützen. Zudem werden wir die gesamte
789 Schulentwicklung wie vereinbart evaluieren, um notwendige Entscheidungen rechtzeitig
790 treffen zu können. Unser Ziel ist und bleibt dabei ein Schulsystem, das nicht aussondert,
791 sondern in dem Kinder gemeinsam lernen.

792 Die Schullandschaft hat sich verändert. Dadurch wandelt sich auch die Rolle der Schul-
793 aufsicht Wir brauchen eine Aufgabenklärung für die untere und obere Schulaufsicht und
794 sich daraus ergebende fachliche und strukturelle Veränderungen. Ziel ist es, eine gute
795 Begleitung und Unterstützung der Schulen bei ihren Schulentwicklungsprozessen zu ge-
796 währleisten.

797 Schulen in freier Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlich verantworteten Schulwesens.
798 Sie können Impulsgeber für Schulentwicklung sein und müssen ihren Beitrag zu Chan-
799 cengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten. Die öffentliche Finanzierung
800 orientiert sich am Einhalten des Sonderungs- und Diskriminierungsverbots. Es darf keine
801 sozialen, kulturellen oder religiös motivierten Ausschlussgründe von den Bildungsange-
802 boten geben. Wir fördern die Vielfalt von Schulen, die Bildung ganzheitlich begreifen und

803 dazu beitragen, das Schulsystem sozial gerechter, inklusiver und damit leistungsstärker zu
804 machen. Der Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen auf einen wissenschaftlich
805 fundierten Unterricht muss eingelöst werden. Wir wollen die Versuchs- und Modellschulen
806 in NRW endlich aus ihrem Inseldasein befreien und ihren wissenschaftlich fundierten und
807 evaluierten Erfahrungsschatz für alle Schulen in NRW nutzbar machen.

808 Die Ausgangslage der Schulen für ihre pädagogische Arbeit ist sehr unterschiedlich. Dem
809 wollen wir gerecht werden und Ungleiches auch ungleich behandeln. Die auf der Grundla-
810 ge des Sozialindex vergebenen Stellen wollen wir ausweiten und die Kriterien der Vergabe
811 weiterentwickeln.

812 Anknüpfend an den Schulkonsens wollen wir umfassende Schulangebote in der Fläche
813 sichern, Teilstandorte stärken und die Umwandlung von Schulen auf der Grundlage eines
814 pädagogischen Konzeptes und einem Zweidrittel-Votum aller schulischen Gremien (Schul-
815 konferenz, Lehrerkonferenz und Schulpflegschaft) ermöglichen.

816 **Schulzeit / Mehr Individualisierung – Jedes Kind braucht seine** 817 **Zeit**

818 Wer die Kinder und das Ziel der bestmöglichen Bildung für alle in den Mittelpunkt rücken
819 will, muss von einer einfachen, immer wieder übersehenen Wahrheit ausgehen, die uns
820 GRÜNE leitet: „Jedes Kind ist anders, jedes Kind hat eigene Wege, und jedes Kind braucht
821 auch seine eigene Zeit.“

822 Wir GRÜNE wollen deshalb jedem Kind eine an seine individuellen Voraussetzungen an-
823 gepasste flexible Schulzeit ermöglichen. Den unproduktiven Streit über G8/G9 wollen wir
824 beenden.

825 Wir brauchen für die Debatte über die Schulzeit in Nordrhein-Westfalen eine neue Qualität
826 und eine neue Kultur. Die nächste Reform darf keine Reform sein, die sich an Organisati-
827 onsstrukturen orientiert. Die nächste Reform muss eine sein, die sich an den vielfältigen
828 Bedürfnissen der Kinder orientiert – und zwar nicht nur am Gymnasium, sondern in allen
829 Schulformen und für alle Schulabschlüsse.

830 Das bedeutet: Das Recht aller Kinder auf individuelle Förderung, wie es im NRW-
831 Schulgesetz festgelegt ist, muss auch zu einem Recht auf die individuelle Lernzeit wer-
832 den.

833 Die Grundschule mit der flexiblen Eingangsphase macht es vor – die Kinder können die
834 früheren ersten beiden Schuljahre heute in ein bis drei Jahren durchlaufen.

835 Diesen Reformansatz wollen wir für alle Schulen der Sekundarstufe I und II angemessen
836 entwickeln. Damit erhöhen wir die Durchlässigkeit des Systems und gewährleisten die
837 Mobilität der Schülerinnen und Schüler.

838 Wir fangen in Nordrhein-Westfalen dabei auch bei den weiterführenden Schulen nicht bei
839 Null an, denn das Prinzip der individuellen Förderung hat sich bereits an vielen Schulen
840 durchgesetzt. Eine individuelle, flexible Schullaufbahn ist da ein logischer nächster Schritt.
841 Unser Ansatz kann sukzessive und ohne Gesamtumbau umgesetzt werden. Im Übrigen sind

842 auch die vielen guten Entwicklungen an den Gymnasien, um die Kinder und Jugendlichen
843 im G8 zu entlasten, wertvolle und wichtige Etappen auf diesem Weg der individuellen
844 Förderung.

845 Es ist nicht wichtig, ob Kinder 12, 13, oder 14 Jahre in die Schule gehen. Wichtig ist, dass
846 alle Kinder gut lernen im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Wichtig ist
847 auch, dass sie den besten Abschluss schaffen, den sie jeweils individuell erreichen können
848 – was nicht bedeutet, dass alle Abitur machen werden.

849 Um den Schulen einen sanften Weg für diese Veränderung zu ermöglichen, wollen wir im
850 Schulgesetz eine Öffnungsklausel verankern, so dass die Schulen verschiedene Optionen
851 für die flexible individuelle Lernzeit bekommen. Das können etwa tägliche individuelle
852 Lernzeiten wie bei der Dalton-Pädagogik, zwei unterschiedlich lange Gymnasialzüge bis
853 zur Oberstufe entweder ab Klasse 6 oder 7 oder eine sogenannte Brückenklasse 10 sein.
854 Bei der zuletzt genannten Variante wird nach der 9. Klasse entschieden, ob Schüler*innen
855 direkt in Klasse 11 gehen, oder ein Brückenjahr brauchen.

856 Jedem Kind seine eigene Zeit – das ist unser Motto, dafür treten wir ein. G8/G9 war gestern
857 – individuelle flexible Schulzeit ist morgen.

858 **Schulfinanzen / Gerechte Bezahlung für Lehrkräfte und Koopera-** 859 **tionsgebot**

860 Schule ist mehr als Lernen und in Schulen arbeiten mehr als nur Lehrer*innen. Wir wol-
861 len mehr multiprofessionelles Personal in den Schulen und deshalb die rechtlichen und
862 finanziellen Möglichkeiten für Schulen erweitern, multiprofessionelle Teams zu bilden.
863 Z.B. Schulsozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen, Sonderpädagog*innen, Schulpsycho-
864 log*innen, Therapeut*innen aber auch Künstler*innen, Handwerker*innen oder Gesund-
865 heitsberater*innen können ein Schulteam bereichern und so die Schule für die Kinder und
866 Jugendlichen attraktiver gestalten.

867 Nachdem der Bund die Schulsozialarbeit nicht mehr weiterfinanziert hat, ist das Land ein-
868 gesprungen und hat die Kommunen dabei unterstützt, dieses gute Angebot für die Schulen
869 weiterführen zu können.

870 Bildungspolitik ist und bleibt Kernaufgabe der Länder. Allerdings muss der Bund wieder
871 die Möglichkeit haben, sich bei wichtigen bildungspolitischen Aufgaben engagieren zu
872 können, ohne absurde Hilfskonstruktionen schaffen zu müssen, wie etwa beim Bildungs-
873 und Teilhabepaket. Wir stehen mit der Inklusion, der Integration und dem weiteren Ausbau
874 des Ganztags vor großen Herausforderungen, die nicht allein bildungspolitischer Natur
875 sind, sondern sie sind handfeste Wirtschafts-, Sozial- und Integrationspolitik. Deshalb set-
876 zen wir uns weiterhin für ein Kooperationsgebot statt des absurden Kooperationsverbots
877 ein.

878 Wir wollen einen Bachelor Schulmanagement und eine Fortbildung zur Schulleitungsas-
879 sistenz entwickeln, um die Schulen und Lehrkräfte in der Verwaltungsarbeit dauerhaft zu
880 unterstützen und zu entlasten. So können sich die Lehrkräfte stärker auf ihre pädagogi-
881 schen Kernaufgaben konzentrieren. Wir wollen diese Unterstützung für die Schulleitungs-
882 arbeit und die Schulen systematisch und verlässlich auf den Weg bringen.

883 Die Besoldung und Bezahlung ist an mehreren Stellen ungerecht. Bislang werden Lehrkräf-
884 te an Grundschulen schlechter bezahlt als die an weiterführenden Schulen. Das wurde frü-
885 her mit der kürzeren Studiendauer für das Grundschullehramt begründet. Seit 2009 ist aber
886 die Studiendauer gleich. Deshalb müssen die Grundschullehrkräfte in Zukunft besser be-
887 zahlt werden und auch die Grundschulleitungen höhergestuft werden. Ebenso wollen wir
888 die Bezahlung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I angleichen. Für Fachlehrkräfte wollen
889 wir Weiterqualifizierungsmöglichkeiten schaffen. Auch zwischen verbeamteten und ange-
890 stellten Lehrkräften bestehen deutliche Ungerechtigkeiten, die in Zukunft tarifvertraglich
891 abgeschmolzen werden müssen.

892 Schule – das wollen wir GRÜNE:

- 893 • Das ganze Schulsystem weiter auf individuelle Förderung der Kinder und Jugendli-
894 chen ausrichten
- 895 • Öffnungsklausel im Schulgesetz, um individuelle Lernzeiten zu ermöglichen
- 896 • Längeres gemeinsames Lernen weiter befördern und besonders unterstützen
- 897 • Ganztag ausbauen und weiterentwickeln
- 898 • Innere Schulentwicklung und Selbstständigkeit der Schulen stärken
- 899 • Alltags- und Lebensgestaltungskompetenzen in der Schule verankern
- 900 • Beratung, Unterstützung und personelle Ausstattung der Schulen auf dem Weg zur
901 Inklusion ausbauen
- 902 • Mehr Multiprofessionalität in Schulen bringen
- 903 • Bessere Bezahlung für Grundschullehrer*innen und -leitungen, Angleichung in der
904 Sekundarstufe I
- 905 • Unterrichtsversorgung weiter verbessern durch Sicherung und bedarfsgerechten
906 Ausbau der Ressourcen
- 907 • Fortbildung stärken, vor allem für Inklusion und Integration, Digitales Lernen und
908 Demokratie, BNE und Verbraucherbildung.

909 Berufliche Bildung und Ausbildung

910 Berufliche Bildung und Ausbildung ist Voraussetzung für Teilhabe an und Teilhabegerech-
911 tigkeit in einer sich wandelnden Gesellschaft. Gesellschaftliche Teilhabe ist eine wichtige
912 Voraussetzung für eine zusammenwachsende und demokratische Gesellschaft. Berufliche
913 Bildung und Ausbildung gehört daher im Wesentlichen in öffentliche Hand. Ihre Lehrkräfte
914 sind entsprechend auszubilden.

915 Die Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe besonders dazu in der Lage wären, bilden
916 trotz zunehmendem Fachkräftebedarf nach wie vor zu wenig aus. Jugendliche brauchen
917 aber eine gute Ausbildung als Garant für die eigene berufliche Zukunft.

918 In NRW erhalten alle Schüler*innen ab der 8. Klasse mit „KAoA – Kein Abschluss ohne
919 Anschluss“ eine flächendeckende Berufsorientierung. Die Berufskollegs sind ein wichti-
920 ger Eckpfeiler des nordrhein-westfälischen Schulsystems. Schüler*innen können in den
921 Berufskollegs alle Schulabschlüsse erwerben bis hin zur allgemeinen Hochschulreife und
922 zum Bachelor in den Fachschulen. Sie bieten eine Vielfalt an Bildungsgängen und kön-
923 nen so den unterschiedlichen Voraussetzungen, die Jugendliche, Studienabbrecher*innen
924 und Umschüler*innen mitbringen, entsprechende Angebote machen. Sie spielen für die
925 regionalen Bildungslandschaften eine besondere Rolle.

926 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

927 Wir haben für junge Menschen den Weg in den Beruf erleichtert, indem wir systematisch
928 begonnen haben, Warteschleifen abzubauen, den Ausbildungskonsens geschlossen und
929 das Berufsorientierungskonzept „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) eingeführt ha-
930 ben.

931 Wir haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Unterrichtsversorgung und Lehrkräfte-
932 gewinnung der Berufskollegs zu sichern. So haben wir den Seiteneinstieg erleichtert. Die
933 Durchlässigkeit zwischen akademischer und dualer Ausbildung haben wir erhöht.

934 Mit den Produktionsschulen haben wir in NRW ein innovatives Konzept für Jugendliche
935 mit besonderem Förderbedarf eingeführt. Seit 2016 werden Produktionsschulen in allen
936 Regionen flächendeckend mit über 2.800 Plätzen landesweit angeboten. Sie bilden einen
937 festen Bestandteil in der KAoA-Struktur an der Nahtstelle zwischen Schule und Beruf und
938 sprechen vor allem die Jugendlichen an, die von den Regelsystemen in der Schule und der
939 Ausbildungsvorbereitung nicht erreicht werden.

940 **Übergang Schule und Beruf / Übergang zum Beruf weiter optimie-** 941 **ren**

942 Das Erfolgsmodell KAoA wollen wir qualitativ weiterentwickeln. Wir werden prüfen, ob
943 KAoA Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf gerecht wird. Diese Jugendli-
944 chen benötigen besondere Angebote der Berufsvorbereitung. Die eintägige Potenzialana-
945 lyse reicht hier nicht aus. Wir werden den Übergang anhand der gesammelten Erfahrungen
946 durch KAoA entsprechend der Bedarfe qualitativ weiterentwickeln.

947 Derzeit ist das Übergangssystem Schule / Beruf im Rahmen einer schulischen Begleitung
948 bis einschließlich Klasse 10 angelegt und konzipiert. In der Klasse 11 sollte ein weite-
949 rer Baustein ins KAoA-System eingebaut werden: eine „Berufsorientierung plus“ für Schü-
950 ler*innen auf dem Weg zum Abitur. Auch sie brauchen die Möglichkeiten, sich intensiv über
951 das Ausbildungssystem und Studiengänge zu informieren.

952 **Ausbildung und Berufliche Bildung / Berufskollegs weiterentwi-** 953 **ckeln, Ausbildungsplätze schaffen**

954 Die wichtige Arbeit der Berufskollegs an der Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung
955 wollen wir weiterhin fördern und begleiten. Wir werden die Vernetzung der Berufskollegs
956 untereinander und mit den Regionalen Bildungsnetzwerken ausbauen und weiterentwi-
957 ckeln. Wir werden dafür sorgen, dass Angebote des Berufskollegs auch weiterhin und dau-
958 erhaft in der Fläche vorhanden sind. Zudem werden wir die Berufskollegs auf dem Weg
959 zur Inklusion auch weiter intensiv begleiten und unterstützen.

960 Die Chancen beruflicher Karriere durch duale berufliche Bildung müssen Schüler*innen
961 und Eltern stärker verdeutlicht werden. Berufskollegs sollen sich zu regionalen Berufs-
962 bildungszentren, u.a. von der Erstausbildung bis zu Techniker*innen oder Meister*innen,
963 entwickeln. Berufliche und akademische Bildung muss durchlässiger werden, so gewinnt
964 die berufliche Bildung gerade auch in der Fläche an Attraktivität.

965 Es gibt in manchen Regionen und Berufen deutlich zu wenige Ausbildungsplätze. Die Un-
966 ternehmen müssen ihrer Pflicht stärker als bisher nachkommen, damit alle Jugendlichen
967 einen passenden Ausbildungsplatz finden können.

968 Nach wie vor gibt es in NRW zu wenige Ausbildungsplätze. Die freiwillige Selbstverpflich-
969 tung der Unternehmen greift nicht. Nur jeder vierte Betrieb in NRW bildet aus. Wir wollen
970 deshalb nach dem erfolgreichen Modell im Bereich der Altenpflegeausbildung auch in an-
971 deren Bereichen eine Ausbildungsplatzumlage einführen. Dabei zahlen Unternehmen in
972 einen Ausbildungsfonds ein, aus diesem werden betriebliche und vollzeitschulische Aus-
973 bildungsplätze finanziert. Wer ausbildet, erhält dann Geld aus diesem Fonds.

974 Um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, wollen wir aber auch
975 die außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten ausbauen. Dafür wollen wir Berufskol-
976 legs, Jugendhilfe und Kammern besser vernetzen.

977 Wir wollen, dass das Bundesprogramm „Assistierte Ausbildung“ in NRW besser bekannt
978 und genutzt wird, um weitere Zugänge und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen
979 zu schaffen.

980 Wir wollen den Produktionsschulansatz überprüfen und weiterentwickeln. Dazu soll ei-
981 ne Evaluation durchgeführt werden, deren Ergebnisse Grundlage für konzeptionelle Ver-
982 besserungen sein müssen. Zu überprüfen ist auch, inwieweit die zentralen Elemente des
983 ursprünglichen Produktionsschulansatzes (freiwillige Teilnahme, Zahlung eines Produkti-
984 onsschulentgeltes als Motivationsanreiz) in NRW realisiert sind oder noch realisiert wer-
985 den können. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Wirkungspotenziale des inno-
986 vativen Konzeptes auch zur vollen Entfaltung gelangen können.

987 Neben ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen wollen wir Konzepte für Verbundausbil-
988 dungen, bei denen sich mehrere Unternehmen und Bildungseinrichtungen für eine Aus-
989 bildung zusammenschließen, fördern.

990 Berufliche Bildung und Ausbildung – das wollen wir GRÜNE:

- 991 • Berufskollegs ausbauen und weiterentwickeln
- 992 • Systematische Berufsorientierung auch in der Oberstufe
- 993 • Mehr Ausbildungsplätze sichern und die Verbundausbildung fördern

994 Hochschule

995 Nordrhein-Westfalen hat die dichteste Hochschullandschaft in Europa. Die 72 Hochschu-
996 len, über 100 inner- und 50 außerhochschulischen Forschungseinrichtungen leisten gute,
997 teilweise national und international exzellente Forschung und Lehre. Hochschulen wirken
998 durch ihre Innovationskraft positiv auf Wirtschaft und Beschäftigung, Hochschulbildung
999 führt zu mehr Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben.

1000 Die schwarz-gelbe Hochschulpolitik war nicht maßgeblich an den Studierenden orien-
1001 tiert, sondern zu sehr von einem Leitbild unternehmerischer Hochschulen geprägt. Die
1002 Studiengebühren wirkten abschreckend auf potenzielle Studierende und belasteten ge-
1003 rade die finanziell schlechter gestellten Familien. CDU und FDP hatten noch keine aus-
1004 reichende Vorsorge für den doppelten Abiturjahrgang getroffen und auch nicht auf die
1005 steigende Studierneigung angemessen reagiert. Daher fehlten zahlreiche Studienplätze
1006 an den Hochschulen.

1007 Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz ist die CDU/FDP-Landesregierung weit über ihr Ziel hin-
1008 ausgeschossen. Es mangelte vor allem an einer ausreichenden Mitbestimmung an den
1009 Hochschulen, und ausgedünnte gesetzliche Regelungen führten zu unklaren Verhältnissen.
1010 Studium und Lehre haben sie zu sehr an den Lehrenden und viel zu wenig an den
1011 Lernenden ausgerichtet. CDU und FDP haben an den Hochschulen und Universitätsklinika
1012 einen großen Sanierungsstau hinterlassen. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen
1013 gerieten vor allem hinsichtlich der Befristungen und mangelnder Mitbestimmung des Per-
1014 sonals aus dem Ruder.

1015 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

1016 Insgesamt haben wir die Finanzierung der Hochschulen deutlich verbessert, die Mitbe-
1017 stimmung in den Hochschulen enorm gestärkt und die Studien- und Beschäftigungsbedin-
1018 gungen an den Hochschulen stark verbessert. Der Wissenschaftsetat lag 2016 mit mehr
1019 als 8,2 Milliarden Euro um 41 Prozent über dem des Jahres 2010. Die Ausgaben allein für
1020 die Hochschulen haben wir sogar um 59 Prozent erhöht.

1021 Nur die angestrebte Bund-Länder-Finanzierung der FernUniversität in Hagen ist bislang
1022 an der Verweigerungshaltung von Bund und einzelnen anderen Ländern gescheitert. Wir
1023 GRÜNE werden aber weiter für eine gesicherte Finanzierung dieser bundesweit bedeuten-
1024 den Hochschule kämpfen.

1025 Wir GRÜNE haben in der Landesregierung die Studiengebühren abgeschafft. Das Land
1026 stellt den Hochschulen seitdem „Qualitätsverbesserungsmittel“ zur Verbesserung der Qua-
1027 lität von Studium und Lehre bereit. Wir haben genügend Studienplätze bereitgestellt
1028 und die notwendigen zusätzlichen Studienplätze wegen des doppelten Abiturjahrgangs,
1029 der Aussetzung der Wehrpflicht und einer insgesamt gestiegenen Nachfrage finanziert.
1030 Die Hochschulen haben ihr „Soll“ sogar mehr als erfüllt. Im Hochschulpakt waren unter
1031 anderem 65.000 zusätzliche Masterstudienplätze, 2.000 zusätzliche Medizinstudienplät-
1032 ze und mehr Beratungsangebote enthalten. Jährlich 60 zusätzliche Medizinstudienplätze
1033 entstehen im Rahmen des von uns geförderten Kooperationsmodells zwischen der Ruhr-
1034 Universität Bochum und Kliniken in Ostwestfalen-Lippe. Damit wird in den nächsten Jah-
1035 ren die ärztliche Versorgung in der Region verbessert.

1036 Wir haben umgesetzt, was wir uns für die Weiterentwicklung des Hochschulgesetzes vor-
1037 genommen haben und es auf Mitbestimmung, gute Studienbedingungen, soziale Gerech-
1038 tigkeit und gesellschaftliche Verantwortung ausgerichtet. Dazu zählen vor allem: eine stär-
1039 kere Mitbestimmung aller Statusgruppen an den Hochschulen durch die Durchsetzung der
1040 Gruppenparität und der Stärkung der Senate, bessere Studienbedingungen, stärkere Inter-
1041 essenvertretungen für Studierende, mehr gesellschaftliche und ethische Verantwortung,
1042 mehr Transparenz, eine bessere Landesplanung und geschlechtergerechte Hochschulen.
1043 Die beinhaltetete Gleichstellungsquote, basierend auf dem Kaskadenmodell, zielt darauf ab,
1044 dass sich in Zukunft der Frauenanteil bei Professuren erhöht.

1045 Studium und Lehre sind endlich an den Studierenden ausgerichtet. Mit dem Hochschulzu-
1046 kunftsgesetz müssen die Hochschulen ihren Studierenden die bestmöglichen Studienbe-
1047 dingungen bieten. Die Student*innen haben ein größeres Mitspracherecht bei Prüfungs-
1048 ordnungen, der Prüfungsbelastung können Grenzen gesetzt werden. Es gibt keine allge-
1049 meine Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen mehr, aber dafür ein Teilzeitstudium.
1050 Der Übergang vom Bachelor- in das Masterstudium ist leichter geworden. Wir haben die
1051 Möglichkeit geschaffen, die Senate gruppenparitätisch zu besetzen, um die Studierenden
1052 und Beschäftigten zu stärken. Sie können nun selbst die Studienbedingungen weiter ver-
1053 bessern.

1054 Durch den Ausbau der Hochschulen, eine stärker an den Studierenden orientierte Lehre,
1055 die Abschaffung der Studiengebühren und weitere Maßnahmen hat sich die Zahl der Stu-
1056 dierenden um über 240.000 gegenüber 2010 erhöht. Mit über 750.000 Studierenden ist
1057 NRW das attraktivste Studienland bundesweit.

1058 Wir GRÜNE haben für die Beschäftigtengruppen an den Hochschulen viel erreicht. Familie
1059 und Beruf sind besser vereinbar, befristete Arbeitsverträge haben wir reduziert und die
1060 Personalvertretung verstärkt.

1061 Die wichtige Sanierung von Hochschulen und Universitätskliniken haben wir ermöglicht.
1062 Mindestens bis 2019 bleiben die jährlich 107 Millionen Euro Hochschulbaumittel des Bun-
1063 des erhalten. Das Hochschulbaumodernisierungsprogramm wurde durch das Hochschul-
1064 baukonsolidierungsprogramm abgelöst. Zusätzlich wurde mit einem weiteren Milliarden-
1065 programm die Sanierung der Universitätskliniken vorangetrieben.

1066 Hochschulfinanzierung / Hochschulen zukunftsfest machen

1067 Wir GRÜNE wollen die Hochschulen weiter gut finanzieren und wo notwendig ausbauen
1068 und verbessern. Wir wollen Lehre und Forschung an allen Hochschulen auf hohem Ni-
1069 veau möglich machen. Ein neues Finanzierungssystem muss die Mittel für die Hochschulen
1070 nach klaren und vergleichbaren Indikatoren verteilen, statt die historisch bedingten unter-
1071 schiedlichen Zuweisungen fortzuführen. Darüber hinaus soll der Anteil zeitlich begrenzter
1072 staatlicher Drittmittel reduziert und im Gegenzug das Budget für die Grundfinanzierung
1073 erhöht werden. Der Bund muss den Ländern die Möglichkeit bieten, zusätzliche Mittel in
1074 die Grundfinanzierung investieren zu können.

1075 Wir wollen die „Infrastrukturen des Wissens“ unseres NRW-Wissenschafts- und For-
1076 schungssystems modernisieren und ausbauen, um die Bauten und Ausstattung der NRW-
1077 Hochschulen allerorts auf die Höhe der Zeit zu bringen: von Hörsälen bis zu Bibliotheken,
1078 von den digitalen Infrastrukturen bis zur Studienplatzvergabe, von den Forschungsgerä-
1079 ten und Core Facilities bis zu den Wohnheimplätzen. Dabei müssen ökologische Aspekte,
1080 innovative Raumkonzepte und Barrierefreiheit eine maßgebliche Rolle spielen.

1081 Dafür muss NRW endlich ausreichend und dauerhaft Mittel vom Bund erhalten.

1082 Die Anwendung der mit dem Hochschulzukunftsgesetz eingeführten Zivilklausel an den
1083 Hochschulen wollen wir im Blick behalten. Die Drittmittelvergabe an Hochschulen muss
1084 größtmöglich transparent sein, damit mögliche Einflüsse auf Forschung und Lehre sicht-
1085 bar werden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen in NRW leisten einen wichtigen
1086 Beitrag in den Bereichen Frieden, internationale Beziehungen und Eine Welt. Wir wollen
1087 die wissenschaftlichen Einrichtungen, die in diesen Bereichen forschen und lehren, stär-
1088 ker finanziell unterstützen und ihnen helfen sich untereinander zu vernetzen. Von einem
1089 solchen Netzwerk versprechen wir uns positive Synergieeffekte für die Region und global
1090 gesehen.

1091 Für die bundesweit bedeutende FernUniversität in Hagen wollen wir endlich eine Bund-
1092 Länder-Finanzierung erreichen, die die Ausgaben für die größte deutsche Hochschule ge-
1093 recht verteilt. Nur ein Drittel der Studierenden der FernUniversität kommt aus NRW, aber
1094 das Land trägt zwei Drittel der Ausgaben. Der Bund und die anderen Länder dürfen sich
1095 nicht weiterhin verweigern.

1096 Statt nur wenige „internationale Spitzenuniversitäten“ zu fördern, sollen sich die Hoch-
1097 schulen in der Breite mit ihren jeweiligen Stärken profilieren können. Das betrifft insbe-
1098 sondere die Ausgestaltung von Bundes- und Bund-Länder-Programmen.

1099 Studieren / Klare Absage an Studiengebühren

1100 Wer studieren will, soll einen Studienplatz mit guten Studienbedingungen bekommen kön-
1101 nen. Bisher unterstützen Bund und Länder die starke Nachfrage nach Studienplätzen mit
1102 dem Hochschulpakt, der allerdings 2020 endet. Da der Studierenden-Boom im kommen-
1103 den Jahrzehnt nicht abebbt, soll sich NRW dafür einsetzen, dass der Hochschulpakt dau-
1104 erhaft fortgeführt und dann auch Masterstudienplätze finanziert. Die Ausgaben pro Studi-
1105 enplatz wollen wir auf OECD-Durchschnitt anheben.

1106 Wir wollen die Umsetzung des bundesweiten Programms „Dialogorientiertes Servicever-
1107 fahren“ weiter unterstützen. NRW ist hier bereits beispielhaft vorangegangen, damit künf-
1108 tig Studienplätze effektiver vergeben werden können und weniger Studienplätze unbe-
1109 setzt bleiben.

1110 Langfristig wollen wir, dass jede*r Bachelor-Absolvent*in sein* ihr Studium im Master
1111 fortsetzen kann. Die Einführung eines rechtsverbindlichen Anspruches streben wir da-
1112 her an. Insbesondere im Lehramtsstudium ist ein Masterstudium für die spätere Berufs-
1113 ausübung zwingend nötig. Deshalb wollen wir zusammen mit den Hochschulen ein Mo-
1114 dell für die kombinierte Zulassung im Lehramtsstudium ermöglichen, damit Bachelor-
1115 Absolvent*innen auch einen Masterplatz am gleichen Studienort zugesichert bekom-
1116 men.

1117 Das Interesse an einem Studium an einer Fachhochschule in NRW steigt weiterhin an. Da-
1118 her müssen die Kapazitäten an den Fachhochschulen erhöht werden. Über das im Hoch-
1119 schulgesetz verankerte Graduierteninstitut und über eine Experimentierklausel soll das
1120 eigenständige Promotionsrecht für die Fachhochschulen erprobt werden.

1121 Hochschulen sollten der zentrale Ort einer Bürgergesellschaft sein, die Gesellschaft, Wis-
1122 senschaft und Politik enger zusammenführt und sich verstärkt an den großen Herausforde-
1123 rungen unserer Zeit orientiert. Mit einer besseren Geschlechtergerechtigkeit an Hochschu-
1124 len, hochschultypengerechten Karrierewegen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, we-
1125 niger Studienabbrüchen und einer Integration von Flüchtlingen durch Hochschulbildung
1126 können junge Menschen ihre vielfältigen Potenziale besser entfalten. Davon profitieren
1127 Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Deshalb wollen wir die Qualität der Leh-
1128 re erhöhen, indem wir das voneinander-Lernen stärken und sich die Hochschulen besser
1129 koordinieren, vor allem im Bereich der pädagogischen Qualifikation und der Digitalisie-
1130 rung.

1131 Wir GRÜNEN möchten den Erfolg von Studierenden aus bildungsfernen Familien verstärkt
1132 fördern und dazu Unterstützungsprogramme an den Hochschulen ausbauen. Wir wollen
1133 die neu geschaffenen Möglichkeiten eines Teilzeitstudiums und eines Studiums ohne Ab-
1134 itur in NRW stärker bewerben und fördern.

1135 Junge Menschen sollen ihre beruflichen Fähigkeiten und Talente unabhängig von der so-
1136 zialen Herkunft entfalten können. Mit der Errichtung des „NRW-Zentrums für Talentför-
1137 derung“ im Ruhrgebiet haben wir eine wichtige Förderstruktur geschaffen, die mit Hil-
1138 fe von fachlich versierten Talentscouts schon vielen jungen Menschen den Weg in eine
1139 erfolgreiche beruflich-akademische Ausbildung geebnet hat. Wir unterstützen daher die
1140 Ausweitung dieses Programms auf ganz NRW.

1141 Wir wollen die notwendigen Kapazitäten bei der islamischen Theologie durch einen Aus-
1142 bau der Lehrstühle sicherstellen. Wir wollen ebenfalls die Einrichtung eines Lehrstuhls
1143 für Alevitische Theologie fördern. Der Ausbau der Religionslehre an den Hochschulen soll
1144 möglichst mit Unterstützung des Bundes erfolgen.

1145 Studiengebühren erteilen wir eine klare Absage. Das Land wird den Hochschulen dafür
1146 dauerhaft mehr Landesmittel zur Verfügung stellen.

1147 **Studierendenwerke / Studentischen Wohnraum schaffen und** 1148 **Studierendenwerke stärken**

1149 In vielen Universitätsstädten werden die Studierende mit immer steigenden Mieten, einem
1150 angespanntem Wohnungsmarkt und hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert. Gerade für
1151 Studienanfänger*innen ist das eine erste große Hürde. Die Studierendenwerke tragen zu
1152 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit bei. Mit bezahlbarem Wohnraum, Mittagessen
1153 zum kleinen Preis, schnellen BAföG-Entscheidungen, Sozialberatung und Kinderbetreuung
1154 leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Für diese wichtige Arbeit
1155 wollen wir die Grundfinanzierung der Studierendenwerke erhöhen.

1156 Wir brauchen zudem ein Bündnis für studentisches Wohnen, an dem alle wichtigen Akteure
1157 beteiligt sind. Darüber hinaus bedarf es eines Sonderprogramms, um schnell den Bau von
1158 bezahlbarem Wohnraum für Studierende zu sichern. Der Bund muss hierzu einen Beitrag
1159 leisten.

1160 Ein angemessener Teil des Wohnraums muss barrierefrei und rollstuhlgerecht gestaltet
1161 sein, insbesondere wenn geplant ist, dass bei sinkendem Bedarf durch Studierende andere
1162 Personengruppen diesen Wohnraum nutzen sollen, wozu ebenfalls eine hohe Grundriss-
1163 und Bauteilflexibilität gehören.

1164 Wir wollen Sonderfonds für nachhaltige Sanierung der Studierendenwohnheime sowie
1165 für Neubau an Orten, in denen besonders Mangel an Wohnheimplätzen besteht, einrich-
1166 ten. Hier müssen auch weiterhin kurzfristig gute und kreative Lösungen gefunden werden!
1167 Daher wollen wir, dass die Studierendenwerke, die Kommunen und die Ministerien weiter
1168 gemeinsam daran arbeiten, Handlungsmöglichkeiten optimal auszunutzen und Neubau-
1169 bauflächen oder Umwidmungsmöglichkeiten bereitzustellen.

1170 **Hochschulzukunftsgesetz / Autonome und verantwortungsvolle** 1171 **Hochschulen**

1172 Die Autonomie der Hochschulen wollen wir wahren. Der Staat muss weiterhin auf Fach-
1173 aufsicht und Detailsteuerung verzichten, dabei aber einen klaren gesetzlichen Rahmen
1174 setzen. Er muss weiterhin die strategisch wichtigen Ziele aufstellen, die die Hochschulen
1175 ausfüllen. Die Hochschulen müssen ihrer Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft
1176 gerecht werden.

1177 Das Hochschulzukunftsgesetz hat die Rahmenbedingungen für die Hochschulen geschaf-
1178 fen, um die Studienbedingungen und -chancen für junge Menschen zu verbessern. Die
1179 vorhandenen Instrumente müssen intensiver genutzt, wo nötig weiter ausgebaut und ge-
1180 gebenenfalls weiterentwickelt werden, auch um die Zahl der Studienabbrüche zu verrin-
1181 gern. Um die Geschlechtergleichstellung weiter zu verbessern, wollen wir erreichen, dass
1182 der Bund das Wissenschaftszeitvertragsgesetz erneut reformiert.

1183 Beschäftigte / Echte Perspektiven für den wissenschaftlichen 1184 Nachwuchs

1185 Guter wissenschaftlicher Nachwuchs ist wichtig für Wissenschaft, Wirtschaft und Ge-
1186 sellschaft. Viele unterschiedliche Karrierewege an Fachhochschulen, Universitäten sowie
1187 Kunst- und Musikhochschulen sind dazu möglich. Wir wollen die passenden Strukturen
1188 und Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, dabei muss
1189 der Bund die Länder mehr unterstützen.

1190 Wir wollen die Umsetzung des Rahmenkodex bzw. Vertrags für gute Beschäftigungsbe-
1191 dingungen aktiv begleiten und wo notwendig an der Weiterentwicklung mitwirken. Für
1192 das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fordern wir eine Mindestzeitlaufzeit von zwei Jahren
1193 für die Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen auf Qualifikationsstel-
1194 len, die Abschaffung der Tarifsperrung – damit ein Wissenschaftstarifvertrag möglich wird -,
1195 die den Sozialpartnern die tarifvertragliche Vereinbarung von vom Gesetz abweichenden
1196 Befristungsregeln untersagt sowie die Aufnahme von Betreuungsvereinbarungen.

1197 Promovierende, die einer anderen ordentlichen Beschäftigung nachgehen, haben oft Pro-
1198 bleme, die Anforderungen an die Promotion zu erfüllen. Wir wollen für eine bessere Verein-
1199 barkeit von Promotion und Berufstätigkeit sorgen, ohne dass die wissenschaftliche Quali-
1200 tät darunter leidet.

1201 Wir wollen die Beschäftigungssituation der Lehrbeauftragten an den Kunst- und Musik-
1202 hochschulen verbessern. Sie erbringen momentan etwa die Hälfte der Lehrleistung und
1203 erhalten damit die Vielfältigkeit der künstlerischen und musikalischen Hochschulausbil-
1204 dung. Dennoch befinden sie sich mit ihren Lehraufträgen in einer schwierigen beruflichen
1205 Lage. Wir wollen für sie mehr Stellen im Mittelbau schaffen.

1206 Die Einstellung insbesondere von Hilfskräften bindet an den Universitäten enorme Zeit
1207 in unnötiger Verwaltungsarbeit. Oft müssen Beschäftigte seitenweise die gleichen Akten
1208 immer wieder neu einreichen. Dies lässt sich über technische Wege leicht vereinfachen.
1209 Wir wollen, dass das LBV moderne Möglichkeiten in der Personalführung einsetzt.

1210 Integration / Studium für Geflüchtete ermöglichen

1211 Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass Geflüchtete an den Hochschulen in NRW gut auf-
1212 genommen werden. Deshalb fördern wir Projekte für Geflüchtete an Hochschulen, wo nö-
1213 tig auch stärker als bisher. Wir wollen alle nötigen Schritte unternehmen, um Geflüchte-
1214 ten den Hochschulzugang zu ermöglichen. Dazu gehört es, bisherige Studienleistungen
1215 großzügig anzuerkennen, sowie kostenlose Sprachkurse bis zum Niveau der Hochschulzu-
1216 gangsprüfungen zu ermöglichen. Wir GRÜNE stehen weiter dafür ein, doch auch im Stu-
1217 dium dürfen Studierende mit Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte nicht allein gelassen
1218 werden. Dazu sollen an den Universitäten Sprach- und Unterstützungsprogramme für alle
1219 Studierenden mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache entstehen.

1220 Um den Realitäten unserer Zuwanderungsgesellschaft gerecht zu werden, brauchen wir in
1221 vielen Arbeitsbereichen kultursensible Kompetenzen. Dies gilt besonders für den sozialen,

1222 Bildungs-, Gesundheits-, Verwaltungs- und Personalbereich. Kultursensible Schwerpunkte
1223 in den entsprechenden Studienfächern sollen gefördert werden.

1224 **Lehre / Akademie für Lehre und Lernen in NRW**

1225 Wir wollen eine Akademie für Lehre und Lernen in NRW einrichten, damit Erkenntnisse der
1226 Lehr- und Lernforschung auch in die Hochschuldidaktik einfließen. Die Akademie soll eine
1227 Plattform sein, um systematisch Erfahrungen auszutauschen, die Lehre zu verbessern und
1228 die (Weiter-)Qualifikation von Lehrenden zu unterstützen.

1229 Die Hochschulen müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Lehre stärker nut-
1230 zen. Dazu sollen die Hochschulen ihre Wissensvermittlung zum Teil auf Blended Learning
1231 ausweiten. Sie sollen neue Lehrkräfte zur Weiterbildung verpflichten und klare Kriterien
1232 für die Lehrqualität aufstellen.

1233 Wir wollen, dass die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung auch in der Lehre an
1234 den Hochschulen vollumfänglich genutzt werden, in Vor- und Nachbereitung sowie der
1235 Durchführung. Neben elektronischen Semesterapparaten gehören dazu auch Plattformen
1236 für E-Learning und für den Zugang zu freien Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational
1237 Resources).

1238 Für uns ist selbstverständlich, dass digitale Angebote die klassische Präsenzlehre erwei-
1239 tern und ergänzen können und sie nicht ersetzen sollen. Wir GRÜNE fördern die Pluralität
1240 in Forschung und Lehre. Deshalb setzen wir uns ein für den Erhalt kleiner Fachbereiche,
1241 für Zielvereinbarungen mit Hochschulen, um neue Institute mit neuen Schwerpunkten zu
1242 errichten, und wir unterstützen neue Studiengänge, die etwa. im Master interdisziplinär
1243 angelegt sein können.

1244 **Forschung / Verantwortungsvolle Forschung fördern**

1245 Gut ausgebildete Fachkräfte, innovative Ideen: NRW ist reich an diesen Ressourcen und
1246 sorgt mit seiner beispiellosen Hochschul- und Forschungslandschaft dafür, dass sie nach-
1247 wachsen. Wir treiben die Vernetzung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit
1248 Wirtschaftsunternehmen voran, vor allem im Bereich der Forschung in innovativen Fel-
1249 dern.

1250 Forschung im Bereich der großen Herausforderungen und insbesondere der Nachhaltig-
1251 keit, inklusive der Bildung für nachhaltige Entwicklung, muss weiterhin eine herausragen-
1252 de Position innehaben. Wir brauchen mehr transformatives Wissen, Erfindergeist und For-
1253 schungsförderung für den sozial-ökologischen Wandel. Auf diese Weise wollen wir NRW
1254 zum Pionierland für grüne Innovationen entwickeln. Forschung, Entwicklung und Innova-
1255 tionen sollen zu mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit führen.

1256 Die Chancen der Digitalisierung müssen in Forschung, Lehre und Verwaltung koordiniert
1257 genutzt werden. Wir wollen diesen Bereich als einen Landesforschungsschwerpunkt eta-
1258 blieren. Dazu bedarf es eines Forschungszentrums für Digitalisierung, das eine Koordinie-
1259 rungsfunktion für die landesweit verteilten Kompetenzen übernimmt, selbst die Forschung

1260 zur Digitalisierung vorantreibt, und die ein tiefergehendes landesweites Digitalisierungs-
1261 konzept mit entwickelt.

1262 An den Hochschulen ist bereits mit der Eduroam-Technologie ein flächendeckendes WLAN-
1263 Netz aufgebaut, das häufig auch außerhalb des Campus‘ erreichbar ist. Wir GRÜNE wol-
1264 len prüfen, ob dieses bisher passwort-geschützte System für alle geöffnet werden kann.
1265 Zudem sollen Hochschulgebäude für die Anbringung leistungsstarker Freifunk-Router ge-
1266 nutzt werden.

1267 Wir GRÜNE wollen Alternativen schaffen, um öffentlich geförderte wissenschaftliche Er-
1268 gebnisse zu veröffentlichen. Derzeit sind private Zeitschriften die einzigen Profiteure.
1269 Hochschulen müssen die Zeitschriften mit viel Geld erwerben, Autorinnen und Autoren
1270 zahlen etwa selber für Veröffentlichungen. Dabei kontrollieren Wissenschaftler*innen eh-
1271 renamtlich selbst die Artikel.

1272 Tierversuche sind ethisch wie methodisch umstritten. Wir brauchen deshalb dringend
1273 Alternativ- und Ersatzmethoden. Dazu müssen wir intensiver forschen und die Ergebnisse
1274 direkt mit der Lehre verbinden. Das Centrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch (CERST)
1275 am Leibniz Institut für umweltmedizinische Forschung wollen wir weiterhin fördern und
1276 uns dafür einsetzen, dass es in eine Bund-Länder-Finanzierung überführt wird.

1277 Ohnehin wollen wir alle bisher nur vom Land finanzierten Forschungseinrichtungen dabei
1278 unterstützen, in eine Bund-Länder-Finanzierung überzugehen. Und wir setzen uns aktiv
1279 dafür ein, weitere Bund-Länder-Forschungseinrichtungen anzusiedeln.

1280 Hochschule – das wollen wir GRÜNE:

- 1281 • Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen
- 1282 • Studium bleibt gebührenfrei
- 1283 • Mehr studentischen Wohnraum schaffen, Studierendenwerke stärken
- 1284 • Forschung für Nachhaltigkeit, Ökologie und gesellschaftliche Zukunftsthemen stär-
1285 ker belohnen
- 1286 • Mehr und neue Perspektiven für den Mittelbau an den Hochschulen schaffen

1287 Weiterbildung

1288 In einer Welt, die von tief greifenden Veränderungen in allen Lebensbereichen geprägt ist,
1289 ist Bildung mehr denn je eine Voraussetzung, das eigene Leben verantwortlich gestalten
1290 zu können. Menschen brauchen Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, die es ihnen
1291 ermöglichen, die vielfältigen Anforderungen im eigenen, im familiären, beruflichen und
1292 gesellschaftlichen Bereich bewältigen zu können. Dazu zählt auch die Mitgestaltung am
1293 demokratischen Gemeinwesen.

1294 Hier besitzt Weiterbildung eine zunehmend wichtige Rolle. Sie bereitet Menschen auf ihre
1295 vielfältigen Rollen und Anforderungen vor, sei es als Bürger*in, als ehrenamtlich engagier-
1296 te Person, als Eltern, als Beteiligte und Beteiligter am Wirtschaftsleben, als Nachbarn oder
1297 als kritische*r Konsument*in. Im Zusammenspiel leisten alle Bereiche der Weiterbildung
1298 einen wichtigen Beitrag zum Prozess des lebenslangen Lernens. Weiterbildung muss des-
1299 halb als zentraler Baustein im Bildungssystem gestärkt und weiterentwickelt werden.

1300 Die größere Relevanz von Weiterbildung ist durch wachsende Aufgaben – etwa im Offenen
1301 Ganztage, in der kompensatorischen Grundbildung, in der Beratung und Vernetzung – hin-
1302 reichend belegt. Wir wollen die weitere Einbindung der Weiterbildung in die Regionalen
1303 Bildungsnetzwerke fördern.

1304 Am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit war die Weiterbildung nach Kürzungen mas-
1305 siv unterfinanziert. Die Veränderungsprozesse in der Weiterbildungslandschaft – insbe-
1306 sondere Einsparungen im Haushalt – haben auch dazu geführt, dass die Lage der Beschäf-
1307 tigten in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zunehmend prekär ist. Das Ausmaß
1308 atypischer Beschäftigungsformen mit allen negativen Konsequenzen für die Beschäftig-
1309 ten, Teilnehmer*innen und für den gesamten Sektor der gemeinwohlorientierten Weiter-
1310 bildung ist durch Studien vielfach belegt und öffentlich deutlich geworden.

1311 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1312 Wir GRÜNE haben nach der Wahl 2010 die Kürzungen der schwarz-gelben Regierung zu-
1313 rückgenommen und damit den finanziellen Spielraum der Einrichtungen verbessert. Im
1314 Zusammenhang mit der zunehmenden Zuwanderung – vor allem von geflüchteten Men-
1315 schen – haben wir zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Weiterbildungskonferenz hat mit
1316 ihren Empfehlungen von 2012 wichtige Voraussetzungen für eine systematische Weiter-
1317 entwicklung der Weiterbildung geschaffen. Wir haben das dringend notwendige Berichts-
1318 wesen aufgebaut und einen Landesbeirat für die Weiterbildung eingerichtet. Neben In-
1319 novationsmitteln haben wir die Supportstelle für die Allgemeine Weiterbildung im neuen
1320 Landesinstitut QUA-LiS errichtet, um die Qualität der Weiterbildung zu sichern. Für die
1321 Alphabetisierung und Grundbildung haben wir das Alphanetz NRW gefördert. Wir haben
1322 es ermöglicht, dass auch Auszubildende einen Anspruch auf Bildungsurlaub nach dem Ar-
1323 beitnehmerweiterbildungsgesetz haben.

1324 **Weiterbildung / Weiterbildung stärken**

1325 Für uns Grüne sind die herausragenden Ziele die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung,
1326 insbesondere von bildungsbenachteiligten Zielgruppen und Migrant*innen, sowie der Ab-
1327 bau von Bildungsungerechtigkeiten. Eine aufsuchende Bildungs- und Beratungsarbeit mit
1328 enger Anbindung an Lebenswelten der Adressat*innen, Lernorte, lokale Gegebenheiten
1329 und Einbindung von Brückenmenschen bzw. Vertrauenspersonen braucht eine andere Fi-
1330 nanzierungsgrundlage.

1331 Wir wollen die Weiterbildungsmittel so dynamisieren, wie bereits bei Kindertageseinrich-
1332 tungen, beim Ganzttag und beim Jugendfördergesetz geschehen. Wir wollen die Förder-
1333 systematik umbauen, um mehr Innovation zu ermöglichen. Neu Zugewanderte mit Kin-
1334 dern haben häufig Probleme, Sprach- und Integrationskurse kontinuierlich zu besuchen.
1335 Deshalb wollen wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Sprach- und Integrationskursen
1336 schaffen.

1337 Mehrere Modellprojekte des Landes haben gezeigt, dass eine regionale, trägerneutrale
1338 und sozialraumorientierte Weiterbildungsberatung erforderlich ist, die neben den Bera-
1339 tungsstrukturen des Landes zur Beschäftigungsförderung den Zugang zu Weiterbildung
1340 und damit die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt erhöhen kann. Wir bauen eine lan-
1341 desweite Weiterbildungsberatung auf, die den regionalen Voraussetzungen und Anforde-
1342 rungen Rechnung trägt.

1343 Es liegen verschiedene Konzepte vor (z. B. Weiterbildungslehrer*innen, Tarifvertrag, Min-
1344 destlohn), um prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken. Wir GRÜNE set-
1345 zen uns für das Ende von prekärer Beschäftigung in der Weiterbildung ein. Dazu muss die
1346 Unterfinanzierung der Einrichtungen beseitigt werden.

1347 Bei dem anstehenden Generationenwechsel in den Einrichtungen der gemeinwohlorien-
1348 tierten Weiterbildung gilt es, die Professionalität zu erhalten und zu stärken. Das Augen-
1349 merk ist zu legen auf Fortbildungen für neue Führungskräfte und Berufseinsteiger*innen
1350 im pädagogischen und sonstigen Personal, dem Wissenstransfer bei Generationenwechsel,
1351 der Unterstützung bei Management- und Entwicklungsaufgaben, sowie der Unterstützung
1352 des Lehr- und Lernprozesses.

1353 Für die sprachliche und soziale Integration von Zugewanderten bieten Volkshochschulen
1354 und Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung sowie die Weiterbildungs-
1355 kollegs landesweit professionelle Beratung, Begleitung und bedarfsgerechte Bildungsan-
1356 gebote bis hin zu externen Prüfungen. Sie haben sich gerade in den letzten beiden Jahren
1357 als unverzichtbarer Bestandteil des Bildungswesens in NRW erwiesen.

1358 Viele der Qualifizierungsmaßnahmen werden durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter
1359 getragen. Wir GRÜNE wollen, dass sie hier in enger Zusammenarbeit mit den kommunal-
1360 en und Landeseinrichtungen tätig sind, damit alle am selben Strang ziehen. Die Quali-
1361 tätssicherung von Maßnahmen aller Träger ist gleichwertig zu beurteilen. Die Träger dieser
1362 Maßnahmen müssen sich an das Mindesthonorar in der Weiterbildung halten, um ausge-
1363 wählt werden zu können und sollten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbie-
1364 ten. Alle anerkannten Qualitätstestierungssysteme sind zu berücksichtigen.

1365 Unterschiedliche gesellschaftliche, psychosoziale und biografische Faktoren bewirken,
1366 dass ein Bedarf zum Nachholen von Schulabschlüssen im Bereich der Sekundarstufe I
1367 auch nach Durchlaufen des Regelschulsystems besteht. Volkshochschulen und Weiterbil-
1368 dungskollegs bieten dies mit Erfolg seit Jahren an. Mit dem Anstieg der Anzahl junger
1369 Erwachsener Flüchtlinge ist der Bedarf gestiegen. Ziel GRÜNER Politik muss es sein, den
1370 Ausgangsbedingungen der jungen Menschen stärker gerecht werden zu können und damit
1371 den Erfolg eines nachträglichen (ersten) Schulabschlusses zu sichern. Wir wollen die Ein-
1372 richtungen durch multiprofessionelles Personal aktiv unterstützen. Die Organisation der
1373 schulischen Ausbildung sollte erwachsenengerechten Prinzipien folgen:

1374 Struktur und zeitlicher Rahmen der Lehrgänge wird durch unterschiedliche Module fle-
1375 xibilisiert. Hierzu gehört auch die Möglichkeit von Präsenz- und Selbstlernphasen sowie
1376 Wiederholungsmöglichkeiten in Anlehnung an Abitur-online. Wir setzen uns für eine Re-
1377 gelförderung der Schulabschlusslehrgänge und des zentralen Prüfungssystems ein.

1378 Wir werden uns auch weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Zugangsvor-
1379 aussetzungen für Weiterbildungskollegs und Abendgymnasien nicht mehr so restriktiv
1380 gehandhabt werden müssen. Dies betrifft zum Beispiel die Anerkennung von langfris-
1381 tigen Erkrankungen wie von prekären Beschäftigungen und die Glaubhaftmachung von
1382 Ausbildungs- und Arbeitsnachweisen.

1383 Der Bund ist in der Weiterbildung gefordert, endlich seiner Verantwortung gerecht zu wer-
1384 den, die Sprach- und Integrationskurse besser zu fördern und der Öffnung der Weiterbil-
1385 dungskollegs für weitere Zielgruppen nicht weiter Steine in den Weg zu legen. Ohne Zu-
1386 gang zur Sprache kann Integration nicht gelingen!

1387 **Weiterbildung – das wollen wir GRÜNE:**

- 1388 • Weiterbildungsmittel dynamisieren
- 1389 • prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung beenden
- 1390 • Weiterbildung durch multiprofessionelles Personal unterstützen
- 1391 • Qualität der Weiterbildung durch Landesinstitut QUA-LiS verstärkt fördern
- 1392 • Zweiten Bildungsweg an Weiterbildungseinrichtungen stärken und absichern, neue
1393 und aufsuchende Formate fördern

Antragsteller*innen

Landesvorstand

WP-04

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW- LAND DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT UND DES ZUSAMMENHALTS

1 Gesundheitspolitik

2 In der Vergangenheit hat die Ökonomisierung des Gesundheitswesens durch falsche Anrei-
3 ze zu einer Versorgung geführt, die einseitig auf medizintechnische, sowie pharmakologi-
4 sche Intervention und apparative Überwachung setzt, anstatt eine umfassende Sichtweise
5 von Zuwendung, Therapie und Pflege in den Mittelpunkt zu rücken.

6 In dem NRW für das wir eintreten, wird Gesundheitsversorgung jedoch weiter gedacht.
7 Wir entwickeln patientenorientierte Versorgungsnetze, investieren in Prävention und Ge-
8 sundheitsvorsorge und schaffen Arbeitsplätze in Gesundheitswirtschaft, -versorgung, For-
9 schung und Pflege.

10 GRÜNE Gesundheitspolitik will eine bedarfsgerechte und ohne Hürden zugängliche ge-
11 sundheitliche Versorgung für alle Menschen unabhängig von deren sozialem Status, Alter,
12 Herkunft oder Geschlecht ermöglichen. Dies muss gleichermaßen für die städtischen wie
13 auch die ländlichen Räume gelten. Ausschlaggebend muss sein, was für den Menschen gut
14 ist, nicht das, was den Einrichtungen, Leistungserbringern oder Kostenträgern am besten
15 passt.

16 Es wird immer dringlicher, als Gesellschaft mehr für Prävention und Gesundheitsförde-
17 rung zu tun. Armut macht krank und lang anhaltende Erkrankung oft arm. Noch immer
18 gilt, dass soziale Benachteiligung mit einer erheblich kürzeren Lebenszeit verbunden ist
19 und benachteiligte Kinder schon in jüngeren Jahren stärkeren gesundheitlichen Risiken
20 ausgesetzt sind. Frühzeitige Gesundheitsförderung verringert nicht nur die weit höheren
21 Gesundheitsrisiken von sozial benachteiligten Menschen, sondern schafft auch mehr Le-
22 bensqualität für jede*n Einzelne*n. Sie hilft aber auch, Pflegebedarfe und in Folge dessen
23 gesundheitliche Versorgungsbedarfe zu vermeiden oder hinaus zu zögern und entlastet

24 so unsere sozialen Sicherungssysteme, das Pflege- und Gesundheitswesen. Kurz gesagt:
25 Prävention senkt Kosten und zusätzliche Bedarfe bei einem Mehr an Lebensqualität.

26 In einer Gesellschaft, in der die Menschen immer älter werden, ist die gesundheitliche
27 und pflegerische Versorgung außerdem zu einem der wichtigsten Standortfaktoren vor al-
28 lem für den ländlichen Raum geworden. Zugleich wird es trotz anhaltender Zuwanderung
29 schwieriger, die vielen zusätzlichen Fachkräfte für die Pflege und Gesundheitsversorgung
30 zu gewinnen. Dies macht neben der Prävention auch eine stärkere Zusammenarbeit und
31 Vernetzung aller an der Versorgung beteiligten Akteur*innen notwendig.

32 Darüber hinaus müssen wir verstärkt Fehlversorgungen abbauen und die Strukturen der
33 Versorgung an die Menschen anpassen. Für einen älteren Menschen ist jeder Kranken-
34 hausaufenthalt auch eine große Belastung. Viele der heutigen Einweisungen könnten ver-
35 mieden werden.

36 Es war eines der Markenzeichen der GRÜNEN Gesundheitspolitik der letzten Jahre, diese
37 Herausforderungen frühzeitig zu erkennen, die Versorgung vor Ort zu stärken und den
38 konkreten Bedarf der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen – in dem Bewusstsein, dass
39 diese je nach Geschlecht, Alter, kulturellem Hintergrund oder sozialer Lage unterschiedlich
40 sein können.

41 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge in der Gesundheitspolitik seit 2010**

42 Mit dem Krankenhausplan 2015 wurden erstmals auch qualitative Vorgaben für die Ent-
43 wicklung der stationären Versorgung gemacht; dabei wurde u.a. auch die Psychosomatik
44 planerisch mit der Psychiatrie zusammengeführt und mit diesem integrierten Versorgungs-
45 konzept die bisherige stigmatisierende Trennung endlich aufgehoben. Wir haben zusätz-
46 liche Studienplätze für Ärzt*innen geschaffen, das Hausarztprogramm zur Stärkung des
47 ländlichen Raumes weiterentwickelt und das Potential telemedizinischer und telemati-
48 scher Angebote für eine bessere Versorgung gerade auch im ländlichen Raum frühzeitig
49 erkannt und gefördert. Zur Verbesserung der gesundheitliche Versorgung von Frauen und
50 Mädchen haben wir das Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit sowie die Landesko-
51 ordinierungsstelle Frauen und Sucht und die Landesfachstelle Essstörungen an den Start
52 gebracht. Zum Schutz der Bevölkerung haben wir auch im Bereich der Drogen- und Sucht-
53 politik die präventiven Angebote weiterentwickelt und die bestehenden Schutzlücken im
54 Nichtraucherschutzgesetz geschlossen. Als erstes Flächenland hat Nordrhein-Westfalen
55 eine Gesundheitskarte auch für Flüchtlinge (G-Karte NRW) eingeführt und schafft damit
56 die Voraussetzungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen
57 und zur finanziellen Entlastung der Kommunen. Darüber hinaus haben wir konkrete Projek-
58 te zur Unterstützung und Hilfe für traumatisierte geflüchtete Menschen, insbesondere für
59 geflüchtete Frauen auf den Weg gebracht. Die Versorgung von Menschen in prekären Le-
60 benslagen, die Stärkung der Selbstbestimmung von Patient*innen und ihrer Teilhabemög-
61 lichkeiten z.B. durch die Einführung eines Patientenbeauftragten und die Unterstützung
62 und Vernetzung der Patientenfürsprecher*innen waren weitere wichtige Arbeitsschwer-
63 punkte, an die wir weiter anknüpfen wollen, um die gesundheitliche Versorgung und den
64 Schutz der Bevölkerung weiter zu verbessern und zukunftssicher zu gestalten.

65 Gesundheitsversorgung sicherstellen – Patient*innen in Mittel- 66 punkt

67 Im Bereich der Gesundheitsversorgung brauchen wir weitere Veränderungen, die von den
68 Menschen her und von den Bedarfen und Bedürfnissen der Menschen ausgehen. Versor-
69 gung wird angesichts der zunehmenden Zahl hochbetagter Menschen vernetzter, barriere-
70 refrei und oft auch stärker aufsuchend zu Hause erbracht werden müssen.

71 Es ist aber auch wichtig, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die insbesondere mehr
72 Allgemeinmediziner*innen, aber auch Kinder- und Jugendärzt*innen und andere motivie-
73 ren, in ländlichen Regionen sowie in städtischen Problemgebieten zu praktizieren. Eine
74 altersgerechte Versorgung bedeutet auch, Konzepte zur Vermeidung von Krankenhausauf-
75 enthalten zu entwickeln und umzusetzen. Dabei kommt auch den anderen Gesundheits-
76 und Pflegeberufen in Zukunft eine noch wichtigere Bedeutung für die Grundversorgung
77 zu. Zugleich kann durch den Einsatz von Telemedizin die Vernetzung örtlicher Versorgungs-
78 strukturen mit der High-Tech-Medizin der Universitätskliniken befördert werden, sodass
79 auch die Menschen im ländlichen Raum eng an der medizinischen Weiterentwicklung
80 angebunden bleiben. So können beispielsweise mit dem AGnES-Konzept (Arztentlasten-
81 de, Gemeindenahe, E-Health-gestützte, Systemische Intervention) qualifizierte Mitarbei-
82 ter*innen medizinische Tätigkeiten übernehmen und Ärzt*innen in der hausärztlichen Ver-
83 sorgung ergänzen und unterstützen. Hausbesuche, bei denen die Daten, Bilder, Werte der
84 Untersuchung direkt in die Praxis übertragen werden damit dann der Arzt oder die Ärztin
85 entscheiden kann, was der Patient oder die Patientin braucht, geben Sicherheit und stellen
86 Zuwendung sicher. Sie entlasten die Hausärzt*innen und sind gerade für den ländlichen
87 Raum, aber auch für ältere Patient*innen im städtischen Raum ein wichtiger Versorgungs-
88 baustein der Zukunft.

89 Wir werden dafür sorgen, dass diese Entwicklung zügig voranschreitet, dabei aber den
90 Menschen nicht vergisst. Die Strukturen müssen so ausgerichtet sein, dass die Beschäf-
91 tigten im Gesundheitswesen sie als Mehrwert und arbeitserleichternd erleben, die Pati-
92 ent*innen sich mitgenommen und informiert fühlen und Datensicherheit und Datensou-
93 veränität jederzeit gewährleistet sind..

94 Die Gesundheitseinrichtungen müssen sich auf die Bedarfe einer älterwerdenden Gesell-
95 schaft ausrichten. Besonders die hochbetagten Menschen und diejenigen mit Unterstüt-
96 zungsbedarf sind besonders auf eine gut zugängliche und aufeinander abgestimmte ge-
97 sundheitliche Versorgung angewiesen. Zugleich wollen wir vor Ort darauf hinwirken, dass
98 die Angebote und Einrichtungen barrierefrei gestaltet und auch auf die spezifischen Be-
99 lange von Menschen mit Behinderung ausgerichtet werden, denn unser konkretes Ziel ist
100 die Barrierefreiheit.

101 Die noch oft vorhandenen Barrieren für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte bei der
102 Inanspruchnahme gesundheitlicher Leistungen gilt es abzubauen und die interkulturelle
103 Kompetenz in den Gesundheitseinrichtungen zu stärken. Auch werden wir uns weiterhin
104 dafür einsetzen, dass für „Menschen ohne Papiere“ eine Gesundheitsversorgung ermög-
105 licht wird.

106 Die Umsetzung des Krankenhausplans über die regionalen Planungskonzepte wollen wir
107 eng begleiten und die Mittel des Strukturfonds zielgerichtet einsetzen um eine demogra-

108 tiefeste Krankenhausversorgung für NRW zu sichern. Dazu muss das Land seine Finan-
109 zierungsstruktur für die Krankenhausinvestitionen erweitern. Das Land muss neben der
110 pauschalen Finanzierung auch wieder eine Option haben, zielgerichtet und steuernd über
111 die Finanzierung in die Krankenhausstruktur einzugreifen. Mittelfristig werden die Län-
112 der jedoch die investive Förderung der Krankenhäuser nicht alleine stemmen können. Es
113 bedarf einer neuen Finanzierungs konstruktion, an der die Kassen beteiligt werden (Teil-
114 monistik), das Land aber auch seine Verantwortung für die Planung behält. Hierfür werden
115 wir uns auf Bundesebene einsetzen.

116 Außerdem muss die getrennte Zuständigkeit für die Planung der stationären und der am-
117 bulanten Versorgung endlich überwunden werden und den Ländern, Regionen und Kom-
118 munen müssen mehr Kompetenzen zugestanden werden, bei der Ausgestaltung der Ver-
119 sorgung vor Ort mitzureden. Zugleich muss die Bildung regionaler Budgets aus den Mitteln
120 der verschiedenen Sozialgesetzbücher durch den Bund ermöglicht werden. Durch innova-
121 tive Versorgungsmodelle wollen wir diesen Prozess vorantreiben. Dazu gehört es, die Ärz-
122 tenetze sowie berufsgruppenübergreifende Gesundheitszentren z.B. als Genossenschaften
123 von örtlichen Leistungserbringern weiter zu unterstützen. Dabei knüpfen wir auch an die
124 guten Erfahrungen aus der berufsgruppenübergreifenden Zusammenarbeit z.B. in den So-
125 zialpädiatrischen Zentren an und forcieren den Ausbau der Medizinischen Behandlungs-
126 zentren für Erwachsene mit geistiger und mehrfacher Behinderung.

127 Wir sind überzeugt, dass es zukünftig insbesondere auf dem Land und in strukturschwa-
128 chen Regionen vielfältigere Konzepte als nur die klassische Ein-Arzt-Praxis als ambulante,
129 ärztliche Versorgung braucht. Wir werden gegenüber der ärztlichen Selbstverwaltung
130 weiter dafür werben, dass Praxisvertretungen, mobile Praxen, geteilte Zulassungen und
131 Beschäftigung angestellter ärztlicher Mitarbeiter*innen leichter möglich werden. Nur so
132 sind Teilzeitarbeit, flexiblere Arbeits- oder Auszeiten im dicht frequentierten Versorgungs-
133 wesen der niedergelassenen Arztpraxen überhaupt möglich.

134 An der Schnittstelle zur stationären Versorgung wollen wir neue Modelle auch jenseits von
135 Belegbetten erproben, in denen Ärzt*innen sowohl Teile der Arbeit im Krankenhaus als
136 auch in peripheren Praxen jenseits des unmittelbaren Krankenhausversorgungsbereichs
137 leisten.

138 **Ohne geschlechtergerechte Versorgung kein zukunftsfähiges** 139 **Gesundheitssystem**

140 Frauen und Männer sowie Jungen und Mädchen sind durch ihre physischen, psychischen
141 und sozialen Bedingungen und unterschiedliche Lebensformen anders gesund und krank.
142 Ob mit oder ohne Migrationsgeschichte – nur wenn diese unterschiedlichen Lebensbedin-
143 gungen in die gesamte gesundheitliche Versorgungskette, d.h. in Gesundheitsförderung,
144 Prävention, Diagnostik, Therapie, Pflege und Rehabilitation und Forschung einbezogen
145 werden, kann ein zukunftsfähiges Gesundheitssystem gelingen.

146 Die kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterunterschieden in Gesundheit, Krankheit
147 und gesundheitlicher Versorgung verzeichnet zwar Fortschritte, mündet aber noch immer
148 unzureichend in der Praxis. Dies führt nach wie vor zu Unter-, Über- und Fehlversorgung

149 beider Geschlechter mit individuellen Folgeschäden und vermeidbaren Gesundheitskos-
150 ten.

151 Daher werden wir unsere bisherige erfolgreiche Genderpolitik im Gesundheitswesen fort-
152 setzen und ausbauen.

153 Im Bereich der Mädchen- und Frauengesundheit wird GRÜNE Gesundheitspolitik auch
154 zukünftig verstärkt Rollenzuweisungen und Belastungsfaktoren weiblicher Lebenswelten
155 in den Blick nehmen. Dazu zählen unbezahlte Care-Arbeit, alleinerziehend sein, Verein-
156 barung von Beruf und Familie, Migration und Flucht, Körperbilder/Schönheitsideale und
157 nicht zuletzt die gravierenden gesundheitlichen Folgen häuslicher und sexueller Gewalt.

158 Wir setzen uns ein für ein für eine gesunde Lebenswelt von Mädchen, frei von unrealisti-
159 schen, belastenden, fototechnisch manipulierten Schönheitsidealen und Schönheitsope-
160 rationen. Unsere Angebote bei psychischen Erkrankungen, Essstörungen und Suchterkran-
161 kungen für Mädchen und Frauen werden wir intensivieren. Wir werden nicht nachlassen,
162 das Gesundheitswesen für die gesundheitlichen Folgen von häuslicher und sexueller Ge-
163 walt zu sensibilisieren. Wir machen uns stark für einen Rückgang von Kaiserschnittge-
164 burten und eine bedarfsgerechte gesundheitliche Versorgung von Frauen und Mädchen
165 mit Behinderungen. Wir nehmen die gesundheitlichen Belange von geflüchteten Frauen
166 ebenso in den Blick wie die krankmachenden Belastungen in der Angehörigenpflege.

167 Eine geschlechtergerechte Gesundheitspolitik muss aber auch die spezifischen Zugänge
168 von Jungen und Männern zu ihrem Körper, ihrer Psyche und ihrer Gesundheit in den Blick
169 nehmen. Denn Männer sind statistisch zwar seltener, aber dafür länger krank. Tradier-
170 te Männlichkeitsbilder können zu einem höheren Gesundheitsrisiko beitragen. Was wir
171 brauchen, ist ein differenziertes Verständnis von Männergesundheit, das krankmachende
172 Verhältnisse in den Blick nimmt.

173 Wir wollen deshalb auf Männer und Jungen zugeschnittene lebensweltorientierte Präven-
174 tionskonzepte auf den Weg bringen, damit sie gesundheitsfördernde Angebote überhaupt
175 erst wahrnehmen. Wir brauchen auch und gerade Angebote zur Stressreduzierung und
176 zum achtsamen Umgang mit sich selbst, z. B. nach schweren Erkrankungen und in der
177 Rehabilitation. Wir wollen die Zusammenhänge der weit höheren Suizidrate sowie die Be-
178 sonderheiten von Depressionen bei Männern erforschen und die Bestimmungsgründe für
179 die auch heute noch deutlich geringere Lebenserwartung. Und wir brauchen jungen- und
180 männerorientierte Angebote für ein risikominimierendes Verhalten z. B. bei Suchtgefähr-
181 dung. Wir werden deshalb spezifische Angebote der Prävention (z. B. am Arbeitsplatz und
182 in Zusammenarbeit mit Job Centern), der Behandlung (z. B. zur Therapietreue) und der
183 Rehabilitation (z. B. nachsorgende Begleitung) auf den Weg bringen.

184 Hebammen stärken – für Eltern und Kinder

185 Ein Beispiel für die Fehlentwicklungen der letzten Jahre ist die Geburtshilfe. Hier hat es
186 der Bund versäumt, eine tragfähige, demografiefeste Versorgung sicherzustellen und den
187 Eltern die Wahlfreiheit zu sichern, wo und wie das Kind zur Welt kommen soll. Regional

188 unterschiedliche Geburtenraten, hohe Haftpflichtkosten und die schlechte finanzielle Ab-
189 sicherung von Hebammen führen dazu, dass immer mehr werdende Eltern große Schwie-
190 rigkeiten haben, die notwendige Unterstützung rund um und für die Geburt zu finden. Wir
191 wollen, dass Frauen die Wahl haben, wie und wo sie entbinden und dass diejenigen, die ih-
192 nen zur Seite stehen, nicht aus wirtschaftlichen Gründen ihren Beruf aufgeben. Wir wollen
193 Anreize schaffen, um Modelle einer eigenverantwortlichen von Hebammen geleiteten Ge-
194 burtshilfe in enger räumlicher Nähe und Zusammenarbeit mit der stationären Geburtshilfe,
195 der Schwangerschaftsbegleitung und der Nachsorge sowie der verbesserten Notfallhilfe
196 zu unterstützen. Diese sollen besonders im ländlichen Raum zum Tragen kommen.

197 **Patientenberatung und Selbsthilfe stärken**

198 Für viele Menschen ist es wichtig zu wissen, sie stehen mit Ihrer Erkrankung nicht alleine.
199 Gerade bei seltenen Erkrankungen ist das Netz der Selbsthilfe, die Kompetenzen der Be-
200 troffenen als Expert*innen in eigener Sache oft mindestens genauso wichtig wie das me-
201 dizinische Versorgungssystem. Diese Strukturen werden zwar über Krankenkassenbeiträge
202 mit finanziert, aber wir wollen die Brücke ins Gesundheitswesen, in die Regelversorgung
203 schaffen. Nur wenn Selbsthilfekompetenzen in die Versorgung integriert werden, kann das
204 bestmögliche im Sinne der Patient*innen erreicht werden.

205 Neben Selbsthilfe braucht es aber auch eine unabhängige Patientenberatung, um über
206 Rechte und Möglichkeiten informiert zu werden und sich gegen Fehlentscheidungen weh-
207 ren zu können.

208 Leider sind die hervorragenden Strukturen in NRW durch den Patientenbeauftragten des
209 Bundes zerschlagen und durch eine Hotlineberatung ersetzt worden. Masse statt Klasse
210 hilft aber gerade Menschen mit schweren Problemen im Gesundheitswesen nicht weiter.
211 Wir werden uns weiterhin im Bund für qualitative und tatsächlich unabhängige Patienten-
212 beratung einsetzen.

213 **Sexuelle Gesundheit fördern**

214 Auch nach vielen Jahren erfolgreicher Informations- und Antidiskriminierungsarbeit für
215 Menschen mit HIV und Aids keimen in Teilen der Gesellschaft immer wieder Ängste und
216 Vorurteile auf. Gleichzeitig erleben wir immer mehr Menschen, die die Risiken einer In-
217 fektion unterschätzen. Deshalb ist es notwendig, das hervorragende Netz der Aids-Hilfen
218 zu erhalten und weiterzuentwickeln, insbesondere mit Blick auf andere sexuell übertrag-
219 bare Krankheiten (STIs) und neue, schwer zu erreichende Zielgruppen wie Menschen mit
220 Migrationsgeschichte und Flüchtlinge, die bei uns eine Lebensperspektive suchen, in den
221 Blick zu nehmen. Dabei fördern und unterstützen wir lokale Kooperationen zwischen Bera-
222 tungsstellen, Gesundheitsämtern und Gesundheitsforschung, um integrierte Angebot zur
223 Förderung der sexuellen Gesundheit zu schaffen und auszubauen.

Für einen funktionsfähigen Öffentlichen Gesundheitsdienst vor Ort

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist mit seinen Angeboten in den Gesundheitsämtern am nächsten an den Menschen dran, kennt die Strukturen, Stärken und Defizite vor Ort und ist die Ebene, die Strukturen der unterschiedlichen Bereiche miteinander vernetzen kann.

Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und zukunftsfest ausgestalten. Wir werden das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst reformieren, um es an die geänderten Anforderungen z. B. in der Präventionspolitik anzupassen und um eine landesweit einheitliche und hochwertige Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir neue Modelle entwickeln, um das hierfür notwendige Personal gewinnen und halten zu können. Hierzu bedarf es auch einer stärker interkommunalen Zusammenarbeit. Außerdem werden wir prüfen, ob zur optimalen Aufgabenerfüllung das Landeszentrum Gesundheit zu einem Landesgesundheitsamt weiterentwickelt werden muss.

Eine gute Gesundheitsversorgung auch für Menschen in prekären Lebenssituationen

Eine gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Geldbeutel oder der Lebenssituation abhängen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, auch für Menschen in prekären Lebenslagen eine Gesundheitsversorgung zu sichern, die auf die Bedarfs- und Lebenslage ausgerichtet. Wir wollen insbesondere die aufsuchende medizinische und gesundheitliche Hilfe für wohnungslose Menschen weiter ausbauen. Entsprechend den Vereinbarungen der Landesgesundheitskonferenz wollen wir die Zugänge für Menschen mit Behinderungen, wie auch für Menschen, die bislang aufgrund von sprachlichen oder kulturellen Barrieren die Gesundheitsangebote nicht in Anspruch nehmen konnten, in den kommenden Jahren deutlich verbessern. Eine barrierefreie und inklusive Gesundheitsversorgung für alle Menschen ist unser Ziel.

Menschen effektiv vor gesundheitlichen Gefahren schützen

Wir GRÜNE NRW haben uns in den vergangenen Jahren erfolgreich dafür eingesetzt, das Leben in unserem Land gesünder und sicherer zu machen.

Dabei unterscheiden wir deutlich zwischen der Eigengefährdung, die zu einem hohen Maße in der eigenen Verantwortung liegt, also der Entscheidung wie gesund ich esse, wie viel ich mich bewege und ob ich meinem Körper durch Drogen oder Stress schade und der Fremdgefährdung bei der Staat und Politik die Allgemeinheit schützen muss, zum Beispiel vor zu großem Lärm, vor schädlichen Stoffen in Nahrung und Produkten oder vor zu hoher Belastung der Luft. Dazu zählt auch der Schutz vor Passivrauchen durch ein konsequentes Nichtraucherschutzgesetz. Wir respektieren und schützen dabei auf der einen Seite das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen beim Zigarettenkonsum in den eigenen vier Wänden oder unter freiem Himmel und schützen gleichermaßen Menschen und ganz besonders Kinder und abhängig Angestellte durch ein lückenloses und rechts-sicheres Rauchverbot in öffentlichen Räumen und in der Gastronomie. Wir werden den

264 öffentlichen Gesundheitsschutz auch weiter umsetzen, etwa wenn es um den Schutz vor
265 Fluglärm in der Nacht, die Verbesserung der Luftqualität in den Innenstädten oder die
266 Reduktion multiresistenter Erreger oder den falschen Einsatz von Antibiotika in unserem
267 Gesundheitswesen geht.

268 Trotz erster Erfolge durch unseren „Aktionsplan Hygiene“ gibt es nach wie vor ein Pro-
269 blem mit multiresistenten Keimen und gramnegativen Erregern, gegen die unsere medi-
270 zinischen Antworten nicht mehr oder nur noch wenig helfen. Deshalb müssen wir nicht
271 nur die Entstehung solcher Keime und Erreger durch leichtfertigen und falschen Anti-
272 biotikaeinsatz sowohl bei Menschen als auch in der Landwirtschaft verhindern, sondern
273 auch das Bewusstsein für die Bedeutung einer konsequenten Handhygiene schärfen, mit
274 der die meisten Infektionen verhindert werden könnten. Neben gezielten Screenings aller
275 vom Robert-Koch-Institut identifizierten Risikogruppen bei stationärer Aufnahme wollen
276 wir die Akteure des Gesundheitswesens dabei unterstützen, dass die bestehenden Regeln
277 tatsächlich Anwendung finden. Konsequentes Anwenden von Desinfektionsmitteln für me-
278 dizinische und pflegerische Akteur*innen, Patient*innen und Besucher*innen muss selbst-
279 verständlich werden. Dies wollen wir weiter voranbringen. Auf Bundesebene werden wir
280 uns weiterhin für die Finanzierung von Forschung im Bereich der Therapie gegen MRSA
281 und gramnegative Erregern einsetzen.

282 **Kinderschutzambulanzen für eine angemessene Versorgung von** 283 **Kindern mit Gewalterfahrungen**

284 Viele Kinder machen im Laufe ihres Lebens Erfahrungen durch Vernachlässigung, psychi-
285 sche oder physische Misshandlung oder Missbrauch. An den Folgen dieser Gewalt leiden
286 die Kinder häufig ein Leben lang. Sie brauchen frühzeitig ein System, in dem sie ihrem
287 Alter entsprechend aufgefangen, untersucht und versorgt werden und Menschen die auch
288 jenseits von möglichen Strafverfolgungen helfen, ihr Lebensumfeld zu befähigen und zu
289 stabilisieren, damit Geschehenes nicht wiederholt geschieht.

290 Dazu ist es wichtig die Zeichen von Misshandlung und Missbrauch zu erkennen und die
291 richtigen Schritte einzuleiten. Wir wollen deshalb für NRW feste Strukturen im Gesund-
292 heitssystem schaffen, in denen kindgerechte, schmerzfreie Untersuchungen von extra ge-
293 schulten Ärzt*innen so durchgeführt werden, dass Zeit und Raum für den vertrauensvollen
294 Umgang, den Schutz der Intimsphäre, eine stressfreie und sachgerechte Diagnostik mög-
295 lich ist.

296 Dies ist mit der knappen Diagnosefinanzierung durch die gesetzliche Krankenversicherung
297 nicht möglich. Deswegen brauchen wir mindestens in jedem Regierungsbezirk eine spezi-
298 elle Kinderschutzambulanz die mit einer ergänzenden institutionellen Förderung Zeit für
299 diese traumatisierten Kinder hat.

300 **Rettungsdienst stärken – Qualität und Sicherheit ausbauen**

301 Die begonnene Reform des Rettungsdienstes wollen wir fortsetzen und dabei insbesonde-
302 re die überörtliche Zusammenarbeit des Rettungsdienstes in NRW stärken und auch für die

303 Luftrettung eine strukturierte, landesweite Bedarfsplanung einführen. Bei der ärztlichen
304 Selbstverwaltung werden wir uns für die Anhebung und Vereinheitlichung notärztlicher
305 Qualifikationen, unter anderem durch die Einführung der bundesweit üblichen Zusatzbe-
306 zeichnung Notfallmedizin als Mindestvoraussetzung, einsetzen.

307 **Drogenkonsum entkriminalisieren – mit Prävention vor Sucht** 308 **schützen**

309 Im Umgang mit Drogen setzen wir weiter auf eine präventive, beratende, aber auch ak-
310 zeptierende Politik. Jeder Mensch entscheidet selbstbestimmt über seinen Konsum; Be-
311 vormundungen lehnen wir ab. Sanktionen und Repressionen sind notwendig gegenüber
312 Dealern und Kriminellen, Süchtige hingegen brauchen Hilfe und Unterstützung. An diesem
313 Umdenken wollen wir weiterhin ansetzen. Dabei geht es uns um mehr Differenzierung in
314 den Hilfeansätzen und Zuwendung zu denen, die bislang von den bestehenden Hilfestruk-
315 turen wenig bis gar nicht erreicht werden.

316 Auf Bundesebene fordern wir eine grundsätzliche Neubewertung des Umgangs mit Can-
317 nabis. Unser Ziel ist eine kontrollierte, legale Abgabe an zertifizierten Verkaufsstellen, die
318 die Einhaltung des Jugend- und Verbraucherschutzes garantieren. Für NRW wollen wir die
319 Möglichkeit eröffnen, im Rahmen von Modellprojekten die kontrollierte Abgabe von Can-
320 nabis an Volljährige vorzunehmen. Gerade das Wissen über Konzentration und Inhaltsstof-
321 fe ist präventiv sinnvoll. Nachdem wir die Eigenbedarfsgrenze für den straffreien Erwerb
322 bereits angehoben haben, wollen wir in einem nächsten Schritt die automatische Regel-
323 einstellung von Strafverfolgung bei kleinen Mengen sowie ein Ende der Praxis, dass der
324 Konsum kleiner Mengen an die Führerscheinstellen gemeldet wird.

325 NRW hält für drogenkonsumierende, suchtgefährdete und drogenabhängige Menschen be-
326 reits ein gutes Angebot an Hilfen und Beratung durch freie Träger, Selbsthilfe und den
327 Kommunen vor, das vom Land mit gefördert wird. Dabei geht es um suchtvorbeugende,
328 begleitende oder ausstiegsorientierte Hilfen. Niedrigschwellige Drogenhilfe, zielgruppen-
329 spezifische und aufsuchende Beratung und Hilfen spielen eine wichtige Rolle. Angebo-
330 te wie Drogenkonsumräume, Spritzenvergaben und Substitutionsbehandlung tragen ent-
331 scheidend dazu bei, die gesundheitliche Versorgung und das Überleben vieler Betroffener
332 zu ermöglichen. Diese Angebote wollen wir sichern und gemeinsam mit den Trägern auch
333 bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dazu gehört auch flächendeckendes Drugchecking, al-
334 so die Möglichkeit für Konsument*innen, Substanzen auf ihre Bestandteile prüfen zu las-
335 sen. Vor allem geschlechtergerechte Unterstützungsangebote sind erforderlich, um auf
336 geschlechterspezifische Ursachen von Sucht und Suchterkrankung effektiv reagieren zu
337 können.

338 Sucht im Alter und auch der Alkoholmissbrauch von jungen Menschen erfordert eine spe-
339 zifische Prävention in diesen Bereichen. Auch die sogenannten „nicht stoffgebundenen
340 Süchte“ wie Mager- und Esssucht aber auch Medien- und Onlinesucht sowie Glücksspiel-
341 sucht werden weiterhin zunehmende Rolle spielen. Hier ist das Land bereits engagiert.
342 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Angebote kontinuierlich und zeitgemäß weiter-
343 entwickelt werden.

344 Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung verbes- 345 sern

346 Höher, schneller, weiter: Auch Aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Anforderungen
347 und Rahmenbedingungen ist seit Jahren eine Zunahme von Diagnosen psychischer Er-
348 krankungen, gerade auch bei Kindern und Jugendlichen zu beobachten. Um die Ursachen
349 zu bekämpfen und die Stigmatisierung der Betroffenen zu vermeiden, brauchen wir ei-
350 ne gesamtgesellschaftliche Debatte. Damit Menschen mit psychischen Erkrankungen früh
351 genug unterstützt, der Leidensdruck reduziert und der Gebrauch von Psychopharmaka ein-
352 geschränkt werden kann, muss zudem das bestehende Hilfe- und Unterstützungssystem
353 weiterentwickelt und ausgebaut werden.

354 Viele Menschen die heute in psychischen Krisen therapeutische Hilfe brauchen, finden die-
355 se in unserem Gesundheitssystem nicht direkt. Zahlreiche Anrufe, um einen Therapeuten
356 zu erreichen und dann oft lange Wartelisten sind eher die Regel als die Ausnahme. Dieje-
357 nigen die dringend eine Therapie brauchen, erhalten sie oft nicht oder erst nach mehr als
358 4 Monaten. Dies ist nicht hinnehmbar.

359 Wir brauchen einen besseren Zugang über offene Sprechstunden und Internetplattformen,
360 auf denen man freie Therapieplätze finden kann. Außerdem können zielgruppenspezi-
361 fische Gruppentherapieangebote bei bestimmten Problemlagen sinnvolle Angebote zur
362 Überbrückung von Wartezeiten sein.

363 Zur Verbesserung und Ausbau der psychotherapeutischen Angebote und insbesondere
364 der Anzahl der ambulanten KV-Psychotherapiesitze muss es dringend eine grundlegen-
365 de und realistische Erhebung des psychotherapeutisch-psychiatrischen Bedarfs geben; in
366 diesem Zusammenhang werden wir uns außerdem auch weiterhin für die Abschaffung der
367 Schlechterstellung des Ruhrgebietes als „Sonderregion“ einsetzen. Das Angebot an Stu-
368 diengängen, die auf eine qualifizierte psychotherapeutische Tätigkeit vorbereiten, wollen
369 wir ausbauen.

370 Für den stationären Bereich haben wir in einem ersten Reformschritt das Gesetz über Hil-
371 fen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) aus dem Jahr 1990
372 den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention angepasst. Die allgemeinen Rechte
373 der Patient*innen wurden gestärkt, insbesondere im Bereich der Zwangseinweisungen und
374 Zwangsbehandlung. Denn Zwangsunterbringung, Fixierungen und Zwangsbehandlungen
375 stellen schwerwiegende Eingriffe in das Persönlichkeitsrecht dar, die wir mit allen Mitteln
376 vermeiden wollen. Sie dürfen nur als allerletztes Mittel bei unmittelbarer Gefahr für sich
377 selbst oder andere eingesetzt werden. Für uns GRÜNE sind multiprofessionelle Rund-um-
378 die-Uhr-Krisendienste in den Kommunen in NRW ein zentrales Anliegen. Wir brauchen eine
379 rund-um-die--Krisenintervention und regionale sektorübergreifende Verbundstrukturen,
380 an deren Aufbau und Finanzierung sich alle betroffenen Leistungsträger beteiligen. Uns
381 geht es darum, die ambulanten Strukturen nachhaltig weiter zu entwickeln. Ambulante
382 Psychotherapie, die sektorübergreifende Leistungsgestaltung und die Gemeindepsychia-
383 trie, die Selbsthilfe und das peer counseling wollen wir stärken und ausbauen sowie durch
384 geeignete Angebote wie Kultur und- Sprachmittlung auch den Zugang für Menschen mit
385 Zuwanderungsgeschichte verbessern.

386 Auf Bundesebene haben wir bezogen auf die Vergütung für die psychiatrische Kranken-
387 hausversorgung einen Kurswechsel im Sinne einer Abkehr vom pauschalen Entgeltsystem
388 „PEPP“ erreicht. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben. Hier wollen wir weiter für ein
389 neues Finanzierungssystem kämpfen, in dem individuelle Behandlungsbedarfe, insbeson-
390 dere von schwer kranken Menschen und regionale Besonderheiten besser berücksichtigt
391 neue und tatsächlich sektorübergreifende Behandlungsformen ermöglicht werden.

392 **Gesundheitsberufe stärken – Fachkräftemangel bekämpfen**

393 Arbeit am Menschen, am Krankenbett ist körperliche und seelische Schwerstarbeit unter
394 vielfach ungünstigen Arbeitsbedingungen und mit unzureichender Bezahlung. Wir haben
395 deshalb als erstes Bundesland strukturelle Mindeststandards für die Fachpflege in der
396 neuen Krankenhausbedarfsplanung verankert und haben im Bund darauf hingewirkt, dass
397 endlich alltagstaugliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege ermittelt und ein-
398 geführt werden. Unser Ziel sind insgesamt bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege wie
399 mehr Zeit für die Patient*innen, flexiblere und familienfreundlichere Arbeitszeiten aber
400 auch eine bessere Bezahlung der Beschäftigten. Für die Krankenpflege in der stationä-
401 ren Versorgung brauchen wir zukünftig einen verbindlichen Personalschlüssel, der fest-
402 schreibt, für wie viele Patient*Innen eine Pflegekraft zuständig sein darf.

403 Um langfristig und auf institutioneller Basis die Pflege in alle relevanten gesund-
404 heitspolitischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen, wollen wir den eingeschlagenen
405 Diskussions- und Prüfprozess zur Einrichtung einer Pflegekammer weiterhin konstruktiv
406 und kritisch fortsetzen und die Erfahrungen der anderen Bundesländer für NRW auswer-
407 ten. Eine Befragung der beruflich Pflegenden ist Voraussetzung für die Umsetzung des
408 Prozesses. Unabhängig davon halten wir bis dahin eine Einbeziehung der Pflege in alle
409 landespolitischen Entscheidungsprozesse weiterhin für selbstverständlich.

410 Besonders für Ärzt*innen in der Krankenhausversorgung setzen wir uns dafür ein, stärker
411 als bisher Teilzeitarbeit zu ermöglichen und Arbeitszeiten umzusetzen, die eine langfristig
412 gesunde Teilhabe am Berufsleben ermöglichen. Die derzeit geltenden Arbeitszeitbestim-
413 mungen nehmen Überarbeitung und Übermüdung in Kauf, das wollen wir nicht zuletzt
414 auch im Dialog mit den jeweiligen Tarifpartnern ändern. Für freie Mitarbeiter*innen, die als
415 Honorarkräfte an mehreren Stellen arbeiten, muss es ebenso eine Zeitkontrolle und ent-
416 sprechende Regelungen geben, damit auch hier Überarbeitung entgegen gewirkt werden
417 kann. Einige Nachbarländer haben gute Erfahrungen mit dem Ermöglichen einer beruf-
418 licher Auszeit (Sabbatical) durch finanzielle Förderung und strukturelle Erleichterungen
419 gemacht. So kann gerade bei Berufsgruppen mit regelhaft wöchentlichen Arbeitszeiten
420 von mehr als 50 Stunden und jahrelangem Schicht-, bzw. Nachtdienst Überlastung und
421 berufliches Ausbrennen vermieden werden.

422 Um die zukünftigen Bedarfe decken zu können, haben wir bereits zusätzliche Medizinstudi-
423 enplätze in NRW geschaffen. Wir setzen uns aber auch für eine inhaltliche Reform des Me-
424 dizinstudiums ein, damit am Ende dieser sehr teuren Ausbildung auch die Fachärzt*innen
425 in das Gesundheitssystem gelangen, die wir für die Versorgung der Menschen dringend
426 brauchen. Insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin sowie der ambulanten Kinder-

427 und Jugendmedizin bedarf es hier umfangreicher Anstrengungen um den absehbaren Ver-
428 sorgungsbedarf in Zukunft decken zu können. Dazu wäre eine festgeschriebene Station im
429 Rahmen der praktischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin genauso notwendig wie ei-
430 ne Veränderung im Zugang zum Studium. Neben der Stärkung der Allgemeinmedizin und
431 ambulanten Kinder- und Jugendmedizin als Teil der praktischen Ausbildung im Studium,
432 werden wir uns für die flächendeckende Einrichtung von Lehrstühlen für Allgemeinme-
433 dizin und die stärkere Anerkennung von ambulanten Ausbildungsabschnitten im Studium
434 an den Universitäten in NRW stark machen. Mit der Initiierung oder Zulassung neuer, hu-
435 manmedizinischer Modellstudiengänge, ausgerichtet auf eine moderne, ambulante haus-
436 ärztliche Versorgung, werden wir zusätzlich dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ und
437 Sicherstellung der Versorgung in Regionen aktueller oder zukünftiger Unterversorgung
438 Rechnung tragen.

439 So wie wir auf der einen Seite Telemedizin und Telematik, Hightech-Medizin und Speziali-
440 sierungen brauchen, sollten wir aber auch auf das Wissen, die Kompetenzen und Techniken
441 anderer Gesundheitssysteme und Gesundheitskulturen nicht verzichten. Um Integrative
442 Medizin auf Grundlage der Wirksamkeit zum Wohle der Menschen verankern zu können,
443 möchten wir deshalb an einer Hochschule in NRW einen Lehrstuhl für Komplementärme-
444 dizin langfristig fest verankern.

445 Das in der Altenpflege erfolgreiche Modell der Umlagefinanzierung von Ausbildungskos-
446 ten wollen wir, wenn es möglich ist, auf weitere Ausbildungsberufe erweitern, die für die
447 Daseinsvorsorge unverzichtbar sind. Unser Ziel ist es, das Schulgeld in diesen Berufen ab-
448 zuschaffen. Es kann nicht sein, dass Logopädie, Physiotherapie, Ergotherapie und Hebam-
449 menkunde als Studium gebührenfrei sind, während z.B. die Ergotherapeutin, der Physio-
450 therapeut, die Hebamme oder der Logopäde in der Ausbildung Schulgeld bezahlen müs-
451 sen. Wir wollen so dem Trend zunehmender Privatisierung der Ausbildungskosten und der
452 Erhebung von Schulgeldern zu Lasten der Beschäftigten entgegensteuern. Dort, wo mit
453 gut ausgebildeten Fachkräften auf Seite der Leistungserbringer Geld verdient wird, soll
454 zukünftig, wenn möglich, auch finanzielle Verantwortung für Ausbildungs- und Studien-
455 kosten übernommen werden.

456 **Leben auch am Lebensende menschenwürdig gestalten**

457 Die meisten Menschen wollen auch die letzten Lebenstage zu Hause, in ihrer gewohnten
458 Umgebung verbringen. Sie wünschen sich, im Frieden mit sich selbst und ihren Ange-
459 hörigen und Freund*innen zu sterben, umsorgt und bestmöglich versorgt. Obwohl NRW
460 mittlerweile die bestausgebaute Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland hat, ist
461 die Realität für viele Betroffene immer noch eine andere. Ein großer Teil der Menschen
462 stirbt in Krankenhäusern oder Pflegeheimen, in die sie erst kurz zuvor eingezogen sind
463 – oftmals allein. Wir werden deshalb die bestehende höchst engagierte Hospizbewegung
464 weiter stärken und auch die ambulanten Strukturen zur Palliativversorgung gemeinsam
465 mit den Akteur*innen des Gesundheitswesens bedarfsgerecht und kultursensibel weiter-
466 entwickeln.

467 **Gesundheit – das wollen wir GRÜNE**

- 468 • Wohnortnahe Versorgung sicherstellen

- 469 • Schulgeld für Gesundheitsberufe abschaffen
- 470 • Geburtshilfe mit Modellen wie Hebammenkreißsälen stärken
- 471 • Landespsychiatrieplan und Ausbau der Gemeindepsychiatrie
- 472 • Kontrollierte, legale Abgabe von Cannabis und Stärkung der Suchtprävention.

473 Politik für Pflege und Leben im Alter im Quartier

474 In NRW sind rd. 600.000 Menschen pflegebedürftig. Darüber hinaus benötigen etwa
475 300.000 Personen aufgrund von Demenzerkrankungen Hilfe und alltägliche Begleitung.
476 Die Zahlen werden aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung und der demografischen
477 Entwicklung noch weiter steigen. Demgegenüber wird die Zahl der Arbeitnehmer*innen –
478 und damit auch der möglichen Pflegekräfte – weiter abnehmen. Das gilt auch für die pfle-
479 genden Angehörigen, die heute den größten Anteil des Pflegegeschehens leisten. Zwei
480 Drittel der Pflege findet in der eigenen Häuslichkeit statt und wird überwiegend durch
481 Frauen geleistet. Mit dem Anspruch auf eine gleichberechtigte berufliche Teilhabe von
482 Frauen und der hieraus resultierenden Mehrfachbelastung ist dies oft nicht mehr verein-
483 bar. Zu Recht wird eine geschlechtergerechte Verteilung der Fürsorge- und Pflegeaufgaben
484 gefordert. Zudem lebt eine steigende Zahl der Familien nicht mehr an einem Ort. Für einen
485 Großteil der Menschen wird daher in Zukunft die heute noch prägende häusliche Pflege
486 durch Angehörige, außer dem eigenen Lebenspartner, keine verlässliche Basis mehr dar-
487 stellen können.

488 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge in der Alten- und Pflegepolitik seit 2010

489 Wir GRÜNE haben deshalb mit dem neuen Alten- und Pflegegesetz den rechtlichen Rah-
490 men für den notwendigen Wandel hin zu einem Angebotsmix geschaffen, in dem weiter-
491 entwickelte bestehende ambulante und stationäre Strukturen, ergänzt durch Quartiers-
492 strukturen und neue dezentrale Angebote wie Pflege WGs alle Bedarfe abdecken. Dabei
493 haben wir den Kommunen auch die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt, mit einer ent-
494 sprechenden Pflegebedarfsplanung der Errichtung weiterer Großeinrichtungen entgegen-
495 wirken zu können. Gleichzeitig haben wir mit dem Landesförderplan Pflege und Alter und
496 anderen Förderprogrammen den Ausbau neuer Wohnformen und Pflegekonzepte voran-
497 gebracht. Mit der Einführung der Ausbildungumlage für die Altenpflege und einem enga-
498 gierten Ausbauprogramm haben wir in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze
499 in der Altenpflege von unter 10.000 auf knapp 18.000 annähernd verdoppeln können und
500 NRW zu dem führenden Land in der Altenpflegeausbildung gemacht.

501 Mit dem „Masterplan altengerechte Quartiere“ haben wir einen Handlungsplan aufgelegt,
502 in dem die bereits gemachten Erfahrungen gebündelt, Wissenstransfer unterstützt, Bera-
503 tung und Hilfen angeboten oder vermittelt werden. Damit werden Impulse gesetzt für die
504 partizipative Entwicklung altengerechter Quartiere – sowohl in urbanen städtischen wie
505 auch in ländlichen Gebieten. Mit Unterstützung des Landes ist deshalb in den vergangenen
506 Jahren in NRW ein breites Beratungsangebot entstanden, das bundesweit einzigartig ist.
507 So unterstützen beispielsweise mittlerweile dreizehn Demenz-Servicezentren den Aufbau

508 wohnortnaher Netzwerke zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Demenz und
509 ihrer Familien. Ein Servicezentrum richtet sich insbesondere an Menschen mit Zuwande-
510 rungsgeschichte.

511 Hierauf wollen wir aufbauen und dafür sorgen, dass auch die geburtenstarken Jahrgänge,
512 die in naher Zukunft pflegebedürftig werden, die passenden Rahmenbedingungen für eine
513 quartiersnahe, selbstbestimmte und qualitativ hochwertige Pflege vorfinden.

514 **Verlässliche und menschliche Pflege sichern**

515 Jeder Mensch, der einen entsprechenden Bedarf hat, muss die umfassende Pflege und
516 Unterstützung erhalten, die es ihm erlauben, möglichst selbstständig und selbstbestimmt
517 zu leben, ganz egal ob er in seiner gewohnten Wohnung, dem Betreuten Wohnen, einer
518 Pflege WG oder einer stationären Pflegeeinrichtung leben will.

519 Dabei müssen die unterschiedlichen kulturellen, religiösen, sexuellen oder geschlechts-
520 spezifischen Identitäten der Menschen Eingang in die Gestaltung der sozialen Infrastruktur
521 und Pflegekonzepte vor Ort finden.

522 Wichtig ist ein Pflege- und Hilfemix aus professioneller Pflege und Unterstützung, soziale
523 Netze und Nachbarschaft im Quartier. Dabei sollen Wohnungen und Wohnumfeld so ge-
524 staltet werden, dass Menschen unabhängig von ihrem Alter oder ihrer eingeschränkten Be-
525 wegungsfreiheit möglichst selbstständig und unabhängig in ihrer gewohnten Umgebung
526 leben können. Notwendig sind auch Einrichtungen der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege
527 und Treffpunkte wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren, die auch „rund-um-
528 die-Uhr“ eine Pflege und Unterstützung bieten.

529 Die Vielzahl an unterschiedlichen Lebens- und Bedarfssituationen erfordert mehr denn je
530 neue, auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtete Wohn- und Pflegeangebote. Des-
531 halb wollen wir den beschrittenen Weg weitergehen und unsere Pflegelandschaft und die
532 dazu gehörigen kommunalen Strukturen weiterhin demografiefest umbauen. Wir wollen
533 dem Bau weiterer großer Heimeinrichtungen entgegenwirken und stattdessen den Ausbau
534 von überschaubaren Wohn- und Pflegeformen im Quartier voranbringen, in denen Pflege
535 und Betreuung auch unabhängig vom Einsatz Angehöriger in einer häuslichen Wohnum-
536 gebung stattfinden kann. Um das zu erreichen, werden wir Alternativen für ein selbstbe-
537 stimmtes Wohnen mit Angeboten für eine intensive Pflege und Unterstützung weiterhin
538 fördern. Dazu gehören Hausgemeinschaften, Pflegewohngruppen und Wohngemeinschaften
539 genauso wie Mehrgenerationenwohnen oder „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in
540 der eigenen Wohnung.

541 Auch wenn die Zukunft in überschaubaren Wohn- und Pflegeformen liegt, stellen derzeit
542 nach wie vor auch viele stationäre Einrichtungen noch ein unverzichtbares Angebot für
543 die Sicherung einer umfassenden Pflege vor Ort dar. Diese Einrichtungen wollen wir dabei
544 unterstützen, sich für die Zukunft aufzustellen, zu modernisieren und sich zu wandeln, um
545 ein selbstbestimmtes Wohnen mit einer umfassende Pflege zu verbinden. Hierzu gehört
546 auch, sich zum Quartier hin zu öffnen und zu vernetzen, sei es als Begegnungszentren für
547 die Menschen und Initiativen im Stadtteil oder als sozialer Dienstleister gemeinsam mit
548 anderen Trägern und Vereinen im Quartier.

549 Beratung und Unterstützung ausbauen

550 Eine umfassende und unabhängige Beratung ist für den Verbleib in der eigenen Häuslich-
551 keit und für eine optimale Versorgung unverzichtbar. Gemeinsam mit den Akteur*innen
552 vor Ort wollen wir die Angebote weiter auf die Bedarfe der Menschen ausrichten und auch
553 in den Quartieren anbieten. Dazu zählen auch Angebote und Strukturen für kleine und
554 mittlere Unternehmen um ihre pflegenden Angehörigen im Betrieb bei der Vereinbarkeit
555 zu unterstützen.

556 Auch für Demenzerkrankte wollen wir die Strukturen vor Ort so anpassen, dass diese Men-
557 schen möglichst selbstbestimmt und selbstständig in ihrem Quartier leben können. Hierzu
558 gehört auch der weitere Ausbau von niederschweligen Hilfen und betreuten Demenz-
559 Hausgemeinschaften. Außerdem wollen wir die Präventionsmöglichkeiten weiter stärken,
560 mit denen möglichen Demenzerkrankungen entgegengewirkt bzw. diese weiter hinaus-
561 gezögert werden können. Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen mit Demenz und ihre
562 Angehörigen überall in NRW schnelle Beratung und Unterstützung finden um ihnen Angst
563 und Last zu nehmen und wir wollen die Gesellschaft weiter zu einer Normalität im Umgang
564 mit Menschen mit Demenz entwickeln.

565 Quartiere entwickeln

566 Um das Zusammenleben im Quartier zu befördern werden wir die Rahmenbedingungen für
567 eine soziale Quartiersentwicklung in NRW weiterentwickeln. Generationenübergreifende
568 Konzepte sind dabei ebenso wichtig wie interkulturelle Ansätze. Auch Menschen, die ge-
569 flüchtet sind oder eine Zuwanderungsgeschichte haben, müssen am Sozialleben teilhaben
570 können.

571 Die Vielfalt der kulturellen Wurzeln, Lebensstile und Identitäten seiner Bewohner*innen
572 prägen das städtische wie auch dörfliche Gemeinwesen. Dies muss sich auch in der Quar-
573 tiersgestaltung und der sozialen Infrastruktur niederschlagen. Dort, wo die Menschen le-
574 ben und wohnen, muss es Geschäfte, Kommunikations- und Werkräume sowie Einrich-
575 tungen für Junge, Alte und Menschen mit Beeinträchtigung geben. Die städte- und woh-
576 nungsbauliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte befördert eher die Isolation als das
577 Zusammenleben in der Gemeinschaft. Wir setzen uns für Städte und ländliche Räume mit
578 sozialer Durchmischung ein. Für die Bewohner*innen wollen wir Freiräume für die Gestal-
579 tung schaffen und die Mitwirkungsmöglichkeiten verbessern.

580 Insbesondere wollen wir die soziale Infrastruktur stärken, die zur Bewältigung des Alltags-
581 lebens wichtig ist: Pflege und Unterstützung, Gesundheitsversorgung, soziale Infrastruk-
582 tur, generationengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes sowie die sozialraumbezogene
583 Förderung. Beratung und Unterstützung wollen wir sozialraumorientiert ausrichten und
584 hierzu den Ausbau von Quartiersstützpunkten, Nachbarschaftszentren oder anderen Treff-
585 punkten befördern.

586 Altengerechte Quartiersentwicklung bedeutet deutlich mehr als Sicherung von Pflege und
587 Gesundheitsversorgung oder das Abdecken von Unterstützungsbedarfen. Es gilt auch, An-
588 gebote zur Prävention in den Alltag vor Ort zu integrieren und die Versorgung insgesamt
589 dezentral zu denken und zu gestalten. Ein entwickeltes Quartier, Veedel, Stadtteil, Dorf,

590 Wohnblock, oder wie auch immer dies genannt wird, bedeutet Teilhabe am Leben und So-
591 zialstruktur für alle Generationen herzustellen. Es bedeutet, auch in der nachberuflichen
592 Phase bis zuletzt sinnstiftend Teil dieser Gesellschaft zu bleiben, Aufgaben zu haben, Be-
593 gegnung mit Menschen zu erleben, statt isoliert in den eigenen vier Wänden zu vereinsa-
594 men, depressiv und immobil zu werden.

595 Für eine zukunftsorientierte Quartiersentwicklung ist aber nicht nur eine alters- und behin-
596 dertengerechte Gestaltung wichtig. In einem funktionierenden Quartier muss die Wohn-
597 architektur alle Lebensphasen sowie die unterschiedlichen Belange der Geschlechter be-
598 rücksichtigen und die soziale Kommunikation, das generationenübergreifende Miteinan-
599 der und den interkulturellen Dialog fördern. Ebenso ist gesicherte Mobilität durch einen
600 barrierefreien, übersichtlichen Nahverkehr, Fahrdienste ohne lange Anmeldezeiten, Bür-
601 gerbusse und Anrufsammeltaxen wichtig für Versorgungsmöglichkeiten, kulturelle Teil-
602 habe und soziale Kontakte. Dieses wollen wir in den nächsten Jahren weiter verbessern.
603 Insbesondere in ländlichen Bereichen gibt es hier noch erhebliche Defizite. Auch die Siche-
604 rung der Nahmobilität im Quartier wollen wir weiter verbessern, insbesondere für Fahrrad-,
605 Rolli- und Fußmobilität. Selbstbestimmung und Teilhabe dürfen auch dann nicht aufhö-
606 ren, wenn die Lebenssituation besondere Herausforderungen bereithält. Nur so lässt sich
607 der wichtige Generationen-Mix vor Ort auf Dauer sichern.

608 **Fachkräfte in der Pflege sichern**

609 Trotz der bereits erreichten annähernden Verdopplung der Ausbildungsplätze in der Al-
610 tenpflege werden wir auch in den nächsten Jahren für einen weiteren Ausbau der Aus-
611 bildungskapazitäten, aber auch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der
612 Entlohnung in der Pflege kämpfen. Hierfür braucht es insbesondere entsprechende bun-
613 desgesetzlichen Rahmenbedingungen. Eine Weiterentwicklung der Pflegeausbildung mit
614 einem gemeinsamen Abschluss bei den Pflegeberufen ist grundsätzlich ein Schritt in die
615 richtige Richtung. Dabei muss allerdings sichergestellt sein, dass das Ziel ohne den Verlust
616 bisher bestehender spezifischer Kompetenzen in den Disziplinen und für die Einsatzorte
617 sowie ohne den Verlust von Ausbildungskapazitäten erreicht werden kann. Hierzu gehört
618 auch, dass sich die Pflegeversicherung an den Ausbildungskosten in der Pflege beteiligt.

619 **Alter und Pflege – das wollen wir GRÜNE**

- 620 • Die Beratungsangebote für alle sichtbar machen, damit Pflegebedürftige und Ange-
621 hörige schnell zu der notwendigen Unterstützung kommen, statt viel Zeit mit dem
622 Klären von Ansprüchen und Angeboten verbringen zu müssen.
- 623 • Die Ausbildungszahlen für Pflegefachkräfte weiter steigern.
- 624 • Die Quartiersentwicklung verdreifachen, damit Menschen perspektivisch überall in
625 NRW auch im Alter mit Pflege und Unterstützungsbedarf dort leben bleiben können,
626 wo sie immer gelebt haben.

627 Soziale Teilhabe & Armutsbekämpfung

628 Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Mobilität, Kul-
629 tur. Nach wie vor gibt es aber viele Barrieren in Bezug auf gleichberechtigte Teilhabe am
630 gesellschaftlichen Leben sowie auf die Selbstbestimmung. GRÜNE Sozialpolitik schafft
631 die Voraussetzungen für die gerechte Verteilung von Gütern, sie schafft hochwertige und
632 individuelle Angebote, an denen alle teilhaben können. GRÜNE Sozialpolitik steht außer-
633 dem für eine sanktionsfreie, armutsfeste Existenzsicherung, so dass Menschen individuell
634 und frei über ihr Leben entscheiden können. Wir ermutigen und befähigen sie, ihre Chan-
635 cen wahrzunehmen. An diesem Leitbild werden wir auch unsere Politik für NRW weiter
636 ausrichten.

637 Wer arm ist, kann viele gesellschaftliche Angebote nicht oder nur eingeschränkt wahr-
638 nehmen. Das bedeutete insbesondere auch den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Ar-
639 beitsmarkt sowie zu umfassender Gesundheitsversorgung. Dies gilt auch für die steigende
640 Zahl an Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen, bei denen zur Gesundheitsversorgung auch
641 speziellen Angeboten für traumatisierte Menschen gehören.

642 Teilhabe bedeutet aber auch Barrierefreiheit. GRÜNE Politik will Selbstbestimmung und
643 individuelle Wahlmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen Menschen mit Behinderung keinen
644 Lebensweg vorgeben. Unser Ziel ist es vielmehr, Nachteile auszugleichen, damit eine ei-
645 genständige Entwicklung und eine selbstbestimmte Lebensgestaltung möglich sind. Dazu
646 gehören das Recht auf eine eigene Familie, Partnerschaft und sexuelle Selbstbestimmung
647 genauso wie das Recht auf Beschäftigung, das Recht auf einen angemessenen Lebens-
648 standard, das Recht auf sozialen Schutz und das Recht auf Teilhabe am öffentlichen und
649 kulturellen Leben. Vor allem bedeutet Teilhabe aber auch den gleichen Zugang zu Bildung
650 und somit das Anrecht auf Unterricht im Regelschulsystem (Inklusion). Nicht zuletzt ist
651 es Aufgabe der Gesellschaft, den Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch für alle
652 Menschen zu gewährleisten, gerade dann, wenn sie besonderen Schutz benötigen.

653 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge in der Sozialpolitik seit 2010**

654 Wichtige sozialpolitische Akzente der Jahre 2010-2017 waren die Weiterführung der „So-
655 zialberichterstattung“ und des Landesprogramms „Hilfen für Wohnungslose“ sowie die
656 konzeptionelle Weiterentwicklung bei der Umsetzung des „Bildungs- und Teilhabepakets“.
657 Im Sinne einer „Strategische Sozialplanung“ wurde ein Netzwerk zur Unterstützung eines
658 sozialraum-orientierten Planungsprozesses in den Kommunen aufgebaut. Durch GRÜNE
659 Initiative entstanden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen – wie die Kompeten-
660 zentren für Selbstbestimmtes Leben und das Aktionsprogramm „Obdachlosigkeit verhin-
661 dern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“. Das NRW-Sozialticket unter-
662 stützt die Teilhabe an Mobilität. Ein Förderprogramm zur Sozialarbeit an Schulen sowie
663 die Programme „Kein Kind zurücklassen“ und „Alle Kinder essen mit“ haben einen ent-
664 scheidenden Beitrag zum Nachteilsausgleich bei Kindern und Jugendlichen geleistet.

665 Mit dem Aktionsplan „NRW inklusiv“ und der Umsetzung der UN Behindertenrechtskon-
666 vention durch das Inklusionsstärkungsgesetz sind wir dem Ziel näher gekommen, Teilha-
667 be auch für Menschen mit Behinderung umfassend zu gewährleisten. Weitere Instrumente

668 auf diesem Weg waren und sind die Frühförderung von Kindern mit Behinderung und die
669 Aufstockung der Förderung und Weiterentwicklung der Arbeit der Betreuungsvereine.

670 Der „Hilfsfonds für Opfer von Unrecht und Misshandlungen in der Heimerziehung sowie
671 Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen“ trägt dazu bei, Entschädigung für Fehler der
672 Vergangenheit zu gewährleisten und Verantwortung anzunehmen.

673 **Armut vermeiden – in allen Lebenslagen**

674 Unser Ziel ist klar: Wir wollen Armut in allen Lebenslagen vermeiden. Aus diesem Grund
675 werden wir in der nächsten Legislaturperiode Angebote und Maßnahmen zur Armutsver-
676meidung weiter ausbauen und zielgruppengerecht ausrichten. Unterstützung und Hilfe
677 sollen insbesondere im Sozial- und Lebensraum der Menschen angeboten werden. Die För-
678derung der Sozialen Arbeit an Schulen und im Quartier wie auch die anderen Programme zur
679 Armutsvermeidung werden wir fortführen und weiterentwickeln. Dabei sollen insbeson-
680dere emanzipatorisch ausgerichtete Hilfen und Unterstützungen im Vordergrund stehen,
681 die Menschen stärken und ihre Kompetenzen fördern.

682 Wir wollen die Hilfen für Menschen in prekären Lebenslagen weiter verbessern und die-
683se insbesondere quartiersorientiert ausbauen. So werden wir u.a. das „Aktionsprogramm
684 Obdachlosigkeit verhindern“ fortführen und gendersensibel ausgestalten.

685 Wir kritisieren zudem seit Langem, dass die Leistungen in Hartz IV nicht armutsfest sind,
686 sondern oft bürokratisch und zudem stigmatisierend. Hartz IV verhindert eine gleichbe-
687rechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb brauchen wir eine neue unbüro-
688kratische, armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung. Dazugehören Maßnahmen wie
689 ein deutlich höherer Regelsatz und die Einführung einer Kindergrundsicherung, bei der
690 dem Staat alle Kinder gleich viel wert sind und mit der Kinder- und Familienarmut syste-
691matisch bekämpft wird. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende.

692 Neben der materiellen Grundsicherung muss auch eine hochwertige Infrastruktur geschaf-
693fen und erhalten werden, um die persönlichen Voraussetzungen für Teilhabe zu schaf-
694fen. Investitionen in Infrastruktur wie Bibliotheken, Volkshochschulen, Jugendzentren oder
695 Schwimmbäder, helfen auch, Wachstum zu schaffen. Denn soziale Infrastruktur bedeutet
696 gesellschaftlichen Mehrwert. Sie ist ressourcenschonender als individueller Konsum. Sie
697 schafft Arbeitsplätze und schont die Ressourcen derjenigen, bei denen sie am knappsten
698 sind. Denn wenn es in einer Kommune erst einmal kein Schwimmbad, keine Bibliothek
699 und keinen öffentlichen Nahverkehr mehr gibt, kann auch kein Gutschein weiterhelfen,
700 mit dem der kostenlose Zugang ermöglicht wird.

701 Daher richten wir klare Forderungen auch an den Bund: Die Finanzierung der kommunalen
702 Daseinsfürsorge muss dauerhaft gesichert werden. Hierzu zählt eine aktive Wirtschaftsför-
703derung und aktive Arbeitsmarktpolitik um wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten zu
704 erhalten und zu schaffen sowie ein ÖPNV-Angebot, das die Fahrt zum Arbeitsplatz über-
705haupt ermöglicht.

706 Teilhabe fördern

707 Selbstbestimmt Leben in der eigenen Häuslichkeit darf nicht vom Geldbeutel abhängig
708 sein. Deshalb brauchen wir ein gutes Angebot an bezahlbarem Wohnraum auch für Pfl
709 gebedürftige und Menschen mit Behinderung. Schon seit langer Zeit setzen wir GRÜNEN
710 uns dafür ein, dass die Kosten für ein selbständiges Wohnen mit einer umfassenden Un
711 terstützung und Pflege auch dann übernommen wird, wenn diese über denen einer Heim
712 unterbringung liegen (Aufhebung des Kostenvorbehalts); denn die bestehende Regelung
713 verletzt die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (Art. 19).

714 Es widerspricht dem Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe, wenn Menschen mit Be
715 hinderung oder Pflegebedarf nicht selbst entscheiden können, wo und mit wem sie woh
716 nen wollen. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für einen Paradigmenwechsel ein: Weg
717 von Groß- und Sondereinrichtungen, hin zu quartiersbezogenen Wohn-, Pflege- und Un
718 terstützungsangeboten, die eine umfassende Versorgungssicherheit im selbst gewählten
719 Wohnquartier bieten. Dies gilt auch für Menschen, die „rund um die Uhr“ eine Unterstüt
720 zung benötigen.

721 Um dies zu gewährleisten, werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen für
722 geschlechter- und generationengerechte Konzepte setzen, wie auch die Angebote und
723 Einrichtungen befördern, die der kulturellen Vielfalt Bevölkerung und Gesellschaft ent
724 sprechen. Das erfordert insbesondere Angebot für Frauen und Mädchen mit Behinderun
725 gen. Diese müssen doppelte Barrieren überwinden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für
726 sie besonders schwierig. Auch ist die Gefahr, Opfer von Gewalt zu werden für sie deutlich
727 größer. Deshalb benötigen diese Frauen und Mädchen besondere Angebote der Gewalt
728 prävention.

729 Ausgehend von der UN-Behindertenrechtskonvention unterstützen wir die Entwicklung
730 hin zu einem inklusiven Gemeinwesen, bei dem die Kommunen, Stadtteile und Quartiere
731 so gestaltet werden, dass alle Menschen – mit und ohne Behinderungen – gleichberech
732 tigt im Quartier leben, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und im Bedarfsfall eine
733 Versorgung im Wohnumfeld gesichert werden kann. Wesentlich hierzu wird die Schaffung
734 der Barrierefreiheit sein, nicht nur im baulichen Bereich sondern auch bei der Kommunika
735 tion und beim Zugang zur sozialen und wirtschaftlichen Umwelt. Selbstbestimmung und
736 Teilhabe dürfen auch dann nicht aufhören, wenn die Lebenssituation besondere Heraus
737 forderungen bereithält.

738 Darüber hinaus wollen wir die Entwicklung von Beratungs- und Beteiligungsgremien zur
739 Umsetzung der Inklusion vor Ort unterstützen. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen
740 vertretungen in die kommunale politische Arbeit miteinbezogen werden. Menschen mit
741 Behinderungen und chronischen Erkrankungen sollen einen gleichberechtigten und bar
742 riererefreien Zugang zu den demokratischen Entscheidungsprozessen erhalten.

743 In diesem Sinne ist es notwendig, aktiv eine Kultur zu schaffen, in der die politische Mitge
744 staltung durch Menschen mit Behinderung vor Ort „ermöglicht“, „gewollt“ und „gemacht“
745 wird. Hierbei sind insbesondere kommunikative Barrieren durch die Anwendung der deut
746 schen Gebärdensprache oder der Leichten Sprache zu überwinden.

747 Im Sinne der gesellschaftlichen Inklusion muss die Deutsche Gebärdensprache Allgemeint
748 gut werden und Lehre und Ausbildung zur Gebärdensprachdolmetscher*in ausgeweitet

749 werden. Unsere Zukunftsperspektive ist, dass auch Kitas und Schulen entsprechenden
750 Unterricht zum Spracherwerb anbieten. Wir wollen den Aufbau eines flächendeckenden
751 Netzes von entsprechenden Dolmetscher*innen fördern. In der kommenden Legislatur-
752 periode wollen wir die Rahmenbedingungen für die Arbeit zur Gewinnung und Beglei-
753 tung ehrenamtlicher Betreuer*innen weiter verbessern und die Weiterentwicklung der Ar-
754 beit der Betreuungsvereine unterstützen. Auch deshalb sehen wir die Novellierung des
755 Betreuungsrechts als eine zentrale Aufgabe an – insbesondere vor der Zielsetzung der
756 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Betreuung muss originär das Ziel haben, die
757 Menschen zu befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollen hin zu einer
758 Begleitung, die eine weitestgehende Selbstbestimmung zum Ziel hat. Hier ist der Bund
759 gefordert, einen Paradigmenwechsel einzuleiten und auch finanziell zu unterlegen.

760 Soziale Teilhabe – Das wollen wir Grüne

- 761 • Armut vermeiden und ihre Ursachen angehen
- 762 • inklusive und integrierende Sozialraumentwicklung
- 763 • Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung
- 764 • das Betreuungsrecht novellieren.

765

766 NRW – das Land der „guten“ Arbeit

767 9,18 Millionen Erwerbstätige – in NRW haben mehr Menschen Arbeit als je zuvor. Wir
768 GRÜNE sind der Motor dafür, dass in Nordrhein-Westfalen Jobs mit Zukunft entstehen.
769 Beispielhaft dafür ist unser Einsatz für Erneuerbare Energien: Wir sorgen dafür, dass inno-
770 vative Unternehmen aus dieser Branche gestärkt werden, hier Fachkräfte und gute Stand-
771 ortbedingungen finden und ihre wirtschaftlichen Perspektiven vergrößern. Wir setzen uns
772 aber auch für faire Arbeitsbedingungen ein und behalten all jene, die ohne Unterstützung
773 keine Chance auf dem 1. Arbeitsmarkt haben, oder in prekären Beschäftigungsverhältnis-
774 sen angestellt sind im Blick.

775 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik seit 2010

776 Seit 2010 haben wir in NRW den sozialen Arbeitsmarkt maßgeblich mitgestaltet. Men-
777 schen, die aufgrund ihrer Langzeitarbeitslosigkeit und weiterer Vermittlungshemmnisse
778 keine Chance auf dem 1. Arbeitsmarkt hätten, haben dank finanzieller Hilfe des Landes
779 sozialversicherungspflichtige Stellen erhalten. Auch Förderung von Arbeitslosenzentren
780 und Arbeitslosenberatungsstellen haben wir wieder aufgenommen und mit dafür gesorgt,
781 dass Arbeitnehmer*innen bundesweit nun ein Mindestlohn für ihre Arbeit zusteht. Mit dem
782 Inklusionsstärkungsgesetz haben wir die UN-Behindertenrechtskonvention in NRW umge-
783 setzt und sind damit bundesweit Vorreiter bei der Teilhabe von Menschen mit Behinde-
784 rung. In NRW arbeiten bereits 3000 Menschen in Integrationsunternehmen auf dem 1.
785 Arbeitsmarkt. Im Bereich der Altenpflegeausbildung ist es uns außerdem u.a. durch die

786 Einführung einer Ausbildungumlage gelungen, die Zahl der Ausbildungsplätze seit 2010
787 nahezu zu verdoppeln.

788 Zur Verbesserung der Berufs- und Aufstiegschancen von Frauen haben wir in Nordrhein-
789 Westfalen ein wirkungsvolles Landesgleichstellungsgesetz geschaffen, das ebenso wie das
790 novellierte Dienstrechtsmodernisierungsgesetz mehr Frauen ermöglichen wird, ihrer Qua-
791 lifikation entsprechend auch Führungsverantwortung zu übernehmen. Wir haben Zielquo-
792 ten für die Beförderung von Frauen festgelegt. Bei „im Wesentlichen“ gleicher Eignung
793 müssen sie im öffentlichen Dienst die Beförderung erhalten. Zudem haben wir die Rechte
794 der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt und in ganz NRW 16 Kompetenzzentren „Frau &
795 Beruf“ aufgebaut. Sie beraten Unternehmen in allen Belangen zum Thema Frau und Be-
796 ruf und erleichtern den Berufs- und Wiedereinstieg, verbessern die Aufstiegschancen für
797 Frauen und unterstützen Gründerinnen.

798 **Prekäre Beschäftigung eindämmen – Arbeit muss sich lohnen**

799 Minijobs, Niedriglohn, Zeitarbeit oder Werkverträge: Viele Menschen, vor allem Frauen,
800 verfügen über zu wenig Geld, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Wir wollen daher
801 die prekären Beschäftigungsverhältnisse deutlich eindämmen. Die Regelungen für Leih-
802 arbeit und Werkverträge müssen verbessert werden, damit diese Arbeitsverhältnisse für
803 die Beschäftigten zu guten Arbeitsverhältnissen werden. Leiharbeit muss für die Arbeit-
804 geber*innen deutlich und auf Überbrückung kurzfristiger Engpässe befristet oder die Ar-
805 beitnehmer*innen von Beginn an besser als das Stammpersonal gestellt werden, um die
806 Unsicherheit auszugleichen. Der Ersatz ganzer Abteilungen bzw. Stellen durch billigere
807 Werkvertragsarbeitnehmer*innen muss verhindert werden. Der Mindestlohn muss armuts-
808 fest gestaltet werden. Die heutigen Mini-Jobs müssen in sozialrechtlich normale Jobs um-
809 gewandelt werden, damit von Anfang an jede Stunde sozialversichert wird und die Be-
810 schäftigten Ansprüche gegenüber den Sozialversicherungen gelten machen können.

811 **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**

812 Wir wollen die öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen. Wir wollen mehr Stellen
813 schaffen, mehr Menschen fördern und die Zeit der Unterstützung verlängern. Auf Bundes-
814 ebene setzen wir uns weiter dafür ein, dass der Soziale Arbeitsmarkt als Regelinstrument
815 ins SGB II aufgenommen und über einen passiv-aktiv-Transfer mitfinanziert wird. Insges-
816 samt muss die Arbeitsförderung erleichtert werden, indem wir die Förderprogramme stär-
817 ker miteinander abstimmen, indem wir dafür sorgen, dass sich Förderkriterien nicht ständig
818 verschlechtern und weitere bürokratische Hürden aufgebaut werden und indem wir sie bei
819 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen stärker bekannt machen. Die Arbeitsförderung
820 muss

821 auch Antworten auf den digitalen Wandel in der Industrie und in Dienstleistungsbranchen
822 geben.

823 Für Menschen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, besteht das Risiko, mit Leistungs-
824 kürzungen sanktioniert zu werden. Dieses Risiko macht krank und ist auch eine Motivati-
825 onsbremse. Sanktionen müssen daher abgeschafft werden, auch weil Kürzungen unterhalb
826 des Existenzminimums unmenschlich sind.

827 Um die vielfältigen Benachteiligungen von Frauen im Arbeitsleben abzubauen, wollen
828 wir außerdem die erfolgreichen Förderprogramme wie das Programm „Wiedereinstieg –
829 Frauen zurück in den Beruf“ und die Kompetenzzentren „Frau & Beruf“ weiter führen und
830 ausbauen.

831 **Inklusiver Arbeitsmarkt**

832 Jedem Menschen mit Behinderung muss gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit und Aus-
833 bildung ermöglicht werden. Die UN-Behindertenrechtskonvention spricht Menschen mit
834 Behinderung das gleiche Recht auf Arbeit und die Möglichkeit zu, ihren Lebensunterhalt
835 selbst zu verdienen. Damit allen Menschen mit Behinderung in NRW gesellschaftliche Teil-
836 habe durch Arbeit ermöglicht werden kann, wollen wir die Integrationsunternehmen als
837 Alternative zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung ausbauen. Zudem gilt es, das
838 „Budget für Arbeit“ für weit mehr Menschen als bisher zu eröffnen und die Anzahl der Men-
839 schen mit Behinderung in öffentlichen und privaten Betrieben deutlich zu erhöhen. Ferner
840 wollen wir durch die Schaffung von weiteren inklusiven Ausbildungsstätten den Start in
841 das Berufsleben für Menschen mit Behinderung erleichtern und ermöglichen. Unser Ziel ist
842 ein echter inklusiver Arbeitsmarkt ohne Trennung zwischen behinderten, psychisch kran-
843 ken und nicht behinderten Arbeitslosen Menschen.

844 **Hemmnisse bei der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen** 845 **beseitigen**

846 Unsere neuen Zugewanderten wollen und brauchen Arbeit. Über Arbeit gelingt Teilhabe
847 und Eigenverantwortung. Im Zentrum der Bemühungen müssen zunächst schulische und
848 berufliche Qualifizierungen stehen. Nur dann wird die Vermittlung in Arbeit auch nach-
849 haltig Erfolg haben. Wir wollen deshalb das Arbeitsverbot und die Vorrangprüfung bei der
850 Arbeitsagentur dauerhaft und flächendeckend abschaffen und ganzheitliche Arbeitsmarkt-
851 programme für Flüchtlinge auflegen, die neben Arbeit auch Bildung und sozialpädagogi-
852 sche Begleitung beinhalten.

853 **Ausbildung fördern – Ausbildungsplatzabgabe einführen**

854 Nach wie vor gibt es in NRW in manchen Regionen und Berufen zu wenige Ausbildungs-
855 plätze. Die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen greift nicht. Nur jeder vierte
856 Betrieb in NRW bildet aus. Wir wollen deshalb nach dem erfolgreichen Modell im Bereich
857 der Altenpflegeausbildung auch in anderen Bereichen eine Ausbildungsplatzumlage ein-
858 führen. Hierbei müssen bei der Übertragung dieses Modells auf andere Branchen natürlich
859 deren spezifische Besonderheiten berücksichtigt werden. Dabei zahlen Unternehmen in

860 einen Ausbildungsfonds ein, aus diesem werden betriebliche und vollzeitschulische Aus-
861 bildungsplätze finanziert. Wer ausbildet, erhält dann Geld aus diesem Fonds.

862 Gute Arbeit – das wollen wir GRÜNE

863 Wir wollen jedem Menschen, mit oder ohne Behinderung, die Förderung und Unterstüt-
864 zung geben, die nötig ist, um den eigenen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Dafür
865 wollen wir:

- 866 • prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenwirken
- 867 • echte Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt herstellen
- 868 • den sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt ausbauen
- 869 • Mehr Ausbildungsplätze sichern und die Verbundausbildung fördern.

870 Zurück zur Zeitsouveränität

871 Zeit ist wertvoll und wird angesichts der Beschleunigung und Verdichtung unseres Le-
872 bens immer knapper. Immer mehr Anforderungen, Ansprüche und Wünsche wollen erfüllt
873 und miteinander in Einklang gebracht werden. Im Kern steht dabei die Vereinbarkeit von
874 Familie und Beruf, von Zeit für Kindererziehung sowie Pflege von Angehörigen und von
875 Erwerbstätigkeit und Karriere. In unterschiedlichen Lebensphasen haben die Menschen
876 unterschiedliche Bedürfnisse an Arbeitszeit. Wir wollen die gleichberechtigte Aufteilung
877 von Arbeit und Familie ermöglichen. GRÜNE Zeitpolitik schafft die Voraussetzungen dafür,
878 dass Menschen Souveränität über ihre Zeit zurückerhalten. Das muss für alle gelten und
879 darf keine Frage des Einkommens sein.

880 Arbeitszeit gestalten – Arbeit an die Lebenssituation anpassen

881 In unterschiedlichen Lebensphasen bestehen unterschiedliche Arbeitszeitbedürfnisse. Die
882 gleichberechtigte Aufteilung von Arbeit, Weiterbildung und Familie muss ermöglicht wer-
883 den. Wir werden deshalb Familien, die sich gleichberechtigt um Erziehung und Pflege
884 sowie um den Familienunterhalt kümmern wollen, unterstützen. Wir setzen uns bei Un-
885 ternehmen und öffentlichen Einrichtungen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ein
886 (z.B. temporäre Stundenreduzierung, Arbeitsplatzteilung, Arbeitszeitkonten).

887 Start-Förderung für kommunale Zeitbüros

888 Um in den Kommunen „Zeit zu schaffen“, wollen wir die Gründung kommunaler Zeitbüros
889 unterstützen. Sie sollen die Zeitbedürfnisse der Akteur*innen vor Ort, von Bürger*innen,
890 Unternehmen, ÖPNV-Anbietern, Schulen, Kitas und Dienstleistern, ermitteln und harmoni-
891 sieren. Wo brauchen Eltern welche Kita-Öffnungszeiten? Können Busfahrpläne in Stoßzei-
892 ten optimiert werden, um Familien mit schulpflichtigen Kindern Zeit zu sparen? Könnte die
893 Abholung des Mülls anders getaktet werden, um den Berufsverkehr zu entlasten? Damit

894 sich kommunale Zeitbüros diesen und weiteren Fragen widmen können, wollen wir, dass
895 das Land einen Wettbewerb ausschreibt und den Start innovativer Konzepte finanziert.

896 Sport

897 Sport ist mehr als nur gesund: Er verbindet Generationen und überwindet kulturelle Un-
898 terschiede. Sport hilft uns, den Teamgedanken und FairPlay zu erlernen. Daher wollen wir
899 GRÜNE sportliche Betätigung in jeder Form unterstützen und fördern! Sei es im Verein, als
900 Freizeitbeschäftigung oder in unseren Schulen. Dabei soll und muss nicht der Wettkampf
901 im Vordergrund stehen, sondern das Erlebnis im Team oder der „Sieg über den inneren
902 Schweinehund“.

903 Doch es gibt eine Schattenseite: Korruption und die besorgniserregende Tendenz, dass in-
904 ternationale Großereignisse fast nur noch in autokratischen oder diktatorischen Staaten
905 denkbar erscheinen, müssen durch eine kluge Sportpolitik bekämpft werden. Auch Do-
906 ping und der Gebrauch von leistungssteigernden Mitteln greifen selbst im Breiten- und
907 Freizeitsport um sich – diesen Tendenzen müssen sich das Land NRW und die sportlichen
908 Verbände gemeinsam, transparent und ehrlich entgegenstellen

909 Für uns ist klar: Wir wollen Vielfalt, auch im Sport. Unterschiedliche Begabungen und
910 körperliche Voraussetzungen, gerade bei Kindern und Jugendlichen, müssen durch eine
911 entsprechend breit angelegte Sportlandschaft unterstützt werden.

912 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge in der Sportpolitik seit 2010**

913 Erfreulicher Weise ist es gelungen, die Zusammenarbeit zwischen dem Land NRW und
914 dem Landesportbund (LSB) im Pakt für den Sport fest zu vereinbaren und finanziell zu
915 hinterlegen und somit Planungssicherheit für den organisierten Sport zu gewährleisten.

916 Zudem konnten wir die Sportpauschale in Höhe von 50 Millionen Euro im Jahr erhalten, die
917 Übungsleiterpauschale erhöhen und sicherstellen, dass die Deutsche Sporthochschule in
918 Köln weiter gefördert wird. Das erfolgreiche Breitensportprogramm der Landesregierung
919 und des Landessportbundes wurde ebenso weitergeführt, wie das Programm 1000 x 1000,
920 das um die Aspekte Bewegungsfreudige Kita und Inklusion erweitert werden konnte.

921 Denn gerade für die Aufgaben der Integration und Inklusion spielt der Sport eine beson-
922 dere Rolle.

923 Wir unterstützen Vereine und Schulen dabei, allen Menschen den Zugang zum Sport zu
924 ermöglichen. Damit hierfür zukünftig auch die notwendigen Sporträume zur Verfügung
925 stehen, haben wir einen Kriterienkatalog für inklusive Sportstätten-Infrastruktur erarbei-
926 tet, der Barrierefreiheit als zentrales Merkmal definiert. Gleichzeitig haben wir auch den
927 Einsatz gegen Gewalt, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im
928 Sport verstärkt: Zusätzlich zu einer gemeinsamen Aufklärungskampagne mit dem LSB ist
929 das Land NRW seit 2013 Partner eines „Qualitätsbündnisses zum Schutz vor sexualisierter
930 Gewalt im Sport“.

931 Die herausragende Bedeutung von Bewegung für eine gesunde kindliche Entwicklung ist
932 hinlänglich bekannt. Sportliche Aktivität in Kindertagesstätten haben wir vorangebracht,
933 indem wir das Konzept von Bewegungskindergärten weiter ausgebaut haben. Auch das
934 Programm „bewegungsfreudige Schule“ haben wir gefördert. Wir GRÜNE fordern, dass in
935 der Ausbildung von Erzieher*innen das Programm Bewegungsfreudige Kita‘ implementiert
936 wird. Weiterhin fordern wir mindestens eine Stunde Sport und Bewegung täglich auf dem
937 Stundenplan. Uns sind die Schwierigkeiten des zunehmenden Ganztagsunterrichtes, der
938 in Konkurrenz zum Vereinssport steht, bewusst. Deshalb wollen wir zusammen mit allen
939 Beteiligten auf eine stärkere Zusammenarbeit der Schulen und der Vereine hinarbeiten.
940 Das Landesprogramm „NRW kann schwimmen! Schwimmen lernen in den Schulferien in
941 NRW!“ wird bis 2020 fortgesetzt und sorgt dafür, dass es weniger Nichtschwimmer*innen
942 in NRW gibt. Diese Bemühung sollen intensiviert und in einem umfassenden Landespro-
943 gramm gebündelt werden.

944 Um Sportangebote im Ganztage zu verankern, wurde eine Rahmenvereinbarung getroffen,
945 die eine Zusammenarbeit von Stadt- und Kreissportbünde und den Berater*innen Schul-
946 sport institutionell festschreibt. Zudem konnten wir das Verbundsystem „Schule und Leis-
947 tungssport“ verbessern und das Ziel, 18 NRW-Sportschulen zu schaffen, erreichen. Da wir
948 wissen, welche Risiken eine Karriere im Leistungssport mit sich bringt, unterstützen wir
949 Duale Karrieren, die Sport und Berufsausbildung verbinden.

950 Zum Sport gehören immer auch die Fans. Besonders im Bereich des Fußballs ist der Um-
951 gang mit den Unterstützer*innen der NRW-Clubs ein wichtiges Thema. In diesem Sinne
952 haben wir die Förderung der Fanprojekte ausgeweitet und die Fachstelle „LAG der Fan-
953 projekte in NRW e.V.“ etabliert. Zudem sind wir durch den Test und die anschließende
954 Überführung des Programms „Lageangepasste Reduzierung der Polizeieinsatzkräfte bei
955 Fußballspielen“ in den allgemeinen Polizeidienst neue Wege gegangen, um Polizeieinsät-
956 ze an Spieltagen im Sinne aller Beteiligten sinnvoll und verhältnismäßig zu gestalten.

957 Sportfördergesetz // Sportförderung neu denken

958 Für die Zukunft wollen wir die Förderung des organisierten, aber auch vereinsungebunde-
959 nen Sports auf eine kontinuierliche Grundlage stellen. Den Pakt für den Sport wollen wir
960 auch über das Jahr 2017 hinaus fortschreiben. Zudem gehen wir neue Wege: Ein Sportför-
961 dergesetz soll die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Sports herausstellen. Wir wol-
962 len, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit haben entsprechend ihrer Wünsche und
963 Fähigkeiten Sport zu treiben.

964 Im Rahmen der demografischen Entwicklung altert unsere Gesellschaft immer stärker. In
965 diesem Zusammenhang leisten Sport und Bewegung wichtige Beiträge zur gesundheitli-
966 chen Prävention vor allem, aber nicht nur für ältere Menschen. Daher ist Sport und Be-
967 wegung im Alter künftig stärker in den Fokus für Fördermöglichkeiten zu nehmen. Unser
968 Ziel ist es die Förderung der gute eigenverantwortliche Arbeit des LSB NRW nach Good
969 Governance-Kriterien transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wün-
970 sche von Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksich-
971 tigen. Hierfür ist es aus unsere Sicht richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessport-
972 konferenz mit allen wichtigen Sportakteuren an einen Tisch zu setzen.

973 Als Sportland Nr. 1 in Deutschland legen wir aber auch Wert auf einen gesunden und breit
974 aufgestellten Leistungssport..

975 Trotz aller bisherigen Bemühungen ist die Sportstätteninfrastruktur in den Kommunen
976 NRWs in die Jahre gekommen. Die Mittel der Sportpauschale reichen bei Weitem nicht
977 aus, um die notwendigen Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen durchzuführen. Wir
978 wollen die Potenziale einer nachhaltigen Sportstättenentwicklung aufzuzeigen, indem das
979 Land Modellkommunen fördert, die ein Konzept zur kommunalen Sportstättenentwicklung
980 unter besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten erarbeiten.

981 Ehrenamtsstrategie // Das Ehrenamt stärken

982 Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft und Basis leben-
983 diger Demokratie. Deshalb schätzen und fördern wir das Ehrenamt im Sport. Doch zivilge-
984 sellschaftliches Engagement braucht gute Rahmenbedingungen, vernetzte Strukturen und
985 die finanzielle Förderung von Ehrenamtskoodinator*innen. Um die Arbeit der Ehrenamtli-
986 chen zu unterstützen und zu stärken, möchten wir in einem breiten Beteiligungsprozess
987 eine Engagement-Strategie für NRW erarbeiten. Dabei sollen auch bisher unterrepräsen-
988 tierte Gruppen in den Blick genommen werden.

989 Großereignisse// NRW als Gastgeberland

990 NRW hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder als gutes Gastgeberland hervorra-
991 gend organisierter sportlicher Großereignisse (z.B. der RuhrGames) präsentiert. Zukünftig
992 braucht jede Sportveranstaltung ein ökologisches Rahmenkonzept. Darin muss auf ein kli-
993 mafreundliches Transportkonzept ebenso geachtet werden wie auf eine nachhaltige Un-
994 terbringung und Verpflegung der Teilnehmer*innen und Zuschauer*innen.

995 Mit uns wird es in NRW auch weiterhin keine sportlichen Großereignisse geben, wenn
996 Beteiligungsmöglichkeiten von Anfang und Transparenz in Bezug auf Kosten, Nutzen und
997 Folgen nicht sichergestellt werden.

998 Fanarbeit // Neue Wege in der Fanarbeit

999 Auch in Bezug auf den Umgang mit Fußballfans in NRW, gibt es weiteren Handlungs-
1000 bedarf: Stadionverbote sind insbesondere für junge Fußballfans eine harte Strafe, deren
1001 zielführende pädagogische Wirkung angezweifelt werden muss. Das intransparente Ver-
1002 fahren (z.B. Datenweitergabe zwischen Polizei, Fußballvereinen und Verbänden) führt zu
1003 einem großen Ohnmachtsgefühl und Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Ei-
1004 ne Unabhängige Beschwerdestelle kann hier Abhilfe schaffen. Die Datenerhebung- und
1005 Speicherung zu Geschehnissen im Rahmen von Sportereignissen wollen wir einheitlich
1006 und transparent gestalten. Fragwürdige Instrumente wie die Datei „Gewalttäter Sport“ leh-
1007 nen wir ab. Sie müssen gemäß den aktuellen Anforderungen grundlegend reformiert und
1008 rechtssicher ausgestaltet werden. So können wir deutlichen machen, dass GRÜNE Daten-
1009 schutz und Fanrechte ernst nehmen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand

WP-05

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW – OFFEN, VIELFÄLTIG, MENSCHLICH

1 Demokratie

2 Demokratische Beteiligung ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Gesellschaft. Die
3 Mitbestimmung und Teilhabe aller Einwohner*innen Nordrhein-Westfalens, unabhängig
4 von ökonomischer Lage, Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion oder anderen
5 Merkmalen, ist grundlegender Bestandteil unserer Arbeit. Deshalb wollen wir sie als Basis
6 unserer Demokratie stärken.

7 Wir setzen auf Selbstbestimmung und Freiheit. Unser Demokratieverständnis zielt auf eine
8 pluralistische Gesellschaft, in der unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile gleich-
9 berechtigt ihren Platz haben. Demokratie braucht selbstbestimmte Menschen, die ihre
10 Lebensentwürfe und ihre politischen Überzeugungen auf dem Boden des Grundgesetzes
11 selbstbewusst ausdrücken und sich zwischen Wahlterminen einbringen und einmischen
12 wollen und können.

13 Deshalb ist es uns besonders wichtig, unsere Entscheidungen gemeinsam mit den Men-
14 schen zu treffen – ihnen unsere Ideen zu erklären, ihre Vorstellungen zu hören und mit
15 dem Wissen um ihre Wünsche und Bedürfnisse das Land weiterzuentwickeln.

16 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

17 Wir haben wichtige Entscheidungen immer in engem Schulterschluss mit den Betroffenen
18 gefällt und sie zu Beteiligten gemacht – durch Runde Tische, Konferenzen, Onlinebeteili-
19 gungen, Dialogtoure und durch viele Gespräche zu allen Gelegenheiten.

20 Wir haben auch die Strukturen unserer Demokratie gestärkt, um unser System zukunfts-
21 fähig und lebendig zu erhalten. So haben wir die Stichwahl bei (Ober-)Bürgermeister-
22 und Landratswahlen wieder eingeführt und diese Wahlen wieder mit den Wahlen zu den

23 Kommunalvertretungen zusammengelegt. Außerdem haben wir die Hürden für Bürgerbe-
24 gehren und –gesenkt, um mehr direkte Demokratie zu ermöglichen. Für Volksbegehren
25 auf Landesebene haben wir die Verfahren deutlich erleichtert.

26 **Wahlrecht/Neue Ideen für den Wahltag**

27 Die sinkende Wahlbeteiligung und die steigende Anzahl von nicht wahlberechtigten Ein-
28 wohner*innen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft machen aus unserer Sicht wei-
29 tere Reformen des Wahlrechts nötig. Die zentrale Form der Beteiligung der Bürger*innen
30 an der Gestaltung unseres Landes ist und bleibt die Stimmabgabe am Wahltag.

31 Wir wollen daher das Kommunalwahlrecht weiter demokratisieren und Kumulieren (meh-
32 rere Stimmen pro Kandidat*in) und Panaschieren (Stimmenverteilung auf verschiedene
33 Kandidat*innen) ermöglichen. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass
34 so die Abhängigkeit der Kandidat*innen von Parteien sinkt, während die Einflussmöglich-
35 keiten der Wähler*innen auf das Personalangebot steigt.

36 Wir setzen uns trotz der 2016 im Landtag an CDU und FDP gescheiterten Verfassungs-
37 reform weiterhin dafür ein, dass das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt
38 wird. Auch Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, auf die Gestaltung der Gesellschaft
39 und ihres Lebens politisch Einfluss zu nehmen.

40 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ausländer*innen aus EU-Staaten das Landtagswahl-
41 recht und Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten das kommunale Wahlrecht erhalten. Aus
42 unserer Sicht wäre das ein entscheidender Beitrag zu einer gelingenden Integration.

43 Wir wollen außerdem dafür sorgen, dass Frauen in den Parlamenten und kommunalen
44 Selbstverwaltungsorganen gleichwertig repräsentiert sind. Deshalb werden wir die Um-
45 setzungsmöglichkeiten einer sogenannten Parité-Regelung für die Aufstellung von Kandi-
46 dat*innen für die Landtags- und Kommunalwahlen prüfen. Aus unserer Sicht sind Quoten-
47 regelungen, die eine paritätische Besetzung von Kandidatenlisten vorgeben, verfassungs-
48 rechtlich geboten. Die faire und gleichberechtigte Teilhabe beider Geschlechter an unserer
49 Demokratie muss endlich umgesetzt werden.

50 Wir wollen für den Landtag und die Landesverwaltung ein Lobby-Transparenzregister ein-
51 führen, das auch die Finanzierung der jeweiligen Lobbygruppe transparent macht. Das
52 Einholen externen Sachverständs ist zwar in der Gesetzgebung von großer Bedeutung,
53 muss aber für die Bevölkerung nachvollziehbar sein.

54 **Mehr Transparenz im Bundesrat**

55 Das Abstimmungsverhalten der Bundesländer im Bundesrat ist für die Bürgerinnen und
56 Bürger kaum nachvollziehbar. Wir wollen die Votes unseres Bundeslandes im Plenum und
57 in den Ausschüssen einfach zugänglich transparent machen. Im Bundesrat werden wir eine
58 Initiative ergreifen, die Abstimmungen und Verfahren insgesamt transparent zu machen.

59 **Bürgerbeteiligung und digitale Demokratie**

60 Demokratie ist mehr als wählen zu gehen. Wir stärken unsere repräsentative Demokra-
61 tie, aber wir wollen auch niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten schaffen, um alle
62 Menschen in Nordrhein-Westfalen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

63 Wir setzen uns seit geraumer Zeit für Mitbestimmungsmöglichkeiten durch Volksinitiati-
64 ven, Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene ein. Wir wollen diese Instru-
65 mente attraktiver gestalten, indem wir u.a. das Zustimmungsquorum für Volksbegehren
66 senken.

67 Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für eine aktive politische Partizipation
68 nutzen. Bürgerbeteiligung und Informationsfreiheit sind für uns Grundpfeiler erfolgreicher
69 Politik. Online und offline Beteiligungsprozesse bringen den Menschen die Landespolitik
70 näher und sorgen Politikverdrossenheit vor.

71 Wir wollen eine neue Infrastruktur für mehr Mitsprachemöglichkeit. Wir wollen, dass die
72 Landesverwaltung weiter für Bürgerbeteiligung qualifiziert wird, indem wir Politik und
73 Verwaltung in die Lage versetzen, die Bürgerinnen und Bürger aktiv zu beteiligen. In Zu-
74 kunft sollen wichtige Projekte der Landesregierung stärker mit Bürgerbeteiligung erarbei-
75 tet und umgesetzt werden. Das wollen wir in einer Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeits-
76 beteiligung regeln. Den von den Bezirksregierungen entwickelten Leitfaden zur frühzei-
77 tigen Beteiligung wollen wir weiter entwickeln und festlegen, wie Bürgerbeteiligung bei
78 Infrastrukturvorhaben und Großprojekten umgesetzt werden kann.

79 Wir wollen die Kommunen bei ihren Angeboten, Bürger*innen bei Entscheidungsprozessen
80 einzubinden, unterstützen. Im Rahmen der Open.NRW-Strategie wollen wir den Kommu-
81 nen für einen unbürokratischen und schnellen Austausch untereinander zur Seite stehen.
82 Insbesondere die Open-Data-Kommunen in NRW können den anderen Kommunen ein Vor-
83 bild sein. Dabei soll auch das Open.NRW-Portal genutzt werden können.

84 **Verwaltung im digitalen Zeitalter: Eine neue Kultur der Zusam-** 85 **menarbeit**

86 Die Digitalisierung bietet vielfältige Chancen für die Zusammenarbeit von Verwaltung und
87 Bürger*innen. Das E-Government-Gesetz NRW bringt für die Bürger*innen mehr Service.
88 Wir wollen seinen Geltungsbereich deshalb ausweiten und auch die Kommunen einbezie-
89 hen. Wir wollen eine neue Verwaltungskultur im Sinne der Open-Government-Philosophie
90 flächendeckend verankern.

91 Wir begleiten insbesondere die Kommunen bei der digitalen Transformation ihrer Ange-
92 bote. Dabei unterstützen wir Angebote einer bürgernahen Verwaltung wie etwa neue For-
93 men des Online-Bürgerservices und Online-Beteiligungsverfahren. Dadurch stärken wir
94 die Kommunikation mit den Menschen und helfen, Verwaltungsabläufe besser zu struktu-
95 rieren. Eine Verwaltung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und dabei
96 die Entwicklungen der Digitalisierung nutzt, sorgt nicht nur für größere Zufriedenheit bei
97 den Bürger*innen, sondern auch für effizientere Arbeitsabläufe.

98 Ein ungehinderter Zugang zu öffentlichen Informationen ist für uns eine Grundvoraus-
99 setzung, damit sich mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen bei Entscheidungsprozessen
100 einbringen und am öffentlichen Leben teilhaben. Wir haben deshalb im Rahmen der
101 Open-Government- Strategie das Portal Open.NRW eingerichtet, um die Daten landesei-
102 gener Behörden für die Bürger*innen zugänglich zu machen. Dabei gelten die Open-Data-
103 Prinzipien, denen zufolge Daten gebündelt, maschinenlesbar, dauerhaft und kostenfrei be-
104 reitgestellt werden.

105 Mit unserem Transparenzgesetz haben wir den ersten Schritt für einen Paradigmenwech-
106 sel weg von der Holschuld der Bürger*innen hin zu einer Bringschuld der Verwaltungen
107 geschafft. Wir wollen seinen Geltungsbereich auch auf die Kommunen ausdehnen.

108 Auch zur Nutzung der digitalen Verwaltung und der Beteiligungsmöglichkeiten durch die
109 Bürger*innen ist schnelles, sicheres und freies Internet eine unbedingte Voraussetzung.
110 Wir wollen dabei den Zugang zum Internet für alle Menschen sicherstellen, unabhängig
111 von Alter, Bildung oder sozialem Status.

112 **Kommunales Ehrenamt/Demokratie wächst von unten**

113 Die Bereitschaft in der Bevölkerung, ein kommunales Ehrenamt wahrzunehmen, ist seit
114 geraumer Zeit rückläufig. Die Arbeitsbelastung nimmt angesichts der immer komplexer
115 werdenden Herausforderungen zu, während gleichzeitig ein solches Ehrenamt angesichts
116 des Zeitaufwandes für viele Menschen im erwerbsfähigen Alter unattraktiv ist. Dies liegt
117 beispielsweise auch an der Vereinbarkeit mit Familie und Beruf. Kommunalvertretungen
118 setzen sich aber vermehrt aus Studierenden, Rentner*innen sowie Mitarbeiter*innen des
119 öffentlichen Dienstes zusammen und bilden somit keinen Querschnitt der Bevölkerung
120 ab.

121 Dieser Entwicklung wollen wir entgegenwirken. An der Gestaltung der Lebensverhältnisse
122 vor Ort sollten sich so viele Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen und mit den
123 unterschiedlichsten persönlichen Erfahrungen wie möglich beteiligen.

124 Deshalb haben wir eine Ehrenamtskommission ins Leben gerufen und damit begonnen,
125 ihre Ergebnisse umzusetzen. Wir haben die Aufwandsentschädigungen für kommunale
126 Mandatsträger*innen um 10 Prozent erhöht und zusätzliche Aufwandsentschädigungen
127 für Ausschussvorsitzende eingeführt sowie die Regelungen zum Verdienstaufschlag landes-
128 weit vereinheitlicht, um auch auf diesem Weg das besondere Engagement ehrenamtlicher
129 Mandatsträger*innen anzuerkennen.

130 Dies waren aber nur erste Schritte, um die kommunale Demokratie als Basis unseres demo-
131 kratischen Systems zu stärken. Wir werden außerdem ein Rede- und Antragsrecht für Ver-
132 treter*innen der Jugendparlamente und der Seniorenbeiräte und Integrationsräte in den
133 kommunalen Vertretungen einführen. Dadurch werden die Jugendparlamente und Beiräte
134 gestärkt und ihre Arbeit noch besser mit den Kommunalparlamenten vernetzt.

135 Ob sich jemand engagiert, hängt auch eng mit den Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb
136 der kommunalen Vertretung zusammen. Deshalb wollen wir kommunale Unternehmen
137 wieder stärker an die Räte und Kreistage anbinden, um die Einflussmöglichkeiten der Mit-
138 glieder der kommunalen Vertretungen zu stärken.

139 Auf Bundesebene wollen wir uns zudem für eine bessere steuerliche, renten- und sozi-
140 alrechtliche Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit einsetzen und uns gleichzeitig für
141 großzügigere Anrechnungsregelungen bei Bezieher*innen von Transfereinkommen (ins-
142 besondere SGB II und XII sowie BaföG) stark machen, um diesen Bevölkerungsgruppen
143 den Zugang zum kommunalen Ehrenamt nicht zu erschweren.

144 Mit diesen Maßnahmen wollen wir unsere Kommunalvertretungen repräsentativer gestal-
145 ten, ihre Arbeit für mehr Bevölkerungsgruppen öffnen und damit das Zusammenleben der
146 Menschen in unseren Städten und Gemeinden verbessern.

147 Demokratie – das wollen wir GRÜNE:

- 148 • Das Wahlalter auf 16 absenken
- 149 • Das Wahlrecht ändern und Kumulieren und Panaschieren einführen
- 150 • Ein Lobbyregister etablieren
- 151 • Kommunales Ehrenamt stärken.

152 Datenschutz

153 Freiheit und Selbstbestimmung sind auch im digitalen Zeitalter die Richtschnur unseres
154 politischen Handelns. Wir wollen keinen Überwachungsstaat. Deshalb lehnen wir nicht nur
155 anlasslose Massenüberwachung durch staatliche Stellen ab, sondern schützen die Bürge-
156 rinnen und Bürger auch vor dem Datenhunger übermächtiger Konzerne.

157 Die Digitalisierung ist in vielen Bereichen unseres Lebens mit immensen Chancen verbun-
158 den, sie kennt aber gerade mit Blick auf den Schutz der Privatsphäre auch Schattenseiten.
159 Die Snowden-Enthüllungen haben gezeigt, dass einige global operierende Geheimdiens-
160 te außer Rand und Band geraten sind. Konzerne wie Google und Amazon verknüpfen die
161 Daten ihrer Kundinnen und Kunden in immer umfangreicheren Profilen. Für Adresshänd-
162 ler*innen und Auskunftsteien steht der Score längst vor der Persönlichkeit. Bei Sozialen
163 Netzwerken wie Facebook sind viele aus der analogen Zeit bekannte Schutzmechanismen
164 de facto ausgehebelt. Wir werden uns auf allen Ebenen für einen zeitgemäßen Daten-
165 schutz einsetzen, der Userinnen und Usern die Kontrolle über ihre Daten zurückgibt

166 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

167 Wir haben die Datenschutzaufsicht bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und In-
168 formationsfreiheit (LDI) personell deutlich gestärkt. Dadurch können mehr Menschen da-
169 bei unterstützt werden, zu ihrem Recht auf Schutz ihrer Privatsphäre zu kommen. Ebenso
170 können mehr Betriebe dabei beraten werden, ihre Geschäftsprozesse mit Blick auf den
171 Datenschutz zu optimieren und so die Daten ihrer Kund*innen und Mitarbeiter*innen zu
172 schützen.

173 Die Datenschutzbeauftragte arbeitet heute in vollständiger Unabhängigkeit von der Lan-
174 desregierung. Wir haben erfolgreich neue Konzepte und Maßnahmen entwickelt, um den
175 Datenschutz für die Herausforderungen unserer Zeit aufzustellen, etwa die Landesdaten-
176 schutzkonferenz und das Datenschutzsiegel-NRW. Mehr als je zuvor spielt die LDI nun auch
177 bei der Förderung der Medienkompetenz eine Rolle. Dadurch fördern wir einen bewussten
178 und verantwortungsvollen Umgang mit den eigenen Daten im Netz.

179 **Starker Datenschutz in NRW und Europa**

180 Wir wollen einen handlungsfähigen Datenschutz. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine star-
181 ke Datenschutzaufsicht unerlässlich. Wir werden die Personalausstattung der Landesbe-
182 auftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit auf einem hohen Niveau stabilisieren
183 und wenn nötig ausweiten.

184 Die EU-Datenschutzgrundverordnung ist ein Erfolg für den Schutz der Privatsphäre, denn
185 erstmals gelten nun hohe Standards für alle Menschen in ganz Europa. Die Reform be-
186 dingt jedoch auch einen hohen Anpassungsbedarf im nationalen Recht. Wir werden uns
187 auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass Umsetzungsspielräume dazu genutzt
188 werden, das Datenschutzniveau noch weiter anzuheben.

189 Wir wollen, dass NRW auf Bundesebene als Motor des Datenschutzes auftritt. Dabei setzen
190 wir uns beispielsweise für eine Stärkung des Beschäftigtendatenschutzes ein. Wir kämpfen
191 für klare Regeln beim Datenhandel. Wir wollen die Schutzklauseln für Verbraucher*innen
192 stärken und durch neue Transparenzregeln dafür Sorge tragen, dass sie auch zu ihrem
193 Recht kommen. Verstöße gegen den Datenschutz wollen wir konsequent ahnden. Wenn
194 Unternehmen bewusst oder durch Fahrlässigkeit die Daten ihrer Kund*innen verlieren,
195 sollen sie künftig zu Entschädigungsleistungen an die Kund*innen verpflichtet werden
196 können.

197 **Konsequenzen aus dem Geheimdienstskandal ziehen**

198 Durch den heldenhaften Einsatz Edward Snowdens wissen wir heute mehr über die Um-
199 triebe außer Kontrolle geratener Geheimdienste. Wir GRÜNE streiten auf Bundes- und Eu-
200 ropaabene dafür, diese Dienste wieder auf den Boden der Gesetze zurückzubringen und
201 rechtsstaatlich einzuhegen.

202 Für uns in NRW ist die wichtigste Konsequenz aus dem globalen Geheimdienstskandal, die
203 Datensicherheit im öffentlichen und privaten Bereich auszubauen. Die öffentliche IT hat
204 hierbei eine Vorbildfunktion. Deshalb wollen wir den Einsatz von Verschlüsselungstechno-
205 logien sowie von freier und offener Software in der Verwaltung stärken. Wir wollen bei der
206 öffentlichen Vergabe prüfen, durch welche Regelungen die öffentliche Hand ihre Verträge
207 über Hard- und Software bereits beim begründeten Verdacht einer sicherheitsrelevanten
208 Kooperation des Herstellers mit fremden Nachrichtendiensten kündigen kann.

209 Wir wollen die Unternehmen in NRW darin unterstützen, die Daten ihrer Kund*innen besser
210 zu schützen und ihre Geschäftsgeheimnisse besser zu wahren. Dies ist jedoch keine Aufga-
211 be des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz soll im Bereich der Spionageabwehr

212 auf seine Kernaufgaben zurückgeführt werden. Die bisher durch den Verfassungsschutz
213 erbrachten Beratungsleistungen für die Wirtschaft sollen durch eine Stelle übernommen
214 werden, die für Unternehmen leicht zugänglich und vertrauenswürdig ist.

215 **Vertrauliche Kommunikation für alle**

216 Für uns hat jeder Mensch ein Recht auf sichere und vertrauliche Kommunikation. Den Ru-
217 fen nach Einschränkung von Verschlüsselungstechniken erteilen wir eine klare Absage.
218 Verschlüsselung darf nicht durch Hintertüren in Soft- und Hardware abgeschwächt wer-
219 den. Wir werden des Weiteren zusätzliche Aufklärung gewährleisten, wie Bürger*innen
220 ihre Kommunikation besser und umfänglich sichern können.

221 Forschung an sicherer Informationstechnologie und an Verschlüsselungstechniken wollen
222 wir ausweiten. Im Rahmen der Medienkompetenzförderung soll das Thema Datenschutz
223 weiter einen hohen Stellenwert einnehmen. Netzsperrern und Zensur stellen wir uns nach-
224 drücklich entgegen.

225 Die Vorratsdatenspeicherung ist der Gesetz gewordene Generalverdacht und damit ein
226 Angriff auf zentrale Werte des demokratischen Rechtsstaats. Wir haben die Vorratsdaten-
227 speicherung bekämpft und lehnen alle Pläne für ihre sachliche oder zeitliche Ausweitung
228 ab. Wir werden keine landesrechtlichen Korridore schaffen, mit denen Vorratsdaten ge-
229 nutzt werden könnten. Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist ein schwerwiegender
230 Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung und bringt keinen Sicherheitsgewinn,
231 sondern birgt die Gefahr des Missbrauchs. Neben der Vorratsdatenspeicherung für Tele-
232 kommunikationsdaten lehnen wir auch eine Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten
233 entschieden ab.

234 **Datenschutz – Das wollen wir GRÜNE**

- 235 • Eine starke Datenschutzaufsicht und hohe rechtliche Standards
- 236 • Der anlasslosen Massenüberwachung entgegentreten
- 237 • Vertrauenswürdige Kommunikation von Bürger*innen und Unternehmen fördern.

238 **Innenpolitik und Öffentliche Sicherheit**

239 Im Mittelpunkt GRÜNER Innenpolitik stehen die Grund- und Freiheitsrechte der Bür-
240 ger*innen. Alle Menschen sollen frei und sicher leben, unabhängig davon, wer sie sind,
241 woher sie kommen und wo sie sich aufhalten – ob zu Hause, im öffentlichen Raum oder
242 im Internet.

243 Werden Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit ergriffen, müssen sie geeig-
244 net, erforderlich und angemessen sein. Sie müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zu

den individuellen Freiheitsrechten stehen, die eingeschränkt werden. Wir stellen Sicherheit immer in den Dienst der Freiheit und sagen ehrlich: Hundertprozentige Sicherheit wird es niemals geben.

Deshalb setzt GRÜNE Sicherheitspolitik nicht erst bei der Strafverfolgung an, sondern steht für präventive und soziale Maßnahmen zur Verhinderung von Kriminalität und zum Schutz der in Nordrhein-Westfalen lebenden Menschen.

Die steigende Anzahl von menschenverachtenden Gewalttaten beobachten wir mit großer Sorge. Wir wissen, dass sich menschenverachtende Einstellungen und Gewalt gegenseitig bedingen und verstärken. Deshalb ist das Eintreten gegen jede Form von menschenverachtender Hetze auch ein Kampf gegen andere menschenfeindliche Einstellungen, wie etwa Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus oder Antiziganismus. Dieser Entwicklung stellen wir uns mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen.

Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

Die letzten Jahre waren geprägt durch neue Herausforderungen an unsere Sicherheits- und Ermittlungsbehörden. Anstelle von zum Teil geschichtsvergessener Symbolpolitik, wie der Forderung nach dem Einsatz der Bundeswehr im Innern und vorschneller Verschärfung von Sicherheitsgesetzen, setzen wir auf die Verhinderung von Kriminalität durch Ursachenbekämpfung und Prävention sowie personell ausreichend ausgestattete Behörden und eine gute Ausbildung der Mitarbeiter*innen.

Deshalb haben wir unsere Polizei in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt, indem wir als einziges Bundesland die Einstellungszahlen deutlich erhöht haben. Wurden 2010 durch die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung lediglich 1.100 Kommissaranwärter*innen eingestellt, haben wir diese Zahl von 1.400 im ersten rot-grünen Haushalt 2011 auf 2.000 angehende Polizist*innen in 2017 erhöht.

Die besonderen Herausforderungen polizeilicher Arbeit erzeugen immer wieder auch Kritik an der Arbeitsweise einzelner Beamt*innen. Daher haben wir in allen 47 Kreispolizeibehörden ein dezentrales Beschwerdemanagement sowie einen jährlichen landesweiten Beschwerdebericht eingeführt. Zudem haben wir eine individualisierte und anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Bereitschaftspolizist*innen eingeführt, um die Transparenz und Bürgernähe unserer Polizei zu erhöhen.

Seit dem Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wächst die Zahl der Personen im neosalafistischen Spektrum an. Repressive Maßnahmen gegen den gewaltbereiten Neosalafismus sind richtig. Im Bereich Prävention und Integration haben wir 13 Beratungsstellen „Wegweiser“ in den besonders betroffenen Kommunen eingerichtet, um gefährdete und betroffene Jugendliche und deren Umfeld ansprechen und betreuen zu können. Allerdings muss die Rolle der Ditib und anderer Moscheegemeinden neu definiert werden. Sie können maximal „Brückenbauer“ zu den Familien sein, nicht aber die Sozialarbeit im Hinblick auf die Aufklärungsarbeit übernehmen. Außerdem wurde beim Verfassungsschutz ein Aussteigerprogramm Islamismus eingerichtet.

284 Gerade vor dem Hintergrund der Aufarbeitung der NSU-Verbrechen durch einen Parlamen-
285 tarischen Untersuchungsausschuss im Landtag wollen wir alle repressiven staatlichen Mit-
286 tel gegen rechtsextreme Strukturen nutzen. So unterstützen wir das NPD-Verbotsverfahren
287 und haben bereits 2012 vier gewaltbereite Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen ver-
288 boten. Außerdem wurde der Ermittlungsdruck auf die rechte Szene durch vier polizeiliche
289 Sonderkommissionen in Wuppertal, Köln, Dortmund und Aachen und ein Kompetenzzen-
290 trum im Landeskriminalamt verstärkt. Das Landeskriminalamt hat außerdem eine Task-
291 Force zur Hasskriminalität im Internet eingerichtet.

292 Wir haben spezialisierte Opferberatungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt
293 eingerichtet, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus gestärkt und die zivilgesell-
294 schaftliche Aussteigerberatung NINA in die Landesförderung aufgenommen. Die Aktivi-
295 täten der Landesregierung im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus wird zukünftig
296 in einem integrierten Handlungskonzept aufeinander abgestimmt. Außerdem wurden die
297 Stellen für das Programm „Schule ohne Rassismus“ durch das Ministerium für Schule und
298 Weiterbildung aufgestockt. 2016 startete eine Ausschreibung zur Förderung kommunaler
299 Konzepte gegen Rechtsextremismus.

300 **Polizei/Mehr Sicherheit durch starke Polizei**

301 Nur eine personell gut aufgestellte und hoch qualifizierte Polizei kann Straftaten aufklä-
302 ren, Kriminalität wirksam bekämpfen und im Fall von Anschlägen und besonderen Gefah-
303 renlagen wirksam reagieren. Da die Anforderungen an die Polizei stetig wachsen und die
304 Pensionierungszahlen steigen, halten wir an der Stärkung unserer Polizei fest und werden
305 auch in den kommenden Jahren auf einem hohen Niveau einstellen. Die Aufstellung einer
306 Hilfspolizei lehnen wir ab.

307 Da die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens sehr vielfältig ist, muss die Bedeutung von Poli-
308 zeibeamt*innen mit Migrationshintergrund und ihrer besonderen Kompetenzen, wie ihren
309 sprachlichen Fähigkeiten, bei der Personalauswahl berücksichtigt werden. Aktuell haben
310 über 10 Prozent der angehenden Polizist*innen eine Zuwanderungsgeschichte. Das ist eine
311 sehr erfreuliche Entwicklung, die durch gezielte Anwerbung weiter verfolgt werden muss.
312 Wir haben im Dienstrechtsmodernisierungsgesetz außerdem eine Zielquote für Frauen in
313 Führungspositionen eingeführt, die auch für die Polizei gilt.

314 Der zunehmenden Gewalt gegen unsere Beamt*innen begegnen wir mit speziellen Ausbil-
315 dungsbestandteilen, Fortbildungen und verbesserter Schutzausrüstung. Außerdem haben
316 wir eine Experimentierklausel zur Erprobung von sogenannten Bodycams geschaffen. Die
317 Wirksamkeit der Bodycams für den Schutz unserer Polizeibeamt*innen wird in einem Mo-
318 dellprojekt bis Ende 2019 getestet. Am Ende der Erprobungsphase muss für uns gewähr-
319 leistet sein, dass sowohl Polizeibeamt*innen geschützt sind, als auch Bürger*innenrechte
320 nicht verletzt werden können.

321 Oft wird reflexhaft nach einer Ausweitung der polizeilichen Videobeobachtung gerufen.
322 Für uns steht fest, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für polizeiliche Videobeobach-
323 tung nicht aufgeweicht werden dürfen. 2013 haben wir einer Verlängerung der Regelung
324 im Polizeigesetz bis 2018 zugestimmt. Gleichzeitig haben wir für eine Evaluation dieser

325 umstrittenen Maßnahme durch Wissenschaftler*innen gesorgt, um ihre Wirksamkeit bes-
326 ser beurteilen zu können. Ohne eine gleichzeitige Beobachtung des Gefilmten und sofort-
327 tiges Einschreiten von Polizeibeamt*innen leistet Videoüberwachung keinen wirksamen
328 Beitrag zur Gefahrenabwehr und stellt einen Eingriff in die Freiheit der Bürger*innen dar.
329 Wir sprechen uns daher gegen eine flächendeckende und anlasslose Videoüberwachung
330 im öffentlichen Raum aus.

331 Um die sozialraumorientierte Polizeiarbeit in NRW weiter zu stärken, wollen wir eine hö-
332 here und verbindliche Zuweisung von Bezirksbeamt*innen pro Einwohnerzahl festschrei-
333 ben. Sie sind Ansprechpartner*innen in ihrem Bezirk, zeigen Präsenz und leisten damit
334 einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls. Dar-
335 über hinaus bauen sie Netzwerke auf und arbeiten zur Lösung von Sicherheitsfragen oder
336 der Verstetigung erfolgreicher Sicherheitsprojekte mit Kommunen, sozialen Trägern, der
337 Frauenhilfeninfrastruktur und Jugendeinrichtungen, Religionsgemeinschaften und zivilge-
338 sellschaftlichen Vereinen zusammen.

339 Wir wollen sowohl den Bürger*innen als auch den Polizeibeamt*innen selbst die Möglich-
340 keit von Anregungen und Kritik geben und deshalb beim Landtag das Amt des/der Polizei-
341 beauftragten schaffen. Vorbild ist der Wehrbeauftragte des Bundestages. Dieses Amt soll
342 unabhängig vom Innenministerium sein und vom Parlament gewählt werden. Denkbar ist
343 eine Schlichtungsfunktion bei Beschwerden von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen.
344 Zudem sollte die/der Polizeibeauftragte aktiv konkrete Verbesserungsvorschläge für die
345 Polizeiarbeit machen sowie Anliegen der Polizeibeamt*innen an die Politik herantragen.
346 Die Einrichtung einer solchen unabhängigen Stelle liegt also im Interesse der Polizei selbst
347 und würde gleichzeitig das Vertrauen der Bürger*innen in die Polizei weiter stärken.

348 Die Polizei Nordrhein-Westfalens ist mit insgesamt 47 Kreispolizeibehörden so kleinteilig
349 organisiert wie in keinem anderen Bundesland. Die stark unterschiedlichen Behörden-
350 größen und Zuständigkeiten führen zu Nachteilen durch ineffektive Organisationsabläufe,
351 unterschiedliche Standards und ineffizienten Technikeinsatz. Deshalb streben wir eine
352 Strukturreform mit einer Reduzierung der Anzahl der Kreispolizeibehörden an. Um dafür
353 einen Weg unter Beibehaltung einer bürgernahen Polizeipräsenz vor Ort zu entwickeln,
354 setzen wir uns für einen Modellversuch ein. Dafür bietet sich eine Ausweitung des in der
355 Städteregion Aachen praktizierten und bewährten Modells der konzentrierten Polizeistruk-
356 tur auf die gesamte Städteregion für weitere Polizeibehörden in der Region an. Unser Ziel
357 ist es dabei insbesondere auch, die an den Grenzen der bisherigen Kreispolizeibehörden
358 fehlende übergreifende Zuständigkeit und Zusammenarbeit einzuführen und somit eine
359 bürger- und deliktnahe Ermittlungsarbeit und Gefahrenabwehr umzusetzen. Denn orga-
360 nisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität machen nicht an Zuständigkeitsgrenzen
361 halt.

362 Die in allen Bundesländern steigende Einbruchskriminalität ist auch ein Problem in
363 Nordrhein-Westfalen, wo sowohl die Bevölkerungsdichte als auch das gute Verkehrs-
364 netz Täter*innen begünstigen. Das Land hat bereits Aufklärungsmaßnahmen für die Bür-
365 ger*innen, wie Wohnungen und Häuser gesichert werden können, sowie ein spezielles
366 Fahndungskonzept zur Aufdeckung von Einbrecherbanden aufgelegt. Wir brauchen aber
367 weitere Maßnahmen, um den Trend umzukehren. So sollte in der Bauordnung der Ein-
368 bruchschutz verankert werden. Gleichzeitig muss unter Einbindung des Landeskriminal-
369 amtes die Sachfahndung intensiviert werden. Die Absatzwege der Beute müssen gestört

370 werden. Zudem wollen wir die Kriminalpolizei stärken, damit sie ausreichend Ressourcen
371 zur Bekämpfung von Eigentumsdelikten hat und damit die Aufklärung verbessern kann.

372 **Für ein nordrhein-westfälisches Versammlungsgesetz**

373 Seit der Föderalismusreform 2006 haben die Bundesländer die Möglichkeit, ein eigenes
374 Versammlungsgesetz zu erlassen, welches das Bundesversammlungsgesetz ablöst. Wir
375 GRÜNE wollen diese Möglichkeit nutzen, um die freie Ausübung der demokratischen Rech-
376 te und die Sicherheit der Polizei in NRW zu stärken sowie die Justiz zu entlasten.

377 Sitzblockaden und Verstöße gegen das Vermummungsverbot stellen beispielsweise einen
378 Großteil der im Zusammenhang mit Demonstrationen festgestellten Straftaten dar. Nach
379 dem Vorbild anderer Versammlungsgesetze kann hier die Justiz dadurch entlastet wer-
380 den, dass Verstöße gegen das Vermummungsverbot und die Teilnahme an Sitzblockaden
381 künftig als Ordnungswidrigkeit gewertet werden.

382 Außerdem wollen wir mit einem neuen Versammlungsgesetz Personenkontrollen nur noch
383 unter schwerwiegenden Verdachtspunkten wie dem Verdacht auf das Mitführen von Waf-
384 fen zulassen. Hiermit und mit der Ausweitung von Möglichkeiten zum Gegenprotest stär-
385 ken wir massiv die Bürger*innenrechte.

386 **Verfassungsschutz/Freiheit schützen**

387 Wir erleben zurzeit eine zunehmende Radikalisierung und erhöhte Gewaltbereitschaft un-
388 terschiedlichster Gruppierungen, die das Grundgesetz ablehnen und ihre Ideologie gewalt-
389 sam durchsetzen wollen. Dort, wo die offene Aufklärung gewaltorientierter Bestrebungen
390 an ihre Grenzen stößt, ist es die Aufgabe des Verfassungsschutzes die notwendigen Infor-
391 mationen zu liefern. Dem Spannungsfeld nachrichtendienstlicher Arbeit in einer Demo-
392 kratie tragen wir dadurch Rechnung, dass wir den Befugnissen des Verfassungsschutzes
393 enge Grenzen setzen, nachrichtendienstliche Tätigkeitsfelder auf das absolut notwendige
394 Maß beschränken und die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle stärken.

395 Spätestens seit der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) Ende
396 2011 wissen wir um die strukturellen Fehler innerhalb der Sicherheitsbehörden. Um das
397 Versagen der Behörden zu untersuchen, haben wir gemeinsam mit den anderen Fraktionen
398 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss in NRW eingerichtet. Wir wollen die
399 Handlungsempfehlungen des Untersuchungsausschusses umsetzen. Das sehen wir auch
400 als unsere Pflicht gegenüber den Opfern des NSU und deren Angehörigen an.

401 Bereits 2013 haben wir den Verfassungsschutz umfassend reformiert und dem Landtag
402 mehr Kontrollrechte eingeräumt. Wir wollen die Arbeit des Parlamentarischen Kontroll-
403 gremiums des Landtags strukturell stärken. Den Einsatz von V-Leuten bewerten wir sehr
404 kritisch. Sie dürfen nur als letzte Möglichkeit für die Gewinnung von Informationen ein-
405 gesetzt werden. Zudem bedarf es eines Controllings für das V-Leute-System: Es muss re-
406 gelmäßig geprüft werden, ob es sinnvoll und angemessen ist, an einzelnen V-Personen
407 festzuhalten.

408 Gegen Hass und Gewalt

409 Mit großer Sorge beobachten wir die Zunahme von Anfeindungen, Radikalisierung und
410 Gewalt in unserer Gesellschaft. Sowohl das rechtsextreme, als auch das neosalafistische
411 Spektrum sind heute stärker ideologisiert und gewaltbereiter als zuvor. Diese beiden Phä-
412 nomene verstärken sich auch gegenseitig. Rechtsextreme stellen mit Verweis auf den Neo-
413 salafismus alle Menschen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht, während neo-
414 salafistische Netzwerke mit Verweis auf rechte Gewalt Ressentiments gegenüber der Mehr-
415 heitsgesellschaft aufbauen wollen. Diese Spirale der Radikalisierung muss durchbrochen
416 werden.

417 Die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Dau-
418 eraufgabe, bei der wir sowohl auf eine konsequente Strafverfolgung als auch auf Präven-
419 tion und Intervention setzen. Dabei ist es uns wichtig, die Perspektive der Betroffenen und
420 den Opferschutz nach vorne zu stellen und Beratungs- und Unterstützungsangebote zu
421 stärken. Deshalb werden wir das integrierte Handlungskonzept des Landes zu einem Lan-
422 desförderprogramm für zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte weiterentwickeln.
423 Dabei wollen wir auch einen Aktionstopf für zivilgesellschaftliche Initiativen bereitstel-
424 len, aus dem niedrigschwellig und unbürokratisch Aktivitäten gegen Rechtsextremismus
425 und Rassismus vor Ort unterstützt werden.

426 Bei der hohen Zahl der ehrenamtlich engagierten Menschen im Sport kommt es auch hier
427 zu rechtsextremen und rassistischen Zwischenfällen. Um den Sport im Umgang mit sol-
428 chen Vorfällen zu stärken, werden wir ein Projekt zum Handlungsfeld Rechtsextremismus,
429 Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport fördern. Zudem wollen wir ein regelmäßi-
430 ges wissenschaftliches Monitoring zu Rassismus und Rechtsextremismus in NRW einfüh-
431 ren, das die Entwicklung von Handlungsansätzen für wirksame Konzepte unterstützen soll.
432 Ein öffentlich zugängliches Archiv zum Thema Rechtsextremismus in NRW soll Wissen-
433 schaft und Zivilgesellschaft dabei unterstützen, mehr Wissen über die rechtsextreme Sze-
434 ne zu generieren.

435 Angesichts des anhaltenden Zulaufs zur neosalafistischen Szene, den Ausreisen nach Sy-
436 rien und in den Irak sowie der erhöhten Anschlagsgefahr auch in Deutschland und Euro-
437 pa, brauchen wir einen Ausbau der Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsangebote in
438 diesem Bereich. Die unterschiedlichen Institutionen, wie Schule, Jugendhilfe und JVAen
439 müssen im Umgang mit dem Neosalafismus weiter gestärkt werden.

440 Das ganzheitliche Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten Salafismus hinterlegt die
441 Aktivitäten der Landesregierung mit einer gemeinsamen Strategie und stimmt die einzel-
442 nen Maßnahmen aufeinander ab. Wir werden dieses Handlungskonzept weiterentwickeln
443 und ein zivilgesellschaftlich getragenes Aussteigerprogramm fördern. Außerdem werden
444 wir die „Wegweiser“-Beratungsstellen flächendeckend in NRW ausbauen und uns für mehr
445 Forschung zum Thema Neosalafismus in NRW einsetzen. Die Maßnahmen gegen den Neo-
446 salafismus müssen vor allem auch Frauen und Mädchen im Blick haben, da ihr Anteil in
447 der Szene weiter wächst.

448 In den verschiedenen Bildungsinstitutionen wird von vielen Engagierten aufgeklärt so-
449 wie Demokratie- und Gestaltungskompetenz vermittelt. Innerhalb der Demokratiebildung

450 übernehmen Schulen wesentliche Verantwortung und setzen durch Projekte wie „Schule
451 ohne Rassismus“ und „Schule ohne Homophobie“ spürbare Akzente.

452 Wir wollen weiterhin Chancengleichheit für Sinti und Roma in NRW herstellen und dazu
453 im Dialog mit den Betroffenen ein Bildungskonzept mit Programmen zur tatsächlichen
454 Gleichstellung von Sinti und Roma initiieren. Unser Ziel ist es, einen Staatsvertrag mit den
455 Sinti und Roma abzuschließen

456 Wir wollen uns künftig auch kritisch mit zunehmendem gruppenbezogenen Rassismus, An-
457 tisemitismus und Nationalismus in Nachfolgegenerationen der migrantischen Community
458 auseinandersetzen und hier entsprechende Handlungskonzepte weiterentwickeln.

459 **Feuerwehr und Katastrophenschutz/Ehrenamt ist unverzicht-** 460 **bar**

461 82.600 ehrenamtliche, 13.600 hauptamtliche Feuerwehrleute und 19.000 ehrenamtliche
462 Helfer*innen im Katastrophenschutz, z.B. im Technischen Hilfswerk, arbeiten tagtäglich für
463 unsere Sicherheit. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung. Die Zahlen
464 machen deutlich, dass der Brand- und Katastrophenschutz auf bürgerschaftliches Engage-
465 ment angewiesen ist. Die Feuerwehren stehen vor der Herausforderung, dass immer mehr
466 Personen nicht am Wohnort arbeiten sowie das Verständnis bei den Arbeitgeber*innen für
467 Einsätze während der Arbeitszeit fehlt. Deshalb haben wir zur Stärkung des Ehrenamtes bei
468 der Feuerwehr gemeinsam mit dem Verband der Feuerwehren in NRW das breit angelegt
469 Projekt „FeuerwEhrensache“ auf den Weg gebracht. In dem Projekt werden Maßnahmen
470 und Handlungsvorschläge erarbeitet, um das Ehrenamt nachhaltig zu stärken. Wir setzen
471 dabei auch auf die verstärkte Nachwuchsgewinnung von Frauen und Migrant*innen für die
472 Feuerwehren.

473 Zudem wollen wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie Straßen.NRW zu
474 einer Lösung kommen, wie die Feuerwehrleute von der Aufgabe der Ölspurbeseitigung
475 entlastet werden. Außerdem wollen wir ein Modell prüfen, in dem die außerordentliche
476 Belastung durch den ehrenamtlichen Einsatz in der Feuerwehr und in den Hilfsorganisa-
477 tionen durch die Einführung eines freiwilligen Heimarbeitstags pro Woche für Beschäftigte
478 des öffentlichen Dienstes anerkannt wird.

479 Neben bürgerschaftlichem Engagement als Rückgrat des Brand- und Katastrophenschut-
480 zes in NRW ist die Bedeutung hauptamtlicher Kräfte durch geänderte Rahmenbedingun-
481 gen immer wichtiger geworden. Die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Ge-
482 fahrenzulage erkennt die besondere Arbeit der Berufsfeuerwehrleute an. Zudem ist es ein
483 Erfolg, dass wir die Anwärterbezüge für Personen mit abgeschlossener handwerklicher
484 Ausbildung angehoben haben, um ausreichend Nachwuchs für die Berufsfeuerwehren zu
485 gewinnen.

486 Angesichts häufiger auftretender Naturkatastrophen, Starkregenereignisse und anderer
487 Katastrophenszenarien wollen wir den Katastrophenschutz in Nordrhein-Westfalen weiter-
488 entwickeln. Dabei wollen wir uns vor allem der Vorbereitung auf einen möglichen großflä-
489 chigen Stromausfall widmen. Auch wenn der Katastrophen- und Zivilschutz eine staatliche

490 Aufgabe ist, wollen wir die Bürger*innen zu einer angemessenen Eigenvorsorge motivieren,
491 ohne dabei Ängste zu schüren.

492 **Wir machen den Öffentlichen Dienst attraktiver**

493 Wir wollen den Öffentlichen Dienst attraktiver, moderner und familienfreundlicher auf-
494 stellen und das Engagement der Mitarbeiter*innen entsprechend würdigen. Sie gewähr-
495 leisten mit ihrer Arbeit die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Wir wollen daher
496 die öffentlichen Verwaltungen auch weiterhin noch bürgerfreundlicher gestalten.

497 Wir haben eine umfangreiche Dienstrechtsreform mit vielen Verbesserungen für die Be-
498 schäftigten verabschiedet. So ermöglichen zum Beispiel flexiblere Arbeitszeitmodelle eine
499 bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit der Reform sind wir in vielen Bereichen
500 Vorreiter für eine moderne Verwaltung, zum Beispiel beim Gesundheitsmanagement und
501 bei Fort- und Weiterbildungen. Daran wollen wir anknüpfen und die Arbeitsbedingungen
502 im öffentlichen Dienst für Beamt*innen und Angestellte weiter verbessern. Dazu gehört
503 die Verringerung der Belastungen durch Schichtdienste durch arbeitnehmerfreundliche
504 Modelle.

505 Durch eine bereichsspezifische Zielquote bei Beförderungen und für Leitungsfunktionen
506 werden Frauen bei im Wesentlichen gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leis-
507 tung, in Zukunft im öffentlichen Dienst bevorzugt befördert – solange der Frauenanteil in
508 dem jeweiligen Beförderungsamtsamt 50 Prozent noch nicht erreicht hat. So sollen die Karrie-
509 rechancen für Frauen im öffentlichen Dienst gestärkt und langfristig der Frauenanteil in
510 den höheren Beförderungsamtern und in Leitungsfunktionen erhöht werden.

511 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Solche Entwicklungen müssen sich in der Zusam-
512 mensetzung der Mitarbeiter*innen abzeichnen. Wir wollen daher die interkulturelle Öff-
513 nung des Öffentlichen Dienstes vorantreiben und gezielt Menschen mit unterschiedlichen
514 Hintergründen ansprechen und fördern. Alle Beschäftigten sollen auch weiterhin im Be-
515 reich interkulturelle Kompetenz geschult werden.

516 Durch innovative Konzepte bleibt der öffentliche Dienst auch ein attraktiver Arbeitgeber
517 für Berufseinsteiger*innen. Diese wollen wir für eine Zukunft in der Landesverwaltung
518 gewinnen und so demografischen Effekten gezielt entgegenwirken. Auch Erwerbsbiogra-
519 phien werden vielseitiger. Davon wollen wir profitieren und den Zugang zum Landesdienst
520 künftig noch weiter für Quereinsteiger*innen öffnen.

521 Die Arbeitsabläufe innerhalb der Verwaltung sollen zeitgemäßer werden. Durch die zuneh-
522 mende Digitalisierung kann sowohl effizienter und schneller gearbeitet werden, als auch
523 Bürger*innen mehr Service Online angeboten werden. Dabei soll es Ziel bleiben, höchst-
524 e Standards für die Sicherheit und Transparenz bei der Verwendung persönlicher Daten
525 zu schaffen. Jedes Angebot bleibt jedoch ohne Nutzen, wenn es von Bürger*innen nicht
526 verstanden wird. Daher sollten alle Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen ihre Kommuni-
527 kation stets in verständlicher, bürgerfreundlicher Sprache halten.

528 Nicht zuletzt soll unsere Landesverwaltung ökologischer werden. Mit der Nachhaltigkeits-
529 strategie haben wir uns das Ziel einer „Nachhaltigen Landesverwaltung“ gesetzt. Auch
530 über Klimaschutzaspekte hinaus wollen wir in der Landesverwaltung einen verbesserten

531 Schutz der natürlichen Ressourcen, wie zum Beispiel über eine Videokonferenzsoftware
532 Dienstreisen verringern. Eine klimaneutrale und nachhaltige Landesverwaltung wird mit-
533 telfristig sowohl kostengünstiger als auch leistungsfähiger sein.

534 Hinweisgeberinnen und Hinweisgeber (Whistleblower*innen) dienen der Gesellschaft, in-
535 dem sie Missstände aufdecken. Sie sind keine Verräter*innen, sondern verdienen als wich-
536 tiger Teil des demokratischen Miteinanders Anerkennung und Respekt. Wir wollen deshalb
537 den Schutz von Whistleblower*innen im Dienstrecht des Landes verankern.

538 **Innenpolitik und Öffentliche Sicherheit – das wollen wir GRÜNE:**

- 539 • Mehr Polizist*innen einstellen, die sozialraumorientierte Polizeiarbeit fördern und
540 eine*n Polizeibeauftragte*n beim Landtag einrichten
- 541 • Ein Landesförderprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus auflegen, ein
542 Projekt gegen Rechtsextremismus, Alltagsrassismus und Diskriminierung im Sport
543 fördern und ein regelmäßiges wissenschaftliches Monitoring einführen
- 544 • Das Handlungskonzept gegen den gewaltbereiten Neosalafismus weiterentwickeln
545 und die Beratungsstellen „Wegweiser“ ausbauen
- 546 • Das Ehrenamt bei den Freiwilligen Feuerwehren und in den anerkannten Hilfsorga-
547 nisationen stärken
- 548 • Schutz von Whistleblower*innen.

549 **Zuwanderung und Integration**

550 Nach aktuellen Zahlen der UN sind weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der
551 Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Angesichts von Kriegen,
552 Verfolgung und Klimawandel ist die Beseitigung der Fluchtursachen eine riesige Heraus-
553 forderung für die internationale Politik, die es bisher nicht geschafft hat, die Krisenherde
554 dieser Welt nachhaltig zu entschärfen. Eine gemeinsame europäische Verständigung über
555 die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU muss weiter das Ziel sein,
556 ist aber derzeit weiter nicht in Sicht. Aus diesen Gründen sind in den vergangenen Jahren
557 eine große Anzahl von Menschen zu uns geflüchtet – Menschen die sich gezwungen sahen
558 ihre Heimat zu verlassen, um Sicherheit und Schutz für sich und ihre Familie zu suchen.
559 Wir haben die humanitäre und menschenrechtliche Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen,
560 dass sie bei uns in Sicherheit sind und angemessen untergebracht und versorgt und in-
561 tegriert zu werden. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht, das nicht am wirtschaftlichen
562 Nutzen von Menschen bemessen werden darf und verteidigt werden muss.

563 Nordrhein-Westfalen hat eine lange Geschichte als Einwanderungsland. Von Aachen bis
564 Minden leben Menschen aus mehr als 180 Ländern in unserem Land, ein Drittel aller
565 Schülerinnen und Schüler an nordrhein-westfälischen Schulen hat einen Migrationshin-
566 tergrund. Wir wollen ihnen gleiche Chancen und Teilhabe ermöglichen. Wir können aus
567 den guten wie schlechten Erfahrungen der Vergangenheit lernen und die Voraussetzun-
568 gen für eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten schaffen.

569 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

570 Mit dem Teilhabe- und Integrationsgesetz haben wir bereits 2012 wichtige Weichen ge-
571 stellt. Wir haben mit ihm ein flächendeckendes Netz von kommunalen Integrationszentren
572 und Integrationsagenturen geschaffen und die Integrationsräte sowie die Selbstorganisa-
573 tion der Migrant*innen gestärkt. Diese Strukturen sind eine gute Basis für die Integration
574 von Geflüchteten.

575 In den vergangenen drei Jahren ist es uns gelungen, die Unterbringungseinrichtungen in
576 NRW auszubauen und auch zu den Hochzeiten des Flüchtlingszuzugs jedem zu uns kom-
577 menden Menschen ein Dach über dem Kopf zu bieten. Wir haben den Bund dazu gebracht,
578 sich endlich an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme zu beteiligen. Wir haben die finanzia-
579 elle Förderung von Beratungsstellen für Geflüchtete massiv ausgebaut. Zudem haben wir
580 den Vollzug der Abschiebehaft in NRW neu gestaltet und so human wie möglich geregelt.

581 NRW hat als erstes Flächenland eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge ein-
582 geführt, die die Gesundheitsleistungen für Geflüchtete verbessert und den kommunalen
583 Verwaltungsaufwand senkt. Für die Zukunft wollen wir Lösungen finden, wie die Einfüh-
584 rung der Gesundheitskarte für alle Kommunen erleichtert werden und auch Menschen oh-
585 ne Papiere und Aufenthaltsstatus eine medizinische Versorgung garantiert werden kann.

586 Mit dem nordrhein-westfälischen Berufsanererkennungsgesetz haben wir zudem dafür ge-
587 sorgt, dass ausländische Berufsabschlüsse besser und schneller anerkannt werden kön-
588 nen.

589 Wir haben über 6.000 neue Lehrer*innen eingestellt, um den Unterricht für alle hier le-
590 benden Kinder zu garantieren. Wir fördern Mehrsprachigkeit, haben den bekenntnisorien-
591 tierten islamischen Religionsunterricht eingerichtet und es ermöglicht, Islamische Religi-
592 onslehre als Teil der Lehramtsausbildung zu studieren. Das novellierte Bestattungsgesetz
593 berücksichtigt die religiöse Vielfalt und trägt zu einem besseren Miteinander der Reli-
594 gionen bei. Auch bei der Einwanderung aus Südost-Europa haben wir die Städte und
595 Gemeinden unterstützt.

596 Der Umgang mit Flüchtlingen und ihre Integration wird uns auch in den kommenden Jah-
597 ren beschäftigen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, die wir gleichzeitig auch als
598 große Chance für unser Land begreifen, haben wir noch viel vor.

599 **Versorgung und Unterbringung/Menschenwürdig Leben**

600 Viele Geflüchtete suchen und finden derzeit Schutz in Deutschland. Allein in NRW wurden
601 im Jahr 2015 rund 230.000 Menschen aufgenommen und versorgt. Trotz derzeit geringer
602 Ankunftsahlen können wir aufgrund der weltweiten Entwicklungen nicht von langfristig
603 sinkenden Zahlen Geflüchteter in NRW ausgehen. Wir wollen langfristig sicherstellen, dass
604 alle Geflüchteten in den Landeseinrichtungen eine menschenwürdige Versorgung finden.
605 Dazu gehört neben einer guten Unterbringung und einer angemessenen medizinischen
606 Versorgung auch eine unabhängige Verfahrensberatung.

607 Spezielle Angebote für traumatisierte Menschen sind besonders wichtig. Die Bedürfnisse
608 besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge wie Minderjähriger, Schwangerer LSBTTI, allein-
609 reisender Frauen, Opfern von Menschenhandel und Kranker müssen berücksichtigt wer-
610 den. Auch ohne die dringend notwendige Unterstützung des Bundes in diesem Bereich
611 setzen wir uns dafür ein, dass in den Landeseinrichtungen die Belange der besonders
612 Schutzbedürftigen berücksichtigt werden. Es ist unsere Aufgabe, sie nach ihrer Ankunft
613 bestmöglich zu betreuen und gezielt Gewaltschutzkonzepte für Landeseinrichtungen zu
614 entwickeln.

615 Wir wollen, dass möglichst zeitnah nach Ankunft der Geflüchteten die Integration begin-
616 nen kann. Dazu gehören vor allem der Zugang zu einem Deutschkursangebot auch wäh-
617 rend laufender Anerkennungsverfahren und über Anfängerkurse hinaus und die zügige
618 Anerkennung sowohl formaler als auch durch die praktische Ausübung gewonnener Be-
619 rufsqualifikationen und Integration in den Arbeitsmarkt.

620 **Asylrecht/Keine Symbolpolitik auf Kosten von Geflüchteten**

621 Auf Bundesebene setzen wir uns für zügige und faire Asylverfahren ein. Noch immer ist
622 der Antragsstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine der Hauptursachen
623 für verzögerte Integration und die monatelangen Wartezeiten stellen eine Belastung für
624 die Betroffenen dar. Rechtsstaatlich problematische Konstrukte wie die der sogenannten
625 „Sicheren Herkunftsstaaten“ lösen die Probleme nicht. Gleichzeitig muss ein Wechsel vom
626 Asylverfahren in die Arbeitsmigration möglich sein, der auch Migrant*innen aus sogenann-
627 ten sicheren Herkunftsstaaten außerhalb der EU und ohne Aussicht auf eine EU-Blue-Card
628 einen legalen Zugang in den deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht.

629 Symbolische Abschreckungspolitik wird auch weiterhin an der Situation nichts ändern.

630 Trotzdem sind auf Bundesebene in den letzten Jahren eine Reihe von Verschärfungen im
631 Asylrecht erfolgt. Bei ihrer Umsetzung wollen wir unsere landesrechtlichen Spielräume
632 im Sinne der Rechte der Geflüchteten nutzen. Dazu gehört es, die Aufenthaltsdauer in der
633 Erstaufnahmeeinrichtung zu begrenzen, Geldleistungen statt Sachleistungen bereitzustel-
634 len und nach Abschluss der Verfahren zunächst die freiwillige Rückkehr zu unterstützen.
635 Wir setzen auf Alternativen zur Abschiebehaf, wie Meldeauflagen, um unnötige Härten zu
636 vermeiden, solange es auf Bundesebene keine politische Mehrheiten für die Abschaffung
637 der Abschiebehaf gibt.

638 **Integration/NRW als neue Heimat**

639 Unser Dank gilt dem großen ehrenamtlichen Engagement der Bürger*innen. Ehrenamtli-
640 ches Engagement vor Ort kann ein umfassendes Integrationsprogramm aber immer nur
641 ergänzen und begleiten. Geflüchtete und neu zugewanderte Menschen brauchen, so wie
642 alle in NRW lebenden Menschen, Zugang zu Bildung, Ausbildung und dem Arbeitsmarkt,
643 eine umfassende Gesundheitsversorgung und preiswerte Wohnungsangebote.

644 Auch für diejenigen, die am Ende kein Bleiberecht erhalten und in ihr Herkunftsland zu-
645 rückkehren müssen, sind ein Schulabschluss oder eine Ausbildung ein Mehrwert und gut

646 genutzte Zeit. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass diejenigen, die einen Aus-
647 bildungsplatz haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und nach Abschluss der
648 Ausbildung eine Chance erhalten, sich eine Anschlussbeschäftigung zu suchen.

649 Die Kommunen im täglichen Umgang mit den Geflüchteten und Zugewanderten zu unter-
650 stützen, hat für das Land Nordrhein-Westfalen oberste Priorität. Das gilt für die Finanzie-
651 rung von Unterbringung und Versorgung, aber auch für die Organisation des Miteinanders
652 vor Ort.

653 **Querschnittsaufgabe Integration/Integration geht alle an**

654 Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb müssen die Informationen zum politi-
655 schen Prozess und zur Arbeit der Landesregierung generell barrierefrei zugänglich sein –
656 dazu gehört es, die Internetseiten der Ministerien und Behörden in weiteren Sprachen be-
657 reitzustellen. Dies gilt auch für weitere Informationsangebote, wie Gesundheitsversorgung
658 und Kinderbetreuung.

659 Viele Menschen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, finden nur schwer
660 Zugang zu Wohnraum und Dienstleistungen, Behörden und Bildungsangeboten. Die-
661 se Bereiche werden vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz nicht erfasst. Deshalb
662 brauchen wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz, das die europäische Antirassismus-
663 Richtlinie umsetzt und ein Verbandsklagerecht zulässt.

664

665 Nach wie vor haben Migrantinnen und Migranten ein erheblich höheres Risiko, arbeitslos
666 zu sein oder zu einem Niedriglohn zu arbeiten. Die Möglichkeit, selbständig den eigenen
667 Lebensunterhalt zu bestreiten, ist mitentscheidend für eine gelungene Integration. Wir för-
668 dern die Entwicklung innovativer Ansätze zur systematischen Feststellung und Anerken-
669 nung von beruflichen Qualifikationen, auch wenn diese nicht im Rahmen einer formalen
670 Ausbildung erworben wurden. So soll es Arbeitgeber*innen ermöglicht werden, Potentiale
671 und Kompetenzen von Migrant*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte besser zu
672 erkennen.

673 Wir wollen den öffentlichen Dienst interkulturell stärker öffnen und dort die Vielfalt
674 unserer Gesellschaft repräsentieren. Das bedeutet konkret, dass das Thema Interkul-
675 turelle Öffnung ganzheitlich in die Personalentwicklung integriert wird und messbar
676 mehr Menschen mit Migrationshintergrund den Weg in die öffentliche Verwaltung finden
677 müssen. Migrantinnen- und Migrantennetzwerke zur gegenseitigen Unterstützung sowie
678 Mentoring-Modelle wollen wir ausbauen und unterstützen. Das gilt auch für die Ausbil-
679 dungsbefähigung von Selbständigen mit Migrationsgeschichte.

680 Sprach- und Integrationskurse sind der erste und wichtigste Schritt in die Integration für
681 alle neu Zugewanderten. Auch Eltern, die gerade nach Deutschland gekommen sind, soll-
682 ten schnell diese Kurse besuchen können. Wir wollen die Kinderbetreuung bei den Kursen
683 ausbauen und so Integrationshemmnisse abbauen.

684 Weitere Einschnitte beim interkulturellen Programm des Westdeutschen Rundfunks leh-
685 nen wir ab. Es ist unser Ziel, erfolgreiche Formate der Vergangenheit wiederzubeleben.

686 Um Migration erlebbar und spürbar zu machen, planen wir, ein Migrationsmuseum in NRW
687 einzurichten.

688 Viele der Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren begonnen haben, müssen vertieft und
689 fortgeführt werden. Wir wollen die Arbeit der Kommunalen Integrationszentren intensi-
690 vieren und die Kooperation mit den Migrantenorganisationen ausbauen. Auch kommunale
691 Integrationslotsen können einen wichtigen Beitrag zu einem gelingenden Miteinander
692 leisten. Wir fordern weiterhin ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger*innen.

693 Der Aufenthaltsstatus hat unmittelbare Folgen auf die Integration in die Gesellschaft.
694 Darum setzen wir uns auf Bundesebene insbesondere mit Blick auf bereits bestehende
695 Mehrgenerationen-Duldungen für Verbesserungen im Aufenthaltsrecht ein.

696 Will man die Zukunft gestalten, ist es auch notwendig, Verantwortung für die Vergangen-
697 heit zu übernehmen. Deutschland trägt eine historische Verantwortung gegenüber den
698 Minderheiten der Sinti und Roma, die erst 1982 als Opfer des Völkermords im Nationalso-
699 zialismus anerkannt wurden. Etliche Bundesländer werden dieser Verantwortung bereits
700 durch konkrete Abkommen mit den Vertretungen der Sinti und Roma gerecht. Um unserer
701 historischen Verantwortung gerecht zu werden, wollen auch wir mit dem Landesverband
702 deutscher Sinti und Roma sprechen, um einen Staatsvertrag oder eine Rahmenvereinba-
703 rung zu erreichen, in denen die Rechte der Minderheit festgehalten werden.

704 **Zuwanderung und Integration – das wollen wir GRÜNE:**

- 705 • Echte Lösungen für Flucht und Integration statt Symbolpolitik
- 706 • Ein Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen und eine Landesantidiskriminie-
707 rungsstelle nach Bundesvorbild einrichten
- 708 • Gesundheitskarte für alle Geflüchtete landesweit einführen
- 709 • Zugang zu angemessenem Wohnraum schaffen.

710 **Justiz**

711 Die Erwartungen unserer Bürger*innen an die Justiz sind hoch. Gerechte Urteile, schnelle
712 und effiziente Verfahren, gleichzeitig aber auch ein aktivierender Strafvollzug, der auf Re-
713 sozialisierung statt Wegsperrern setzt. Vorsorge ist besser für die Gesellschaft, für die von
714 Kriminalität Betroffenen – und eine günstigere Alternative als der Unterhalt von Haftplät-
715 zen.

716 Die Justiz kann die an sie gesetzten Erwartungen aber nur erfüllen, wenn die Politik ihr
717 die entsprechenden Werkzeuge an die Hand gibt und sie angemessen ausstattet.

718 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

719 Justizskandale haben lange Zeit den Strafvollzug geprägt, gleichzeitig hat sich das Land
720 nicht um die Mitarbeiter*innen im Bereich der Justiz gekümmert. Die Beschäftigten in den
721 Justizvollzugsanstalten, den Gerichten und in anderen Institutionen waren dauerhaft über-
722 fordert und fühlten sich allein gelassen.

723 Wir haben die Justiz wieder als fairen Arbeitgeber etabliert und nehmen die Berufsver-
724 bände als gleichberechtigte Partner ernst. Zahlreiche Stellen wurden von uns entfristet,
725 prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie die Besoldungsgruppen A3 und A4 beseitigt, gu-
726 te Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen und die Vereinbarkeit von Familie
727 und Beruf gestärkt. Zur Arbeitsentlastung und zur Verfahrensbeschleunigung haben wir
728 seit 2010 knapp 1.700 neue Stellen geschaffen, davon ca. 1.200 bei den Gerichten und
729 Staatsanwaltschaften.

730 Für uns stehen die Opfer im Mittelpunkt unserer Arbeit. Deshalb haben wir einen Opfer-
731 schutzbericht eingeführt und den Täter-Opfer-Ausgleich gestärkt. Außerdem haben die
732 Möglichkeit für Opfer sexueller Gewalt geschaffen, anonym Spuren sichern zu lassen,
733 wenn sie noch keine Anzeige erstatten wollen.

734 Zur Vermeidung von Gewalt und Misshandlungen in den Justizvollzugsanstalten haben
735 wir außerdem ein Modernisierungsprogramm aufgelegt, legen einen Schwerpunkt auf ge-
736 meinnützige Arbeit statt Haft und haben spezielle Angebote wie Sozialtherapie für die
737 unterschiedlichen inhaftierten Gruppen ausgebaut. Als Ansprechpartner haben wir außer-
738 dem das Amt der/des Justizvollzugsbeauftragte/n institutionalisiert.

739 **Modernisierung der Justiz**

740 Eine unabhängige und gelingende Justiz ist ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaats. Die
741 Justiz muss bürgernäher und transparenter werden. Deshalb wollen wir einen Richter-
742 wahl Ausschuss durch den Landtag bilden, um die Ernennung aller nordrhein-westfälischer
743 Richter*innen zu demokratisieren. Die Unabhängigkeit der Justiz möchten wir insgesamt
744 stärken. Gerichte und Staatsanwaltschaften brauchen personelle Unterstützung und or-
745 ganimatorische Souveränität, damit unser Rechtssystem auch in Zukunft gut funktioniert.
746 Vom Weisungsrecht der Exekutive gegenüber Staatsanwaltschaften wurde in den 70 Jah-
747 ren der Geschichte NRWs noch nie Gebrauch gemacht. Es muss weiterhin an enge Kriterien
748 gebunden sein.

749 Wichtig ist auch den Zugang zum Richter- und Staatsanwaltsamt in den Blick zu nehmen.
750 Dabei soll neben der fachlichen Qualifikation auch stärker Wert auf persönliche Kompe-
751 tenzen gelegt werden. Spätestens in der Fortbildung sollen auch Themenfelder wie Psy-
752 chologie, Forensik, Jugendhilfe, und Opferschutz für Strafrichterinnen und Strafrichter und
753 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte angeboten werden. Wir wollen auch die interkultu-
754 relle Abbildung der Gesellschaft in der Justiz stärken und wollen daher das Verbot des
755 Tragens durch religiös begründete Kopftücher für Richterinnen und Staatsanwältinnen in
756 den öffentlichen Verhandlungen überprüfen.

757 Wir wollen sowohl die richterliche als auch die nichtrichterliche Mediation stärken und
758 ihre Angebote weiter ausbauen. Wo immer Streitigkeiten zwischen Bürger*innen oder mit
759 der Verwaltung bestehen, muss es die Möglichkeit zu vermittelnden Gesprächen ohne ein
760 gerichtliches Verfahren geben. Auf diese Weise werden die Gerichte entlastet und dem
761 Staat Kosten erspart. Außerdem führt es zu einer deutlich größeren Zufriedenheit der Be-
762 teiligten.

763 **Justiz als faire Arbeitgeberin**

764 Die Justiz ist auf motivierte und zuverlässige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewie-
765 sen. Dafür ist es zum einen erforderlich, die teilweise seit Jahren bestehende erhebliche
766 Arbeitsüberlastung weiter abzubauen. Davon sind nahezu alle Gruppen in der Justiz betrof-
767 fen. Die erhobenen Belastungszahlen machen deutlich: Wir brauchen mehr Richter*innen,
768 mehr Staatsanwält*innen, mehr Rechtspfleger*innen, mehr Amtsanwäl*innen, mehr Ge-
769 richtsvollzieher*innen, mehr Servicekräfte, mehr Wachtmeister*innen, mehr Justizvollzugs-
770 bedienste. Ein wesentliches Ziel muss also darin liegen, qualifizierten Nachwuchs zu ge-
771 winnen und dort bessere und gerechtere Laufbahnchancen zu schaffen, wo es erforderlich
772 ist. Die Justiz muss noch besser werden im Bereich der interkulturellen Öffnung. Fachkräf-
773 te und Bedienstete mit Migrationsgeschichte sind eine Bereicherung und sollen deshalb
774 aktiv gewonnen werden.

775 Der öffentliche Dienst darf kein prekärer Arbeitgeber sein, deshalb wollen wir den ein-
776 fachen Dienst nach dem Modell Baden-Württembergs abschaffen und die Laufbahnen so
777 ändern, dass auch AbsolventInnen ohne Abitur und Laufbahnprüfung Aufstiegsmöglich-
778 keiten haben. Gleichzeitig wollen wir die Ausbildungs- und Fortbildungsangebote insbe-
779 sondere im Strafvollzug weiter ausbauen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu
780 halten.

781 **Strafvollzug/Behandlung statt Sühne**

782 Wir wollen in den nächsten Jahren den Umbau vom Sühnevollzug zum aktivierenden Be-
783 handlungsvollzug fortsetzen.

784 Damit ein Leben in Straffreiheit möglich wird, müssen wir den Gefangenen entsprechende
785 Angebote im Strafvollzug zur Verfügung stellen. Es geht um grundlegende Fertigkeiten,
786 über die sie häufig aufgrund ihrer Biographie nicht in ausreichendem Maße verfügen wie
787 etwa soziale Kompetenzen und den gewaltfreien Umgang mit Konflikten.

788 Es geht aber auch darum, Gefangene durch Ausbildungsmaßnahmen auf ein Leben nach
789 der Haft vorzubereiten. Nur wer eine gute Grundlage und Perspektiven für die Zeit nach
790 der Haft hat, kann ein straffreies Leben in Freiheit bewältigen und sich in die Gesellschaft
791 integrieren. Einige Gefangene brauchen Unterstützung beim Lesen und Schreiben. Andere
792 wiederum können in der Haft ihren Schulabschluss oder eine Berufs- oder Hochschulaus-
793 bildung machen, die auf ein Leben nach der Haft vorbereiten.

794 Die sehr engagierte Arbeit der Freien Straffälligenhilfe ist unverzichtbar. Sie weiter zu stär-
795 ken, auszubauen und neben dem staatlichen Angebot der Ambulanten Sozialen Dienste
796 bei den Gerichten als feste zweite Säule zu etablieren, ist unerlässlich.

797 Wir setzen uns für die weitestgehende Abschaffung von Ersatzfreiheitsstrafen zur Vollstrec-
798 ckung nicht geleisteter Geldstrafen ein. Sie sind teilweise ungerecht für die Betroffenen
799 und für den Staat unverhältnismäßig teuer, da ein Haftplatz 130 Euro am Tag kostet. Viel
800 sinnvoller wäre es, den Verurteilten stattdessen die Möglichkeit zu gemeinnütziger Arbeit
801 zu geben. Programme wie „Schwitzen statt Sitzen“ müssen konsequent weiterentwickelt
802 und ausgebaut werden.

803 Wichtig ist, die Augen nicht vor der Wirklichkeit im Strafvollzug zu verschließen. Der Kon-
804 sum verbotener Substanzen während der Haft lässt sich nicht gänzlich vermeiden. Für
805 Menschen mit Suchterkrankungen, die in Freiheit leben, setzen wir uns seit Jahren erfolg-
806 reich etwa gemeinsam mit der Deutschen Aidshilfe zum Beispiel für Spritzen- und Kon-
807 domautomaten ein, um das Risiko von Infektionen zu vermeiden. Gleiches muss auch für
808 die Gefangenen im Justizvollzug möglich ein.

809 **Justiz – das wollen wir GRÜNE:**

- 810 • Einen behandelnden Strafvollzug
- 811 • Die Justiz als faire Arbeitgeberin.

812 **Verbraucherschutz**

813 Die globalisierte Welt, die zunehmenden Macht von Großkonzernen und die Anonymität
814 des Internets sind nur drei von vielen in den letzten Jahren entstandenen Gründen, war-
815 um sich Verbraucher*innen zunehmend überfordert und alleingelassen fühlen – trotz der
816 vielen Chancen, die die Digitalisierung allen Menschen bietet und die von diesen gerne
817 und intensiv genutzt werden.

818 Deshalb sind ein starker, staatlich unterstützter Verbraucherschutz und eindeutige gesetz-
819 liche Regelungen wichtige Bausteine zum Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Ge-
820 fährdungen und wirtschaftlichen Nachteilen.

821 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

- 822 1. In den vergangenen sechs Jahren hat Nordrhein-Westfalen dabei eine Vorreiterrol-
823 le eingenommen und zahlreiche konkrete Fortschritte erzielt: die Verminderung des
824 Einsatzes von Antibiotika und anderer Medikamente in der Tiermast, erfolgreiche In-
825 itiativen im Bundesrat für mehr Tierschutz und bessere Haltungssysteme für unsere
826 Nutztiere, Maßnahmen gegen das Wegwerfen und die Verschwendung von Lebens-
827 mitteln, größere Transparenz sowie mehr Personal bei der Lebensmittelkontrolle. Mit
828 der Aufstockung der finanziellen Zuschüsse von 10 auf 15 Mio. Euro und dem Ab-
829 schluss einer Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit haben wir die Arbeit

830 der Verbraucherzentrale NRW gestärkt, die Beratungsstellen ausgebaut und ihnen
 831 für die nächsten Jahre Planungssicherheit verschafft. Ein besserer Schutz der eigen-
 832 en Daten und beim Handel im Internet, mehr Transparenz und klare Grenzen bei
 833 unübersichtlichen und ständig variierenden Preisen, Maßnahmen gegen täuschende
 834 Vergleichsportale und nur vermeintlich objektive Siegel und Zertifikate sind nur ein
 835 kleiner Ausschnitt aus der breiten Palette an Herausforderungen, die wir mit dem
 836 Schwerpunkt Digitaler Verbraucherschutz angegangen haben.

837 2. Diese Politik wollen wir fortführen: Verbraucher*innen müssen auf dem digitalen
 838 Markt mindestens den gleichen Schutz und gleiche Transparenz wie bei herkömmli-
 839 chen, „analogen“ Geschäften bekommen. Entwicklungen und Praktiken wie „Geoblo-
 840 cking“, eine undurchsichtige individuelle Preisgestaltung oder etwa Versicherungs-
 841 tarife im Gesundheitsbereich, die die Höhe der Beiträge vom eigenen Verhalten oder
 842 bestimmten Eigenschaften abhängig macht und massiv in unsere Lebensführung
 843 eingreifen (sog. Telematiktarife) wollen wir durch klare rechtliche Regelungen be-
 844 grenzen und verbraucherfreundlich ausgestalten.

845 3. Mit der Überprüfung der Kommunen bezüglich der Einhaltung der Kontrollfrequen-
 846 zen im Bereich der Lebensmittelhygiene, der Einführung von Gebühren für Regel-
 847 kontrollen zur Finanzierung des Überwachungspersonals, der Veränderung von Zu-
 848 ständigkeiten bei der Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln sowie der Überprüfung
 849 tierärztlicher Hausapotheken haben wir Konsequenzen aus den Lebensmittelskan-
 850 dalen der Vergangenheit gezogen und wesentliche Schritte zur Verbesserung des
 851 Vollzuges des gesundheitlichen Verbraucherschutzes umgesetzt. Durch eine weitere
 852 Erhöhung der Anzahl des Kontrollpersonals und die Überprüfung der Zuständigkei-
 853 ten wollen wir diesen Wege in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen.

854 4. Der Schutz der Verbraucher*innen vor Gefahren und die Ermöglichung eigenverant-
 855 wortlicher Kauf- und Konsumententscheidungen werden auch in der kommenden Le-
 856 gislaturperiode die Hauptziele unserer Verbraucherschutzpolitik sein.

857 **Gesundheitlicher Verbraucherschutz/ Gesundheit schützen**

858 Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wollen wir den Einsatz von Anti-
 859 biotika durch die Novellierung des Arzneimittelgesetzes des Bundes weiter senken, zur
 860 Vermeidung von Resistenzen den Einsatz der für uns Menschen besonders wichtigen Re-
 861 serveantibiotika in der Veterinärmedizin weitgehend verbieten und endlich ein absolutes
 862 Minderungsziel einführen.

863 Die aktuelle Diskussion um den Wirkstoff Glyphosat, der im Verdacht steht, Krebs zu erzeu-
 864 gen und inzwischen in vielen Lebensmitteln und im Körper von Kindern und Erwachsenen
 865 nachgewiesen wurde, macht deutlich: Der Einsatz von Pestiziden und anderen toxischen
 866 Substanzen muss weiter begrenzt werden. Giftstoffe haben nicht nur in Lebensmitteln
 867 nichts zu suchen, sondern müssen auch aus anderen Produkten wie Spielzeugen, Kos-
 868 metika, Kleidung und sonstigen Bedarfsgegenständen so weit wie möglich fern gehalten
 869 werden. Dazu bedarf es klarer gesetzlicher Verbote und Begrenzungen sowie einer ver-
 870 besserten Kontrolle durch die zuständigen Behörden.

871 Auch und gerade bei individuellen Gesundheitsleistungen, sog. IGeL, zeigt sich, dass durch
872 einen starken und aktiven Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher das Ungleichge-
873 wicht zwischen dem Arzt/der Ärztin auf der einen Seite und der Patientin/dem Patient auf
874 der anderen Seite ausgeglichen werden muss.

875 Viele IGeL haben keinen nachgewiesenen Nutzen und dienen oft als zusätzliche Einnah-
876 mequelle für Ärzte.

877 Hierzu bedarf es einer grundsätzlichen Verfahrensänderung wie IGeL in der Praxis ange-
878 boten werden dürfen. Die unabhängige Beratung über die Notwendigkeit und Wirksamkeit
879 von IGeL wollen wir weiter verbessern und die Transparenz im Medizinmarkt stärken.

880 **Transparenz**

881 Eine klare, eindeutige und verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln, Kleidung und
882 sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs muss endlich Realität werden: Dies gilt für
883 die Inhaltsstoffe und die Bedingungen, unter denen Waren produziert werden: Verbrau-
884 cher*innen wollen wissen und sollen zukünftig erfahren, unter welchen Umwelt-, Sozial-
885 und Tierschutzstandards die Waren erzeugt und wo genau sie produziert wurden.

886 Durch die Veröffentlichung der Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen durch ein „Kontroll-
887 barometer“ sowie eine Erweiterung des Verbraucherinformationsgesetzes- insbesondere
888 auch auf Informationsansprüche gegenüber Unternehmen – wollen wir die Verbraucher-
889 transparenz weiter erhöhen. Gesetzliche Mindestanforderungen an Vergleichsportale, Sie-
890 gel und Zertifikate sollen Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung schützen und
891 zu fairen Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen beitragen.

892 Unsere Programme für eine bessere Ernährung und Ernährungsbildung wie das Schulobst-
893 programm, das 100-Kantinen-Programm oder die Vernetzungsstellen Kindergarten- und
894 Schulverpflegung wollen wir fortsetzen und weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir
895 uns für ein gesundes und ausgewogenes Ernährungsangebot in Senioreneinrichtungen
896 einsetzen.

897 **Verbraucherinformation und Verbraucherbildung**

898 In unserer modernen Gesellschaft ist der Wirtschaftszweig Ernährung für die Verbrau-
899 cher*innen fast undurchschaubar und unübersichtlich geworden. Direkte Absatzbeziehun-
900 gen zwischen der Landwirtschaft auf der einen und den Verbraucher*innen auf der anderen
901 Seite sind selten. So verlieren Verbraucher*innen zunehmend Wissen über landwirtschaft-
902 liche Produktionsprozesse und über gesunde Ernährung. Der Mensch entfernt sich immer
903 mehr von seiner unmittelbaren Lebensgrundlage. Für eine bewusste Kaufentscheidung
904 zugunsten einer nachhaltigen Landwirtschaft brauchen Verbraucher*innen deshalb Wis-
905 sen und Transparenz über Herkunft und Herstellungsweise der Produkte. Um das Wissen
906 über die Nahrungsmittelerzeugung zu verbessern, setzen wir GRÜNE zwei Schwerpunkte:
907 Ernährungsbildung und Lebensmittelkennzeichnung.

908 **Wirtschaftlicher Verbraucherschutz/Macht für Verbrau-** 909 **cher*innen**

910 Im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes setzen wir uns für eine Stärkung
911 der Rechte der Verbraucherorganisationen und für die Erweiterung ihrer Klagerechte
912 ein. Durch Verbraucherschutz- und Sammelklagen müssen seriöse Verbraucherschutz-
913 verbände das Recht erhalten, stellvertretend für die Verbraucher*innen Rechte geltend
914 zu machen und durchzusetzen. Dies gilt auch für materielle Ansprüche, zum Beispiel
915 Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche wie im Zusammenhang mit der Täuschung
916 und Manipulation durch Automobilhersteller. Hier sind deutsche Verbraucher*innen zur-
917 zeit deutlich schlechter gestellt als etwa in den USA. Das wollen wir ändern.

918 Darüber hinaus möchten wir den Schutz der Verbraucher*innen beim Abschluss von
919 Versicherungen, Verträgen und Krediten ausbauen, damit sie nicht in die Null-Prozent-
920 Finanzierungsfallen geraten, die oft zu hohen Kosten und somit zur Überschuldung führen.
921 Aus diesem Grund ist es auch wichtig die Mittel für die Schuldnerberatung zu verstetigen
922 und anzupassen. Denn nur so kann den Verbraucher*innen ein Weg aus der Überschuldung
923 gewiesen werden.

924 Spielräume im europäischen Recht wollen wir zum Erhalt und zur Verbesserung der Fahr-
925 gastrechte im Flug-, Bahn- und Busverkehr nutzen.

926 **Gerechtigkeit durch Verbraucherschutz**

927 Für viele Verbraucher*innen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Konsum
928 jeglicher Art keine Selbstverständlichkeit. Sei es aufgrund mangelnder finanzieller Mittel
929 oder formaler Bildung, sei es aufgrund von Alter oder Herkunft sind diese verletzlichen
930 Verbraucher*innen regelmäßig Opfer vielfältiger Abzocke – ob bei Handyverträgen, Versi-
931 cherungen oder Konsumentenkrediten. Vor allem sind sie auch häufig von Stromsperrern
932 betroffen und erhalten keinen Strom für die täglichen Grundbedürfnisse.

933 Den Prepaid-Ansatz, den es regional und in anderen europäischen Staaten bereits gibt,
934 wollen wir als Instrument zur Vermeidung von Energiearmut etablieren. Flächendeckend
935 sollen Prepaid-Stromzähler dort eingebaut werden, wo es zu Stromsperrern gekommen ist.
936 Bei den Stromanbietern können Prepaid-Karten mit einer bestimmten Kilowattmenge er-
937 standen werden. Durch diese Maßnahmen wird der eigene Stromverbrauch transparenter
938 und regulierbarer. Stromsperrern können somit leichter vermieden werden.

939 Wir wollen auch in der nächsten Legislaturperiode die Arbeit der Verbraucherzentrale NRW
940 als verlässlichen Partner weiterhin unterstützen und eine langfristige Planungsgrundlage
941 festschreiben. Hierzu gehören die Fortführung und Weiterentwicklung der mehrjährigen
942 Finanzierung durch das Land, der weitere Ausbau des Beratungsstellennetzes, die weitere
943 Schärfung der Profile der einzelnen Beratungsstellen sowie die Förderung neuer Ansätze
944 wie die Schließung von Beratungslücken durch mobile Beratungsangebote.

945 Verbraucherschutz – das wollen wir GRÜNE:

- 946 • Kein Gift in Kleidung, Lebensmitteln und Spielzeug
- 947 • Transparenz – wir wollen wissen, was wir essen
- 948 • Verbandsklagerecht einführen
- 949 • Verletzlichen Verbraucher*innen eine Stimme geben
- 950 • Beratungsstellennetz der Verbraucherzentrale weiter ausbauen
- 951 • Transparenz und Information bei individuellen Gesundheitsleistungen schaffen.

952 Frauen und Gleichstellung

953 Der Einsatz für Gleichberechtigung ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen politischen
954 Bereichen besondere Relevanz hat. Alle Menschen müssen ihre Rolle in der Gesellschaft
955 unabhängig vom Geschlecht frei wählen können. Seit 2010 haben wir in NRW viel erreicht.
956 Die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist aber weiterhin eine große
957 Herausforderung.

958 Es gehört zu unserem Selbstverständnis, dass wir alle Projekte und Maßnahmen von Be-
959 ginn an darauf prüfen, wie sie sich auf die Menschen in NRW mit all ihren individuellen
960 Unterschieden auswirken. Das gilt nicht nur für die unterschiedlichen Ausgangslagen und
961 Bedarfe der Geschlechter (Gender Mainstreaming), sondern auch mit Blick auf Alter, kul-
962 turellen Hintergrund oder Herkunft.

963 Dieses Vorgehen macht jedoch Förderprogramm oder Maßnahmen für einzelne Zielgrup-
964 pen nicht überflüssig – oftmals ergeben sich beispielsweise frauen- oder auch männer-
965 politische Forderungen und Maßnahmen gerade aus einer vorangegangenen „Gender-
966 Analyse“.

967 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

968 Um die beruflichen Chancen von Frauen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen
969 in NRW nachhaltig zu fördern und zu verbessern, haben wir in den 16 Arbeitsmarkt-
970 regionen NRWs jeweils ein Kompetenzzentren Frau und Beruf eingerichtet. Wir haben das
971 Landesgleichstellungsgesetz novelliert und beim Dienstrechtsmodernisierungsgesetz die
972 Belange von Frauen stärker in den Fokus gerückt.

973 Im Zuge der bundesweit beachteten Initiative Runder Tisch Prostitution wurden erstmals
974 auch Sexarbeiter*innen und Beratungsstellen in Beratungsprozesse auf Landesebene ein-
975 gebunden. Gemeinsam wird dort ein Handlungskonzept zur Regulierung der Prostitution
976 erarbeitet. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Prostitution in NRW aus der gesellschaftli-
977 chen Grauzone herauszuholen und so die Situation der Sexarbeiter*innen zu verbessern.

978 Gleichzeitig ist es uns gelungen, das Verständnis für Gendermainstreaming als Quer-
979 schnittsthema auszuweiten. Wir haben die Belange von Frauen und Mädchen vor allem

980 bei Bildungsthemen stärker in den Fokus gerückt. Im Hochschulzukunftsgesetz haben wir
981 eine Quote eingeführt, um Stellen im wissenschaftlichen Bereich nach dem Kaskadenmo-
982 dell zu besetzen. Das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ fördert aktiv die
983 gendersensible Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen.

984 Wir wollen Frauen stärker, insbesondere auch vor sexuell motivierter, Gewalt im öffentli-
985 chen Raum schützen. Diskriminierende Frauenbilder haben keinen Platz in NRW. Ein wich-
986 tiges Feld der Frauenpolitik ist leider nach wie vor der Schutz vor Misshandlung, Ausbeu-
987 tung und Gewalt: Wir haben einen Landesaktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen und
988 Mädchen erstellt und die vierte Frauenhausstelle wieder eingeführt. Darüber hinaus haben
989 wir mehr Mittel für die Arbeit mit traumatisierten Kindern und die konzeptionelle Arbeit
990 im Frauenhausbereich bereitgestellt. Auch für Frauenhäuser mit überdurchschnittlicher
991 Platzzahl haben wir für eine finanzielle und personelle Entlastung gesorgt. Der Landes-
992 zuschuss für die Arbeit der Frauenberatungsstellen wurde von 0,5 Stellen auf jeweils 1,5
993 Stellen aufgestockt und Mittel für eine zweite Mädchenzuflucht bereitgestellt.

994 Wir gewährleisten außerdem für Opfer sexueller Gewalt in einem bundesweit einmaligen
995 Projekt eine anonyme Spurensicherung, um Täter auch später noch zur Rechenschaft zie-
996 hen zu können. Denn häufig sind Frauen direkt nach der Tat traumatisiert und nicht in der
997 Lage, den Täter unmittelbar anzuzeigen. Jetzt können die betroffenen Frauen Spuren si-
998 chern lassen und später eine Entscheidung über die Erstattung einer Anzeige treffen. Um
999 die vertrauliche Spurensicherung langfristig sicherzustellen, wollen wir eine entsprechen-
1000 de Fachstelle einrichten, die Krankenhäuser und niedergelassenen Ärzt*innen in dieser
1001 Frage berät und begleitet.

1002 Darüber hinaus unterstützen wir insbesondere traumatisierte geflüchtete Frauen und Mäd-
1003 chen durch die Förderung niedrigschwelliger Beratungsangebote sowie durch die Schu-
1004 lung von haupt- und ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingshilfe. Hinzu kommen Psycho-
1005 therapien durch Traumaambulanzen und spezielle Unterkünfte für geflüchtete Mädchen.
1006 Diese begonnenen Maßnahmen und Projekte wollen wir fortführen. Außerdem wollen wir,
1007 dass NRW seinen Beitrag zum Fonds „Sexueller Missbrauch“ leistet.

1008 **Arbeitswelt/Gleiche Chancen für Frauen und Männer**

1009 Frauen werden im Durchschnitt bei gleicher und gleichwertiger Arbeit schlechter bezahlt
1010 und entscheiden sich häufig für typische Frauenberufe, die selten eine leistungsgerechte
1011 Vergütung und Aufstiegschancen bieten. Hinzu kommt, dass Frauen immer noch eher als
1012 Männer Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitarbeit – häufig aufgrund von Sorgearbeit
1013 sowie Erziehungs- und Pflegeauszeiten – in Kauf nehmen.

1014 Karrierechancen zu verbessern, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen und Alters-
1015 diskriminierung abzubauen bleiben unsere übergeordneten Ziele in diesem Bereich. Des-
1016 halb wollen wir die Kompetenzzentren Frau und Beruf fortführen sowie die geschlechter-
1017 differenzierte Arbeitsmarktpolitik des Landes ausbauen. Wir setzen uns für ein konsekuen-
1018 tes Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene ein und wollen in Nordrhein-Westfalen die
1019 Koordinierungsstelle zu „Equal Pay“ als Unterstützung der kommunalen Gleichstellungs-
1020 beauftragten fortführen.

1021 Wir wollen beim Ausbau von Prostituiertenberatungsstellen Hilfestellungen vermitteln
1022 und Selbsthilfeorganisationen unterstützen.

1023 **Gewaltschutz/Gewaltschutz als gesamtgesellschaftliche Aufga-** 1024 **be**

1025 Frauen und Mädchen haben ein Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung.
1026 Trotzdem wird immer noch vielfach Gewalt gegen sie ausgeübt. Viele Opfer zeigen die
1027 Tat aus Angst oder Scham nicht an und befürchten, nicht ernst genommen zu werden. Wir
1028 wollen Frauen und Mädchen deshalb ermutigen, jede Form von Gewalt gegen sie und ihre
1029 sexuelle Selbstbestimmung zur Anzeige zu bringen. Eine Dunkelfeldstudie für NRW soll
1030 dazu beitragen, Gründe für das niedrige Anzeigeverhalten zu beleuchten und Erkenntnisse
1031 zu gewinnen, wie der Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequenter entgegen getreten
1032 werden kann.

1033 Hilfe für Opfer von Gewalt muss selbstverständlich und kostenlos sein. Wir setzen uns des-
1034 halb weiterhin für die verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern
1035 und Beratungsstellen ein. Frauenhäuser weiterzuentwickeln, insbesondere in Bezug auf
1036 die Bedarfe von Gewaltopfern mit Behinderung, ist uns ein wichtiges Anliegen. Darüber
1037 hinaus wollen wir die Frauenhausinfrastruktur besser mit Jugendhilfe, den Jobcentern und
1038 den Sozialämtern vernetzen.

1039 Ziel der Landespolitik muss es sein, alle Frauen und Mädchen vor verbaler, physischer und
1040 psychischer Gewalt wirksam zu schützen. Insbesondere im Internet werden Frauen häu-
1041 fig mit sexueller Gewalt bedroht und explizit sexuell beleidigt. Wir möchten den Volks-
1042 verhetzungsparagrafen entsprechend ausweiten und Polizei, Justiz sowie pädagogische
1043 Fachkräfte im Bereich der Cybergewalt fortbilden. Hierzu gehört auch, dass der Begriff der
1044 Cyber-Kriminalität auf die Punkte der geschlechterbezogenen Cybergewalt erweitert wer-
1045 den muss. Es ist uns wichtig, die Medienkompetenz von Jugendlichen zu stärken und z.B.
1046 Selbstwirksamkeitstrainings auch auf die „Online-Welt“ zu beziehen.

1047 Vom Bund erwarten wir, bundeseinheitlich eine kostenlose Zuflucht in Frauenhäusern für
1048 jede Frau und ihre Kinder zu gewährleisten. Zudem fordern wir eine umfassende straf-
1049 rechtliche Ahndung von Gewalt gegen Frauen.

1050 **Mädchen**

1051 Die Interessen von Mädchen drohen oftmals zwischen den großen Themenfeldern der
1052 Frauen- und Gleichstellungspolitik und der Jugendpolitik durch den Rost zu fallen. Wir
1053 wollen Mädchen mit ihren Interessen und ihren Bedürfnissen sichtbar machen und ernst
1054 nehmen. Die Arbeit der LAG Mädchenarbeit werden wir weiter stärken und gleichzeitig
1055 mit den Akteuren der Mädchen-, Jungen- und Genderarbeit eine gendersensible Pädagogik
1056 weiterentwickeln.

1057 Gleichzeitig unterstützen wir die Arbeit der pädagogischen Mädchenarbeit, die Mädchen
1058 eigene Räume bietet, um sich zu entwickeln, auszuprobieren und einen geschützten Rah-
1059 men für sich zu haben.

1060 Dazu zählt auch der Schutz vor Gewalt. Mädchen erleben nach wie vor geschlechtsspezifische
1061 Gewalt und brauchen spezielle Angebote der Unterstützung. Mädchenhäuser bieten
1062 Mädchen und jungen Frauen eine Zuflucht vor Gewalt. Diese Projekte wollen wir weiter
1063 fördern.

1064 Das zentrale landespolitische Instrument der Jugendförderung in NRW ist der Kinder- und
1065 Jugendförderplan. Wir fördern eine eigenständige und einmischende Jugendpolitik, die
1066 die Interessen von Mädchen und Jungen gleichermaßen im Blick hat. Deshalb wollen wir
1067 das Instrument des Gender-Budgeting modellhaft in diesem Bereich durchführen. Das soll
1068 auch dafür sorgen, dass der Ansatz des Gender-Budgetings insgesamt weiterentwickelt
1069 wird.

1070 Jungen- und Männerpolitik

1071 Frauen und Männer, Mädchen und Jungen müssen ihre Potentiale unabhängig von ihrer
1072 Herkunft und auch unabhängig von ihrem Geschlecht entfalten können. Doch Entwick-
1073 lungsmöglichkeiten werden viel zu oft bereits in der Kindheit und frühen Jugend einge-
1074 schränkt. Traditionelle Geschlechterrollen verhindern im Lebensverlauf oft Erwerbstätig-
1075 keit von Müttern und nehmen Vätern die Chance, Familienverantwortung wahrzunehmen.
1076 Oft fehlen positive Rollenbilder einer anderen, modernen Männlichkeit, die Jungen Orien-
1077 tierung bieten. Traditionelle Männlichkeitsbilder setzen Jungen unter Druck, reproduzieren
1078 klassische Rollenverteilungen und verführen Männer zu einem riskanteren Lebensstil.

1079 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

1080 Es ist Aufgabe der Politik, stereotype Rollenzuweisungen und sich wandelnde Rollenbilder
1081 in den Blick zu nehmen. Jungen- und Männerpolitik steht dabei nicht in Konkurrenz zur
1082 Förderung von Frauen oder zur Mädchenpolitik. Vielmehr ist Jungenarbeit eine geschlech-
1083 tersensible Perspektive auf die Gesellschaft. Aus diesem Grund haben wir den Boy's Day
1084 institutionalisiert und ausgebaut und die Mittel für die geschlechtersensible Jugendarbeit
1085 im Kinder- und Jugendförderplan aufgestockt. Diesen Weg werden wir weitergehen.

1086 Bildung/Neue Wege für Jungen in der Bildung

1087 Auch Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten und in Schulen können geschlechter-
1088 geprägte Rollenmuster verfestigen. Solche Muster verhindern im späteren Leben eine ge-
1089 zielte Weiterentwicklung der Jugendlichen. Jungen brechen die Schule öfter ab, erreichen
1090 schlechtere Leistungen und Abschlüsse, sind häufiger schulumüde als Mädchen. Deshalb
1091 braucht es eine emanzipatorische Erziehung und eine individuelle Förderung, die Stärken
1092 von Jungen und Mädchen gleichermaßen wertschätzt und fördert.

1093 Daher wollen wir, dass Lehrer*innen und Erzieher*innen bereits in der Ausbildung für Gen-
1094 derfragen sensibilisiert werden. Schulische Lernmittel sind auf Ausgewogenheit und Rol-
1095 lenmuster bei der Darstellung von Frauen und Männern zu überprüfen und ggf. zu än-
1096 dern. Um neue Vorbilder zu schaffen, wollen wir mehr geschlechtersensible Männer in

1097 Erziehungs- und Bildungsberufen: mehr Erzieher, mehr Grundschullehrer, mehr Sozialpäd-
1098 agogen. Wir wollen, dass Jungen selbstbewusst ihren Interessen nachgehen können und
1099 nicht in tradierte Schemata gedrängt werden. Deswegen fordern wir über die „Boy’s Days“
1100 hinaus ein geschlechtersensibles Bildungs- und Berufsberatungsangebot.

1101 **Institutionelle Förderung/Jungenpolitik fest verankern**

1102 Um Jungenarbeit fest in der nordrhein-westfälischen Politik zu verankern, stärken wir die
1103 institutionelle Förderung und begleiten Vernetzungsprozesse, beispielsweise über die LAG
1104 Jungenarbeit und die Fachstelle Jungenarbeit. Zu diesen Prozessen gehört auch eine Qua-
1105 lifizierung der Mitarbeiter*innen der Jugendämter und Gleichstellungsstellen in den Kom-
1106 munen.

1107 Den Kinder- und Jugendförderplan wollen wir im Dialog mit den Trägern und den Fachstel-
1108 len, geschlechterbezogen weiterentwickeln. Dazu werden wir den Bereich „Mädchen- und
1109 Jungenarbeit/Gender Mainstreaming“ aufstocken. Doch wir wollen auch eine strukturelle
1110 und personelle Verankerung von Jungenarbeit über den Bereich der Kinder- und Jugend-
1111 hilfe hinaus. In diesem Sinne werden wir unter anderem bei den Landesprogrammen zur
1112 Bekämpfung von Kinderarmut die geschlechterbezogene Perspektive verstärken.

1113 **Gleichstellung – das wollen wir GRÜNE:**

- 1114 • Ein geschlechtersensibles Bildungs- und Berufsberatungsangebot
- 1115 • Frauen stärken im Erwerbsleben
- 1116 • Geschlechtersensibilität und Gender Mainstreaming von der Kita bis zur Altenpflege
- 1117 • Mehr Männer in Erziehungs- und Sozialberufen.

1118 **Sexuelle Identität und Queerpolitik**

1119 Alle Menschen in Nordrhein-Westfalen sind, unabhängig von ihrer sexuellen und ge-
1120 schlechtlichen Identität, Teil unserer Gesellschaft und haben gleiche Rechte. Wir wollen,
1121 dass queere Menschen, Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans- und Intersexuel-
1122 le (LSBTTI) ihr Leben selbstbestimmt und diskriminierungsfrei führen und die Rechte und
1123 Teilhabechancen in Anspruch nehmen können, die allen zustehen.

1124 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1125 Der „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
1126 – gegen Homo- und Transphobie“ ist ein großer Erfolg. Erstmals in der Geschichte des
1127 Landes NRW ist Queerpolitik durch den Aktionsplan zur Querschnittsaufgabe geworden.
1128 Mehr als 100 Maßnahmen sind seit der Verabschiedung im Jahr 2012 angelaufen, hervor-
1129 zuheben sind die rechtliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Partnerschaften

1130 im Landesrecht oder die Förderung der Vernetzungs- und Koordinierungsstellen für das
1131 Projekt „SchLAU – Schwul-Lesbisch-Bi-Trans*-Aufklärung NRW“.

1132 Durch Förderung verschiedener Koordinierungsstellen mit unterschiedlichen Schwerpunk-
1133 ten (Schule, Jugend, alte Menschen, Anti-Gewaltarbeit) wurde nicht nur die queere Selbst-
1134 hilfe gestärkt, sondern auch die fachliche Grundlage erweitert. Der gewachsenen Bera-
1135 tungsnachfrage von Trans*Menschen und Regenbogenfamilien haben wir Rechnung ge-
1136 tragen. Auch die besonderen Belange von LSBTTI-Flüchtlingen berücksichtigen wir bei
1137 ihrer Unterbringung und Beratung.

1138 Wir unterstützen die erfolgreiche Arbeit der Kampagne „anders und gleich – Nur Respekt
1139 wirkt“ und wollen sie weiter ausbauen. Die Sichtbarkeit unterschiedlicher Lebensweisen
1140 ist ein zentraler Beitrag für eine vielfältige Gesellschaft und zum Abbau von Diskriminie-
1141 rung.

1142 Es ist uns zudem gelungen, erfolgreich Druck auf die Bundesregierung auszuüben: Nicht
1143 zuletzt auf Initiative von NRW werden die Opfer des §175 StBG endlich rehabilitiert. Doch
1144 noch immer ist es ein weiter Weg zur rechtliche Gleichstellung auf allen Ebenen. Dies
1145 gilt insbesondere für die Öffnung der Ehe und die Anpassung des Adoptionsrechts an die
1146 gesellschaftliche Wirklichkeit.

1147 Respekt wirkt

1148 Wir wollen den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlecht-
1149 licher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ verstetigen und die damit verbundenen
1150 Projekte ebenso wie die herausragende Arbeit von den LSBTTI-Verbänden und Selbsthil-
1151 fegruppe weiterhin finanziell unterstützen. Zudem gilt es, den Aktionsplan weiter in die
1152 Fläche zu tragen, insbesondere den ländlichen Raum verstärkt in den Fokus zu nehmen
1153 und zu prüfen, ob die Interessen weiterer Gruppen Berücksichtigung finden müssen.

1154 Wir setzen uns zudem für eine Novellierung des Transsexuellengesetzes ein: Trans*
1155 Personen dürfen nicht weiter bevormundet werden. Sie sind Teil der Realität und keines-
1156 wegs ein Fehler der Natur. Dies gehört politisch anerkannt, durch die Abschaffung der
1157 zwingenden Zweigeschlechtlichkeit in offiziellen Dokumenten. NRW ist bereits auf einem
1158 guten Weg. Derzeit gründet sich das Netzwerk Trans*, dass die Interessen der verschiede-
1159 nen Organisationen bündelt. Um die Zusammenarbeit zu verbessern, wird es zukünftig ei-
1160 ne Koordinierungsstelle brauchen, die Projekte vor Ort unterstützt, aber auch als Multipli-
1161 katorenstelle fungieren kann. Zudem planen wir eine eigene psychosoziale Beratungsstel-
1162 le und fordern einen interdisziplinären Qualitätszirkel der Kassenärztlichen Vereinigungen
1163 in NRW, um die Trans*personen besser zu behandeln und standardisierte Vorgehensweisen
1164 zu entwickeln.

1165 Auch intersexuelle Menschen leiden unter der zwingenden Zweigeschlechtlichkeit. Durch
1166 gezielte Öffentlichkeitsarbeit wollen wir zur Enttabuisierung des Themas und zur Sensibi-
1167 lisierung beitragen und z.B. das Internetportal des Vereins Intersexuelle Menschen weiter
1168 fördern. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Ratsuchende und insbesondere Eltern inter-
1169 sexueller Kinder schnellstmöglich wohnortnahe Hilfe sowie qualifizierte Beratung finden.

1170 Entsprechende Informations- und Beratungsangebote wollen wir auch zukünftig fördern,
1171 um die Lebenssituation von intersexuellen Menschen zu verbessern.

1172 Alltäglich sind queere Menschen mit Vorurteilen, Anfeindungen, Diskriminierungen und
1173 auch Gewalt konfrontiert. Eine vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft mit Leben
1174 zu füllen bedeutet, sich mit den bestehenden Diskriminierungen auseinanderzusetzen und
1175 aktiv dafür einzusetzen, sie abzubauen. Daher wollen wir ein Landesantidiskriminierungs-
1176 gesetz verabschieden und eine Antidiskriminierungsstelle einrichten, die als unabhängige
1177 Anlaufstelle für Opfer aber auch strukturelle Diskriminierungen in NRW offenlegen und
1178 dokumentieren muss.

1179 Queere Menschen, die aus Not und Angst um ihr Leben zu uns fliehen, müssen mit beson-
1180 derer Sensibilität behandelt werden. Das gilt für die individuelle Betreuung und soziale
1181 Beratung ebenso wie für die Unterbringung, die optimal dezentral erfolgen soll. Die An-
1182 bindungsmöglichkeit und vorhandene Unterstützungsstrukturen durch LSBTTI-Verbände,
1183 Selbsthilfegruppen und Community sind unbedingt notwendig.

1184 Immer mehr Jugendliche leben selbstverständlicher und selbstbewusster ihre Identität,
1185 fordern aber immer noch dass sie dies in einer gewalt- und diskriminierungsfreien Gesell-
1186 schaft leben dürfen. Denn insbesondere für Jugendliche stellt ein Coming-Out noch immer
1187 eine besondere Belastung dar. Nicht selten machen sie die Erfahrung, sich als „anders als
1188 die Anderen“ wahrzunehmen, aber auch real Ablehnung und Diskriminierung zu erfahren.
1189 Vor allem in der Schule werden LSBTTI-Jugendliche häufig gemobbt. Wir wollen Jugend-
1190 liche in ihrem Prozess der sexuellen und geschlechtlichen Identitätsfindung unterstützen.
1191 Wir wollen die LSBTTI-Jugendarbeit weiter fördern und stärken. Vor allem in der Schule
1192 wollen wir die Aufklärung über unterschiedliche Lebensweisen und Identitäten verstär-
1193 ken. Dazu gehört die weitere Unterstützung des Aufklärungsprojektes SCHLAU genauso
1194 wie eine verstärkte Einbeziehung von LSBTTI-Themen in Unterricht und Unterrichtsmate-
1195 rialien.

1196 **Unrecht aufarbeiten – Opfer entschädigen**

1197 Neben dem Blick in die Zukunft ist auch eine Anerkennung der Vergangenheit wichtig:
1198 Lange Zeit wurden queere Menschen nicht akzeptiert, zum Teil sogar verfolgt. Deshalb
1199 muss die nordrhein-westfälische Geschichte der Homosexuellen-Verfolgung aufgearbeitet
1200 werden. Wir werden nicht nur die Geschichte derjenigen betrachten, die Opfer der Verfol-
1201 gung durch den §175 StGB geworden sind, sondern alle unterschiedlichen Opfergruppen
1202 in den Blick nehmen. In diesem Sinne wollen wir auch das geplante „Landeskonzept Er-
1203 innerungskultur“ um den Aspekt „Diversity“ erweitern. Dazu soll ein Beteiligungsprozess
1204 mit den unterschiedlichen Akteur*innen, wie z.B. den Gedenkstätten, dem Bund Deutscher
1205 Kriegsgräberfürsorge, der ARCUS Stiftung, aber auch dem Zentrum für schwule Geschichte
1206 und den Frauengeschichtsvereinen stattfinden.

1207 Sexuelle Identität und Queerpolitik – das wollen wir GRÜNE:

- 1208 • Den „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher
1209 Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ ausweiten und konsequent umsetzen
- 1210 • LSBTTI-Selbstorganisationen stärken
- 1211 • Ein Landesantidiskriminierungsgesetz verabschieden und eine Landesantidiskrimi-
1212 nierungsstelle nach Bundesvorbild einrichten
- 1213 • Queere Geflüchtete unterstützen
- 1214 • Aufarbeitung von Verfolgung und Ächtung von LSBTTI in der Bundesrepublik.

1215 Religion und Weltanschauungen im säkularen Staat

1216 Wir GRÜNE arbeiten für ein Land, in dem Menschen unterschiedlicher religiöser Überzeu-
1217 gungen und solche, die keiner Religion zugehörig sind, friedlich und gleichberechtigt zu-
1218 sammen leben können. In Nordrhein-Westfalen gehören rund drei Viertel aller Menschen
1219 einer Religionsgemeinschaft an oder partizipieren an einer religiösen Gemeinschaft, ein
1220 Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ist konfessionell nicht gebunden oder
1221 konfessionsfrei. Die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit ist die Freiheit und das
1222 Recht, einen Glauben oder eine Weltanschauung zu haben, zu pflegen, auszuüben und
1223 sich in Gemeinschaften zusammenzuschließen, wie auch die Freiheit und das Recht, kei-
1224 nen Glauben oder keine Weltanschauung zu haben, zu pflegen und auszuüben.

1225 Weltanschauung und Religion sind wichtige Elemente im Leben vieler Menschen in
1226 Nordrhein-Westfalen. Dabei beeinflussen sie nicht nur das individuelle Leben der Einzel-
1227 nen, sondern wirken über diese und über die Religions- und Weltanschauungsgemein-
1228 schaften als organisierte Akteure in die Gesellschaft hinein. Sie leisten dabei einen wich-
1229 tigen Beitrag für das Zusammenleben in unserem Land. Gerade in der Asylpolitik oder beim
1230 Eintreten für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Menschenwürde und den Schutz un-
1231 serer natürlichen Lebensgrundlagen erleben wir großes Engagement.

1232 Der säkulare Staat muss den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gegenüber
1233 neutral sein und organisatorisch prinzipiell von ihnen getrennt. Angesichts einer zuneh-
1234 menden Ausdifferenzierung der Gesellschaft auch in Religions- und Weltanschauungsfr-
1235 agen treten wir GRÜNE für eine stärkere Entflechtung von Religionsgemeinschaften und
1236 Staat ein. Gleichzeitig kooperiert NRW in vielfacher Weise mit Religions- und Weltanschau-
1237 ungsgemeinschaften und ermöglicht so eine Vielfalt öffentlicher Angebote.

1238 Wir GRÜNE verstehen die Entwicklung zu einer multikulturellen und multireligiösen Ge-
1239 sellschaft als Chance und zugleich als Herausforderung. Nur durch Dialog und Kompromiss
1240 kann diese Vielfalt gestaltet werden. Grundlage dafür ist das Grundgesetz, das für alle gilt,
1241 die hier leben und hier leben wollen. Religions- und Weltanschauungspolitik muss auf die
1242 veränderte Wirklichkeit der religiösen Landschaft antworten, aber auch all diejenigen be-
1243 rücksichtigen, die sich als religions- und weltanschauungsfrei betrachten.

1244 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1245 Der sich verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit im religiösen Bereich tragen wir
1246 auch damit Rechnung, dass es seit 2015 leichter ist, staatliche Grundschulen, die kon-
1247 fessionell gebunden sind (Bekenntnisgrundschulen) in Gemeinschaftsgrundschulen um-
1248 zuwandeln, wenn dies dem Wunsch einer Mehrheit der Eltern entspricht. Der Beschluss
1249 ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichbehandlung von Schüler*innen unterschiedli-
1250 cher religiöser Prägung und solcher ohne Religionszugehörigkeit. Trotzdem bleiben wir
1251 Grüne dabei: Die Gemeinschaftsgrundschule ist die Schule für alle Kinder. Sie bietet kon-
1252 fessionellen Religionsunterricht an, den wir durch das Philosophieren für Kinder ergänzen
1253 wollen für alle, die keinen Religionsunterricht wählen. Eine Grundschule, die konfessionell
1254 separiert, muss überwunden werden. Dazu streben wir weiterhin eine Verfassungsände-
1255 rung an.

1256 Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen. Wir haben Muslim*innen in Nordrhein-
1257 Westfalen gleiche Rechte gewährt, indem wir den Islamischen Religionsunterricht ein-
1258 geführt und das Bestattungsgesetz geändert haben. Darüber hinaus wollen wir die is-
1259 lamische Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, wie Krankenhäusern und Gefängnissen
1260 gewährleisten. Die islamischen Verbände sind derzeit als Religionsgemeinschaften nicht
1261 anerkannt, da sie nicht bekenntnisförmig organisiert, sondern politisch und national ge-
1262 prägt sind. NRW hat einen Beirat für den islamischen Religionsunterricht eingerichtet, der
1263 paritätisch mit Vertreter*innen des Schulministeriums und der islamischen Verbände be-
1264 setzt ist. Es gibt keine exklusiven Verträge mit einem islamischen Verband, der Lehrplan
1265 wird vom Land NRW erlassen.

1266 **Grundrechte, Vielfalt und gegenseitiger Respekt**

1267 Voraussetzung für eine Kooperation zwischen Religions- und Weltanschauungsgemein-
1268 schaften und dem Staat ist die Anerkennung der fundamentalen Verfassungsgüter, der
1269 Grundrechte Dritter sowie der Grundprinzipien des freiheitlichen Religionsverfassungs-
1270 rechts. Von allen Gemeinschaften, die in Kooperation mit dem Staat sind oder treten
1271 wollen, erwarten wir, dass sie die positive und negative Religions- und Weltanschau-
1272 ungsfreiheit umfassend anerkennen, dass sie die Gleichheit von Frauen und Männern, die
1273 Rechte von Minderheiten und die Rechte von Menschen, die ihr Selbstbestimmungsrecht
1274 nicht oder nur bedingt wahrnehmen können, ebenso achten wie demokratische Willensbil-
1275 dungsprozesse. Wir erwarten, dass sie alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeind-
1276 lichkeit, einschließlich Homophobie, Antisemitismus und Islamophobie, nirgends dulden.
1277 Ebenso erwarten wir von allen die Wahrung der Meinungsfreiheit und das Zulassen von
1278 Kritik an religiösen Lehren, Praktiken und Traditionen. Politische, ethische oder religiöse
1279 Fragestellungen sind in einer freien Gesellschaft Gegenstand permanenten öffentlichen
1280 Diskurses.

1281 Zur Religionsfreiheit gehört auch, sich ohne Hindernisse dafür entscheiden zu können,
1282 einer Religion nicht mehr anzugehören oder an einer Tradition nicht teilhaben zu wollen.
1283 Deshalb werden wir die Kirchenaustrittsgebühren abschaffen.

Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen

1. Der Islam gehört zu Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen wird auf der Grundlage von Verfassungs- und Landesrecht bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht angeboten. Deshalb gewährleisten wir die wissenschaftliche Ausbildung der Lehrkräfte an deutschen Universitäten und Ausbildung des Lehrpersonals, die nach in NRW zugelassenen Lehrplänen unterrichten. Neben einem weiteren Lehrstuhl in Islamischer Theologie sollte auch ein Lehrstuhl in Alevitischer Theologie eingerichtet werden.
- 2.
3. Wir GRÜNE begrüßen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Aufhebung des Kopftuchverbots an Schulen, weil es ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der Pluralität unserer Gesellschaft ist. Es kommt nicht darauf an, was Menschen auf dem Kopf tragen, sondern was in den Köpfen vorgeht. Deshalb haben wir ein neues verfassungskonformes Schulgesetz gestaltet, das sich gegen jede Indoktrinierung von Schüler*innen richtet, sei sie politisch oder religiös.

Kirchliches Arbeitsrecht

Grundrechte wie die individuelle Religionsfreiheit, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Privat- und Familienleben sowie diskriminierungsfreier Zugang, Durchführung und Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen können im Konflikt stehen mit dem Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der Kirchen als Träger von Betrieben in kirchlicher Trägerschaft.

Das kirchliche Arbeitsrecht befindet sich in einer Legitimationskrise. Daran ändert auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Ende 2014 nichts. Auch wenn die Rechtsprechung den Dritten Weg grundsätzlich stützt, erweist er sich in der Praxis immer wieder als nicht akzeptabel. Es ist nicht hinnehmbar, dass Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern oder Kindertageseinrichtungen wegen ihres Privatlebens diskriminiert oder gar gekündigt werden können oder kein Streikrecht haben. Wir GRÜNE unterstützen deshalb gerade auch die innerkirchlichen Stimmen, die das deutlich machen.

Durch Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (§ 9 AGG) und der arbeitsrechtlichen Antidiskriminierungsrichtlinie wollen wir die Ausnahmen für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf den Bereich der Verkündigung beschränken und damit den individuellen Rechten Geltung verschaffen.

Wir plädieren zudem für einen branchenweiten Tarifvertrag, der allen Anbietern im Sozialsektor gleiche Eintrittsbedingungen sichert und den Verdrängungswettbewerb über Lohnkosten reduziert. Wir GRÜNE sind zudem der Meinung: Das Streikrecht ist ein soziales Grundrecht, das mit dem Tendenzschutz und dem kirchlichen Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht vereinbar ist. Wir wollen zudem, dass das Betriebsverfassungsgesetz auch im kirchlichen Sektor Anwendung findet. Die Option der kirchlichen Mitarbeitervertretung wollen wir erhalten, da sie über die bisherigen Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes sogar hinausgeht.

1324 Sonn- und Feiertage

1325 Gesetzliche Feiertage sind vom Grundsatz her, ebenso wie Sonntage, Tage der Arbeitsruhe,
 1326 die der Erholung sowie des familiären und sozialen Miteinanders dienen. Diese kollektiv
 1327 freien Tage sind in der Bevölkerung in der Regel allgemein akzeptiert. Dabei spielt es kei-
 1328 ne Rolle, welche Bedeutung subjektiv der religiösen Sinngebung den einzelnen Feiertage
 1329 beigemessen wird. Wir setzen uns daher vor allem aus kulturellen, sozialen und arbeits-
 1330 ethischen Gründen für den Schutz von Sonn- und Feiertagen ein. Es muss Zeiten geben
 1331 für Familie und Freund*innen, für religiöse oder weltanschauliche Praxis, für Sport, Frei-
 1332 zeit und Kulturveranstaltungen oder ehrenamtliches Engagement. Deswegen haben wir
 1333 bei der Novelle des NRW-Ladenöffnungsgesetzes auch den Arbeitsschutz an Sonn- und
 1334 Feiertagen ausgeweitet.

1335 Auch das NRW-Feiertagsgesetz muss der Pluralität der Gesellschaft Rechnung tragen. Es
 1336 geht darum, einen respektablen Ausgleich der Rücksichtnahme auf religiöse Praxis auf
 1337 der einen und der individuellen Freiheit auf der anderen Seite zu schaffen. Deswegen
 1338 plädieren wir für eine Novelle des Feiertagsgesetzes, die an „stillen Feiertagen“ bisher
 1339 bestehende, generelle Verbote von Kultur- und Tanzveranstaltungen überwindet.

1340 Ablösung der Staatsleistungen

1341 Wir GRÜNE wollen den Verfassungsauftrag zur Ablösung der altrechtlichen Staatsleistun-
 1342 gen an die großen christlichen Kirchen umsetzen. Als laufende Entschädigungszahlung
 1343 für die Säkularisierung kirchlichen Eigentums Anfang des 19. Jahrhunderts stellen sie ei-
 1344 ne dauerhafte Verflechtung staatlicher und kirchlicher Finanzen dar. Diesen Weg zur Ab-
 1345 lösung der Staatsleistung wollen wir im Dialog mit den Kirchen vorbereiten. Hierzu ist
 1346 zunächst die staatliche Seite gefragt, als Auftakt für den gemeinsamen Prozess Vorschlä-
 1347 ge zu entwickeln und bundesgesetzlich die Grundsätze hierfür aufzustellen. Unabhängig
 1348 von der bundesgesetzlichen Regelung wollen wir mit den Kirchen Verhandlungen auf-
 1349 nehmen, wie durch landesrechtliche Lösungen die Ablösung der Staatsleistungen weiter
 1350 vorangetrieben werden kann, wie uns das bei der Auflösung der Schul- und Studienfonds
 1351 schon gelungen ist.

1352 Das wollen wir GRÜNE:

1. 1353 a) gleiche Rechte für Menschen jedweder religiösen oder weltanschaulichen Überzeu-
 1354 gung oder ohne solche Überzeugungen
 - 1355 • die Rechte von Arbeitnehmer*innen in kirchlichen Einrichtungen stärken
 - 1356 • die Kirchenaustrittsgebühren abschaffen
 - 1357 • eine Novelle des Feiertagsgesetzes
 - 1358 • altrechtliche Staatsleistungen ablösen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand

WP-06

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW. STADT. LAND. HEIMAT.

1 Kommunen und Regionen: Starkes Fundament für NRW

2 Unsere Kommunen und Regionen sind das Fundament unseres Landes, die Keimzellen un-
3 serer Demokratie und größtenteils verantwortlich für die Daseinsvorsorge. Auf der kom-
4 munalen Ebene werden Entscheidungen getroffen, die das alltägliche Lebensumfeld der
5 einzelnen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar prägen. Unsere Regionen prägen das Hei-
6 matgefühl der Menschen, im Rheinland, im Ruhrgebiet und in den ländlichen Räumen.

7 Deshalb gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, dieses Fundament zu stärken, für
8 lebenswerte und lebendige Kommunen zu sorgen und unseren Regionen beim Zusam-
9 menwachsen zu helfen.

10 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

11 Die Zeit der Grünen Regierungsbeteiligung in NRW hat sich für die Kommunen ausgezahlt:
12 Die Städte und Gemeinden in NRW sind seit Regierungsantritt im Jahr 2010 finanziell mas-
13 siv unterstützt worden, die Zuweisungen für die Kommunen verbuchen Jahr für Jahr neue
14 Rekordwerte. Betrugten sie im letzten Jahr der 2010 abgewählten schwarz-gelben Lan-
15 desregierung noch unter 7,6 Milliarden Euro, stellen wir den Kommunen in diesem Jahr
16 GFG-Mittel in einer Höhe von fast 10,6 Milliarden Euro zu Verfügung– ein Plus von fast
17 39 Prozent in nur 7 Jahren. Mittlerweile geht jeder dritte Euro aus dem Landeshaushalt an
18 die Kommunen.

19 Mit dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist es uns gelungen, überschuldeten und von Über-
20 schuldung bedrohten Kommunen einen Weg aus ihrer Krise zu weisen. Hierfür werden
21 ihnen insgesamt über 5,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug sind die
22 betroffenen Kommunen in der Verantwortung manchmal auch schmerzhaften Sanierungs-
23 kurs einzuschlagen. Ihnen werden umfangreiche Hilfen zur Selbsthilfe an die Hand gege-
24 ben, damit sie kurz- bis mittelfristig das Ziel der Haushaltssanierung erreichen können

25 und so wieder handlungsfähig werden. Uns ist dabei bewusst, dass der Stärkungspakt nur
26 ein zeitlich befristetes Instrument sein kann. Langfristig sind die betroffenen Städte und
27 Gemeinden nach Erreichen des Haushaltsausgleichs in der Verantwortung, selbstständig
28 und ohne Landeshilfen dauerhaft ihre Handlungsfähigkeit zu erhalten.

29 Durch diese Maßnahmen ist es uns gelungen, die angespannte Haushaltssituation der
30 Kommunen deutlich zu verbessern. Befanden sich beim Regierungswechsel noch 138
31 Kommunen im Nothaushalt, so waren Anfang 2016 nur noch neun Kommunen in der vor-
32 läufigen Haushaltsführung. Durch die dritte Stufe des Stärkungspaktes profitieren auch
33 jene Kommunen, deren Haushaltsnotlagen erst nach Beginn des Stärkungspaktgesetzes
34 im Jahre 2011 eingetreten sind.

35 Damit ist uns die Stabilisierung der Kommunalfinanzen auch ohne ausreichende Unterstüt-
36 zung der Bundesregierung gelungen. Allerdings wollen wir und darf sich NRW auf diesen
37 Erfolgen keinesfalls ausruhen.

38 Denn die Basis für ausreichende Investitionen fehlt in den Kommunen weiter. Daher haben
39 wir unsere Investitionsoffensive „Gute Schule 2020“ gestartet. Um Schulgebäude instand
40 zu setzen, Sporthallen zu sanieren oder die digitale Infrastruktur der Schulen zu verbes-
41 sern, haben wir insgesamt zwei Milliarden Euro bereitgestellt, von denen alle Kommunen
42 in NRW profitieren – ohne einen Eigenanteil aufbringen zu müssen.

43 **Kommunen weiter stärken**

44 Unsere Kommunen stehen auch in der Zukunft vor großen Herausforderungen. Dafür brau-
45 chen sie Unterstützung, um im Sinne der Menschen tätig werden zu können. Ein wichtiger
46 Schritt dafür ist die Ertüchtigung ihrer Infrastruktur, die oftmals in die Jahre gekommen
47 ist, aus finanziellen Gründen vernachlässigt wurde und in vielen Fällen den aktuellen Be-
48 dürfnissen nicht mehr entspricht.

49 Deshalb wollen wir das Programm „Gute Schule 2020“ fortführen und die Kommunen bei
50 Investitionen unterstützen, damit sie Schulen und Turnhallen für die Zukunft fit machen
51 und die digitale Agenda 4.0 in den Schulen umsetzen können. Auch über das Jahr 2020
52 hinaus streben wir die Stabilisierung der Investitionstätigkeit insbesondere in den Kom-
53 munen an.

54 Interkommunale Zusammenarbeit ist in vielen kommunalen Aufgabenbereichen sinnvoll
55 und effizienzsteigernd. Gerade in Zeiten von demografisch bedingter abnehmender Ge-
56 meindegrößen sollte sie ausgebaut werden. Dies gilt insbesondere für ländliche und klei-
57 nere Kommunen. Mit der Novellierung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit
58 (GkG) haben wir in der vergangenen Legislaturperiode die gesetzlichen Grundlagen für ei-
59 nen weiteren Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit geschaffen.

60 Außerdem ist es auch auf unseren Druck hin gelungen, eine bundesgesetzliche Änderung
61 umzusetzen, dass Beistandsleistungen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
62 nicht mehr der Umsatzsteuerpflicht unterliegen. Diese Regelung erleichtert die interkom-
63 munale Zusammenarbeit für die Kommunen erheblich.

64 Zukünftig wollen wir weitere Anreize setzen, dass Kommunen ihr Flächenmanagement
65 vermehrt interkommunal absprechen. Außerdem wollen wir ein aktives Beratungsange-
66 bot für die Kommunen ausbauen und sicherstellen. Die landesseitigen Förderprogramme
67 sollen Anreize zu verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit schaffen.

68 Die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den Regionen ist für ein großes Land wie
69 unseres von besonderer Bedeutung.

70 **Kommunen und Regionen – das wollen wir GRÜNE**

- 71 • Kommunale Infrastruktur ertüchtigen
- 72 • Interkommunale Zusammenarbeit erleichtern.

73 **Städtebau, Stadtökologie und Wohnen**

74 Insgesamt sind in den letzten zehn Jahren in Deutschland zu wenige Wohnungen ge-
75 baut worden. Auf NRW bezogen sehen die aktuellen Bedarfe so aus, dass in den nächsten
76 Jahren allein 200.000 Wohnungen benötigt werden. Durch Koordinierungsanstrengungen
77 könnten 80.000 Leerstände aktiviert werden. Viele Wohnungsmärkte, insbesondere in den
78 wachsenden Regionen, sind extrem angespannt. Ein weiteres Problem ist, dass der Neu-
79 bau an öffentlich gefördertem Wohnraum bei weitem nicht reicht, die aus der Preisbindung
80 fallenden Wohnungen zu kompensieren. Die Wohnraumförderung richtet sich schon heute
81 an breite Bevölkerungsschichten: zwischen 40 und 50 Prozent aller Haushalte in NRW (80
82 Prozent der „Rentnerhaushalte“) sind Zielgruppe. Die Marktspannung nimmt erheblich zu
83 und die Nachfrage, insbesondere nach kleinen, altersgerechten, barrierefreien und preis-
84 günstigen Mietwohnungen kann nicht befriedigt werden. Eine zusätzliche Veränderung
85 bei der Nachfrage erfahren die Menschen durch die Flüchtlinge, die im unteren Preisseg-
86 ment Wohnraum suchen. Die Frage der Versorgung mit angemessenem Wohnraum wird
87 gerade in NRW zu einer der zentralen Gerechtigkeitsfragen werden.

88 Auch der öffentliche Raum unterliegt einem tiefgreifenden Wandel: Der Online-Handel
89 revolutioniert den Einzelhandel. In den Einkaufsstraßen und –nimmt die Gastronomie zu.
90 Doch der öffentliche Raum umfasst auch die Parks, Grünflächen und sonstige Bewegungs-
91 räume. Vielerorts entstehen mit Wohnprojekten, urbanem Gärtnern, Repair-Cafés etc. neue
92 gemeinwohlorientierte Initiativen, die Städte gemeinschaftlich entwickeln wollen. Das
93 Recht auf Stadt wird in die eigene Hand genommen.

94 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

95 Wir haben viel dafür getan, unsere Städte sozial und vielfältig zu gestalten. Die erhal-
96 tende Stadterneuerung ist wesentlich für Stadtentwicklungspolitik. Hierbei stehen die
97 Quartiere im Blickpunkt. Wir haben die integrierten Konzepte der Stadtentwicklungspoli-
98 tik und –intensiviert sowie Strategien und Planungshinweise für das urbane Grün in der
99 Stadtentwicklung auf den Weg gebracht. Wir haben Unterstützungsangebote für das urba-
100 ne Gärtnern erarbeitet. Die Stadtentwicklung ist zusammen mit „Grünen Infrastrukturen“

101 vom Quartier bis zur Region ein Schwerpunkt der europäischen Förderprogramme, die in
102 Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden. Mit der Neuausrichtung des Bau- und Liegen-
103 schaftsbetriebs des Landes haben wir die Weichen für einen ökologisch und baukulturell
104 vorbildlichen Landesbauherrn gestellt. Die Landesbauordnung wurde umfassend novel-
105 liert, so dass die Verfahren vereinfacht, das Bauen mit Holz deutlich erleichtert und die
106 Nahmobilität gestärkt wurde. Barrierearme Wohnungen werden nun Standard. Mit dem
107 neuen Wohnungsaufsichtsgesetz ist ein starkes Instrument gegen Geschäfte mit „Pro-
108 blemimmobilien“ geschaffen worden. Durch die Mehrjährigkeit bei gleichzeitiger Aufsto-
109 ckung der Programmsumme um 300 Million auf 1,1 Milliarden Euro jährlich sowie inhalt-
110 licher Schwerpunktsetzungen (Quartiersentwicklung, sozialer Wohnungsbau, Wohnraum
111 für Flüchtlinge, energetische Sanierungen, Schaffung von Barrierefreiheit und Erwerb von
112 Wohneigentum) und weiterer Anreize (z.B. Tilgungsnachlässe), konnte auch während ei-
113 ner Niedrigzinsphase die soziale Wohnraumförderung zukunftsfähig und nachhaltig aus-
114 gerichtet werden. Das Programm zeigt erste Erfolge, es wurden deutlich mehr öffentlich-
115 geförderte Wohnungen gebaut, allein in 2015 stieg die Anzahl der genehmigten Wohnun-
116 gen um über 30%.

117 Das „Bündnis für Wohnen“ wirkt auf Initiative des Landes zur Intensivierung des Woh-
118 nungsbaus. Die Mietpreisbremse ist eingeführt und der Verkauf von Landesgrundstücken
119 zu Gunsten des sozialen Wohnungsbau und an Baugemeinschaften deutlich verbessert
120 worden. Wir haben Kommunen bei der Neugründung von kommunalen Wohnungsgesell-
121 schaften unterstützt. Kurz: Wir haben die Stadt schöner, klimagerechter und sozialer ge-
122 macht.

123 **Bezahlbarer Wohnraum// Wohnraum für alle**

124 Aus Grüner Sicht gilt es das Spannungsverhältnis zwischen bezahlbarem Wohnraum auf
125 der einen Seite und energetischen, baulichen und ökologischen Anforderungen und dem
126 Flächenverbrauch auf der anderen Seite aufzulösen. Diese Aufgabe wollen wir mit einer
127 Neugestaltung der Wohnraumförderung angehen, die bezahlbaren Wohnraum für alle Be-
128 völkerungsgruppen – auch in stark wachsenden Regionen und Städten in NRW – ermög-
129 licht. Hierzu wollen wir die erheblichen Landesmittel weiterhin einsetzen und die Kom-
130 munen und Wohnungsbaugesellschaften unterstützen. Die vom Bund gezahlten Mittel zur
131 Wohnungsbauförderung müssen aufgestockt werden.

132 Nach jahrzehntelangem Wachstum der Wohnfläche pro Kopf brauchen wir einen flächen-
133 sparenden Städte- und Wohnungsbau. Deshalb wollen wir die Kommunen beim Aufbau
134 von Beratungsnetzwerken unterstützen, die in Fragen der energetischen Fassadenmo-
135 dernisierung, der Schaffung zeitgemäßer und flexibler Wohnungsgrundrisse, dem Ange-
136 bot günstiger Flächen im Rahmen der kommunalen Liegenschaftspolitik, dem Umzugs-
137 management für nicht mehr nachgefragte zu große Wohnungen oder bei Wohnpartner-
138 schaften beraten. In Innenstädten sollten auch die Möglichkeiten der Aufstockung geprüft
139 werden. Bei Nachverdichtungen im Innenbereich sollen Kommunen bei dem Aufbau von
140 Leerstandskatastern unterstützt werden, denn für uns gilt der Grundsatz Innen- vor Außen-
141 bebauung.

142 Wir setzen uns für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit ein: Wir wollen Wohnungen för-
143 dern, die sich junge Familien, Menschen mit wenig Einkommen oder Studierende auf Dauer
144 leisten können. Dabei setzen wir auf Vielfalt, Nachhaltigkeit und Transparenz. Wie wollen
145 eine Vielzahl von Akteuren am Wohnungsmarkt, die Wohnungen mit langen Sozialbindun-
146 gen bereitstellen.

147 In Städten mit einer Mietpreisbremse werden wir Zweckentfremdungssatzungen verbind-
148 lich machen. Engagierte Wohnungsgenossenschaften wollen wir mit einem regelmäßigen
149 Genossenschaftspreis unterstützen. Im Bundesrat wollen wir uns für eine Verbesserung
150 der Wirksamkeit der Mietpreisbremse einsetzen, damit die Mieterinnen und Mieter auch
151 zu Ihrem Recht auf bezahlbare Wohnraum kommen.

152 Die allermeisten Menschen wollen im Alter möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld
153 oder ihrer Wohnung leben. Wir beschäftigen uns mit der Frage, wie sich Wohnungen in
154 der gewohnten Umgebung so anpassen lassen, dass sie lebenswert und barrierearm sind.
155 Gleichzeitig müssen mögliche Mietsteigerungen durch den Umbau aufgefangen werden.
156 Darüber hinaus setzen wir auf Quartierskonzepte, die es ermöglichen, dass verschiedene
157 Generationen gemeinsam zusammen leben und in ihrem Wohnumfeld über direkten Zu-
158 gang zu allen Einrichtungen des täglichen Bedarfs verfügen. Neben den sozialen Aspek-
159 ten muss es auch gelingen, die weitere Infrastruktur in eine quartiersweise Betrachtung
160 mit einzubeziehen; beispielsweise was die Energieversorgung angeht oder auch beson-
161 dere Wohnbedürfnisse wie rollstuhlgerechte Wohnungen oder eine fußläufige Nahversor-
162 gung.

163 Ökologische Quartiersentwicklung// Grüne Städte und lebendige 164 Quartiere

165 Wir wollen grüne Städte. Parks und andere Grün- und Freiflächen oder Fassadenbegrün-
166 nungen brauchen wir für frische Luft, Geselligkeit und als kühlende Flächen in Zeiten des
167 Klimawandels. Wir werden die Kommunen finanziell und beratend unterstützen, um ihre
168 grünen Infrastrukturen zu entwickeln und urbane Parklandschaften, Gärten und Schreber-
169 gärten zu erhalten und zu entwickeln. Die Städtebauförderung werden wir mit Qualitäts-
170 ansprüchen zur grünen Stadt verbinden. Die bestehenden Förderprogramme des Landes
171 NRW müssen wir weiter optimieren, attraktivieren und verknüpfen.

172 Wir werden uns für starke und lebendige Quartiere einsetzen. In diesem Sinne wollen wir
173 die Kommunen dabei unterstützen, durch eine gezielte Planungs- und Bodenpolitik zur
174 ökonomischen und bürgerschaftlichen Belebung ihrer Quartiere beizutragen. Wir wollen
175 auch Unterstützung anbieten, damit Prozesse des bürgerschaftlichen Engagements und
176 des Quartiersmanagements einfacher und effektiver werden. Baugemeinschaften wollen
177 wir noch intensiver unterstützen.

178 Mit Wettbewerben werden wir Baukultur vor Ort etablieren und unterstützen. Den Bau-
179 und Liegenschaftsbetrieb wollen wir als Vorbild einer ökologischen Stadtbaukultur fort-
180 entwickeln. Wir wollen das subjektive Sicherheitsempfinden von Frauen und Mädchen,
181 aber auch älteren Menschen und Kindern stärken. Sogenannte „Angsträume“, also öffent-
182 liche Orte wie Tunnel, Bahnhöfe, aber auch Parks, schlecht einsehbare und ausgeleuchtete

183 Bereiche sowie reine Geschäfts- und Gewerbegebiete, die abends und nachts menschen-
184 leer sind, wollen wir durch eine entsprechende Stadtplanung aufwerten. Wir wollen öf-
185 fentliche Räume für alle Menschen nutzbar machen.

186 Außerdem werden wir uns für einen lebendigen Einzelhandel vor Ort einsetzen, indem
187 wir die Plattformen unterstützen, mit denen lokale Unternehmen von den Vorteilen des
188 Internethandels profitieren können.

189 **Urban Gardening //Urban Gardening weiter fördern**

190 Urban Gardening kommt in den Städten eine besondere Bedeutung zu, da nicht nur Brach-
191 flächen sinnvoll genutzt werden können, sondern auch die soziale und ökologische Be-
192 deutung eine neue Belebung in Quartiere bringt. Menschen engagieren sich vor Ort, das
193 Mikroklima verbessert sich und die Stadt wird wahrnehmbar grüner. Das Land kann diese
194 Bewegung und den Prozess durch Vernetzungsangebote und ein niederschwelliges För-
195 derprogramm unterstützen.

196 **Bauen mit Holz // Holzbau land NRW**

197 Das Thema Bauen mit Holz sollte auch über die Novelle der Landesbauordnung hinaus
198 weiter verfolgt und durch die fachliche und wissenschaftliche Begleitung weiterentwickelt
199 werden. Hier kann die Schaffung eines Holzbaupreises des Landes NRW beitragen. In den
200 nächsten Jahren muss die Landesbauordnung noch einmal entsprechend nachbessert und
201 angepasst werden.

202 NRW ist nach Baden-Württemberg und Bayern das drittgrößte „Holzbau land“, gleichwohl
203 sind in NRW in den Jahren 2010 bis 2012 nur 11,6 Prozent der Baugenehmigungen für Ge-
204 bäude (Mehr- und Einfamilienhäuser) mit Holz als überwiegendem Baustoff erteilt worden.
205 In Baden-Württemberg wird aktuell mehr als jeder vierte Bauantrag für einen Holzbau ge-
206 stellt, der Bundesdurchschnitt lag immerhin bei über 18 Prozent. Insbesondere im Bereich
207 der Mehrfamilienhäuser gibt es noch erheblichen Verbesserungsbedarf bei den rechtlichen
208 Regelungen. Wirtschaftlich betrachtet ist die „Holzbranche“ mit rund 180.000 Beschäftig-
209 ten und einem Jahresumsatz von rund 38 Mrd. Euro eine bedeutende Branche. Viele dieser
210 Unternehmen sind allerdings im Holzbau außerhalb von NRW tätig.

211 **Städtebau, Stadtökologie und Wohnen – das wollen wir GRÜNE**

- 212 • die Entwicklung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit
- 213 • eine erneuerte Städtebauförderung in Verbindung mit einer ökologischen und sozia-
214 len Quartiersentwicklung
- 215 • eine Neugestaltung der Wohnraumförderung, die bezahlbaren Wohnraum ermög-
216 licht
- 217 • die Landesbauordnung ändern und einen Holzbaupreis für NRW vergeben.

218 Ländliche Räume // Land macht erfinderisch

219 Nordrhein-Westfalen ist nicht allein Industrieland, sondern auch ländlicher Raum. Auf dem
 220 Land lebt rund ein Drittel der Bevölkerung unseres Bundeslandes. 75 Prozent Landesfläche
 221 wird land- und forstwirtschaftlich genutzt. Damit sind wir nach Bayern und Niedersachsen
 222 der drittstärkste Agrarstandort in Deutschland. Unsere Ländlichen Räume sind bedeutende
 223 Wirtschaftsregionen im Grünen. Hier erzeugen viele Industrieunternehmen, Handwerker
 224 *innen, Dienstleister*innen und Landwirt*innen eine hohe Wertschöpfung, verbunden mit
 225 der Schaffung und Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze.

226 Die ländlichen Räume sind besonders sensibel für demografische Veränderungen. Die
 227 Menschen werden älter. Junge, gut ausgebildete Menschen zieht es in die Stadt – ein
 228 Bevölkerungsrückgang, der unmittelbar auf die Wirtschaftsentwicklung, Erwerbsmöglich-
 229 keiten und die Lebensqualität durchschlägt und die Infrastruktur etwa im Bereich von Bil-
 230 dung und Gesundheit vor ernste Herausforderungen stellt.

231 Andererseits gibt es wichtige „weiche“ Standortfaktoren, die zugunsten der ländlichen
 232 Räume und ihrer Zukunft sprechen: attraktive Produktionsbedingungen und eine stabi-
 233 le wirtschaftliche Struktur, niedrige Arbeitslosenquoten, günstige Grundstückspreise, ein
 234 hohes Bildungsniveau und hochwertiges Wohnumfeld. Menschen auf dem Land leben dort,
 235 wo andere Urlaub machen. Weitere Pluspunkte sind eine ausgeprägte regionale Identität,
 236 starker Bürgersinn und Bürgernähe: Man kennt sich.

237 Ländliche Räume sind Orte der Sehnsucht. Geschätzt werden die hohe Verbindlichkeit des
 238 Zusammenlebens, die Betonung lokalen und regionalen Wirtschaftens, Entschleunigung,
 239 Transparenz bei Herkunft und Herstellung von Lebensmitteln und Konsumartikeln, Selbst-
 240 verantwortung und Anpackkultur. Die Natur wird als Schatz vor unserer Haustür wahrge-
 241 nommen.

242 Wir wollen Lust aufs Land machen. Dabei lassen wir uns nicht von der üblichen Verfalls-
 243 perspektive leiten, die überall nur Dorfsterben und Tristesse wittert, sondern setzen auf
 244 die Zukunft unserer Ländlichen Räume. Dafür haben wir gearbeitet und werden das auch
 245 in Zukunft tun.

246 **Vieles erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

247 Wir verbinden ökologische, ökonomische und soziale Aspekte: Ökologisch stehen der Er-
 248 halt unserer Natur- und Kulturlandschaften, Natur- und Umweltschutz und eine nachhal-
 249 tige Kommunalentwicklung im Mittelpunkt; ökonomisch zielen wir auf die Stärkung der
 250 Industrieregionen im Grünen, der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), der Ener-
 251 giewende, der Forst- und Landwirtschaft, der Land- und Ernährungswirtschaft, des Tou-
 252 rismus und der Informationstechnologie. Sozial-zivilgesellschaftlich geht es uns um die
 253 Sicherung der Nahversorgung, der Gesundheitsinfrastruktur, Bildung, Integration, der För-
 254 derung bürgerschaftlichen Engagements und der interkommunalen Zusammenarbeit und
 255 Vernetzung.

256 Wir haben die Benachteiligung von NRW gegenüber anderen Bundesländern bei der Ver-
 257 teilung von EU-Agrarmitteln deutlich verringern können und erreicht, dass Mittel in die

258 sogenannte zweite, auf die Entwicklung der ländlichen Räume ausgerichtete Säule um-
259 geschichtet wurden. Mit den so gewonnenen zusätzlichen Geldern und zusätzlicher Kofi-
260 nanzierung durch das Land haben wir durch unser NRW-Programm 2014-2020 die lokalen
261 Akteure gestärkt und die Zahl der LEADER-Regionen zur Unterstützung regionaler Akti-
262 onsgruppen von vorher 12 auf 28 massiv erweitert. Zusätzlich fördern wir zehn weitere
263 Regionen aus Landesmitteln mit dem Programm VITAL.NRW. In den vielen lokalen Akti-
264 onsgruppen (LAGen) wird unter Beteiligung der Bürger*innen entschieden, welche Maß-
265 nahmen die besten für die jeweilige Region sind. Partizipation ist ein Markenzeichen un-
266 serer Politik – gerade auch in unseren Ländlichen Räumen. Wir setzen uns dafür ein, dass
267 spätestens in der nächsten Förderperiode die immer noch vorhandene Bevorzugung ande-
268 rer Bundesländer bei der Mittelverteilung weiter abgebaut und noch deutlich mehr Mittel
269 von der 1. in die 2. Säule umgeschichtet werden, damit die Stärkung der Zivilgesellschaft
270 durch regionale und lokale Akteure weiter ausgebaut werden kann.

271 **Ehrenamt und Engagement stärken // Auf die Menschen kommt** 272 **es an**

273 Zukunftsfähige ländliche Räume leben von aktiven, kreativen und selbstbewussten Bür-
274 ger*innen. Stärker noch als urbane Zentren steht oder fällt die Vitalität der ländlichen
275 Räume mit Menschen, die es schaffen, wirtschaftliche und soziale Belange miteinander zu
276 verknüpfen. Hierbei spielen traditionelle Werte wie Familie und Bodenständigkeit, Heimat
277 und Ehrenamt, Vereinsleben und Religion als Identifikations- und Stabilitätsfaktoren eine
278 bedeutende Rolle. Wir setzen auf die Menschen. Politik Ländlicher Räume ist „Politik von
279 unten“. Deshalb wollen wir das bürgerschaftliche Engagement stärken, die Mitwirkungs-
280 möglichkeiten von Kindern und Jugendlichen fördern und uns für die bessere Vereinbarkeit
281 von Familie und Beruf einsetzen. Das Vereinsleben und die freiwilligen Feuerwehren sind
282 wichtige Säulen in unseren ländlichen Räumen, die wir stärken wollen.

283 **Bildung in ländlichen Räumen// Gute Bildung – starkes Dorf**

284 Die Zukunft ländlicher Regionen hängt von starken Bildungsinstitutionen vor Ort ab. Des-
285 halb setzen wir auf ein wohnortnahes Bildungsangebot in hoher Qualität und allen Berei-
286 chen der schulischen, betrieblichen und außerschulischen Bildung und Qualifizierung.

287 **Vielfalt vor Ort// Ländliche Räume sind bunt**

288 Ländliche Räume in NRW sind bunt – das bejahen und unterstützen wir. Seit Jahrzehnten
289 leben und arbeiten Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung in
290 ländlichen Regionen. Viele Menschen und Familien sind fest in ihren Städten und Gemein-
291 den verwurzelt und wollen die Entwicklung des ländlichen Lebensraums jetzt und für die
292 kommenden Generationen mitgestalten. Zu uns fliehende Menschen stellen die Kommu-
293 nalverwaltungen und -politik auch auf dem Land vor große Herausforderungen, die wir
294 nicht leugnen. Aber gerade in den Ländlichen Räumen bedeuten Menschen, die bei uns

295 Zuflucht suchen, auch eine Chance, Schrumpfungsprozesse abzumildern oder umzukeh-
296 ren.

297 Wir wollen die Vielfalt auf dem Land erhalten: die Vielfalt an Natur- und Kulturlandschaf-
298 ten, die Vielfalt der Lebensformen, die Vielfalt der Dörfer und Gemeinden. Dabei wird es
299 zukünftig verstärkt auf die interkommunaler Zusammenarbeit ankommen, wie etwa die
300 gemeinsame Nutzung von kommunalen Dienstleistungen, Ver- und Versorgungsstruktu-
301 ren sowie kulturellen Einrichtungen und Sportstätten. So können Kommunen entlastet
302 und zugleich ein umfangreiches Angebot für die Menschen in den ländlichen Räumen ge-
303 sichert werden.

304 **Naturerbe erhalten// Die Natur – Schatz vor unserer Haustür**

305 Wir schützen unser wertvolles Naturerbe, den Schatz vor unserer Haustür. Zur Zeit sind
306 in NRW etwa 45 Prozent der beobachteten Tier- und Pflanzenarten gefährdet, vom Aus-
307 sterben bedroht oder bereits ausgestorben. Die intensive Bewirtschaftung landwirtschaft-
308 licher Flächen, der weiterhin kritische Zustand der Gewässer und der fortschreitende Flä-
309 chenverbrauch sind wesentliche, hausgemachte Ursachen für das fortschreitende Arten-
310 sterben in NRW. Seit 1996 sind in NRW insgesamt 950 qkm Acker- und Weideflächen durch
311 andere Flächennutzung verloren gegangen. Der Flächenverbrauch ist eines der größten
312 Probleme in vielen ländlichen Räumen. Landwirtschaftliche Nutzfläche geht verloren,
313 Erholungs- und Lebensräume werden zerstört und zerschnitten, der Wasserhaushalt ge-
314 stört und Tieren und Pflanzen der Lebensraum entzogen sowie die Kulturlandschaft ver-
315 ändert. Flächenerhalt ist angesichts immer knapper werdender und dadurch steigender
316 Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen auch ökonomisch ein Muss. Natur
317 ist ein Wert an sich, aber zugleich auch ein harter Standortfaktor, den wir nachhaltig schüt-
318 zen und nutzen wollen.

319 **Impulsregionen// Industrieregionen im Grünen**

320 Die ländlichen Räume sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in NRW. Wir haben in den
321 ländlichen Räumen prozentual mehr Industriearbeitsplätze als im Ruhrgebiet. Teilweise
322 sind über 50 Prozent der Arbeitsplätze industrielle Arbeitsplätze – das ist eine Besonder-
323 heit unseres Bundeslandes. In der Landwirtschaft geht der Trend weg vom Vollerwerb zum
324 Nebenerwerb. Verschärfter Konkurrenzdruck entsteht durch die Globalisierung der Agrar-
325 märkte. Der Preisdruck nimmt zu. Zugleich verzeichnen wir eine steigende Nachfrage nach
326 biologisch hochwertigen, gentechnikfreien, regionalen Nahrungsmitteln.

327 Rund 18.000 Unternehmen der Forstwirtschaft, des Holzhandwerks und der Säge- und
328 Möbelindustrie erwirtschaften mit etwa 180.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von
329 rund 40 Mrd. Euro. Ländliche Räume sind vielfach Impulsgeber für die kommunale En-
330 ergiewende. Nicht zufälligerweise sind die ersten Orte in NRW, die sich die vollständige
331 Selbstversorgung mit Energie zum Ziel gesetzt haben, Dörfer in den ländlichen Räumen.

332 Die Tourismusbranche tendiert zunehmend zu naturnahem, kürzerem und mit begrenz-
333 teren Anfahrtswegen verbundenem Erleben. Der naturnahe Tourismus dient sowohl als

334 Naherholungsmöglichkeit für die Stadtbevölkerung, als auch zunehmend als echte Alter-
335 native zu herkömmlichen Urlaubsreisen.

336 Durch einen flächendeckenden Breitbandausbau, die Förderung regionaler, ökologischer
337 und artgerechter Tierhaltung, gezielte regionale Wirtschaftsförderung, den Ausbau regio-
338 naler Energiewirtschaft, die Stärkung nachhaltiger Forst- und Holzwirtschaft und die För-
339 derung von Naherholung und Tourismus wollen wir die ländlichen Räume noch stärker
340 machen. Mit der Gründung der Regionalagentur für die ländlichen Räume werden wir vor-
341 handene regionale Netzwerke stärken bzw. neue auf den Weg bringen.

342 Der Zugang zum schnellen Internet ist für uns Teil der Daseinsvorsorge. Mit einem Tech-
343 nikiemix lösen wir unser Versprechen ein, Übertragungsgeschwindigkeiten von mindestens
344 50 Mbit/s für alle Haushalte in NRW bis zum Jahr 2018 zu gewährleisten. Neben dem Breit-
345 bandausbau in den ländlichen Räumen erhalten bis 2018 alle Gewerbegebiete Anschluss
346 an das schnelle und zukunftsfähige Glasfasernetz. Bis zum Jahr 2025 wollen wir einen
347 flächendeckenden Glasfaserausbau realisieren.

348 Dafür wollen wir neue Förderinstrumente entwickeln – unter anderem eine qualitative
349 Weiterentwicklung der Gemeindefinanzierung mit dem Ziel, die Landeszahlungen an Kom-
350 munen mit Ausbaubedarf zu erhöhen – und so die Breitbandförderung ausbauen. Zudem
351 wollen wir Kommunen bei der Gründung von Netzgesellschaften und Breitbandgenossen-
352 schaften beraten und unterstützen.

353 **Mobilität in den Ländlichen Räumen// Ländlicher Raum kommt** 354 **gut an**

355 Auch in den ländlichen Räumen besteht ein berechtigter Anspruch auf ausreichende Mo-
356 bilität. Wir wollen eine öffentliche Grundversorgung sichern – besonders dort, wo indivi-
357 duelle Mobilität nicht weiterhilft. Wo immer möglich wollen wir Angebotsverbesserungen
358 im regionalen Schienenverkehr auch durch Reaktivierungen stillgelegter Strecken sowie
359 durch Schnellbusse, die aus Nahverkehrsmitteln gefördert werden. Wir setzen uns für ein
360 abgestuftes Bedienungssystem ein, das die Hauptachsen stärkt und die ländlichen Räume
361 mit Rufbussen, Anruf-Sammel-Taxen und Bürgerbussen erschließt. Der Erhalt und die Op-
362 timierung des bestehenden Straßennetzes und die Nutzung der Potentiale des (elektro-
363 betriebenen) Fahrradverkehrs durch ein Ausbauprogramm von Radwegen und Vernetzung
364 mit dem ÖPNV in ländlichen Räumen sind weitere Ziele.

365 **Ländlicher Raum – das wollen wir GRÜNE**

- 366 • weitere Umschichtung von EU-Agrarmitteln in die zweite Säule, um bürgerschaftli-
367 che Engagement und Beteiligungsmöglichkeiten noch mehr zu stärken
- 368 • ein wohnortnahes Bildungsangebot in hoher Qualität
- 369 • unser Naturerbe erhalten und als Standortfaktor nutzen.

370 Europa

371 Die Europäische Union (EU) ist für uns verknüpft mit dem Gedanken an Freiheit und Vielfalt,
372 Frieden und Demokratie. Sie hat geholfen, jahrhundertealte Gegensätze und Konflikte zu
373 überwinden und einen geschichtlich einmaligen Frieden zu schaffen.

374 Nordrhein-Westfalen (NRW) profitiert besonders von den Vorteilen der europäischen Ver-
375 einigung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht. Hier begann mit der Mon-
376 tanunion, mit der gemeinschaftlichen Kontrolle und Verwaltung von Kohle und Stahl, die
377 Einigung Europas. Durch unsere geographische Lage, durch unsere Nähe zu vielen eu-
378 ropäischen Staaten, liegen wir im Herzen Europas. Wir brauchen die Europäische Union,
379 denn Nordrhein-Westfalen kann in einer globalisierten Welt seine Interessen nur wirksam
380 wahrnehmen, wenn Europa geeint ist und nicht zerfällt. Leitbild ist für uns eine starke
381 Region NRW in einem demokratischen, transparenten, handlungsfähigen, stabilen und –
382 ökonomisch, ökologisch und sozial – nachhaltigen Europa. Geschlechtergerechtigkeit und
383 die Anerkennung der Vielfalt in der Bevölkerung sind für uns eine gesellschaftliche Grund-
384 bedingung.

385 In diesem Sinne pflegen wir schon seit Jahren gute Beziehungen mit unseren Nachbarn.
386 Die Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg wollen wir weiter intensiv pflegen, vor
387 allem mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg sowie mit Frankreich und Polen.

388 Dabei wollen wir die Arbeit der Euregios weiterhin stark unterstützen, gerade um immer
389 noch bestehende bürokratische Hürden weiter abzubauen.

390 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

391 Seitdem GRÜN in NRW regiert, hat das Thema Europa an Bedeutung gewonnen. Wir haben
392 die NRW-Landesvertretung in Brüssel zu einer starken und kompetenten Interessenver-
393 tretung weiterentwickelt, den Landtag in seinen Informations- und Beteiligungsrechten
394 gestärkt und die europapolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit ausgebaut.

395 Mit Blick auf die Arbeitsprogramme der EU-Kommission wurden jährliche europapolitische
396 Prioritäten des Landes erstellt. So konnten wir die Europaarbeit auf die für NRW beson-
397 ders wichtigen Themen fokussieren. Vor allem den Prozess der Neuaufstellung der EU-
398 Strukturpolitik haben wir aktiv begleitet. In der Förderperiode 2014-2020 stehen nun ins-
399 gesamt 2,58 Milliarden Euro aus Mitteln der EU-Strukturfonds zur Verfügung, die jeweils
400 vom Land, den Kommunen oder anderen an den Programmen beteiligten Akteuren mit
401 zusätzlichen Mitteln aufgestockt werden. Dazu möchten wir zukünftig besonders struktur-
402 schwache Regionen, die bisher wenig von den Strukturfonds profitieren konnten, stützen.
403 Dies kann und muss ein zentrales Anliegen sein, dass dem genuinen Ziel der Förderung
404 entspricht.

405 Wir haben dafür gesorgt, dass die Arbeit im Ausschuss der Regionen gestärkt wurde und
406 konsequent mit allen anderen Landesinteressen verknüpft wurde. Es ist uns gelungen die
407 Interessen der regionalen und lokalen Ebene zu stärken und dafür Sorge zu tragen, dass das
408 „Europa der Regionen“ an Kontur gewinnt

409 Ziel des Subsidiaritätsprinzips ist es, politische Entscheidungen und Kompetenzen auf der-
410 jenigen Ebene angesiedelt werden, wo sie am sinnvollsten bearbeitet und entschieden
411 werden können. Nicht alles kann und soll in Brüssel entschieden werden, viele Entschei-
412 dungen sind besser vor Ort zu treffen. Gleichzeitig gilt es gemeinsame Standards euro-
413 paweit verbindlich festzulegen, aber so, dass sie vor Ort angemessen umgesetzt werden
414 können. Um die Kommunen vor Einschränkungen bei der Daseinsvorsorge zu schützen, ha-
415 ben wir Gespräche mit Bund, Ländern, anderen Regionen in Europa und EU-Vertreter*innen
416 geführt. So konnten wir dazu beitragen dass die Spielräume für die öffentliche Daseins-
417 vorsorge (v. a. Wasserversorgung) bei der Reform des europäischen Vergaberechts erhal-
418 ten blieben. Auch bei den Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen TTIP, CETA und
419 TiSA haben wir uns dafür eingesetzt, dass die kommunale Gestaltungshoheit nicht einge-
420 schränkt wird.

421 Gleichzeitig haben wir die Europaaktivitäten in den Kommunen gestärkt. Besonders aktive
422 Kommunen in NRW werden nun für ihre Arbeit ausgezeichnet, um so ihrem Handeln einen
423 Vorbildcharakter zu verleihen.

424 Im Oktober 2013 wurde die Benelux-Strategie des Landes beschlossen und die Zusammen-
425 arbeit mit Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ausgeweitet. Auch die Zusammenar-
426 beit mit den NRW-Partnerregionen Nord-Pas de Calais (Frankreich) und der Woiwodschaft
427 Schlesien (Polen) wurde intensiviert.

428 **Das Schengen-Abkommen muss erhalten bleiben// NRW im Her-** 429 **zen Europas**

430 NRW ist Einwanderungsland. Kaum ein deutsches Bundesland liegt so zentral im Herzen
431 Europas – und nicht nur das. Viele Menschen, die in NRW leben, haben europäische Wur-
432 zeln und leben entweder bereits seit Generationen bei uns oder sind erst seit wenigen
433 Wochen in unserer Mitte. Für uns ist klar: egal wie lange er hier lebt, jeder Mensch soll in
434 NRW die gleichen Rechte besitzen. Dazu zählt für uns insbesondere die Einführung eines
435 Wahlrechtes für EU Bürger*innen auf der Landesebene.

436 Reisende freuen sich über offene Grenzen und auch Waren und Güter können Dank des
437 Schengen-Abkommens einfacher von A nach B transportiert werden. Gerade NRW profitiert
438 enorm von den offenen Grenzen. Diese wollen wir keinesfalls zur Disposition stellen.

439 **Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union**

440 Europa beginnt nicht erst in Brüssel, es entsteht vor Ort: in den Kommunen und in den
441 Regionen. Hier müssen wir gemeinsam den Funken eines friedlichen und nachhaltigen
442 Europagedankens zünden und vor dem Erlöschen bewahren. Dafür müssen wir das Ver-
443 trauen aller Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinschaftsprojekt Europa erhalten. Neben
444 einer europapolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit gehört für uns dazu, dass wir
445 in allen wichtigen Belangen alle Akteurinnen und Akteure aktiv einbinden. Nicht die Po-
446 litik muss mit der Politik vernetzt sein, Politik muss vor allem mit ihren Bürgerinnen und
447 Bürgern vernetzt sein.

448 Vor Ort in NRW organisieren die Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben im Alltag und
449 treffen Maßnahmen für ihre Daseinsvorsorge, also beispielsweise Wasserversorgung oder
450 Abfallentsorgung. Dafür gibt es viele Fördermöglichkeiten der EU und auch gemeinsame
451 Rechtsnormen. Wir wollen, dass in der Europäischen Union den Kommunen künftig mehr
452 Beachtung geschenkt und ihre Selbstverwaltung gestärkt wird.

453 Entscheidungen sollen möglichst bürgernah fallen. Nicht alles muss von der EU entschie-
454 den werden, vieles kann vor Ort besser entschieden werden. Deshalb treten wir für die
455 Subsidiarität ein. „Mehr Europa“, das heißt für uns, die EU stärker machen, wo gemein-
456 sames Handeln notwendig und sinnvoll ist. Es bedeutet nicht, dass wir möglichst viele
457 Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagern wollen. Eine zentralistische EU, die
458 bis ins Kleinste vorschreibt, was andere tun oder lassen sollen, untergräbt die Entschei-
459 dungsspielräume der demokratisch legitimierten Räte und Parlamente, auch auf kommu-
460 naler Ebene. Vieles kann besser vor Ort, näher an den Bürger*innen entschieden werden.
461 Nichts anderes besagt das Prinzip der Subsidiarität, dem auch die EU verpflichtet ist. Des-
462 halb wollen wir das Prinzip der Subsidiarität und der Subsidiaritätskontrolle durch bessere
463 Vernetzung mit anderen Bundesländern und den Kommunen stärken. Die Bürger*innen in
464 Nordrhein-Westfalen leisten durch ihre intensiven Kooperationen auf den verschiedens-
465 ten Ebenen bedeutende Beiträge zur europäischen Integration. Gerade die vielen (Städte-,
466 Schul- und Vereins-)Partnerschaften sind ein Grundstock für eine funktionierende, euro-
467 päische Zivilgesellschaft. Um die rechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches
468 Engagement über nationalstaatliche Grenzen hinweg zu verbessern, setzen wir uns für
469 die Schaffung eines Europäischen Vereinsstatuts ein, damit europäische Bürger*innen sich
470 auch in grenzüberschreitenden europäischen Vereinen organisieren können.

471 Europäische Flüchtlings- und Integrationspolitik// Integration 472 statt Abschottung

473 Wir wollen dazu beitragen, dass Vorurteile gegenüber Zuwanderer*innen abgebaut wer-
474 den und dass die Einwanderungs- und Asylpolitik der EU menschenrechtsorientiert wei-
475 terentwickelt wird. Es ist ein Skandal und ein Ausdruck politischen Versagens, dass jedes
476 Jahr tausende Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken und Menschen ihr Leben aufs Spiel
477 setzen müssen, wenn sie Europa erreichen wollen. Wir wollen legale und gefahrlose Zu-
478 gangsmöglichkeiten nach Europa schaffen. Die EU muss ein Schutzraum für Geflüchtete
479 werden.

480 Dazu muss das Dublin-System reformiert und ein solidarischer Verteilmechanismus für
481 Geflüchtete eingeführt werden. Übergreifend muss eine europäische Asylagentur aufge-
482 baut werden, damit europaweit einheitlich gute Mindeststandards für Asylverfahren und
483 die Unterbringung von Geflüchteten geschaffen werden können. Denn eine Lösung der
484 Flüchtlingsfrage kann nur eine europäische Lösung sein. Die auf europäischer Ebene be-
485 reitgestellten Mittel müssen aufgestockt werden und den Mitgliedsstaaten mit besonders
486 vielen Geflüchteten zu Gute kommen, ohne das dies zulasten anderer Fonds geht.

487 **Nein zu den Gegnern der Europäischen Einigung**

488 Die Gefahr besteht, dass sich in NRW wie in anderen Teilen Deutschlands und in anderen
489 europäischen Ländern eine rechtspopulistische Partei etabliert. Die AfD kann das europa-
490 politische Klima bei uns auf Dauer vergiften. Sie lehnt nicht nur ein solidarisches Europa
491 ab, sondern steht für eine unsoziale Steuerpolitik im Inland, will den Ausbau Erneuerbarer
492 Energien behindern und spielt mit Ressentiments gegen Migrant*innen. Wir stehen und
493 streiten für ein europäisches Nordrhein-Westfalen, das weiß wo seine Zukunft liegt: In
494 einem demokratischen, solidarischen und ökologischen Europa.

495 **Nachhaltige Strukturpolitik// Für eine ökologische Strukturpoli- 496 tik**

497 Wir brauchen eine Ausrichtung der EU am Prinzip der nachhaltigen Entwicklung und eine
498 Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in der EU, um die Menschen in Europa für
499 das europäische Projekt zurückzugewinnen.

500 Die EU muss ihrem Anspruch gerecht werden, Vorreiter beim Klimaschutz zu sein und
501 darf sich bei ihren eigenen Zielsetzungen nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner
502 beschränken. Sie muss zu einem Treiber des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, der Ener-
503 gieeffizienz, der Netze und der Speichertechnologien werden. Besonders dort, wo sie heute
504 noch häufig Blockierer ist oder auf veraltete Technologien setzt, muss die EU sich bewe-
505 gen. Die Privilegierung der Atomindustrie über den Euratom-Vertrag muss ein Ende haben.
506 Insbesondere die besonders unsicheren Kraftwerksblöcke in Belgien müssen umgehend
507 abgeschaltet werden. Der Schutz von Menschen und der Umwelt geht nur transnational
508 und europäisch: Wir streben auch weiterhin einen gesamteuropäischen Atomausstieg an.
509 Wir werden uns für diese Ziele gemeinsam mit Akteuren aus der Grenzregion zu Belgien,
510 aber auch mit Partner*innen aus den Niederlanden einsetzen. Gleichzeitig werden wir den
511 belgischen Nachbarn Unterstützung bei der Absicherung der Versorgung nach Abschalten
512 der AKWs anbieten, u.a. durch eine weitere Netzverbindung nach Belgien.

513 **Europa – das wollen wir GRÜNE**

- 514 • offene Grenzen zwischen den EU-Staaten erhalten
- 515 • die Einwanderungspolitik der EU menschenrechtsorientiert weiterentwickeln
- 516 • eine nachhaltigere EU-Strukturpolitik
- 517 • die Europaaktivitäten von Kommunen und Land ausweiten.

518 Eine Welt

519 Wir übernehmen Verantwortung über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus. Wir
520 GRÜNE stehen hinter dem Gedanken einer dauerhaften gemeinsamen Verantwortung aller
521 Staaten und Regionen für eine eng verflochtene Welt. Dieses Verständnis bestimmt unser
522 Handeln und schärft unseren Blick auf Entscheidungen, die wir in NRW treffen, deren Aus-
523 wirkungen aber nur selten auf unser Land beschränkt sind.

524 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

525 Im Dezember 2012 wurde die „Eine-Welt-Strategie NRW“ beschlossen. Sie setzt Impulse
526 für eine nachhaltige und menschenwürdige Entwicklung und verpflichtet alle Ministerien
527 auf eine gemeinsame Eine-Welt-Politik des Landes. NRW ist mit seiner Nachhaltigkeits-
528 strategie in Deutschland Vorreiter in der Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele
529 (Sustainable Development Goals – SDGS), die im September 2015 in New York verab-
530 schiedet wurden. Somit wird die nachhaltige Bekämpfung von globaler Ungerechtigkeit
531 und Armut auch aus NRW vorangetrieben.

532 Mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz haben wir die faire und umweltfreundliche Be-
533 beschaffung ausgebaut. Darüber hinaus haben wir das Projektbüro für nachhaltige und faire
534 Beschaffung, „newtrade.nrw“, gegründet; die Messe „FAIR FRIENDS Dortmund!“ wird wei-
535 terhin vom Land unterstützt. Wir haben die entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW
536 ausgebaut. So haben wir die Kürzungen aus dem NRW Promotorinnenprogramm zurück-
537 genommen und den Etat deutlich erhöht.

538 Wir haben die kommunale Entwicklungszusammenarbeit gestärkt. Die nordrhein-
539 westfälischen Kommunen unterstützen wir in ihrem entwicklungspolitischen Engagement.
540 Die Förderung konzentriert sich dabei auf „Kommunale Entwicklungspartnerschaften“ und
541 die „Durchführung entwicklungspolitisch relevanter Projekte im Ausland“.

542 Stärkere Förderung für den Bereich „Eine-Welt-Politik“//NRW 543 als Teil der „Einen-Welt“

544 NRW muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. In den nächsten Jahren
545 werden wir daher die Mittel für den Eine-Welt-Bereich aufstocken. Darüber hinaus ist es
546 unser Ziel, Wirtschaft, Handel und Investitionen nachhaltig zu gestalten. Die Partnerschaft
547 zwischen dem Land NRW und dem Staat Ghana wollen wir fortführen und dort Projekte im
548 Bereich der Frauenförderung, der erneuerbaren Energien und der Inklusion verstärkt för-
549 dern. Wir werden die seit Jahrzehnten bestehende Kooperation zwischen den zivilgesell-
550 schaftlichen Akteuren in NRW und Südafrika weiter fördern und unterstützen. Vor allem
551 werden wir Umweltaktivist*innen und die zivilgesellschaftliche Opposition zum Kohle-
552 bergbau Südafrikas bestärken. Südafrika ist weltweit der siebtgrößte Kohleexporteur, die
553 Folgen für die Gesundheit der dort lebenden Menschen sind nicht hinnehmbar. Wir wol-
554 len in Kooperation mit südafrikanischen und deutschen Organisationen einen Beitrag zur
555 Bekämpfung dieser Folgen leisten.

Nachhaltigkeit//Nachhaltige Politik in NRW verankern

Auf dem historischen Sondergipfel der UN in New York am 15. September 2015 wurden die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele beschlossen. Alle Staaten haben sich dazu verpflichtet, die Ziele zu implementieren und gemeinsam eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen. Somit ist das klassische Konstrukt der Entwicklungspolitik – dass sich die so genannten Entwicklungsländer nach dem Vorbild der Industrieländer entwickeln – aufgebrochen. Alle Staaten müssen Verantwortung übernehmen und sich weiterentwickeln. Globale Verantwortung beginnt vor Ort. Die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und die globalen Nachhaltigkeitsziele haben den internationalen Aktivitäten des Landes NRW einen neuen Rahmen gegeben. NRW ist mit seiner im Juni 2016 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie Vorreiter bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in Deutschland. Zusätzlich wollen wir die Nachhaltigkeit als Ziel in die Verfassung des Landes NRW aufnehmen.

Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes ein. Wir wollen die Bundesstadt Bonn auch weiterhin als UN-Standort und als Sitz wichtiger Institutionen in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Gesundheit, Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Ernährung, Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste und Kultur stärken. Wir werden uns für einen verstärkten Austausch zwischen den UN-Organisationen und NRW-Akteuren engagieren, um zum einen in NRW stärker von den Erkenntnissen der UN zu profitieren, aber zum anderen auch den UN-Organisationen Einblicke in praktische Erfolge und Herausforderungen vor ihrer Haustür zu ermöglichen.

Grundsätzlich wollen wir in allen Bereichen der Außenbeziehungen darauf hinwirken, dass die Partner Menschen- und Minderheitenrecht ebenso wie Umweltstandards, Geschlechtergerechtigkeit und freie Meinungsäußerung achten und beachten. So wollen wir die NRW-Außenwirtschaftsförderung, die Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist und die öffentliche Beschaffung des Landes nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ausrichten.

Denn NRWs internationale Verantwortung beruht auch darauf, dass die traditionell energie- und ressourcenintensive nordrhein-westfälische Wirtschaft stark in internationale Wirtschaftskreisläufe eingebunden ist. Wir werden deshalb die universellen Ziele der UN in allen außenwirtschaftlichen Aktivitäten und Partnerschaften des Landes berücksichtigen und diesen Ansatz auch in einer neuen Eine-Welt-Strategie des Landes festschreiben.

Durch hohe Standards in öffentlichen Ausschreibungen, auf Grundlage des novellierten Tariftreue- und Vergabegesetzes, setzen wir auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in den internationalen Lieferketten. Schon jetzt haben wir im Bundesvergleich die besten Regeln zum Schutz der ILO-Kernarbeitsnormen. Wir werden das Tariftreue-Vergabegesetz noch verbindlicher ausgestalten. Wir setzen uns zudem für Transparenz und mehr Informationen für Kommunen ein, damit auch für sie bei einer Auftragsvergabe schneller nachvollziehbar wird, wie ein Produkt hergestellt wurde. Der Austausch zwischen den Kommunen und unter den Ländern muss stärker gefördert werden.

598 Die bestehenden Behörden müssen prüfen ob ILO-Kriterien eingehalten werden. Wir wol-
599 len den Absatz und Konsum fair gehandelter Produkte fördern und so zur Achtung der
600 Menschen- und Arbeitnehmerrechte in der Produktion beitragen.

601 Den Bereich der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) werden wir ausbauen. Auch
602 die Bildungsprogramme des Eine-Welt-Netzes wollen wir so ausweiten, dass zukünftig
603 mehr Zielgruppen erreicht werden können. Auf diesem Weg können wir über Fluchtur-
604 sachen aufklären und den Menschen in NRW bewusst machen, dass kein Mensch seine
605 Heimat ohne Grund verlässt.

606 Auch internationale Austauschprogramme, wie den konkreten Friedensdienst, wollen wir
607 ausbauen. Wir begrüßen, dass mit Programmen wie Erasmus+ ein Schritt in die richtige
608 Richtung gegangen wurde, um internationalen Austauschprogramme auch außereuropä-
609 isch auszuweiten. Gerade mit Blick auf die Eine Welt gilt es, auch Menschen aus ärmeren
610 außereuropäischen Ländern nach NRW zu bringen – seien es Schüler*innen, Auszubil-
611 dende, Studierende oder Menschen, die im Beruf stehen und die die in NRW ansässigen
612 Träger, die Freiwilligendienste anbieten, darin zu unterstützen, auch Freiwillige aus dem
613 nichteuropäischen Ausland einzusetzen.

614 Internationales & Frieden// NRW als Friedensakteur

615 Ob Krieg, Hunger oder fehlende Perspektiven – neben dem kurzfristigen Ziel, Menschen in
616 Not zu helfen, müssen wir langfristig auch die Fluchtursachen bekämpfen. Dazu gehören
617 Klimakatastrophen, Menschenrechtsunterdrückung, Kriege, Ressourcenknappheit und Ver-
618 folgung. NRW muss seinen seine Aktivitäten im Bereich der Humanitären Hilfe ausbauen
619 und Hilfsprojekte in Krisen- und Konfliktländern stärker vorantreiben. Wir setzen uns für
620 eine selbstbestimmte Migration von Menschen ein, die nicht aus der Not heraus geschieht.
621 NRW soll sich auch langfristig für Frieden einsetzen. Dafür sollen die hier ansässigen wich-
622 tigen Forschungseinrichtungen und Think Tanks wie BIC, INEF und DIE verstärkt gefördert
623 werden. Wir wollen so weiterhin dafür Sorge tragen, dass die internationale Expertise in
624 NRW international stark ist.

625 Eine Welt – das wollen wir GRÜNE

- 626 • Nachhaltigkeit als Ziel in die Landesverfassung aufnehmen
- 627 • Die internationalen Partnerschaften des Landes in den Bereichen Klimaschutz, er-
628 neuerbare Energien, Frauenförderung und Inklusion wollen wir ausbauen und stär-
629 ken.

630 Medien

631 NRW ist das Film- und Medienland Nr. 1 – wir wollen, dass das so bleibt. In den letzten
632 Jahren ist es uns gelungen, den Haushalt im Medien Bereich zu stabilisieren. Wichtige
633 Aufgaben waren darüber hinaus die verstärkte Förderung der Internationalen Filmschule
634 in Köln (ifs) und des Grimme-Instituts in Marl.

635 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

636 Durch die Novelle des Landesmediengesetzes haben wir für mehr Transparenz und mehr
637 Teilhabe gesorgt. Entscheidend hierbei war die erstmalige Durchführung eines erfolgrei-
638 chen Online-Konsultationsprozesses. Weitere Erfolge sind die Stärkung des Bürgerfunks
639 durch ein Bekenntnis zum „Zwei-Säulen-Modell“ und die Beibehaltung von Redaktionen
640 mit lokalem Bezug. Gerade, weil viele Printmedien ihre Lokalredaktionen in den letzten
641 Jahren aufgeben mussten, sind der Erhalt und die Weiterentwicklung von lokalen Radio-
642 programmen von hoher Bedeutung, insbesondere auch im Hinblick auf audiovisuelle Be-
643 richterstattung im Netz.

644 Bei der Änderung des WDR-Gesetzes haben wir weder dem WDR (mit Blick auf die Reduzie-
645 rung der Werbezeit), noch den Verleger*innen (mit Blick auf die Unabhängigkeit des WDR)
646 nachgegeben. Stattdessen konnten wir die Gremien stärken, für mehr gesellschaftliche
647 Teilhabe sorgen, Kontrolle sichern und die Transparenz der Prozesse erhöhen.

648 Gemeinsam mit den anderen Bundesländern ist uns zudem eine erfolgreiche Umstellung
649 von der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf den haushaltsbezogenen Rundfunkbei-
650 trag gelungen. Es konnte ein neues Online-Jugendangebot von ARD und ZDF geschaf-
651 fen werden. Zudem wurde die 7-Tage-Regelung (Löschfristen für Mediathek-Inhalte) ab-
652 geschafft.

653 **Medien- und Meinungsvielfalt // NRW bleibt Medienland Num-**
654 **mer 1**

655 Für uns ist klar: Die Film- und Medienstiftung NRW GmbH ist das medienpolitische Flaggschiff
656 unseres Landes und muss weiter ausgebaut und unterstützt werden, vor allem,
657 da sie von einer revolvierenden Förderung profitiert: Es fließen für jeden einzelnen Euro
658 Filmförderung immer mindestens 1,50 Euro an Investitionsmitteln nach NRW zurück.
659 Um das Filmland NRW weiter zu stärken, setzen wir uns für eine maßvoll aufwachsende
660 Förderung bis 2022 ein. Freie Mitarbeit, Outsourcing, und Leiharbeit für Webvideo-
661 Vermarktungsunternehmen – prekäre Arbeitsbedingungen sind in der Medienbranche weit
662 verbreitet. Mit verstärkten Anreizen wollen wir, dass bei Filmförderungen und beitragsfi-
663 nanzierten Auftragsproduktionen nur noch fair bezahlende Unternehmen berücksichtigt
664 werden, wenn sie in den Genuss öffentlicher Mittel kommen wollen.

665 Außerdem soll künftig bei der Vergabe von Filmfördermitteln darauf geachtet werden,
666 dass so CO²-neutral und so umweltgerecht, ressourcenschonend und nachhaltig wie mög-
667 lich produziert wird, und damit Initiativen wie z.B. die „greenfilminitiative“ mehr und mehr
668 Unterstützung finden.

669 Die Sicherung von Medienkompetenz sowie der Presse- und Meinungsvielfalt, zum Bei-
670 spiel durch einen „Medienfonds 2025“, erfordern politischen Gestaltungswillen und per-
671 spektivisch eine deutliche Stärkung des Medienetats. Auch die neue Stiftung „Vor Ort NRW
672 LfM-Stiftung für Lokaljournalismus“, das Grimme-Institut sowie ein starkes und zukunfts-
673 fähiges Medienforum NRW, und ein Programm „Digitales NRW 2030“, das insbesondere

674 die Sicherung der Medienvielfalt zum Thema hat, sind ohne ein verstärktes landesseitiges
675 Engagement nicht erfolgreich zu erhalten.

676 Wir GRÜNE wollen das bewährte Verteil-System des Pressegrasso erhalten, damit auch
677 künftig Meinungsvielfalt auch per Print im ganzen Land möglich bleibt und nicht einzelne
678 Verlage über ein eigenes Verteilsystem allein bestimmen, wer wo was an medialem Ange-
679 bot jenseits des Digitalen vorfindet. Wir GRÜNE setzen uns für ein zeitgemäßes Urheber-
680 recht ein, das eine gerechte Vergütung sichert, kreatives Schaffen und wissenschaftliche
681 Arbeit erleichtert und die Kriminalisierung von Nutzer*innen verhindert und den Abmahn-
682 missbrauch beendet.

683 Wir GRÜNE wollen, dass auch in der Film- und Medienförderung in NRW – wie auch bei
684 der Kulturförderung – künftig verstärkt die drei „I“ – Identität, Inklusion und Interkultur –
685 noch stärker berücksichtigt werden

686 **Bürgermedien// Vielfältige Medienarbeit**

687 Dass Medienkompetenz und Medienvielfalt auch in der nächsten Legislaturperiode ihren
688 festen Platz in der Medienpolitik haben, ist für uns ebenso selbstverständlich, wie die
689 Tatsache, dass wir uns auch zukünftig für mehr Bürgermedienarbeit stark machen. Daher
690 werden wir entsprechende Medienangebote, inklusive des Bürgerfunks, erhalten und die
691 Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen.

692 **Rundfunk // Zukunft des Rundfunks**

693 Nordrhein-Westfalen soll auch Digitalradio-Land Nr. 1 werden. Nur durch eine zukunfts-
694 fähige digitale Technik wie DAB+ kann der hohe Standard beim Hörfunk in unserem Land
695 bestehen bleiben. Dabei muss das bewährte Zwei-Säulen-Modell mit der besonderen Kon-
696 struktion des NRW-Lokalfunks (Kooperation von Veranstaltergemeinschaft und Betriebs-
697 gesellschaft) bei über 45 Lokalsendern landesweit langfristig und zukunftssicher erhalten
698 bleiben. In enger Abstimmung mit dem Landessender WDR wollen wir zu diesem Zweck
699 über kooperative und langfristige Lösungen beraten.

700 Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk insgesamt und
701 zum NRW-Landesender WDR im Besonderen. Gerade wegen seines umfangreichen
702 gesellschafts- und kulturpolitisch relevanten Angebots – der WDR ist z.B. der größte För-
703 derer von Musikveranstaltungen in NRW und leistet seit Jahrzehnten vorbildliche Integra-
704 tionsarbeit – ist das Angebot des WDR unverzichtbar.

705 Weitere Einschnitte beim interkulturellen Programm des Westdeutschen Rundfunks leh-
706 nen wir ab, vielmehr ist es unser Ziel, nach einer Evaluationsphase die Wiederbelebung
707 bislang erfolgreicher Formate der Vergangenheit bei entsprechendem Bedarf wieder ein-
708 zufordern.

709 Für GRÜNE gehören die kritische und aufklärerische Berichterstattung, der investigative
710 Journalismus und die Meinungsvielfalt zum Wesen der Arbeit des Öffentlich-Rechtlichen
711 Rundfunks und insbesondere des WDR.

712 Damit dieser auch in Zukunft dazu in der Lage ist, muss der WDR verstärkt auf die vom
713 Bundesverfassungsgericht auferlegte Bestands- und Entwicklungs-Garantie pochen. Un-
714 sere vielfältige und bunte Gesellschaft ist auf journalistisch und gestalterisch hochwertig
715 produzierte Inhalte angewiesen, gerade auch im Netz. Mit einem faktischen Einstellungs-
716 stopp ist auch der WDR nicht in der Lage, auf den veränderten Medienkonsum, insbeson-
717 dere beim jungen Publikum, mit ausreichend qualitativen und ansprechenden Angeboten
718 zu reagieren. Wir GRÜNE wollen, dass auch der WDR sein Angebot und seinen Platz im
719 Internet noch stärker und vielfältiger zukunftsfest gestalten kann.

720 **Medien – das wollen wir GRÜNE**

- 721 • Identität, Inklusion und Interkultur als Säulen der Medienarbeit stärken
- 722 • Bürgermedienarbeit erhalten und Teilhabe weiterentwickeln
- 723 • Das Filmland NRW stark halten und Vorreiter beim digitalen Rundfunk werden.

724 **Kultur**

725 Kultur und Kunst sind ein zentraler Teil des Lebens: Im Land, in den Kommunen, in den
726 Schulen und in freien Angeboten. Wir GRÜNE stehen für die Realisierung der UN-Charta
727 „Kulturelle Teilhabe als Menschenrecht“ durch Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung
728 der kulturellen Vielfalt und deren Infrastruktur. Dazu braucht es unterstützende Rahmen-
729 bedingungen für Kunst- und Kulturschaffende, die Möglichkeit für alle Menschen kultu-
730 relle und künstlerische Angebote wahrzunehmen und das Anerkennen kultureller Vielfalt
731 als Gewinn und Bereicherung.

732 Wir Grüne stehen dafür, dass die Freiheit der Kunst nicht der Wirtschaftlichkeit unterstellt
733 wird. Künstlerische und kulturelle Freiräume müssen erhalten werden.

734 Identität, Inklusion und Interkultur sind zentrale Aufgaben für die politische Kulturarbeit
735 der kommenden Jahre. Nur so kann erfolgreiche Integration der verschiedenen gesell-
736 schaftlichen Gruppen gelingen. Eine wesentliche, gerade im letzten Jahr sehr akut gewor-
737 dene Aufgabe liegt in der Einbindung der vor Krieg und Verfolgung geflüchteten Menschen.
738 Aber auch Menschen mit Migrationshintergrund, die teilweise schon seit Jahren und Jahr-
739 zehnten in NRW leben, können über eine gute Kulturarbeit und kulturelle Angebote noch
740 besser am gesellschaftlichen Leben beteiligt werden.

741 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

742 Es ist uns gelungen, bestehende Einrichtungen des Landes und Großangebote – vom Fes-
743 tival der freien Szene „Impulse-Theater-Festival“ bis zur Ruhrtriennale – zu sichern und
744 ihren Erhalt zu gewährleisten. Durch das Kulturfördergesetz NRW, dessen Entstehung von
745 einem erfolgreichen und regen Beteiligungsprozess im Gesetzgebungsverfahren begleitet

746 wurde, haben wir wichtige Signale in Richtung der Kulturszene gesetzt. Auch die Aufstel-
747 lung des mehrjährig verbindlichen Kulturförderplans für NRW war eine Wegmarke und
748 Vorbild für die gesamte Bundesrepublik.

749 Ähnliches gilt für den Kulturrucksack, den wir in Kooperation mit 220 NRW-Kommunen
750 geschnürt haben, um die kulturellen Bildung in NRW zu stärken. Damit verfolgten wir die
751 gleiche Zielsetzung wie durch die Weiterführung des Programms „Kultur und Schule“ mit
752 landesweit 7.847 Projekten und die Weiterentwicklung des Programms „JeKi“ zum Pro-
753 gramm „Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen (JeKits)“ – im letzten Jahr waren daran
754 111 Kommunen mit 720 Grundschulen beteiligt. Diese Programme gilt es zu präzisieren
755 und passgenauer auszurichten, damit sie noch mehr Kinder und Jugendliche erreichen
756 können.

757 **Verlässliche Kulturförderung // Ein neuer Aufschlag für eine ver-** 758 **lässliche Kulturpolitik**

759 Ab 2017 brauchen wir kulturpolitisch einen neuen Aufschlag: mehr Förderverlässlichkeit,
760 Übertragbarkeit der Mittel und Rücklagenbildung und insgesamt mehr Förderung bei we-
761 niger Bürokratie. So ist es im deutschlandweit wegweisenden NRW-Kulturfördergesetz be-
762 reits angelegt.

763 Der Verfassungsauftrag des Landes NRW „Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land
764 und Gemeinden zu pflegen und zu fördern“ (Art. 18, Satz 1) verpflichtet Land und Kom-
765 munen, die Kulturförderung haushälterisch dauerhaft sicherzustellen. Kunst- und Kultur-
766 förderung des Landes sollen daher nicht nach Kassenlage, sondern gesellschaftspolitisch
767 verantwortungsvoll und bedarfsgerecht erfolgen. Damit tragen wir auch zu einer besseren
768 finanziellen Absicherung von Kunst- und Kulturschaffenden bei.

769 Diese „neue Verlässlichkeit“ kommt gerade auch den Kommunen in NRW zugute, die seit
770 Jahr und Tag mit über 80 Prozent den weitaus größten Teil der Kunst- und Kulturangebo-
771 te in NRW finanzieren und damit unserem Land die besondere Stärke als Kulturland mit
772 einem der dichtesten Kulturangebote weltweit erhalten.

773 **Kommunale Kulturpolitik // Kultur vor Ort**

774 Gerade deshalb gilt es auch, Hürden für die kommunale Kulturpolitik abzubauen. Kom-
775 munale Bibliotheken sollten – genau wie Theater, Museen, Kulturzentren und wissen-
776 schaftliche Bibliotheken – sonntags öffnen. Wir setzten uns dafür ein, die entsprechenden
777 Regelungen dafür zu verändern.

778 Kooperationsprojekte wie der „Theaterpakt“, aber auch Angebote wie der „Kulturrucksack“
779 und „JeKits“ oder „Schule und Kultur“ sollen verstärkt werden. Kinder- und Jugendkul-
780 turangebote bilden die Grundlage für ein langfristig vielfältiges und breit akzeptiertes
781 Kulturangebot in NRW.

782 Kultur ist auch Spiegelbild der Gesellschaft. Mit einer Diversity-Strategie in der Kulturpoli-
783 tik wollen wir dafür sorgen, dass die Kultur vielfältiger und bunter wird. Dementsprechend

784 sollen bei der Vergabe von Mitteln aus Kulturförderprogrammen Vielfaltsaspekte stärker
785 berücksichtigt werden. Daher stehen wir auch für stärkere internationale Vernetzung, in-
786 terkulturellen und kreativen Austausch.

787 Vom Schauspielhaus bis zum soziokulturellen Zentrum ist der Weg nicht weit. Ob Leer-
788 standsnutzung oder Freiraumbelebung, Kunst- und Kulturschaffende, Startups und Krea-
789 tive brauchen Plätze zur freien und größtenteils unwirtschaftlichen Auslebung der Indivi-
790 dualität und Kreativität. Dem muss vor Ort Raum gegeben werden. Wir GRÜNE setzen uns
791 für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsgrundlagen der Akteur*innen aus der Kul-
792 tur und Kreativwirtschaft ein. Es gilt, deren Aktivitäten und Veranstaltungen zu fördern.
793 Wir wollen die „Freie Szene“ weiterhin und verstärkt fördern. Dazu gehört auch, die Ar-
794 beit kommunaler Kulturbüros nicht aus den Augen zu verlieren und die Vernetzungsarbeit
795 unserer Landeskulturbüros weiter zu stärken.

796 **Teilhabe an Kultur // Kultur baut Brücken**

797 Die Teilhabe an Kunst, Kultur und Sport gehört für die meisten Menschen zu einem lebens-
798 werten Alltag. Um diesen Zugang zu gewährleisten, müssen immer wieder Barrieren über-
799 wunden und Brücken gebaut werden. Wir wollen Kunst und Kultur integrativ und inklusiv
800 ausgestalten. Dazu gehört es auch, kulturelle Angebote möglichst barrierefrei anzubieten
801 die interkulturelle Öffnung von Kulturangeboten zu fördern und Kooperationsprojekte zu
802 unterstützen. Insbesondere Museen sollten als selbstverständlicher Teil des öffentlichen
803 Raums wahrgenommen und genutzt werden.

804 Ermäßigungen in Museen, Theatern und Büchereien sind wichtig, um den Ausschluss gan-
805 zer Gruppen vom kulturellen Leben zu verhindern. Doch nicht immer werden diese An-
806 gebote angenommen. Das liegt auch daran, dass die Hemmschwelle, sich an der Kasse
807 gegenüber Fremden als „unterstützungsbedürftig“ zu outen, sehr hoch ist. Gerade deshalb
808 haben Projekte eine große Bedeutung, die auf von Armut betroffene Menschen zugehen
809 oder sie direkt einbeziehen. Auch Kinder- und Jugendliche sollten verstärkt die Möglichkeit
810 haben, kostenlos Kultureinrichtungen zu besuchen.

811 Insgesamt gilt auch kulturpolitisch: für die Angebote für Kinder und Jugendliche bis ins ho-
812 he Alter, für die Unterstützung der kommunalen Kulturförderung und für die Verstetigung
813 der Förderung unserer Landeskultureinrichtungen müssen wir noch erheblich mehr tun.
814 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, den NRW-Kulturretat bis zum Jahr 2022 jährlich maßvoll
815 zu erhöhen, damit wir auch kulturpolitisch den neuen gesellschaftspolitischen Herausfor-
816 derungen gewachsen sind.

817 **Denkmalschutz // Denkmalschutz stiftet Identität**

818 Gerade in Zeiten der Globalisierung suchen die Menschen identitätsstiftende Orte in ihrem
819 näheren Umfeld, wollen genauer wissen, was alt und bedeutend, also heimatprägend ist.
820 Mit der Umstellung auf die Darlehensförderung der NRW.Bank sind die Landeszuschüs-
821 se erheblich gekürzt worden. Das war falsch. Deshalb setzen wir uns für eine maßvolle
822 Ausweitung der Denkmalfördermittel bis 2022 ein. Insbesondere die Kommunen müssen

823 entlastet werden. Mit seinem frühen Denkmalförderschutzgesetz, seinen Schwerpunkten
824 auf Archäologie und Landesdenkmalpflege lag Nordrhein-Westfalen viele Jahre auf dem
825 Spitzenplatz, wenn es um nachhaltigen und erfolgreichen Denkmalschutz ging. Zu diesem
826 NRW-Standard im Denkmalschutz, der bundesweit Maßstäbe gesetzt hat, wollen wir zu-
827 rückkehren. Uns ist dabei bewusst, dass es zu oft einen Konflikt zwischen dem Anspruch
828 der Barrierefreiheit und dem Denkmalschutz gibt. Auch wenn dieser Konflikt nie gänzlich
829 gelöst werden kann, setzen wir auf einen inklusiven Denkmalschutz.

830 **Popkultur in NRW wieder besser fördern**

831 DIE GRÜNEN wollen, dass in NRW eine strukturierte Förderung von Pop- und Rockmu-
832 sik stattfindet. Basierend auf konkreten Analysen soll eine Vision für eine effektive Pop-
833 kulturförderung in NRW erarbeitet werden, die auch eine einheitliche und aufeinander
834 aufbauende Strukturförderung zwischen den Bereichen Jugendkultur, Freizeitkultur und
835 Kreativwirtschaft vorsieht.

836 Durch konkrete Umsetzungsstrategien könnten bestehende Angebote wie popUp, crea-
837 te music, Evangelische Popakademie, die Populärbereiche der Musikschulen und c'o Pop,
838 etc., intensiver miteinander verknüpft werden. Zudem soll eine Informationsstruktur über
839 Förder- und Bildungsmöglichkeiten sowie über Berufsfelder in der Popkultur aufgebaut
840 werden.

841 Rock- und Popmusik an der Schnittstelle von Kultur- und Kreativwirtschaft müssen mit
842 gezielten Infrastrukturmaßnahmen eine verantwortungsvolle und nachhaltige Förderung
843 erfahren. Dabei stehen kleine und mittelgroße Live-Musik-Spielstätten und ihre Sicherung
844 im Fokus.

845 **Kultur – das wollen wir GRÜNE**

- 846 • Künstlerinnen und Künstler stärken
- 847 • kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche verstetigen
- 848 • Denkmalschutz wieder stark machen
- 849 • Kultur mit Identität, Inklusion und Interkultur verknüpfen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand

WP-07

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

GRÜNE HAUSHALTPOLITIK

1 Zukunftsfähige, generationengerechte und transparente Finanzen als Markenzeichen GRÜNER Politik

3 Die Haushalts- und Finanzpolitik bewegt die Bürgerinnen und Bürger mehr denn je: Ver-
4 schärft durch die weltweite Banken- und Finanzkrise und die sich daraus ergebenden Fol-
5 gewirkungen, zum Beispiel für die Verschuldung zahlreicher Staaten, steht die Haushalts-
6 und Finanzpolitik im Fokus der öffentlichen Diskussion.

7 Krisen in einer zunehmend vernetzten Welt, wie zuletzt der Brexit oder der Krieg in Syrien
8 gezeigt haben, lösen nicht nur gesellschaftliche Folgewirkungen aus, sondern haben auch
9 einen Einfluss auf die öffentlichen Kassen und die Mittel, welche zur Unterhaltung unseres
10 Gemeinwesens zur Verfügung stehen.

11 Auch die jahrzehntelange schuldenfinanzierte Politik, welche nachfolgende Generationen
12 nicht im Blick hatte, steht für eine nicht nachhaltige Haushaltspolitik. Ohne steigende
13 Steuereinnahmen und anhaltendes Wirtschaftswachstum waren viele öffentliche Ausga-
14 ben nicht zu finanzieren. Dabei wissen wir, dass öffentliche Haushalte vor großen Heraus-
15 forderungen, wie dem demografischen Wandel und aufwachsenden Versorgungskosten,
16 und sich ändernden konjunkturellen Vorzeichen aufgestellt werden müssen. Eine vorsor-
17 gende Finanzpolitik muss sich darauf einstellen. Eine nachhaltige Gesellschaft muss neben
18 den ökologischen und sozialen Folgekosten auch die finanziellen reduzieren.

19 Schulden bedeuten stets eine Einschränkung der Handlungsspielräume künftiger politi-
20 scher Repräsentant*innen bei der Umsetzung ihres demokratischen Auftrages. Nicht zu-
21 letzt deshalb ist eine solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik unser Anliegen.
22 Wir machen zukunftsfähige, generationengerechte und transparente Finanzkonzepte zum
23 Markenzeichen GRÜNER Politik.

24 Viel erreicht- GRÜNE Erfolge seit 2010

25 Rot-Grün hat trotz steigender finanzieller Belastungen die Neuverschuldung deutlich redu-
26 ziert, von geplanten 6,58 Milliarden Euro in 2010 auf nur noch 1,8 Milliarden in 2016. Ge-
27 spart wurde bei den Personalausgaben, auf welche rund 40 Prozent des Landeshaushaltes
28 entfallen, bei Förderprogrammen, Landesbetrieben und durch eine effizientere Gestaltung
29 von Verwaltungsstrukturen. Ab 2019 wollen wir Haushaltsüberschüsse erwirtschaften.

30 Durch die GRÜNEN ist Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen moderner geworden. Auch
31 in Zukunft wollen wir an Erfolge, wie etwa die Herausgabe einer Nachhaltigkeitsanleihe
32 des Landes, anknüpfen und sie weiter ausbauen. Landesinvestitionen in klimaschädliche
33 Projekte und ethisch zweifelhafte Unternehmungen müssen der Vergangenheit angehören.
34 So werden die Mittel des Pensionsfonds des Landes künftig nur noch nach ökologisch- und
35 sozialverträglichen Standards angelegt.

36 Gleichzeitig haben wir in großem Umfang in die Sanierung und Modernisierung von Schu-
37 len, Hochschulen, Krankenhäusern und Verkehrsinfrastruktur investiert. Unsere Anstren-
38 gungen werden wir künftig noch weiter steigern, um die Leistungsfähigkeit unseres Bil-
39 dungssystems weiter auszubauen. Bereits jetzt ist der Schuletat der größte Etat der Lan-
40 desregierung (Steigerung um 24,5 Prozent seit 2010), seit 2011 wurden trotz sinkender
41 Schüler*innenzahlen 10.400 Lehrer*innenstellen als demografische Rendite im System be-
42 lassen, fast 8.000 Lehrer*innen haben wir zusätzlich eingestellt. Die Mittel für die Offenen
43 Ganztagsgrundschulen haben wir um 25 Prozent gesteigert.

44 Nordrhein-Westfalen hat exzellente und bedeutende Hochschulen, die Menschen aus al-
45 ler Welt zu uns ziehen. Allein 27,3 Prozent aller deutschen Student*innen studieren hier
46 in NRW. Die Zahlen der Hochschulabsolvent*innen steigen. Wir bilden 25 Prozent der
47 deutschen Absolvent*innen aus. Das ist eine herausragende Zahl, ein gutes Signal für die
48 Bildungslandschaft und auch für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-
49 Westfalen. Kein anderes Bundesland gibt in Relation zum Gesamthaushalt so viel für Wis-
50 senschaft und Forschung aus. Der Wissenschaftsetat mit mehr als 8,2 Milliarden Euro ist
51 seit 2010 um 41 Prozent angestiegen. Seit 2011 hat das Land über 1,1 Milliarden an Mit-
52 teln zur Qualitätsverbesserung an Hochschulen gegeben.

53 Auch in die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investieren
54 wir: Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2010 haben wir den U3-
55 Bereich kontinuierlich ausgebaut. Mit 168.000 Betreuungsplätzen, die im Kindergartenjahr
56 2016/2017 landesweit zur Verfügung stehen werden, versorgen wir 37,1 Prozent aller un-
57 ter dreijährigen Kinder; bezogen auf die sogenannten „Rechtsanspruchskinder“ (Ein- und
58 Zweijährige) inzwischen sogar 55,5 Prozent. Das ist ein Plus von rund 90 Prozent seit dem
59 Jahr 2010. Auch bei der Krankenhausfinanzierung handeln wir im Interesse der Kommunen.
60 Die Landesregierung hat seit Regierungsantritt die Investitionsmittel von 490 Millionen
61 auf 515 Millionen jährlich erhöht.

62 Wir erhöhen die innere Sicherheit durch mehr Polizist*innen auf den Straßen. Wir haben
63 kontinuierlich mehr Stellen bei der Polizei geschaffen. Fast 2000 Anwärter*innen im Jahr
64 – ist die höchste Zahl in der Geschichte dieses Bundeslandes. Auch die Ausrüstung unserer
65 Polizei haben wir verbessert. Kein anderes Bundesland hat in den vergangenen Jahren so
66 viel investiert wie Nordrhein-Westfalen.

67 **Schuldenbremse verantwortlich realisieren und in die Zukunft** 68 **investieren**

69 Nachhaltigkeit bedeutet, mit begrenzten Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen. Dies
70 gilt auch für die Finanzen: Wir wollen mit unseren finanziellen Ressourcen so sorgsam um-
71 gehen, dass nachfolgende Generationen die Realisierung eigener Gestaltungsvorschläge
72 überhaupt möglich ist.

73 Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist eine Selbstverpflichtung der politi-
74 schen Entscheider*innen die Neuverschuldung im Sinne kommender Generationen zu be-
75 schränken. Dabei steht für uns aber auch fest, dass Schuldenbremse und Haushaltskonsol-
76 lidierung nicht auf Kosten von sozialen und ökologischen Programmen realisiert werden.
77 Wir wollen deshalb dafür Sorge tragen, dass heute die notwendigen Investitionen in die
78 soziale, ökologische und ökonomische Infrastruktur getätigt werden können, damit die
79 Transformation unserer Wirtschaftsstrukturen und unserer Konsummuster gelingt. Unser
80 Motiv ist klar: Wir werden in verlässlichen und machbaren Schritten weitergehen, bis wir
81 die Einhaltung der Schuldenbremse realisiert haben und gleichzeitig wichtige Zukunfts-
82 investitionen umsetzen.

83 Dafür werden wir neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle erproben, zum Beispiel
84 grüne Anleihen, die gegebenenfalls auch vom Land zusammen mit interessierten Kom-
85 munen zur Realisierung von Projekten zum Klimaschutz aufgelegt werden können. Dar-
86 über hinaus werden wir ausreichend vorsorgen, um absehbare Haushaltsrisiken, wie eine
87 schwächelnde Konjunktur oder anwachsende Versorgungskosten zu schmälern. Subven-
88 tionen und Förderungen des Landes werden wir durch einen Landesförderbericht für die
89 Bürger*innen transparent machen.

90 **Nachhaltigkeitsstrategie in den Haushalt integrieren**

91 Wir werden die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie Schritt für Schritt weiter in den Hand-
92 lungshaushalt integrieren, um so die politische Steuerung mit der finanziellen Steuerung
93 zu verbinden. Um die ökologische Transformation und eine Stärkung des sozialen Zusam-
94 menhalts zu unterstützen, werden wir uns für eine verstärkte Besteuerung des Ressourcen-
95 verbrauchs (zum Beispiel in Form einer Stickstoffabgabe) und von Umweltschäden einset-
96 zen. Wir treten deshalb für eine ökologische Finanzreform (ÖFR) ein, die zu einer Aufnahme
97 von bislang weitgehend ausgeblendet Belastungen der Umwelt und Nutzungen natür-
98 licher Ressourcen in den Marktpreisen führt. Umweltbewusstes Leben darf kein Luxusgut
99 werden.

100 Wir setzen uns auch für einen Abbau umweltschädlicher Subventionen ein. So sollen zum
101 Beispiel in Zukunft die besonders günstigen Steuerregeln für Dienstwagen nur noch für
102 E-Mobile und Hybrid-Fahrzeuge gelten. Wir GRÜNE wollen faire Chancen, Selbstbestim-
103 mung und soziale wie kulturelle Teilhabe. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass diese
104 Aufgaben stärker als bisher durch höhere Steuern auf große Vermögen, Erbschaften und
105 Kapitalerträge finanziert werden.

106 Wir werden uns für die Grundsätze sozial und ökologisch verantwortlichen Investments
107 auf allen Ebenen einsetzen. Investitionen in umweltschädliche Anlagen stehen dabei ent-
108 sprechend internationaler Trends besonders auf dem Prüfstein („Divestment“). Bei seinen
109 eigenen Anlagen müssen das Land NRW und seine Unternehmen mit guten Beispiel vor-
110 angehen, zum Beispiel beim Pensionsfonds des Landes und bei der NRW-Bank. Mit seinen
111 Nachhaltigkeitsanleihen hat das Land eigene nachhaltige Produkte auf den Finanzmärkten
112 etabliert. Das gute Nachhaltigkeitsrating des Landes war dabei sehr hilfreich.

113 **Sparkassen vor Ort stärken**

114 Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind unverzichtbarer Bestandteil des Finanzstand-
115 ortes NRW. Wir stehen zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen, gemeinnützige Zwecke in
116 den Bereichen Kultur, Sport, Soziales, Umwelt und Verbraucherschutz zu unterstützen. In
117 einer Zeit wachsenden Misstrauens in den Finanzsektor stehen die Sparkassen für Nach-
118 haltigkeit, Verlässlichkeit und Stabilität. Wir wollen, dass die erzielten Gewinne noch stär-
119 ker in den Regionen investiert werden, um noch umfassender den Menschen vor Ort zu
120 Gute zu kommen.

121 Nach wie vor stellen die Sparkassen gerade auch im ländlichen Raum das dichteste Fi-
122 lialnetz und sichern die Grundversorgung mit Bargeld. Sie erbringen unverzichtbare fi-
123 nanztechnische Dienstleistungen insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen.
124 Gleichzeitig sind sie starker Partner für den Mittelstand und Firmengründer*innen.

125 Wir GRÜNE haben erfolgreich für die Offenlegung der Vorstandsvergütungen gekämpft.
126 Um das Vertrauen in die Institution und ihre Verantwortlichen zu stärken, setzen wir uns
127 für die Anwendung zeitgemäßer Kriterien und Höchstgrenzen bei der Vergütung und An-
128 wartschaften von Vorständen der Sparkassen und Verbände ein.

129 **Die NRW.Bank – Förderbank für Nordrhein-Westfalen**

130 Wir werden die NRW.Bank als Partnerin für das Fördergeschäft des Landes stärken. Sie ver-
131 fügt über langjährige positive Erfahrungen bei der Absicherung wichtiger Zukunftsaufga-
132 ben wie der Vergabe von Mikrodarlehen, Wagniskapital und der Abwicklung des Förderge-
133 schäfts. Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben wollen wir die NRW.Bank nachhaltig stärken.
134 Es soll geprüft werden, ob die Finanzierung zukunftsweisender Projekte in Einzelfällen
135 zeitlich befristet verlängert werden kann, um diese zu stabilisieren.

136 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die NRW.Bank weiterhin zielgenau nachhaltige Pro-
137 jekte des Landes fördert und keine riskanten oder spekulativen Finanzaktivitäten entfaltet.
138 Wir wollen die sie noch stärker als Partnerin der Kommunen ausbauen und bestehende
139 Förderinstrumente noch besser miteinander verzahnen.

140 **Mehr Steuergerechtigkeit**

141 Die Stärkung der Einnahmeverwaltung, ist für uns GRÜNE ein Schritt zu mehr Steuere-
142 gerechtigkeit und mehr Bürgernähe. Darum haben wir die jahrelange Politik der Stellenkür-
143 zungen beendet und zusätzliche Stellen bei der Steuerverwaltung geschaffen. Durch den
144 Ankauf von Steuer-CDs, sowie die konsequente Politik gegen Steuerhinterziehung, haben
145 wir mehr Einnahmen erzielen können. Um an diese erfolgreiche Politik anzuknüpfen, wol-
146 len wir auch zukünftig zusätzliche Stellen bei der Steuerverwaltung und Steuerfahndung
147 schaffen und damit die Steuergerechtigkeit weiter erhöhen. NRW muss Vorreiter im Kampf
148 gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung bleiben.

149 Zu Steuergerechtigkeit gehört es allerdings auch im eigenen Hinterhof aufzuräumen. Da-
150 her möchten wir aufklären, ob und inwiefern Cum-Ex-Geschäfte seinerzeit von der WestLB
151 auch in Nordrhein-Westfalen betrieben worden sind.

152 **Geldwäsche effektiver bekämpfen**

153 Wir wollen die Geldwäschebekämpfung intensivieren. Dazu werden wir das Personal
154 zur Geldwäscheprävention aufstocken und wollen das Katastergesetz für Liegenschaf-
155 ten durch eine Reform transparenter gestalten. Geld aus kriminellen Quellen spielt im
156 deutschen Immobilienmarkt eine große Rolle. Während Immobilienpreise und Mieten in
157 attraktiven Lagen explodieren, sind Immobilien in Deutschland auch für Geld auch aus
158 Steueroasen ein attraktives Anlageziel. Das Liegenschaftskataster sollte daher überall so
159 gestaltet werden, dass die tatsächlichen Eigentümer *innen („Letztbegünstigte“) transpa-
160 rent gemacht werden. Investoren aus Steueroasen sollten umfassend abgefragt werden
161 können. Eine Bargeldobergrenze lehnen wir hingegen ab, sondern schlagen eine verpflich-
162 tende Geldwäscheverdachtsmeldung bei Bargeldzahlungen über 10.000 Euro vor.

163 **Management der Landesverwaltung ökologisieren**

164 Das Land NRW muss bei dem Management der Landesverwaltung mit gutem Vorbild vor-
165 angehen. Das Klimaschutzgesetz gibt das Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung bis
166 2030 vor. Dazu bedarf es in den kommenden Jahren verstärkter Anstrengung bei der Er-
167 höhung der Energieeffizienz landeseigener Gebäude (beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb
168 des Landes NRW/BLB NRW), beim Ausbau von Erneuerbaren Energien auf Landesflächen
169 und -gebäuden sowie bei der Stärkung von Klimaschutzaspekten von dienstlicher Mobili-
170 tät und Veranstaltungen des Landes.

171 **Der Bund muss seiner Finanzverantwortung gerecht werden- un- 172 sere Forderungen auf Bundesebene**

173 Die Finanzpolitik des Bundes hat in den vergangenen Jahren zu einer gesunkenen Einnah-
174 mebasis für Länder und Kommunen geführt. Da die Bundesländer alleine kaum Möglich-
175 keit haben, ihre Einnahmen zu erhöhen, wird die langfristige Einhaltung der Schulden-

176 bremse nur gelingen können, wenn der Bund, deutlich die Einnahmen verbessert, die den
177 Bundesländern zufließen. Wir wollen die Vermögensteuer verfassungskonform wieder ein-
178 führen und die Erbschaftsteuer unter Neuregelung der Verschonungsregeln dauerhaft als
179 Landessteuer stärken, damit auch hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuert wer-
180 den. Durch die daraus resultierenden Mehreinnahmen sollen sowohl kleine und mittlere
181 Einkommen dauerhaft entlastet werden und gleichzeitig bestehende Investitionsbedarfe
182 gedeckt sowie Innovationen finanziert werden. Bei der Neuausgestaltung dieser Steuern
183 haben wir dabei die Unternehmen – ganz besonders die vielen klein- und mittelständi-
184 schen Betriebe – im Blick, die nicht in ihrer Existenz gefährdet werden dürfen. Arbeits-
185 plätze, die dauerhaft für Produktivität und Steuereinnahmen in NRW sorgen, wollen wir
186 erhalten. Die künftige Ausgestaltung dieser Steuern muss diesem Aspekt zielgenau Rech-
187 nung tragen. Darüber hinaus muss der Bund die Kommunen finanziell entlasten, indem er
188 einen größeren Teil der stetig steigenden Sozialkosten übernimmt, insbesondere die Kos-
189 ten der Unterkunft und der Eingliederungshilfe. Wir GRÜNE werden uns der notwendigen
190 Priorisierung von Aufgaben stellen und unsere Beschlüsse zur Erreichung einer Genera-
191 tionengerechtigkeit umsetzen.

Antragsteller*innen

Landesvorstand